

WER GEHT LEER AUS?

Plädoyer für eine andere Leerstandspolitik

WER GEHT LEER AUS?



ISBN: 978-3-902796-19-6

Plädoyer für eine andere Leerstandspolitik



WER GEHT LEER AUS?

Plädoyer für eine andere Leerstandspolitik

monochrom



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Bibliographic Information published by Die Deutsche Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the internet at dnb.ddb.de.

Herausgeber_innen:

Willi Hejda, Anna Hirschmann, Raphael Kiczka, Mara Verlič
IG Kultur Wien – Interessengemeinschaft und -vertretung der freien und autonomen Kulturarbeiter_innen in Wien, Gumpendorfer Straße 63b/3 1060 Wien, www.igkulturwien.net

Lektorat: Ruth Kager

Layout & Gestaltung: Florian Sorgo



IG KULTUR WIEN

ISBN: 978-3-902796-19-6

Auflage: 1500 Stück

edition mono/monochrom

Zentagasse 31/8, 1050 Wien

fax/fon: +431/952 33 84

edition-mono@monochrom.at

Dieses Buch ist unter Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike Lizenz verfügbar und ist als open-access Publikation via werghtleeraus.igkulturwien.net downloadbar.





Gedruckt mit Unterstützung von:
Studienvertretung Bildende Kunst – ÖH Akademie der Bildenden Künste Wien
Stadt Wien Kulturabteilung, Wissenschafts- und Forschungsförderung
TU Wien Department für Raumplanung
ÖH Bundesvertretung
ÖH Uni Wien



Dank an:
Inge Hejda, Irmgard Almer, Justin Kadi, Koala-T,
Magdalena Sophia Augustin, Oliver Gemballa





INHALT

Einleitung

7

LEERSTAND ...WIRD GEMACHT

- 1.1. **Disjunktive Raumproduktion.**
Strukturwandel und neoliberale Politik vom Leerstand aus betrachtet
(Anna Hirschmann) 12
- 1.2. **Die Enteignung des Möglichen.**
Die Bedeutung von Leerstand am Wiener Wohnungsmarkt
(Mara Verlič) 34
- 1.3. **Die neue Wiener Wohnungsfrage: Delogierungen**
(Justin Kadi) 54

LEERSTAND ...ALS RESSOURCE

- 2.1. **Resilienz und Ressourcen in der Stadt**
(Michael Ziehl) 62
- 2.2. **Leerstände und Nicht-Orte.**
Ein Gespräch mit SOHO in Ottakring
(Elke Rauth) 74
- 2.3. **“Das System können wir nicht verändern, aber wir können Grauzonen öffnen.”**
Ein Gespräch über die Vinzirast mittendrin
(Mara Verlič) 82

LEERSTAND ...ALS WIENER GESCHICHTE

- 3.1. „Zuckerbrot und Peitsche.“
Ein Gespräch mit Dieter Schrage
(*Alice Hamdi und Willi Hejda*) 90
- 3.2. **Perspektive Leerstand Wien.**
Raum her (zum Arbeiten und Leben)
(*Willi Hejda*) 98
- 3.3. **Petition Leerstand der IG Kultur Wien** 110

LEERSTAND ...ZUM ALTERNATIVEN ORT MACHEN

- 4.1. **Leerstand zu Commons machen!**
Die Commons Perspektive als Kritikfolie und Hebel für eine
emanzipative Stadtgestaltung
(*Raphael Kiczka*) 116
- 4.2. **Nutzen statt besitzen: Ko.Sy.**
Aufbau von Strukturen, die mit Selbstverständlichkeiten brechen
(*Ko.Sy*) 134
- 4.3. **“Im Prozess soll entstehen, was auf dem Türschild steht.”**
Gespräch mit Aktivistinnen* von zwei FLIT-Besetzungen in Wien
(*Raphael Kiczka*) 140
- 4.4. **Über Leerstand zu einer anderen Stadt?**
Ansätze aus der partizipativen Architektur
(*Anna Hirschmann*) 148
- 4.5. **Toolboxen.**
Werkzeuge zum (Wieder)Aneignen der Stadt, theoretischer und
praktischer Natur
(*Willi Hejda und Denise Fragner*) 164

Factboxen 182

Mitarbeiter_innen 190

EINLEITUNG

Entstehungskontext und Motivation

Am Anfang dieser Publikation steht der leere Raum in der Stadt. Er steht im Kontrast zur urbanen Erfahrung von Dichte, Aktivität und schneller Veränderung. Leerstand schweigt lautstark und lässt den übrigen Zeitfluss an sich abgleiten. Er bricht mit dem Jetzt und lädt zum Suchen ein: nach dem was war, was nicht mehr ist und was sein könnte. Leerstehender Raum eröffnet eine gedankliche sowie tatsächliche Möglichkeit.

Das Herausgeber_innenkollektiv hat sich in den letzten vier Jahren in unterschiedlichen Kontexten, aus aktivistischer und aus akademischer Sicht mit der Nutzung von Leerstand beschäftigt: Die Tätigkeitsfelder der Herausgeber_innen reichen von der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Diskurses rund um Leerstand in Wien, über das Entwerfen von Empfehlungen für den stadtplanerischen Umgang mit Leerstand, hin zur Organisation von Protest und Widerstand gegen die kapitalistische Stadtverwertung und zu aktiver Aneignung von Leerstand. Eine Schnittstelle der Fragen und Auseinandersetzungen bot die gemeinsame Arbeit mit der IG Kultur Wien, der Interessengemeinschaft der freien und autonomen Kunst- und Kulturschaffenden, im Rahmen der dreiteiligen Studie „Perspektive Leerstand“. Das vorliegende Buch gibt einen Einblick in die jahrelange Beschäftigung mit Leerstand (in Wien) und den Austausch mit Leerstands- und Stadtaktiven in verschiedenen Städten Europas. Grundsätzlich teilen wir, die Herausgeber_innen dieses Buches, trotz unterschiedlicher Lebensentwürfe und verschiedener Zugänge ein Unbehagen, das sich in all unseren Auseinandersetzungen mit Stadt manifestiert (→ „Die Stadt“ – Vergewisserung des Handlungsterrains, S. 182). Wir halten Kritik am kapitalistischen System, das Aufzeigen und Bearbeiten von strukturellen Unterdrückungs- und Machtmechanismen und eine ernsthafte Diskussion von Transformationsperspektiven für wichtig. Motivation diese Publikation herauszubringen war und ist es, Leerstand als Ort zu skizzieren, der Denk- und Handlungsraum für Alternativen bietet.

Leerstand verweist auf die Logiken einer kapitalistischen Raumproduktion, auf die Unantastbarkeit von Eigentumsordnungen und auf eine bewusste Prioritätensetzung: Raum wird nicht in direkter Kommunikation mit den Beteiligten und Nutzer_innen organisiert, sondern nach den Logiken der Profitmaximierung. Menschen suchen Raum – hohe Mietpreise und spekulative Motive von Eigentümer_innen verschließen jedoch die Türen. Auch allgemeine gesellschaftliche Diskriminierung sowie fehlende Kommunikationswege zwischen Interessierten und Eigentümer_innen stehen einer Nutzung entgegen. Leerstand ist kein isoliertes Teilproblem. Vielmehr berührt seine Existenz und der Umgang mit ihm ganz grundsätzliche politökonomische

Fragen, die alle angehen. Deshalb enthält diese Publikation keine ausschließlich auf das Phänomen Leerstand ausgerichteten Betrachtungen. Vielmehr werden diverse Ansätze und Fragestellungen kritischer Forschungen aufgenommen und mit verschiedenen urbanen Themen, die um ein mögliches „Recht auf Stadt“ kreisen, in neue Diskussionszusammenhänge verwoben.

Vorweg steht die Feststellung, die Henri Lefebvre so stark macht: Die urbane Gesellschaft ist eine alles einschließende Realität. Es gibt keinen Raum mehr, der nicht (ökonomisch) abhängig von den Ballungszentren ist. Wenn die Stadt das große Ganze und der Ort ist, in dem unser individuelles und gesellschaftliches Leben stattfindet, dann betrifft die Auseinandersetzung damit jeden Teilbereich des Lebens. Und die Frage danach, wie Stadt organisiert ist und wie die Menschen in ihr leben, betrifft damit potentiell alle Bewohner_innen, auch die ungesehenen (oder ungern gesehenen). Die Beschäftigung mit dem Thema Leerstand soll daher nicht den Stadtplaner_innen, Architekt_innen, Politiker_innen und Stadtforscher_innen vorbehalten sein. Wir haben uns um eine verständliche Sprache und eine breite Zugangsweise bemüht, damit zukünftig noch mehr Menschen an der Auseinandersetzung um Stadt mitmischen. Mit diesem Buch wollen wir Vorstellungen entwickeln und (an)diskutieren, die die Frage nach einer grundsätzlich anderen Stadt stellen und motivieren, eigene Fragen zu stellen. Wie kann oder muss ein Ort beschaffen sein, an dem alle Bewohner_innen, inklusive der derzeit diskriminierten und illegalisierten, die gleichberechtigte Möglichkeit zu einem solidarischen und kooperativen Miteinander haben? Wie kann *Stadt* der Ort werden, der emanzipatorische Praxis und das Erlernen von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung ermöglicht, gerade ohne diesen Prozess in gewohnter, neoliberaler Weise auf das einzelne Individuum abzuwälzen?

Wir halten Leerstand für einen Riss im Schleier kapitalistischer Stadtentwicklung, von dem aus diese Fragen betrachten werden können. Mehr noch: Leerstand kann und sollte als Einstiegspunkt genutzt werden, um diesen Riss auszuweiten und zu einem anderen Ort zu machen. Wo beklemmende Strukturen und Denkgewohnheiten aufgebrochen werden, ist Raum für Neues. Diesen Raum braucht es dringend, in Wien und überall!

Aufbau

Das Buch ist in vier thematische Blöcke unterteilt, die Fragestellungen gruppieren und so verschiedene Zugänge und Perspektiven ermöglichen. Die Blöcke sind jedoch nicht klar abgrenzbar, sondern kehren immer wieder zu zentralen Fragen zurück und nehmen Fäden wieder auf, um Gedanken mit anderen Mustern weiter zu stricken: abstrakt, konkret, aktivistisch, empirisch oder utopisch. Neben Artikeln des Herausgeber_innenkollektivs

kommen auch andere Autor_innen zu Wort, berichten mit ihrem Erfahrungsschatz aus ihrer spezifischen Perspektive und erweitern das Thema Leerstand. Die Nutzung von Leerstand passiert nicht am Schreibtisch und kaum alleine. Interviews verdeutlichen diese Dynamik: Handeln ist Diskussionsprozess und umgekehrt. Trotz des Schwerpunktes auf Wien schaffen Gastbeiträge und transnationaler Austausch, der in die Artikel eingeflossen ist, auch einen allgemeinen Einblick in das Themenfeld. Das Buch kann von vorne nach hinten, von hinten nach vorne oder ganz anders gelesen werden. Die Artikel, Gastkommentare und Interviews stehen für sich. Der Aufbau folgt trotzdem einer Logik, die das Lesen vereinfachen kann und die einzelnen Teile dieses komplexen Bildes zusammenführt.

Der erste Themenblock beschäftigt sich mit der Warenförmigkeit von Raum als grundsätzlichem Element kapitalistischer Raumlogik. Der Einstiegstext „Disjunktive Raumproduktion“ zeichnet die Zusammenhänge nach, in denen im aktuellen Strukturwandel Leerstand produziert wird und darum als aktiv gestaltetes Ergebnis globaler, neoliberaler Raumproduktion zu verstehen ist. Der Text „Die Enteignung des Möglichen“ fragt nach der Bedeutung von Leerstand am Wiener Wohnungsmarkt, wobei zunächst die historische Entwicklung des Wohnungsmarktes vom Roten Wien bis zur steigenden Neoliberalisierung heute nachgezeichnet und, in einem zweiten Schritt, die mögliche Profitabilität von Leerstand aus immobilienwirtschaftlicher Sicht betrachtet wird. In einem Gastbeitrag geht Justin Kadi der Frage nach, wie sich auf dem stärker kommodifizierten und deregulierten Wiener Wohnungsmarkt die Lage der Zwangsräumungen von Mieter_innen entwickelt.

Der zweite Themenblock betrachtet Leerstand nicht als Problem, sondern als Ressource und stellt darüber hinaus einen anderen Umgang mit diesen Ressourcen vor. Der Beitrag „Resilienz und Ressourcen in der Stadt“ von Michael Ziehl greift den Begriff der resilienten Stadt auf und entwickelt daraus eine visionäre Perspektive auf das Thema Leerstand. Elke Rauth spricht mit den Veranstalter_innen des Kunstfestivals SOHO in Ottakring über „Leerstände und Nicht-Orte“ und ganz konkret über die Bedeutung des Festivals für (leere) Stadträume, in denen es stattfindet. Alex Hagner erzählt im Gespräch mit Mara Verlič als Architekt des Projekts Vinzirast mittendrin von Leerstand, Obdachlosigkeit und der Notwendigkeit von Grauzonen in der Stadt.

Der dritte Themenblock verortet die Diskussion rund um Leerstand im Wiener Kontext. Zunächst spricht Dieter Schrage über die historische Entwicklung von Leerstandsnutzungen und sozialen Bewegungen unter den besonderen Bedingungen der „Zuckerbrot und Peitsche“-Politik der Stadt Wien. Darauf folgt ein Einblick in die jahrelange Arbeit der IG Kultur Wien zum Thema Leerstand und in ihr politisches Positionspapier, das einen alternativen Umgang mit leeren Räumen in Wien fordert.

Der letzte Themenblock konzentriert sich auf transformative Handlungsperspektiven. Im Text „Leerstand zu Commons machen!“ wird vorgeschlagen, Leerstand zu commonisieren und die Leerstandsnutzung als Hebel für eine andere Gesellschaft und als Experimentierlabor für einen anderen Umgang mit Ressourcen zu nutzen. Ein Gastkommentar des Projekts Ko.Sy und ein Interview mit Aktivistinnen* der letztjährigen FLIT-Besetzungen diskutieren konkrete Wege und Möglichkeiten, diese Perspektive umzusetzen. Alternativen werden aus der Komfortzone des Wunsches in die Realität geholt. Welche Rolle dabei die Ansätze der partizipativen Architektur spielen können, diskutiert der Text „Über Leerstand zu einer anderen Stadt?“. Den Abschluss des Buches bildet eine Sammlung von Werkzeugen zur aktiven Rauman eignung, die (rechtlich) berät, anregt und kritische Auseinandersetzungen fördert, damit über Leerstandsnutzung und solidarische Raumproduktion das „Recht auf Stadt“ für alle immer mehr Wirklichkeit wird.

LEERSTAND ...WIRD GEMACHT



DISJUNKTIVE RAUMPRODUKTION.

STRUKTURWANDEL UND NEOLIBERALE POLITIK VOM LEERSTAND AUS BETRACHTET

Anna Hirschmann

Um sich dem Thema Leerstand zu nähern und zu umreißen, *was Leerstand ist*, möchte ich eine Perspektive vorschlagen, die Leerstand *als ein zentrales architektonisches Merkmal des Strukturwandels* begreift. Architektur wird darin als systemische und strukturelle Verfasstheit von Wirklichkeit gedacht. Sie ist Verhandlungssphäre, in der sich Theorie und Alltagspraxis oder Ideologie und soziale Realität interdependent manifestieren, und sie kann die Matrix sein, in der gesellschaftliche Veränderungen beschrieben und bearbeitet werden können. Raum wird erst mal sozial konstruiert, und dann gegebenenfalls baulich-physisch. Damit ist Architektur keine feste Form und kein eindeutiges Produkt, sondern eine Methode der Konkretisierung, deren Ergebnis sich ständig praktisch und diskursiv erneuert und herstellt. Dieses Verständnis sieht Architektur als sozialräumliche und physisch-konkrete Gestaltung in einem Prozess *sozialräumlich-konkreter Gestaltung*. Es fordert die *Architektur*, aber auch die *Stadtplanung* als deren regulatives Instrument, um die Verhandlung ihres notwendigerweise politischen Gehalts heraus.

Der Begriff des Strukturwandels bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die dritte industrielle Revolution und die sozialökonomischen Umwälzungsprozesse seit dem Zusammenbruch staatssozialistischer Planwirtschaften und der Entstehung eines weltweiten liberalisierten Finanzmarkts (→ [Postfordismus](#), S. 188).

Die technologische Basis der dritten industriellen Revolution liegt in der Elektronik und den Informationswissenschaften, bzw. konkreter in der Entwicklung von Mikrochips und Mikroprozessoren und der Kybernetik als Wissenschaft einer universellen Formalisierbarkeit. Durch die so möglich gewordene Automation von Arbeit und völlig autonom arbeitende Informationssysteme – schlicht durch „Wegrationalisierung“ – entsteht ab den 1980er Jahren eine strukturelle Arbeitslosigkeit, die zu einer weiter wachsenden Massenarbeitslosigkeit geworden ist. Der Hauptgrund für diese Situation ist allerdings nicht die Technik als solche, sondern die Form der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit, Ressourcen und Beziehungen.

Neoliberale Wirtschaftsweise und postfordistische Regulation lassen sich als Regime der (wieder) verstärkten Disjunktion beschreiben, der strukturellen Entkopplung des Nutzens, Gewinns und Wohlstands von Kosten, Arbeit und Mühsal. Der aktuelle Strukturwandel ist ein weiterer Prozess der Ökono-

misierung, der den Zugang zu materiellem Reichtum und Ressourcen, aber auch zu Lebenslust und Sinnhaftigkeit auf wenige Menschen reduziert und eine immer größer werdende Mehrheit davon abspaltet, ohne eine alternative Verortung zu ermöglichen oder einen alternativen Raum zuzulassen (→ **Raumproduktion**).

Die Figur der Disjunktion lässt sich in unterschiedlich scharfen Abbildungen erkennen. Sie zeigt sich eindeutig an den vielen Flüchtlingen, die durch die Grenz- und Asylpolitik der Europäischen Union sterben, während dieselbe politische Einheit maßgeblich dazu beiträgt, das Flüchten überlebensnotwendig zu machen. Sie zeigt sich daran, „dass die dauerhaft und strukturell ‘Überflüssigen’ aus dem System des ‘Geldverdienens’ und der Konkurrenz ausgestoßen werden, ohne dass dieses System aufhört, ihre Existenzbedingung zu sein.“ (Kurz 2009: 630) Und sie zeigt sich an der Masse an Leerstand in Europa, die nicht mit allen (offiziellen) Obdachlosen gefüllt werden könnte.¹ Während der systemische Zusammenhang der Welt immer enger zusammenwächst und *global* wird, werden Menschen davon abgekoppelt, abgelöst und desintegriert – ohne sich dann aber selbstbestimmt bewegen zu können. Für sie ist schlicht kein Raum zum Leben vorgesehen.

Im globalen Norden hat sich die disjunktive Raumproduktion unter anderem mit dem Thema Leerstand an die lesbare konkrete Oberfläche der *Welt* gearbeitet und wird dort als Teil der postfordistischen Gesellschaft und deren spezifischer architektonischer Verfasstheit sichtbar.

Im ersten Teil des vorliegenden Artikels wird herausgearbeitet, inwiefern Leerstand das aktiv hergestellte Ergebnis einer spezifischen politökonomisch bedingten Architektur und Raumproduktion ist. Dabei handelt es sich um einen bewusst gesteuerten Gestaltungsprozess, der mit dieser Analyse

1 „Könnten alle Obdachlosen in die europaweit leer stehenden Wohnungen ziehen – es gäbe keine mehr. Zu diesem Ergebnis kommt eine Recherche des britischen Guardian. Demnach stehen in den EU-Ländern insgesamt mehr als elf Millionen Wohnungen leer. Genug Platz, um den nach EU-Angaben 4,1 Millionen Wohnungslosen theoretisch mehr als ein Dach über dem Kopf zu bieten.“ (Süddeutsche.de 2014).

Raumproduktion // Der Begriff der Raumproduktion verdeutlicht die Einsicht, dass Raum nicht ein natürliches Phänomen ist, in dem wie in einem neutralen Container soziale Interaktionen stattfinden, sondern selber sozial konstruiert bzw. produziert wird. Gleichsam wird die Gesellschaft als räumlich organisiert verstanden, wonach soziale Prozesse ohne eine Analyse der räumlichen Dimension kaum zu verstehen sind. Raum ist durchzogen von Machtverhältnissen, die regulieren, wer Raum nutzen darf, wer repräsentiert wird und nach welchen Vorstellungen und Interessen Raum gestaltet wird. Die Entschlüsselung des sozialen Ursprungs dieser räumlichen Prozesse zeigt die Möglichkeit auf, Raum anders zu strukturieren, Prozessen der Verdrängung und Marginalisierung entgegenzutreten und für eine andere Raumproduktion zu streiten.

adressierbar gemacht werden soll. Im zweiten Kapitel werden die entsprechenden Diskurse und Narrative untersucht, die ihrerseits diesen Gestaltungsprozess beeinflussen.

1. Strukturwandelbedingte LeerRaumproduktion

Der Begriff *Strukturwandel*, wie er in diesem Text verwendet wird, benennt aktuelle Veränderungen in Wirtschaft und Politik und deren soziale und kulturelle Folgen. Er umfasst die strukturellen Veränderungen der Wirtschaftssektoren innerhalb von räumlichen Produktionszusammenhängen sowie die der Produktionszusammenhänge untereinander. Ausgangspunkte und wichtige Merkmale sind eine verschärfte (Re-)Ökonomisierung verschiedener Lebensbereiche, die Liberalisierung des (Welt-)Handels und der globalen Finanzmärkte, sowie die Entkopplung des virtuellen vom realen Produktionsmehrwert, die alle wiederum auch Ausgangspunkte und Merkmale von aktuellen Globalisierungsprozessen sind.

Im Folgenden werden einige genauere Beschreibungen des Strukturwandels und der postfordistischen Stadtentwicklung² herangezogen, aus denen sich verschiedene Formen von Leerstandproduktion ergeben. Auch wenn in den Einzelfällen die konkreten Gründe für Leerstand sehr verschieden scheinen, laufen sie auf einen mittlerweile globalen Zusammenhang hinaus.

Veränderungen der Wirtschaftssektoren

Verbesserte Transport- und Kommunikationstechnologien, die Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der GATT- und WTO-Verhandlungen³ und die Entstehung globaler Finanzmärkte durch die Deregulierung des

² Ausführlicher, und gut verständlich nachzulesen in der Diplomarbeit *Postfordistische Stadtentwicklung – Unternehmen Stadt: Zur Vermittlung von globalem Verwertungsdruck und lokaler Regulation* von Sebastian Schipper, Kapitel 3.4 (vgl. Schipper 2008).

³ Die *World Trade Organisation* (WTO) ist 1995 aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, dem *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT), hervorgegangen. Die Beschlüsse der GATT-Runden förderten und sicherten die Liberalisierung des Welthandels, maßgeblich durch die Minimierung von Zöllen und die Regulierung von Import- und Exportbestimmungen. Das letzte Abkommen wurde am 15. April 1994 in Marrakesch (Marokko) von den Abgeordneten der 123 teilnehmenden Staaten unterzeichnet.

Dieser Ansatz, wie er etwa von Seiten der *critical/radical geography* stark gemacht wird, beruht vor allem auf Perspektiven von Karl Marx, Henri Lefebvre, Michel Foucault und David Harvey. Lefebvre hat den Begriff der Raumproduktion mit seinem Buch *La production de l'espace* (1974) maßgeblich in die Diskussion eingebracht.

Zum Weiterlesen:

Belina, Bernd/ Michel, Boris (Hg.) (2011): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

weltweiten Kapitalverkehrs haben eine Inter- und Transnationalisierung der Wertschöpfungsketten etabliert.

Der organisatorische Umbau von großen, statischen Unternehmensstrukturen hin zu kleineren, locker vernetzten Produktionseinheiten, die sich entscheidungsunabhängiger und schneller nach dem internationalen Markt ausrichten können, wurde notwendig. Durch vertikale Desintegration und Outsourcing von ganzen Produktionsbereichen und Produktionsschritten an kleinere Firmen oder Subunternehmen, wurde eine an den internationalisierten Markt angepasste, flexible Just-in-time-Produktion möglich (vgl. Kohlmorgen 2004: 177).

In der neuen internationalen Arbeitsteilung wurden und werden arbeitsintensive Produktionsbereiche in periphere, kostengünstigere Länder verlagert, während sich Entscheidungs- und Managementebenen um die entscheidenden Knotenpunkte des Kapitalverkehrs gruppieren. So kommt es in den ehemaligen Industrieregionen zu Deindustrialisierungsprozessen und einer tendenziellen Tertiarisierung der Beschäftigungsstruktur. Fabriken und ortsgebundene Produktionsstätten werden aufgegeben, weil sie für die verbleibenden Produktions- und Dienstleistungsbereiche nicht notwendig sind. An den Orten der Entscheidungsmacht und der Steuerung des Geldverkehrs werden Kultur- und Wissensproduktion und das Recht an geistigem Eigentum wichtiger. Freizeit-, Entertainment- und Wellnessangebote, sowie Vermittlungs- und Managementdienstleistungen, die den strukturellen und physischen Umbau der räumlichen Zusammenhänge begleiten, werden zu neuen, relevanten Arbeitsbereichen (→ [Entrepreneurial city und Governance](#), S. 184).

Wo ehemalige Industriestandorte aufgegeben werden, weil sich die Produktion in der globalisierten Konkurrenzsituation dort „nicht mehr lohnt“, ziehen aber auch keine Betriebe aus der gleichen oder einer verwandten Branche als Nachmieter_innen ein, weil sie den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen unterliegen. Ganze Industriestandorte mit allen dazugehörigen gebauten Räumen bleiben leer und ungenutzt. „Zu große“ Produktionsstätten und Lagerräume, die durch die flexible Produktion auf Nachfrage unnötig geworden sind, werden als zu hohe Kostenfaktoren aufgegeben, auch wenn der Produktionshauptsitz noch erhalten bleibt.

In der Landwirtschaft erhöht sich der Druck billiger zu produzieren, um mit der internationalen Konkurrenz mithalten zu können. Kleine und mittelgroße Betriebe vergrößern dafür entweder ihre Produktion oder geben ganz auf. So bleiben leere Höfe übrig, deren Ländereien separat verkauft wurden. Der Text „Nutzen statt Besitzen: Ko.Sy“ im vorliegenden Band geht auf diese Situation am Beispiel Österreichs genauer ein.

Ungleiche Entwicklung von großräumlichen Zusammenhängen

Nationale Staaten, ebenso wie Städte, sind nicht rein auf die Globalisierung reagierende, ausführende „Einheiten“, sondern aktiv an der neoliberalen Umgestaltung und deren Durchsetzung beteiligt. So wird auf nationaler Ebene eine Dezentralisierung zentraler ökonomischer Regulation vorangetrieben, durch die kleinere räumliche Wettbewerbseinheiten entstehen, die untereinander in Konkurrenz stehen (vgl. Brenner 2004). Es kommt zu einem interkommunalen Wettbewerb um globale Investitionen und so genannte Standortvorteile. Je nachdem, wie die Standortfaktoren wirken, gelten Regionen als „strukturschwach“ oder „strukturstark“. Dabei tragen beide Qualitäten eine sich selbst verstärkende Dynamik in sich, und es zeichnet sich eine klare Segregation in so genannte „Gewinner-“ und „Verliererstädte“, oder „Gewinner-“ und „Verliererregionen“ ab. Die einen können Wachstum und Arbeitsplätze realisieren, die anderen nicht.

Im letzteren Fall kommt es zu hoher Arbeitslosigkeit, Armut, Frustration und Hoffnungslosigkeit in Bezug auf eine wirtschaftliche Stabilisierung und eine einschätzbare Zukunft. Die betroffenen Menschen ziehen weg, und versuchen anderswo ihr Glück. So entsteht in den aktuell benachteiligten Städten und Regionen ein großer Wohnungsleerstand, sowie Leerstand von Schulen, Krankenhäusern und Veranstaltungsgebäuden, für die es keinen Bedarf mehr gibt, deren Auslastung die Kosten nicht mehr trägt, oder deren Kosten schlicht eingespart werden müssen. Die Menschen, die früher in jenen Wohnungen gelebt haben, benötigen in der jeweiligen neuen Heimat ebenso ein Dach über dem Kopf. Durch die interkommunale Konkurrenz und die segregierenden Dynamiken entsteht an den einen Orten im gleichen Maße Leerstand, wie andernorts Bedarf nach günstigem Wohnraum. Gleichzeitig findet unter den neoliberalen Bedingungen in den „Wachstumszentren“ eine erneute Inwertsetzung und Verteuerung von Raum statt, und im Zusammenspiel mit einer hohen Konzentration Arbeits- und Wohnungsuchender wird günstiger Wohnraum schnell weniger. Verstärkt wird dieses Ungleichgewicht dadurch, dass Städte ihre Strategien im Bereich der Wohnwirtschaft nicht mehr auf einen sozialen Ausgleich hin ausgerichtet haben. Im Artikel „Die Enteignung des Möglichen. Die Bedeutung von Leerstand am Wiener Wohnungsmarkt“ im vorliegenden Band wird diese Situation am Beispiel des Wiener Wohnungsmarktes herausgearbeitet.

Ungleiche Entwicklung (uneven development) // Der relativ neue Begriff *uneven development* stammt aus der angloamerikanischen kritischen Geographie und bezeichnet ein konstituierendes Moment kapitalistischer Vergesellschaftung, nämlich das Spannungsverhältnis zwischen räumlicher Angleichung und Differenzierung von Produktions- und Konsummustern. Vor dem Hintergrund der technischen Entwicklungen des Kommunikations- und Transportwesens schaffen der Konkurrenzdruck und die Möglichkeit, dass Unternehmen ihre Aktivitäten räumlich streuen, auf der einen Seite eine Angleichung von Produkten und Produktionsverfahren. Auf der anderen Seite erzeugt gerade diese Angleichung den Bedarf nach Differenzierung, um sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, ent-

Finanzmarktgesteuerte Stadtentwicklung

Mit der Entstehung globaler Finanzmärkte durch die Deregulierung weltweiter Kapitalflüsse ist städtischer Raum eines der wichtigsten Operationsfelder für die spekulativen Investitionen der globalen Finanzwirtschaft geworden. Dabei geht es nicht nur um die direkte ökonomische Verwertung von *Stadt* und ihren Objekten, sondern um das *Herstellen von Stadt* als globaler Investitionsstruktur und als Spekulationsobjekt an sich (→ **Built environment und spatial fix**, S. 182). Um große Profite mit den virtuellen Werten erwirtschaften zu können, muss zum einen tatsächlich Stadt gebaut werden und zum anderen muss sie als vertrauenswürdige Anlagesphäre bestätigt und erhalten werden. Dafür spielt die Produktion von Vorstellungen eine wichtige Rolle, auf die im zweiten Kapitel des vorliegenden Textes eingegangen wird.

Die Finanztransaktionen, von denen die Immobilienmärkte zunehmend abhängen, entkoppeln sich dabei von den realen Entwicklungen. Für Neubauten müssen am Ende nicht zwangsläufig Mieter_innen gefunden werden, um am Anfang der Projektentwicklung bereits große Profite mit der Spekulation auf erwartbare Mieten möglich zu machen. Denn das Geschäft mit den Krediten und Papierwerten funktioniert auch ohne spätere Einnahmen, solange sich neue Anlagemöglichkeiten erschließen lassen, das heißt solange sich neue Projekte entwickeln lassen, mit deren angenommenen Ertragswerten spekuliert werden kann. Nach Bürobauten werden auch Wohnungen, Gewerbeimmobilien und Verwaltungsbauten zunehmend zu Investitionsobjekten für institutionelle Anleger (vgl. Grubbauer 2011: 45). Es entwickelt sich eine selbstverstärkende Dynamik, in der sich Investitionsbereitschaft und Anlagemöglichkeiten auf wenige Räume oder regionale Zusammenhänge konzentrieren und diese dadurch zu „strukturstarken“ Standorten machen.

Dabei verweisen die Benennungen *strukturstark* und *strukturschwach* eben lediglich auf die Gewinnpotentiale der Immobilien- und Finanzwirtschaft. Sie sind nicht geeignet, um die tatsächlich vorhandenen existenziellen Ressourcen und menschlichen Anforderungen von regionalen Zusammenhängen zu beschreiben.

weder durch die Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren oder durch das Ausnutzen räumlicher Besonderheiten. Kapitalistische Entwicklung homogenisiert und schafft gleichzeitig Ungleichheiten, um neue Verwertungsmöglichkeiten zu haben. Ungleiche Entwicklung ist damit sowohl Produkt als auch Voraussetzung kapitalistischer Vergesellschaftung.

Zum Weiterlesen:

Wissen, Markus/ Naumann, Matthias (2008): „Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung: Zum uneven-development-Konzept in der radical geography“. In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies. 7 (3), S. 377-406.

In der finanzmarktgesteuerten Bauwirtschaft ist eine riesige Kapitalakkumulation und Profitabschöpfung möglich, bis die „positive“ Dynamik der Entwicklung neuer Anlagemöglichkeiten an bestimmte Grenzen stößt, wie an den vielen Immobilienkrisen der letzten Jahre – in den USA, in Griechenland oder in Spanien – deutlich geworden ist. „Strukturstarke“ Regionen werden unter Umständen schnell zu „strukturschwachen“ Regionen, wenn sich die Gewinnpotentiale nicht mehr steigern lassen. Hier wird Leerstand direkt produziert, weil sich die so entwickelten Projekte zwar in dem Sinne materialisieren müssen, dass etwa mit dem Bau begonnen werden muss, es aber für die Kapitalgeber_innen und Projektentwickler_innen und ihre Gewinnmarge nicht wichtig ist, ob der Bau auch bezogen und genutzt wird. Der spätere tatsächliche Gebrauchswert ist für die bis dahin getätigten Spekulationsgeschäfte und die vielen kurzzeitigen (Mit-)Besitzer_innen, die in dieser „Produktionsphase“ daran verdienen, egal.

Während diese Form von Leerstandsproduktion zum Beispiel in Spanien als Bauruinenlandschaft sehr sichtbar geworden ist, ist sie beispielsweise in Wien deshalb nicht so einfach erkennbar, weil die entsprechenden Großbauvorhaben mit ausländischen Direktinvestitionen und hohen Spekulationswerten immer noch fertiggestellt werden. Das heißt auch, dass angenommen wird, es würden sich in Wien immer noch weitere Projekte mit noch höheren Profitaussichten entwickeln lassen. Meistens handelt es sich dabei um Büro- und Gewerbekomplexe, Hotels oder Einkaufszentren – zum Teil mit Luxuswohnraum in den oberen Stockwerken, die aufgrund hoher Mieterwartungen hohe Kreditwerte haben. Einmal fertiggestellt, werden diese Bauten nicht als Leerstand wahrgenommen, selbst wenn sie ungenutzt sind.⁴ Das Verhältnis von geplanten und genehmigten Büroquadratmetern zum bereits bestehenden Leerstand von ebenfalls jüngst erbauten, technisch modern ausgestatteten, „funktionsfähigen“ und hochpreisig hergestellten Gebäuden dieser Art in vielen Städten zeigt die Entkopplung von finanzwirtschaftlich gesteuerter Stadtentwicklung und realem Bedarf an Neubau.⁵

Wirtschaften mit Leerstand

Ungleiche Entwicklung gibt es auch in kleinräumlichen Zusammenhängen, innerhalb von Städten, woraus weitere Zweigformen der Leerstandsproduktion entstehen.

⁴ Ich gehe weiter darauf ein im zweiten Kapitel „Bildproduktion und Vermittlung“.

⁵ So schreibt Reinhard Seiß in seinem Buch *Wer baut Wien? Hintergründe und Motive der Stadtentwicklung Wiens seit 1989* bereits 2008: „Zwar liegt die Büroleerstandsrate in Wien mit 6,5 Prozent noch unter dem europäischen Durchschnitt von etwa 10 Prozent, signifikant hoch ist allerdings der Leerstand von über 20 Prozent unter den Wiener Bürobauten der letzten zehn Jahre.“ (Seiß 2008: 39)

In den Städten, auf die sich einerseits die Aufmerksamkeit der Investor_innen und andererseits die Hoffnung von Arbeitssuchenden konzentriert, verstärkt sich der Druck auf den Immobilienmarkt und schlägt sich in steigenden Miet-, Eigentums-, Grund- und Bodenpreisen nieder. Diese Situation wird von Hausbesitzer_innen „gewinnbringend“ genutzt, indem bestehende Verträge gekündigt und Wohnungen saniert werden, um dann den neuen Erwartungen entsprechend entweder als Mietwohnungen oder als Eigentum im Vergleich deutlich teurer wieder angeboten zu werden. Bei allgemein steigenden Mietpreisen ist die Idee eine Wohnung zu kaufen – sofern mensch kann – naheliegend, und die Nachfrage entsprechend gegeben. Entleert werden Häuser durch so genannte „Bestandsfreimachungen“ („Entmietungen“) und Zwangsräumungen (Delogierungen). Leere Häuser werden zu höheren Preisen verkauft als solche mit so genanntem „Restmieter_innenbestand“. Da sich die Erwartungen aber nicht immer tatsächlich erfüllen und die Häuser nicht immer wirklich zu den erhofften Preisen verkauft werden können, bleiben manche Häuser einfach leer. Der Artikel „Die neue Wiener Wohnungsfrage: Delogierungen“ im vorliegenden Band beleuchtet die Problematik von Zwangsräumungen am Beispiel der Stadt Wien.

Mit dem Handel von Haus und Boden besonders in innerstädtischen Lagen kann kurzfristig recht viel Geld gemacht werden. Es bilden sich neue Unternehmen, die rein gewinnorientiert mit der „Ware Raum“ arbeiten und prinzipiell gar nicht an der Nutzung von Raum interessiert sind. Auch dafür werden Gebäude „entmietet“, oder *kaputtbesessen* durch aktive Nicht-Instandhaltung. In diesem Segment des Immobilienhandels werden Gebäude unabhängig von einer möglichen sinnvollen Nutzung permanent leer gehalten, um sie einfach und schnell weiterverkaufen zu können.

Das Selbstverständnis der „strukturstarken“ Stadt führt dazu, dass sich die Erwartung und der Zwang zur permanenten Aufwertung vervielfältigen. Selbst wenn es noch verbleibende niedrigpreisige Räume und einen großen Bedarf danach gibt, werden temporäre Leerstände letztendlich von vielen Akteur_innen lieber erhalten als beispielsweise auf Anfragen mit niedrigen Mietvorstellungen zu reagieren. Dies geschieht entweder in der Hoffnung auf eine_n solventere_n Mieter_in, oder weil sich die Aktienwerte von Immobilien von ihren angenommenen Mieten bzw. Verkaufswerten ableiten, die wiederum durch real niedrigere Mieteinnahmen sinken.

Widersprüchliches politisches Geleit

Mit dem Strukturwandel wurden Städte zu zentralen operativen Einheiten. Die neue Konkurrenzsituation wird weniger auf der nationalen Ebene ausgetragen, denn als ein verschärfter internationaler Wettbewerb zwischen einzelnen Städten und Regionen. Der Neoliberalismus wurde ganz wesentlich

über Städte als Ziele von politischen Experimenten, institutionellen Neuerungen und der ideologischen Beeinflussung öffentlicher Meinung durchgesetzt (vgl. Grubbauer 2011: 31f.). Städte sind maßgebliche Akteur_innen disjunktiver Raumproduktion und deren konkreter Ausgestaltung, auch wenn sie schwer als homogen handelnde Einheiten identifiziert werden können (→ „Die Stadt“ – Vergewisserung des Handlungsterrains, S. 183).

Durch den nationalen Wettbewerbsstaat findet in der Frage des Ausgleichs von Privilegien und der Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum eine Abkehr von den Regulationen des tendenziell nachfrageorientierten Wohlfahrtsstaates statt. Ehemals als staatlich definierte Verantwortungsbereiche werden dezentralisiert und Aufgaben an die kommunalen Gemeinwesen abgegeben. Individualisierte Lösungsstrategien werden propagiert und als einzig machbare kommuniziert. Die kommunalen Gemeinwesen wiederum tragen die gestiegene Verantwortung, indem sie Aufgaben an privatwirtschaftlich strukturierte Unternehmen auslagern. Je nach regionalen Voraussetzungen und Ausgangslage in Bezug auf die vorhandene wirtschaftliche Aktivität versuchen Städte und Regionen, sich vorauseilend an die neue Konkurrenzsituation anzupassen und den erweiterten Handlungsrahmen dementsprechend zu nutzen. Haben die strukturellen Veränderungen separierte, in Konkurrenz stehende räumliche Einheiten hervorgebracht, werden auch die Institutionen des Gemeinwesens zu wettbewerbsfähigen Organisationen mit vielfältig aufgesplitterten, abgespeckten Verantwortlichkeiten umgebaut, die möglichst flexibel und „kostengünstig“ arbeiten sollen.

Ein konkretes Beispiel ist der Rückzug aus dem Bereich der direkten Bereitstellung von Wohnraum und die Umwandlung von Objekt- zu Subjektförderungen. Eine langfristig angelegte Objektförderung, wie zum Beispiel der Bau von günstigen Wohnungen, die vorrangig an Personen mit niedrigem Einkommen vermietet werden, wird zugunsten einer Förderung aufgegeben, die beispielsweise halbjährlich und individuell angesucht, und mit welcher die Miete nach dem freien Marktpreis gezahlt werden muss.

Gerade auch in den „Wachstumszentren“ ist der städtisch finanzierte soziale Wohnbau in den letzten fünf bis 15 Jahren eingestellt und damit eine Steigerung des Preisniveaus am Immobilienmarkt unterstützt worden. Außerdem werden die ehemaligen Fördergelder vermehrt dazu eingesetzt, kleinen und mittleren Privatbesitz an Wohnraum zu fördern. Mit der auf verschiedenen Ebenen stattfindenden Privatisierung einer ehemals staatlich organisierten, „gemeinschaftlichen“ Verantwortung im Bereich Wohnen und dem Ende der ausgleichenden Regulationen werden einmal mehr Menschen vom Zugang zu finanzierbarem Wohnraum ausgeschlossen und Armut und Obdachlosigkeit produziert. Das Interview „Das System können wir nicht verändern, aber wir können Grauzonen öffnen“ im vorliegenden Band be-

fasst sich mit dem Thema Leerstand und Obdachlosigkeit anhand eines konkreten Projektes in Wien.

Zudem versuchen Städte internationales Kapital zu lukrieren, indem sie die bestmöglichen Voraussetzungen für Investitionen schaffen. Sie verankern damit die globale Finanz- und Immobilienwirtschaft auf lokaler Ebene und tragen aktiv zu einer finanzmarktgesteuerten Stadtentwicklung und zum Erhalt von Leerstand bei. Beispiele dafür sind imposante, teure Großbauvorhaben wie die oben beschriebenen Büro- und Gewerbekomplexe, deren Bedarf und allgemeiner Nutzen fraglich ist. Sie werden oftmals mit städtischer Beteiligung entwickelt, zum Beispiel in Form des Public-private-Partnership-Modells. Dieses Konzept verspricht zum einen eine Beteiligung an Gewinnen aus der Spekulation mit den angenommenen Mieten, zum anderen macht es die jeweilige Stadt in der Logik der Standortkonkurrenz „attraktiver“ für nachkommende Investor_innen. Um besonders interessant für privates Kapital zu sein, drehen Städte für solche Bauvorhaben an Vorschriften, erlassen Grundstückskosten, ermöglichen vorher unmögliche Widmungen oder verpflichten sich zum Teil sogar als wirtschaftliches „Auffangnetz“ bei mangelnder Auslastung eines Objektes (vgl. Logan & Molotch 2007).

Es gibt einzelne Abteilungen des städtischen Apparates, die direkten finanziellen Gewinn aus jenen Großbauvorhaben und dem spezifischen Zusammenwirken von Finanz- und Bauwirtschaft ziehen. Doch landen Verluste, wenn die erwarteten hohen Mieten gar nicht oder nur für einen kurzen Zeitraum eingefahren werden können, ebenfalls dort. Sie zeigen sich in groben Kürzungen in anderen Bereichen.

Um ihren Standort für Investor_innen attraktiv zu machen und eine „aufwärts gehende“ Dynamik zu erschaffen, gehen Städte ein hohes Risiko ein, das zu Lasten vieler Menschen geht.

Teilweise werden dieses Risiko und daraus entstehende Schäden von neuen kleinräumlichen Vermittlungs- und Betreuungsmaßnahmen abgedeckt und alternative soziale Akteur_innen zunehmend in städtische Projekte eingebunden. Dennoch nimmt die Kritik an disjunktiver städtischer Raumpolitik und *neoliberalen Stadtentwicklung* zu, räumliche Bedarfe werden vermehrt artikuliert und der soziale Widerstand wächst. Die Kombination von aufgesplitteter Verantwortlichkeit und partiellem Nutzen erzeugt eine tendenziell handlungslahme und souveränitätslose Haltung der Stadtpolitik, die der Verteuerung von Raum, der Produktion von Neubauleerstand und dem Erhalt von Leerstand wenig bis gar nichts entgegenstellt, sondern all dies gerade begünstigt.

Städtische Politik kann durchaus damit adressiert werden, dass sie Katalysator für Prozesse ist, die auf der einen Seite Leerstand und auf der anderen Seite strukturelle Wohnungslosigkeit produzieren. Menschen nutzen und

suchen Raum, um sich bewegen zu können, um in irgendeiner Form produktiv zu sein, um sozialen Kontakt herzustellen, um zu leben und zu überleben. Leerstand – als architektonisches Merkmal von Strukturwandel und neoliberaler Politik – bedeutet, dass anderswo Menschen kein Dach über dem Kopf haben und ihnen Raum zum Leben fehlt. Ihre Situationen werden im theoretischen und praktischen Umgang mit Leerstand jedoch meistens ausgeblendet.

2. Bildproduktion und Vermittlung

Der vorgeschlagene Zugang zum Thema Leerstand bietet eine spezifische *Vorstellung*, die als theoretischer und praktischer Anknüpfungspunkt für eine Kritik an neoliberaler Stadtentwicklung dienen kann. Vorstellungen prägen die subjektive räumliche Wahrnehmung der Menschen. Und Vorstellungen sind ein Teil der Motivation, aus der heraus Akteur_innen so handeln, wie sie handeln. Die Vermittlungen von Vorstellungen wiederum verweisen darauf, um welche Inhalte es eigentlich geht und welche Bedeutungen konstruiert werden sollen, auch wenn beides gerade nicht direkt benannt wird. Im folgenden Kapitel werden verschiedene Diskurse und Narrative näher betrachtet, die das Thema Leerstand vermitteln.

Das Wort „Leerstand“ ist in der (deutschsprachigen) Presse und in anderen Auseinandersetzungen durchaus präsent, grundsätzlich lässt sich aber wenig „Diskurs um Leerstand“ ausmachen, der den im ersten Kapitel skizzierten größeren Zusammenhang aufgreift. Meistens werden andere Narrative herangezogen, aus denen sich einfacher und schneller vermeintliche Lösungsansätze entwickeln lassen. Das Thema ist zum einen kompliziert zu fassen und übergreifend zu adressieren. Außerdem ist eine konsequent kritische Position dazu selten, weil sie die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse angehen muss. Gleichzeitig ist es aber auch nicht möglich, ganz darüber hinwegzuschweigen. Dafür ist das kritische Begehren zu stark, welches sich Leerstand theoretisch und praktisch aneignet.

Das Glücksversprechen der kapitalistischen Ordnung und die Glaubwürdigkeit eines Aufschwung garantierenden und sich selbst stabilisierenden freien Marktes geraten an Grenzen. Mit leerstehenden, ungenutzten Gebäuden werden Widersprüche dieser Ordnung und ihrer disjunktiven Raumproduktion präsent und erfahrbar. Gleichzeitig erscheinen die globalisierten Prozesse dieser Ordnung den meisten Menschen als natürlich, unergründlich und unveränderbar. Durch die hegemonialen Diskurse und Behauptungen wird eine strukturelle Kritik am Leerstand und an disjunktiver Raumproduktion zusätzlich erschwert.

In den hegemonialen Vermittlungen seitens der Stadtpolitiker_innen und vieler Wissenschaftler_innen bleiben die wirtschaftspolitischen Bedingungen und sozioökonomischen Zusammenhänge unbenannt oder werden durch andere Bedeutungskonstruktionen verschleiert. Das größte Ablenkungsmanöver bescheren die unüberhörbaren Narrationen der *Kreativen Stadt*.

Das (un)geliebte Modell der „Kreativen Stadt“

Das Konzept der „Kreativen Stadt“ ist ein gehyptes Erfolgsversprechen, das der seit der neoliberalen Wende als Unternehmen imaginierten und ebenso ideell umgebauten Stadt zu Prosperität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit verhelfen soll. Zur Verbesserung harter und weicher Standortfaktoren, die die private Kapitalakkumulation und Investitionstätigkeit stimulieren sollen, zählt unter anderem, die quantitative, qualitative und kostengünstige Arbeitskraft der Wissensarbeiter_innen und der kaufkräftigen höheren Einkommensschichten an die Stadt zu binden. Deren Vorstellung vom „guten Leben“ wird stadtplanerisch aufgegriffen, wobei niedrigere Einkommensschichten und unerwünschte soziale Konflikte durch Reorganisation des öffentlichen Raumes – mittels Eventisierung, Aufwertung und Privatisierung auf der einen Seite und Repression auf der anderen Seite – in die Peripherie verdrängt werden. Häufig werden Aufwertungsmaßnahmen mit dem Argument legitimiert, dass es ein Problem sei, wenn in manchen Stadtvierteln keine einkommensstarken Schichten existieren. Die strukturellen Zusammenhänge der ungleichen Entwicklung, die dem aber zugrunde liegen, bleiben dabei unbenannt. Stattdessen sollen deren Leidtragende einfach räumlich verschoben werden, sodass sie das Bild vom „guten Leben“ nicht stören.

In diesem Modell trägt das Kulturschaffen existenziell zu der gewünschten Bindung bzw. vermeintlichen Lösung des Problems bei: Kunst- und Kulturschaffende werden als Idealtypus des_der „Ich-Unternehmers_in“ vorgestellt, der_die selbstorganisiert, auf eigene Rechnung, am liebsten ganz ohne staatliche Absicherung und trotzdem hochmotiviert Kulturgüter entwickelt und unter die Menschen bringt. Begleitet wird dessen_deren Treiben von weiterer prekärer Arbeit und Aktivität, die insgesamt ein florierendes, lebendiges Bild einer „lebenswerten“, weil kulturell reichen und interessanten Stadt ergeben. Diese „Abenteurer_innen“ und „Pionier_innen“ dürfen in der Leerstandslandschaft herum toben, bis sich Investor_innen ernsthaft für Grundstücke und Gebäude in der neu „belebten“ Gegend interessieren. Aus subjektiver Sicht kann diese Idee auch durchaus als gute Möglichkeit wahrgenommen werden, etwas auszuprobieren. Doch werden dann die Prekariats- oder Zwischennutzungsverträge kurzfristig gekündigt, ist das für die meisten Kunst- und Kulturschaffenden trotz des Bewusstseins

über die Situation ein herber Verlust. Hat die „kreative Belebung“ ein bestimmtes Niveau erreicht und werden die ersten Gebäude saniert oder neu gebaut, ziehen auch solidere Gewerbe und solventere Mieter_innen ein. Die Weiterentwicklung in der Wertsteigerung des Raumes ist nach oben hin offen, so die These.

Darum verengen die Befürworter_innen des neoliberalen Stadtumbaus im Zusammenhang mit Leerstand – ausgehend von den Behauptungen der Kreativen Stadt – ihren Fokus auf *Zwischennutzung*, weil so ein offensichtlicher Widerspruch scheinbar befriedet und widerständiges, kritisches Potential integriert werden kann. Von den kritischen Stimmen werden dieselben Behauptungen als Argumentation gegen jede Form von *Zwischennutzung* und zum Teil gegen Kreativschaffende per se verwendet. Undifferenziert wird *den Kreativen* von beiden Seiten zugesprochen, zwangsläufig und unvermeidbar Motoren der Gentrifizierung zu sein oder zu werden. Damit wird ein strukturelles Problem personifiziert und verschiebt sich auf eine individuelle Ebene, auf der mensch mitmachen kann oder nicht und damit, vereinfacht gesagt, „richtig“ oder „falsch“ handelt. Mit dieser Alles-oder-nichts-Fragestellung, in der *Zwischennutzung* das eine diskutierte Kernthema ist, wird eine weitergehende Kritik an den sozioökonomischen Zusammenhängen überdeckt. Wenn gerade auch die kritischen Stimmen bei dieser Frage verharren, kommt das am Ende doch der neoliberalen Stadtentwicklung zugute.

Zwischennutzungen können durchaus widerständiges Potential hervorbringen, wenn sie sich mit der bestehenden Nachbar_innenschaft und deren Lebensrealitäten verknüpfen, keine „neuen“ und vor allem teureren Standards einführen und einen Raum für Austausch herstellen, der zugleich eine Sichtbarkeit dieses Austausches mit sich bringt. Es kommt darauf an, wie die Menschen darin tatsächlich agieren (vgl. Hirschmann/Kiczka 2012). Trotzdem bleibt der Kreativimperativ eine absurde Aufforderung, strukturell bedingte Schwierigkeiten letztlich individuell zu verantworten. Der euphemistische Zugang zu *Zwischennutzungen*, genauso wie die gänzlich ablehnende Haltung, verhindern eine tiefgehende kritische Auseinandersetzung mit den Bedingungen, die Leerstand produzieren. Der Artikel „Leerstand zu Commons machen!“ im vorliegenden Band zeigt auf, wie ein Umgang innerhalb dieses widersprüchlichen Handlungsfeldes möglich ist.

Nationales Horrorszenario

Auf die sich verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen im post-sozialistischen Ostdeutschland, als Beispiel einer insgesamt als „strukturell schwach“ benannten Region, wird mit einer Nachregulation des Wohnungs- und Immobilienmarktes reagiert, obwohl unter anderem erst die Deregulierung der Märkte zu der entsprechenden Situation geführt

hat. Dem zahlreichen Leerstand wird mit einem groß angelegten Abriss- und Stadtbauprogramm begegnet. So wurde im Jahr 2002 ein Förderprogramm über 2,7 Milliarden Euro bis 2009, und 2009 dann dessen Fortsetzung beschlossen (vgl. Dissmann 2011: 143).⁶ Die Möglichkeiten und die Sinnhaftigkeit der (neo)liberalen Wirtschaftspraxis werden hier deutlich. Das Hauptziel ist die Erhaltung der Märkte und nicht die Verbesserung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung vor Ort. Damit hängt die Abwanderung aus bestimmten Regionen zusammen, die sich nicht nur in Ostdeutschland zeigt, sondern als Migrationsbewegung in der gesamten Wirtschaftseinheit der Europäischen Union.

Oftmals wird dieser Zusammenhang aber genau umgekehrt dargestellt, indem demographischer Wandel und Migration als wichtigste Motoren globaler Umwälzungsprozesse behauptet werden. Diese seien wiederum Folgen von Naturkatastrophen oder „menschengemachten Katastrophen wie Krieg, Gewalt und Vertreibung“ (ebd.: 73).

Eine ähnlich unpräzise bzw. verkürzte Analyse findet sich häufig in der Argumentation von Politiker_innen, wonach Mieten steigen, weil Städte „einfach wachsen“. Die strukturell bedingte und politisch forcierte Knappheit am Wohnungsmarkt wird als „natürliche“ dargestellt.

Das Abrissprogramm in Ostdeutschland zeigt nur begrenzte Erfolge in Bezug auf die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung. Trotz des Leerstands werden neue Flächen als Bauland ausgewiesen, weil Investor_innen Ansiedlungen auf der grünen Wiese bevorzugen (vgl. ebd.: 105) und die Kommunen versuchen, sich im interkommunalen Wettbewerb um Investor_innen zu überbieten. Die Folgen sind hohe Kosten für eine letztlich unausgelastete Infrastruktur und ein Anwachsen der Flächeninanspruchnahme – das heißt, auch die „schrumpfende“ Stadt dehnt sich aus.

Im Bereich der Wohnbauten wurde strategisch vom Rand her abgerissen, und trotzdem sind viele Innenstädte tendenziell verwaist. Auch aus symbolischen Gründen wurden die Bauzeugnisse der DDR bevorzugt abgerissen und große Freiflächen mit Konsumarchitektur zugebaut (vgl. ebd.: 56f.). Die starke Veränderung vertrauter Umgebungen trägt aber nicht zur Identifikation und Bindung der Menschen an ihre Umgebung bei, sondern verstärkt unter Umständen das Bedürfnis wegzuziehen. Sie lässt sich ebenso als gewaltvoller Verdrängungsmechanismus verstehen, wie die Verdrängung durch Gentrifizierung in „strukturstarken“ Städten (→ [Gentrifizierung, S. 184](#)).

⁶ Das Buch *Die Gestaltung der Leere* (2011) der Architektin, Stadtforscherin und Theoretikerin Christine Dissmann enthält die Ergebnisse ihrer mehrjährigen Forschung und intensiven Auseinandersetzung mit Schrumpfungsprozessen und Leerstand in Ostdeutschland.

Christine Dissmann beschreibt in ihrem Buch *Die Gestaltung der Leere* (2011) – eine der wenigen Publikationen, die sich fokussiert mit dem Thema Leerstand beschäftigt – ausführlich die Situation verschiedener Städte Ostdeutschlands. Sie benennt die Kommunikation der offiziellen Akteur_innen in dem Zusammenhang als „Euphemismus der Politik“ (Dissmann 2011: 117), „Pragmatismus der Wohnungswirtschaft“ (ebd.: 118), „Katastrophismus der Medien“ (ebd.: 119) und „Abenteuerrhetorik der Planungsdisziplinen“ (ebd.: 122).

Städte würden offensiv für ihre Flächenpotentiale und Entwicklungschancen werben. Über als problematisch angesehene Fakten werde sich mit Blick auf die Wähler_innenstimmen ausgeschwiegen, und Leerstand sei von Seiten der Stadtpolitik mit einem Tabu belegt, als ob damit sich selbst verstärkende Dynamiken aufgehalten werden könnten (vgl. ebd.: 117f.).

In der nüchtern distanzierten Rhetorik der Wohnungs- und Versorgungswirtschaft stehe die ökonomische Rentabilität der Ware Wohnung auf dem Markt sowie das finanzielle Überleben der jeweiligen Wohnungsunternehmen im Vordergrund. Städtebauliche, kulturelle oder soziale Fragen hingegen würden eine untergeordnete Rolle spielen. Allerdings habe sich mit der Erfahrung der sich nicht erfüllenden Ziele auch die Vorstellung verändert, mit dieser technokratischen Herangehensweise weiterzukommen. Mittlerweile werde öffentlichkeitswirksam festgestellt, dass ein Stadtbau nur unter Einbeziehung aller Beteiligten, auch der Mieter_innen und Nutzer_innen, gelingen könne (vgl. ebd.: 118f.).

Die Untergangsrhetorik der Massenmedien sei das Gegenstück zum Beschwichtigungsjargon vieler Stadtverwaltungen und sei charakterisiert durch Vereinfachung, Verkürzung und negativ geprägte Überzeichnung (vgl. ebd.: 120f.).

Besonders zwischen 2000 und 2006 wurde ein Horrorszenario gezeichnet, das durch seine nationalisierte Interpretation auffällt. Es wurde impliziert, dass Deutschland aussterben könnte, dass der Wohlstand der gesamten Bevölkerung schwindet und, ganz allgemein, dass der Niedergang und Verlust der Weltgeltung und der Stellung Deutschlands als führender Wirtschaftsnation droht.

Die Kombination dieser Vermittlungen – das Ausblenden der Widersprüche von neoliberaler Stadtentwicklung auf der einen und der Entwurf einer nationalen Problematik auf der anderen Seite – lässt sich ebenso wie der Diskurs um Zwischennutzung als Vermeidung einer strukturellen Kritik beschreiben. Die Tabuisierung der Realität von ungleicher Entwicklung, welche durch die kapitalistische Ordnung produziert wird, und eine nationalisierte Angstmacherei verschieben mögliche Widerstände der Leidtragenden auf andere Themen, und tragen gar nicht zu einem kritisch-produktiven Umgang mit Leerstand und disjunktiver Raumproduktion bei.

Neubauleerstand

Eine besondere Rolle für die Betrachtung von Vermittlungen spielt der Leerstand in relativ neu gebauten Bürogebäuden – jenen Großbauvorhaben, in die Städte zum Teil selbst investiert haben. Moderne Glas- und Stahlgebäude, von Star-Architekt_innen entworfen, sind ein wichtiger Teil der Kommunikation, die den Strukturwandel aktiv zu bewerben und positiv zu belegen versucht.

Monika Grubbauer schreibt in *Die vorgestellte Stadt. Globale Büroarchitektur, Stadtmarketing und politischer Wandel in Wien* (2011), dass physischer Stadtumbau ein zentraler Teil gegenwärtig stattfindender gesellschaftlicher Restrukturierungsprozesse sei und als Medium der Vermittlung und Durchsetzung eines neuen Verständnisses von städtischer Wirtschaft und städtischem Wirtschaften im Kontext von Globalisierungsprozessen diene (vgl. Grubbauer 2011: 15f.). In ihrer Untersuchung bezieht sie sich auf die Stadt Wien, deren sozialdemokratische Stadtregierung spätestens Mitte der 1990er Jahre einen gezielten Kurswechsel hin zu einer stärker wettbewerbs- und wachstumsorientierten Stadtentwicklung vollzogen habe. Mit diesen neuen Stadtentwicklungsstrategien wurde auch ein massiver Stadtumbau in Gang gesetzt.⁷

Grubbauer weist auf die besondere Rolle der Bildproduktion in diesem Zusammenhang hin. Mit Hilfe der ästhetisch attraktiven und vielfachen Repräsentation dieser Großprojekte wurde ein neues Bild und ein neues Verständnis städtischen Wirtschaftens etabliert und zugleich mit positiver Bedeutung aufgeladen. Darin erscheint Wien als Ost-West-Drehscheibe und als wichtiger internationaler Wirtschaftsstandort, der „Entwicklungspotential“ hat. Dieses „Entwicklungspotential“ bezieht sich auf die Möglichkeit, Kapital gewinnbringend im physischen Stadtumbau anzulegen, und bewirbt die im ersten Kapitel schon beschriebenen Zusammenhänge von Bau- und Finanzwirtschaft. Die Bewerbung und positive Belegung suggerieren eine ständige Wertsteigerung des Raumes und sollen die „Anlagesphäre Stadt“ erhalten.

Leerstehende, in den letzten zwanzig Jahren gebaute und voll funktionsfähige, teure Bürogebäude verkörpern die Widersprüche des Strukturwandels bzw. der finanzmarktgesteuerten Stadtentwicklung besonders deutlich, kommunizieren aber gleichzeitig die (neue) hegemoniale Vorstellung von *ordnungsgemäßem Funktionieren*. Sicherheitsdienst und Fensterreinigung gehören zur Inszenierung, „dass das so gehört“, und tragen unter anderem

⁷ Zu diesem Stadtumbau gehören vor allem die großen Projekte wie Vienna Donau City, Wien Mitte, der Millennium Tower, Gasometer City, Wienerberg City, Monte Laa, Wien Hauptbahnhof oder die Wirtschaftsuniversität, deren planungspolitische Geschichte zum Teil schon 2008 von Reinhard Seiß für ihre ausschließliche Profitorientierung stark kritisiert wurde (vgl. Seiß 2008).

dazu bei, dass dieser Leerstand überhaupt weniger wahrgenommen und benannt wird.

Während bereits lange genutzte Gebäude ein bestimmtes Identifikationsmoment tragen, das auf die Zeit vor dem Strukturwandel verweist und deshalb besser mobilisiert werden kann, um daran ein kritisches persönliches Begehren zu knüpfen, sind genau jene Gebäude, die dramaturgischer Teil des Strukturwandels sind, allein schon gedanklich schwer anzueignen. Eine verstaubte Ladenfensterscheibe erweckt seltsamerweise ungleich mehr Misstrauen als ein Bürohochhaus, das eben nur noch vom Sicherheitsdienst und der Fensterreinigung betreten wird. Über neugebauten Büroleerstand wird insgesamt am wenigsten gesprochen, schon gar nicht von offizieller Seite. Gedanklich wie praktisch ist der Zugang dazu gut geschützt.

In dem vielbesprochenen und mit Preisen ausgezeichneten Film *Master of the Universe* (D/A 2013) von Marc Bauder wird der Neubauleerstand von Bürogebäuden allerdings kritisch inszeniert: als Ort der instabilen und suizidalen Finanzwirtschaft, aber auch der Beichte und des Ausbruchs.

Im Film erzählt ein ehemaliger Top-Investmentbanker, der tagtäglich Millionenprofite erwirtschaftet hat, in der sterilen Kulisse eines leerstehenden, aber wohl bewachten Bürohochhauses in Frankfurt von der Parallelgesellschaft der Finanzwirtschaftsprofiteur_innen. Der Aussteiger skizziert seine persönliche Vergangenheit in dem vom Rest der Welt abgeschotteten „System“ hinter den verspiegelten Glasfassaden der modernen Büroarchitektur, seine „Verführung“ als junger motivierter Informatiker und auch seine klare Einschätzung, dass „das“ nur in einer schweren Krise enden kann – entweder des totalen Marktzusammenbruchs oder eines gewaltigen Aufstands der Leidtragenden. Er beschreibt die Finanzwelt als abgespaltene, abgehobene Blase, als Maschinerie, die sich nicht für „alle anderen da draußen“ interessiert und so etwas wie Wracks produziert – menschliche und bauliche. Die hauptsächliche Szenerie, in der dieses Bekenntnis abgelegt wird, ist ein ehemaliger, nun leergeräumter Arbeitsort des Protagonisten. Diese Wahl war nicht nur eine freie Entscheidung, denn in den noch aktiven Banken oder der Börse durfte trotz des Renommee der Produktion nicht gedreht werden. Gleichzeitig ist sicher keine andere filmbildliche Landschaft als diese geeigneter, um Hintergrund der Kritik und des Begehrens nach einer Alternative oder einem Ausstieg zu sein.

Der Film zeigt die elegante, baulich-physische Innenansicht eines Widerspruches, der normalerweise mit anderen Bildern assoziiert wird und dessen ästhetischer Ausdruck meistens anders verortet wird. Er gehört damit zu einer raren und besonders interessanten Vermittlung in Bezug auf das Thema Leerstand.

In Wien

Auch in Wien wird die wirtschaftliche, politische und soziale Situation in den hegemonialen Diskursen naturalisiert und nicht kritisch hinterfragt. Alternative Bedürfnisse, aufkeimende Widerstände und mögliche Kritik an den Verhältnissen werden von stadtpolitischer Seite unterdrückt, nicht beachtet oder strategisch umarmt. Zur Lieblingsstrategie der Stadt Wien gehört es, selbstorganisierte Projekte jeder Art in „offizielle“ Projekte der Stadt zu überführen. Im Interview „Zuckerbrot und Peitsche.“ im vorliegenden Band beschreibt Dieter Schrage seine diesbezüglichen Erfahrungen.

Auch die Akteurin *Stadt Wien* existiert zwar nicht als universelle Einheit, sondern setzt sich aus vielen Institutionen zusammen, die durchaus auch widersprüchlich agieren. Aber grundsätzlich ist festzustellen, dass Leerstand als Thema des Strukturwandels und als strukturelles Problem von städtischer Seite nie direkt adressiert wird, sondern ausschließlich über das Konzept der „Zwischennutzung“.

Seit einigen Jahren ist im rot-grünen Regierungsabkommen eine „Agentur für Zwischennutzung“ festgeschrieben, die aber bisher noch nicht in die Tat umgesetzt wurde. Aktuell (im Jahr 2013 und 2014) arbeitet eine magistratsübergreifende Arbeitsgruppe daran, allerdings ohne Expertise potentieller Nutzer_innen. Deren Bedarf wird offensichtlich hinter den Interessen von Wirtschaftsverband, Einzelhandelsverband oder Immobilienwirtschaftsvertretung eingereiht (vgl. Hirschmann/Kiczka 2013).

In der Presse schwankt die Einschätzung der Relevanz des Themas, und die benannten Zahlenfakten auch. Es werden einzelne Fälle und besondere Geschichten von Zwischennutzungen kolportiert, ohne einen größeren Bedeutungszusammenhang herzustellen.

In Wien gibt es aber viele Akteur_innen, für die Leerstand durchaus ein relevantes Thema ist. Das sind meistens Gruppen, Vereine, lose Kollektive und Einzelpersonen, die Raum suchen und sich die marktüblichen (und steigenden) Mieten nicht leisten können oder wollen. Außerdem arbeitet die Interessenvertretung der freien und autonomen Kunst- und Kulturszene, die IG Kultur Wien, seit 2009 daran, einen offenen breiten Diskurs auch in der Bevölkerung anzuregen. Im Artikel „Perspektive Leerstand Wien. Raum her (zum Arbeiten und Leben)“ im vorliegenden Band wird deren diesbezügliche langjährige Auseinandersetzung mit der Stadt Wien beschrieben.

Bei den genannten Akteur_innen reicht das Spektrum einer expliziten strukturellen Kritik an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation von sehr deutlichen bis zu schwachen Statements. Darüber hinaus ist es ein Problem, dass mancher Raumbedarf gar nicht artikuliert werden kann, weil Menschen in ihrer Existenz systematisch delegitimiert werden. Den konkreten Raumbedarf statistisch zu erfassen ist nicht möglich, und somit ist er

schwer zu argumentieren. Gleichzeitig ist die Tatsache, dass der existenzielle Raumbedarf bereits hoch ist und weiter steigen wird, mit einem Verständnis von disjunktiver Raumproduktion leicht zu erklären. Strukturelle Kritik wird zwar ungern gehört, ist aber darum um so wichtiger.

In Folge der hegemonialen Vermittlungen wird *ordnungsgemäßes Funktionieren* als die stetige Aufwertung und damit stetig steigende Verwertung von städtischem Raum begriffen. Deshalb wird Leerstand tendenziell von den meisten Menschen nur dort wahrgenommen, wo die gesamte räumliche Situation *als in ihrem ordnungsgemäßen Funktionieren gestört* angesehen wird. Dem gegenüber stehen die Vorstellungen, in denen polit- und sozioökonomische Verhältnisse nicht quasi-natürliche Entwicklung sondern Resultat einer spezifischen Interessen- und Machtkonstellation sind, die sich verändern kann. Leerstand fungiert darin oft als Projektionsfläche für eine *unbestimmte Möglichkeit*, für ein *anderes* Leben und Tun und ist als solcher Ort positiv konnotiert. So beziehen sich viele alternative oder *nach einer Alternative suchende* Projekte und Gruppen positiv bzw. in ihrem Begehren positiv auf Leerstand. Sie repräsentieren und vermitteln Vorstellungen, die die Verhältnisse nicht als naturgegeben hinnehmen und adressieren das Thema Leerstand dementsprechend. Sie tragen durch ihr Begehren dazu bei, eine strukturelle Kritik sowohl an die räumliche wie auch an die diskursive Oberfläche zu bringen – im Gegensatz zu den offiziellen und hegemonialen Auseinandersetzungen. Und sie eröffnen damit manchmal mehr, manchmal weniger den Raum für eine grundsätzliche Verhandlung der Architektur des Strukturwandels und der aktuellen systemischen Verfasstheit von *Stadt*.

3. Eine nicht-disjunktive Stadt entwickeln

Stadtentwicklung beziehungsweise der physische Stadtumbau ist ein Seismograph sozioökonomischer und ideeller Veränderungen, der die Verschränkung von physisch-konkreter und sozialer Gestaltung verbildlicht. Im Stadtumbau manifestieren sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, denn die Entstehung und Entwicklung von *Stadt* ist unmittelbar mit der politökonomischen Verfasstheit der Gesellschaft verbunden. Der aktuelle Stadtumbau dient zum einen der Realisierung von großen Profiten – wie sie durch technische Innovation nicht mehr erreicht werden können – und gleichzeitig der Durchsetzung und Vermittlung der neuen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Maßstäbe. Damit werden existenzielle, menschliche physisch-konkrete sowie soziale Bedürfnisse übergangen und Ausschlüsse aus Lebensräumen und von Überlebensmöglichkeiten produziert.

Leerstand als ein zentrales Thema des Strukturwandels und als architektonische Abbildung disjunktiver Raumproduktion zu sehen, möchte dazu auffordern, in eine kritische Auseinandersetzung um die aktuelle Stadtgestaltung einzusteigen und die Frage nach einer möglichen *anderen* Stadt zu stellen. Städte sind zum einen Motoren der neoliberalen Umstrukturierungen und zum anderen die zentralen operativen Räume, in denen die Umstrukturierungen sozial ausgehandelt werden müssen. Eine Rückverantwortung des nationalstaatlichen Projektes und seines paternalistischen Programms scheint dabei keine zukunftsweisende Option zu sein. Es braucht Vorstellungen und gedankliche Ansätze, die die schmerzhaft soziale Realität kapitalistischer Vergesellschaftung anerkennen und auf Grundlage der gegebenen Situation den Horizont um andere Perspektiven erweitern können.

Dafür reichen die mehrheitsgesellschaftlichen Begriffe von Architektur und Gestaltung nicht aus. Sie sind vorwiegend als Steuerungsverfahren konzipiert und mögliche Empfangsqualitäten unterliegen einer repressiven Regulierung. Im Artikel „Über Leerstand zu einer anderen Stadt?“ im vorliegenden Band werden architekturtheoretische Ansätze nachgezeichnet, die andere Vorstellungen von Architektur und Gestaltung entwickeln.

Aber gerade als Kulturtechnik der räumlichen Trennung und Neuverknüpfung – als ordnende Behauptung oder als Behauptung einer Ordnung – darf und muss Architektur auch von Nicht-Expert_innen gedacht werden. An der wichtigen Schnittstelle zwischen abstraktem Entwerfen von Grundstrukturen, Verbindungssystemen und entscheidenden Details und deren materieller Installation werden Fragestellungen bearbeitet, die sowohl physisch-konkrete als auch soziale sind. Wie das Leben und die Dinge „konstruiert“ werden und „funktionieren“, betrifft zwar alle Menschen, wird aber nur von wenigen beeinflusst – und das nicht gerade zum Wohle der großen Mehrheit der Weltbevölkerung.

In den hegemonialen Architektur- und Stadtplanungsdiskursen werden „gemeinsame“ Lebensmodelle und gesamtgesellschaftliche Ziele von Wenigen für Wenige entworfen, die darüber hinaus noch die tatsächliche Gestaltungshoheit und Machtausübung verschleiern.

Doch so wie *Raum* nie absolut unzugänglich konstruiert sein kann, kann dessen Gestaltung zur Komplizin oder zum Verhängnis werden. Die Hoffnung auf Veränderung wünscht sich eine Architektur und eine Stadtgestaltung, die dem gemeinsamen, zwischenmenschlichen Alltag zuhören können und eine solidarische und nicht-disjunktive Raumproduktion daraus machen.

Referenzen

Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford.

Dissmann, Christine (2011): *Die Gestaltung der Leere. Zum Umgang mit einer neuen städtischen Wirklichkeit*. Bielefeld: Transcript Verlag.

Grubbauer, Monika (2011): *Die vorgestellte Stadt. Globale Büroarchitektur, Stadtmarketing und politischer Wandel in Wien*. Bielefeld: Transcript Verlag.

Hirschmann, Anna/ Kiczka, Raphael (2012): „Pioniere der Gentrifizierung oder Keimzellen des Widerstands“. In: *Kulturrisse*. Nr. 3/2012.

Hirschmann, Anna/ Kiczka, Raphael (2013): „Das Problem der geschlossenen Türen“. In: *Kulturrisse*. Nr. 4/2013.

Kohlmorgen, Lars (2004): *Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus*. Münster.

Kurz, Robert (2009): *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*. Frankfurt am Main: Eichborn AG.

Logan & Molotch (2007): *Urban Fortunes. The Political Economy of Place*. Berkeley: University of California Press.

Schipper, Sebastian (2008): *Postfordistische Stadtentwicklung – Unternehmen Stadt: Zur Vermittlung von globalem Verwertungsdruck und lokaler Regulation*. Münster: Diplomarbeit.

Seiß, Reinhard (2008): *Wer baut Wien? Hintergründe und Motive der Stadtentwicklung Wiens seit 1989*. In: *Urban+ (Hg.): Kommunikation in Stadt- und Raumplanung*. Salzburg: Verlag Anton Pustet.

Süddeutsche.de (2014): „In Europa stehen elf Millionen Wohnungen leer“. 24. Februar 2014. www.sueddeutsche.de/panorama/wohnungsmarkt-elf-millionen-wohnungen-fuer-vier-millionen-obdachlose-1.1896791 [abgerufen am: 19.07.2014]



DIE ENTEIGNUNG DES MÖGLICHEN.

DIE BEDEUTUNG VON LEERSTAND AM WIENER WOHNUNGSMARKT

Mara Verlič

Einleitung

In einer kapitalistischen Stadt, in der Raum eine Ware ist, gibt es immer Ungleichverteilungen an Raum: Manche Gruppen können ihren Anspruch auf Raumnutzung stärker durchsetzen als andere und es herrscht ein (offen ausgetragener oder unsichtbarer) Kampf um Raum – dies gilt in Städten für Wohn- und Arbeitsraum genauso wie für die öffentlichen Räume der Straßen und Plätze. Erhält Raum als Ware zusätzlich zu seinem Gebrauchswert auch einen Tauschwert, stößt das Bedürfnis nach Raum als Wohn-, Arbeits- und Lebensort auf profitorientierte Interessen der kapitalistischen Warenwelt. Ungleichverteilung an Raum entsteht anhand verschiedener Trennlinien, die gesellschaftliche Machtverhältnisse widerspiegeln an den Kreuzungen von Klasse, Gender, ethnischer Herkunft, Alter, Gesundheit und anderen. Das schrittweise „zur Ware Werden“ von Raum, seine Kommodifizierung also, hat seinen Ursprung in der Entstehung des Kapitalismus selbst, die Marx den Prozess der ursprünglichen Akkumulation nennt (vgl. MEW 23) (→ **Kommodifikation**). Damit aus den (englischen) Bäuer_innen im Spätmittelalter das Industrieproletariat der Neuzeit werden konnte, mussten diese zunächst ihres Bodens enteignet, die Eigentumsverhältnisse neu geordnet und so Raum selbst zu einer Ware werden. Doch die Geschichte von Wohnungsmärkten in Städten ist nicht die einer stetig fortschreitenden Kommodifizierung, sondern umfasst auch Phasen der De- und Rekommodifizierung. Die Stadt Wien erscheint als spannendes Beispiel dieser phasenhaften Entwicklung, da – wie in den folgenden Kapiteln gezeigt werden wird – der Anfang des 20. Jahrhunderts eine groß angelegte Dekommodifizierung der Wiener Wohnungsversorgung sah und die Stadt auch heute noch von Relikten dieses Erbes geprägt ist.

Kommodifikation // Der Begriff Kommodifikation stammt vom englischen Wort „commodity“ (dt.: Ware) ab und beschreibt einen Prozess, in dem materielle wie immaterielle Dinge zu Waren werden. Häufig wird der Begriff „Kommerzialisierung“ synonym gebraucht. Die Analyse der spezifischen Eigenschaften, die materielle wie immaterielle Dinge zu Waren machen, ist Ausgangspunkt der Marxschen Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: Aufgrund der Fetischisierung von Waren im Kapitalismus sei es uns nicht mehr möglich zu erkennen, dass Dinge zwar einen gewissen Gebrauchswert für uns besitzen können, dass dieser jedoch gänzlich unabhängig vom Wert ist, den Waren am kapitalistischen Markt haben. Raum wird dann zur Ware, wenn mit ihm auf einem kapitalistischen Markt gehandelt und Profit gemacht werden kann. Diese Kommodifizierung von Raum kann sowohl Wohnraum als auch öffentlichen Raum betreffen. In Städten ist in diesem Zusammenhang oft von der Privatisierung von kommunalem Wohnbau oder von öffentlichen Plätzen und Straßen die Rede. Die Kommodifizierung von Raum steht

Leerstand dient in diesem Sinne als Kristallisationspunkt für gesellschaftliche Kämpfe und Ungleichverteilungen in einem größeren Maßstab (nämlich im Zusammenhang mit der Frage „Wem gehört der Raum?“). Wenn Raum ungenutzt bleiben kann aufgrund der Entscheidung von Personen mit den dafür nötigen Ressourcen, wird besonders deutlich, dass der Raumbedarf anderer Menschen unerfüllt bleibt – dass es hier also Unterschiede gibt in den Raumnutzungsmöglichkeiten zwischen Menschen. Wie bei anderen gesellschaftlichen Ressourcen lässt sich der Bedarf an Raum nicht quantifizieren oder gar normieren. Wir können sagen, dass ein vierköpfiger Haushalt mindestens xy Quadratmeter an Wohnfläche benötigt, und sind uns der Unzulänglichkeit dieser Aussage bewusst: Bedürfnisse bilden sich im Wechselspiel zwischen sozialen und individuellen Umständen und können nur schwerlich verallgemeinert werden. Obwohl Ober- und Untergrenzen sowie Durchschnittsnormen ins Leere zielen, lässt sich über die ungleiche Verteilung von Raum dennoch ein Urteil fällen – der Leerstand führt eine solche Schiefelage besonders deutlich vor Augen.

Da demnach die grundlegende Voraussetzung für die Problematik rund um Leerstand in dem Umstand liegt, dass innerhalb kapitalistischer Gesellschaften Raum zur Ware werden kann, wird in diesem Text die Kommodifizierung des Bestands an (Wohn-)Raum¹ in Wien untersucht. In der Untersuchung der Situation heute zeigt sich ein komplexes Bild und es wird deutlich, dass für ein Verständnis des Ist-Zustands eine historische Analyse notwendig ist, die dem Prozesscharakter von Kommodifizierung entspricht. Daher ergibt sich folgender Aufbau des Textes: Im ersten Kapitel wird ausgehend von dem Wohnungselend der Jahrhundertwende eine Phase der Dekommodifizierung der Wohnungspolitik Wiens beschrieben, nämlich die unter dem Namen „Rotes Wien“ bekannte Zwischenkriegszeit, deren Erbe

¹ Der Text spricht zwar überwiegend von Wohn-raum, Wohnungs-markt, Wohnungs-bestand und dergleichen, es soll jedoch nicht impliziert sein, dass hier eine normative Vorstellung über die Nutzung der Räume im Sinne reiner Wohnräume von bestimmten Haushalten impliziert ist. Diese Formulierung wurde gewählt, da es sich um die gängige Bezeichnung in Gesetzestexten, Datensätzen usw. handelt.

also mit der Frage des Eigentums an Raum und der Möglichkeit von Privatbesitz in Verbindung. So betrachtet fällt der Beginn der Kommodifizierung von Raum mit der Entstehung des kapitalistischen Systems im Spätmittelalter und mit der Herstellung des Privatbesitzes an Grund und Boden zusammen. Jedoch ist die Geschichte des städtischen Raums seither nicht eine des stringenten Anwachsens der Kommodifizierung von Raum. Vielmehr gibt es unterschiedliche Phasen, die man auch als De- und Re-kommodifizierung bezeichnet. So kann etwa die Zeit des Roten Wiens in den Zwischenkriegsjahren, als über 60.000 Gemeindebauwohnungen errichtet wurden, als eine Phase der Dekommodifizierung von Wohnraum in Wien gesehen werden, während der Stopp des Neubaus von Gemeindebauten und die Deregulierung des privaten Mietmarkts der letzten Jahre als Anzeichen für eine Re-kommodifizierung gewertet werden können.

Zum Weiterlesen:

Marx, Karl (2009) [1872]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1. Köln: Anaconda.

heute noch am Wohnungsmarkt prägend ist. Im zweiten Kapitel werden regulative Veränderungen nachgezeichnet, die seit 1945 schrittweise zu einer Rekommodifizierung des Wohnungsmarktes führen. Das dritte Kapitel wirft schließlich einen Blick auf das private Marktsegment in Wien heute und beschreibt die steigende Marktnähe und die Wiedergeburt der Wohnungsfrage. Das vierte Kapitel widmet sich der Rolle von Leerstand am privaten Marktsegment und beschreibt die mögliche Profitabilität von Leerstand für Immobilieneigentümer_innen in spekulativer und steuerrechtlicher Hinsicht. Im fünften Kapitel erfolgt eine abschließende Diskussion, die die Frage aufwirft, inwiefern die Geschichte der Rekommodifizierung von (Wohn-)Raum in Wien und besonders die spezielle Rolle von Leerstand als Enteignung von Möglichkeitsräumen interpretierbar sind.

1. Rotes Wien und Dekommodifizierung des Wohnungsbestandes

In der Zeit um 1900 war Wien als Hauptstadt der Donaumonarchie das Zentrum der industriellen Urbanisierung und zwischen 1840 und 1918 wuchs die Bevölkerung von rund 440.000 auf über zwei Millionen Einwohner_innen an. Die proletarisierte ehemalige Landbevölkerung traf in Wien auf ein strukturelles Unterangebot an leistbarem Wohnraum, das am damals überwiegend privaten Wohnungsmarkt in Wien durch die fehlende Profitabilität des Baus von Miethäusern entstand (die Errichtung eines Miethauses war sehr kostenintensiv, während die Arbeiter_innen nur sehr geringe Mietpreise zahlen konnten). In den günstig errichteten Bassena-Wohnungen rund um den Gürtel steigerte sich das Wohnungselend für die arme Bevölkerung zusehends: Die Wohnungen waren dunkel, in schlechtem Zustand und extrem überbelegt – so wurden in Wien etwa 1910 170.000 Bettgeher_innen² und Untermieter_innen gezählt (vgl. Eigner et al. 1999: 5). Hohe Mietenbelastungen für die armen Haushalte und Teuerungen der Lebensmittel führten schließlich 1910 und 1911 zu großen Demonstrationen, die als erste Mieter_innenproteste Wiens gesehen werden können. 100.000 Menschen versammelten sich am Rathausplatz, um für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Arbeiter_innenvierteln zu demonstrieren. Nach der Kundgebung spitzte sich die Situation vor allem in Ottakring zu und es kam zu massiven Zerstörungen durch die Demonstrant_innen und brutaler Gewalt durch die Polizei – zum ersten Mal seit 1848 sei in Wien auf das Volk geschossen worden, so Otto Bauer, man forderte „Menschenleben für Fensterscheiben“ (Bauer 2011 [1911]).

² Als Bettgeher_innen oder auch Schlafgänger_innen wurden Personen bezeichnet, die ein Bett in einer Wohnung nur für wenige Stunden am Tag mieteten, etwa während sich die eigentlichen Mieter_innen in der Arbeit befanden. Dieses System wurde vor allem von Industriearbeiter_innen mit unterschiedlichen Schichtarbeitszeiten praktiziert.

Obwohl in Untersuchungen und Zeitungsartikeln³ aus der Jahrhundertwende die Sorge um das Wohnungselend und auch die Angst in bürgerlichen Kreisen vor der erstarkenden Arbeiter_innenbewegung deutlich werden, wurde die Wohnungsfrage lange Zeit nicht als politische Aufgabe wahrgenommen. Erst am Ende des Ersten Weltkriegs, als sich die generelle Armut noch weiter zugespitzt hatte, wurde ein erster bedeutender regulativer Eingriff in den Wohnungsmarkt vorgenommen: Nicht aus Umverteilungsgedanken heraus, sondern zur Beruhigung der angespannten sozialen Lage wurde 1917 die erste kaiserliche Verordnung zum Schutz der Mieter_innen eingeführt, die temporäre Verbote von Mieterhöhungen und einen Kündigungsschutz umfasste (vgl. Stampfer 1995).

Das Ende des Krieges sah die Geburt der Wiener Siedler_innenbewegung, die sich aus den nach wie vor schlechten Wohnbedingungen und bis zu 90.000 Obdachlosen speiste (vgl. Eigner et al. 1999: 9). Diese Massenbewegung an armer Bevölkerung besetzte Land und errichtete Kleingärten und selbstgebaute Unterkünfte, um ihr Überleben zu sichern. Doch das Ende der Monarchie bedeutete auch auf hoheitlicher Ebene radikale Veränderungen: Die in den ersten Wahlen 1919 mit absoluter Mehrheit gewählte Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) legte in ihrer austromarxistischen Politik mit Fokus auf die Wohnversorgung die Grundsteine für die Ära des Roten Wiens. Die SDAP verfolgte das Ziel der drastischen Eingrenzung des Einflusses von privatem Kapital auf den Wohnungsmarkt, deren Grundlage die finanzielle Umverteilung durch Steuerpolitik war⁴. Die neue Politik umfasste sowohl Maßnahmen für den Wohnungsbestand als auch für den Neubau: 1922 wurde das erste bundesweite Mieterschutzgesetz erlassen, das Mietobergrenzen (nämlich die als Friedenszins bekannte Einfrierung der Mieten auf das Niveau von vor dem Krieg 1914) und einen erweiterten Kündigungsschutz festsetzte. Der Wohnungsnot sollte jedoch vor allem mit groß angelegtem Neubau begegnet werden: Durch das erste und zweite Wiener Wohnbauprogramm wurden zwischen 1925 und 1934 rund 60.000 Gemeindebauwohnungen errichtet, in denen die Leistbarkeit für die Mieter_innen politisch kontrollierbar wurde.

Die Zeit des Roten Wiens mit seinen charakteristischen Superblockbauten, in denen neben modernen Wohnungen auch viele Gemeinschaftsräume vorgesehen waren und die auch architektonisch die neue Stärke des Proletariats verdeutlichen sollten, währte jedoch nicht lange. Nach dem Beitritt Österreichs zu Nazi-Deutschland kam der Wohnbau (trotz großer Planungsvorhaben⁵)

³ Siehe zum Beispiel die Schriften von Bernhard Friedmann (1857) oder von Eugen Philippovich (1894), oder die Zeitschrift „Die Arbeit“ (1911).

⁴ Dies konnte durch die Ernennung Wiens zu einem selbstständigen Bundesland (mit Steuerhoheit) ab 1922 umgesetzt werden.

⁵ Beispielsweise gab es den Plan, Wien näher an die Donau zu rücken und den Bereich der Alten

beinahe vollständig zum Erliegen. Die Wohnungsversorgung wurde bald durch die Ermordung, Deportation und Vertreibung der jüdischen Haushalte und die „Arisierung“ von ca. 60.000 Wohnungen „gelöst“ (vgl. Jabloner et al. 2004).

2. Schritte der Rekommodifizierung von Wohnraum in Wien seit 1945

Schätzungen zufolge wurden im Zweiten Weltkrieg ca. 20 Prozent des Wiener Wohnungsbestandes zerstört, die jedoch bis Ende der 1950er Jahre wieder aufgebaut werden konnten, vor allem durch die rasche und günstige Schaffung von kleinen und zusammenlegbaren Duplex-Wohnungen in den Baulücken. Grundsätzlich wurde jedoch seit den 1950er Jahren schrittweise ein neuer Kurs in der Wohnbaupolitik eingeschlagen, der einen immer stärker werdenden Bruch mit den Jahren der Zwischenkriegszeit bedeutete: Seit 1945 ist Wien zwar durchgehend sozialdemokratisch regiert, jedoch wurde ein Weg gewählt, der bei stets hohen öffentlichen Ausgaben dennoch eine – verglichen mit den Zwischenkriegsjahren – Rekommodifizierung von Wohnraum in Wien darstellt.

Der regulierte Wohnbau blieb in Wien auch in den folgenden Jahrzehnten dominant, jedoch zeichnet sich seit den 1960er Jahren eine Verschiebung weg von der überwiegenden Bautätigkeit durch die Gemeinde hin zu den gemeinnützigen Wohnbauträgern ab. Das Jahr 1968 markiert in dieser Entwicklung einen wichtigen Meilenstein in der *Vermarktwirtschaftlichung* des Wiener Wohnungssystems: Während gemeinnützige Wohnbauträger (und nicht die Gemeinde selbst) bereits die Mehrheit der Neubauten errichteten, wurden die Türen für eine Beteiligung der Banken an der Finanzierung des geförderten Wohnbaus durch neue Darlehensbestimmungen geöffnet. Des Weiteren wurde die Subjektförderung zum ersten Mal in die österreichische Wohnpolitik eingeführt. Objektförderungen bedeuten öffentliche Zahlungen an (gemeinnützige) Wohnbauträger für die Schaffung von Wohnraum und beinhalten die Auflage, die Mieten niedrig zu halten. Subjektförderungen hingegen sind Zahlungen direkt an einkommensschwache Personen, um ihnen den Zugang zu Wohnraum zu ermöglichen. Während also die Objektförderung Teile des Wohnungsbestandes aus der Logik des freien Marktes herauslöst, ermöglicht die Subjektförderung ausschließlich die Leistbarkeit von Wohnraum ohne jedoch der Marktlogik (also der Höhe der Mietpreise) zu widersprechen. Als dritte kommodifizierende Maßnahme wurde 1968 eine Deregulierung der Mietbegrenzung vorgenommen, die die freie Mietzinsvereinbarung für Neuvermietungen ab diesem Jahr am privaten Marktsegment vorsah. 1968 markiert also sowohl die Möglichkeit der

Donau mit der Innenstadt durch zwei monumentale Straßenachsen zu verbinden, die bezeichnenderweise quer durch den stark jüdisch geprägten zweiten Bezirk gebaut werden sollten (vgl. Holzschuh 2011).

steigenden Profitabilität des privaten Wohnungsmarkts als auch eine verstärkte Marktöffnung des geförderten Wohnbaus (vgl. Matznetter 1990). Während die Politik der 1960er und 1970er Jahre stark durch Gedanken der Stadterweiterung geprägt waren (umgesetzt vor allem in großen Siedlungsanlagen und so genannten Schlafstädten am Stadtrand), kehrte in den 1980er Jahren die Idee der Stadterneuerung und Sanierung der Altbaubestände in die Wohnbaupolitik ein. Im Jahr 1971 stammten noch über 50 Prozent der Wiener Wohnungen aus der Zeit vor 1919 und viele davon wiesen eine sehr niedrige Wohnqualität auf. Zur Vernachlässigung der gründerzeitlichen Bebauung und der ausbleibenden Sanierung der Bassena-Wohnungen aus der Vorkriegszeit kam es aus zwei Gründen: Die Stadtpolitik legte den Fokus auf Erweiterungsgebiete und der Wohnungsmarkt zeigte sich aufgrund der starken Regulierung unprofitabel für private Investitionen (diese wurde erst 1968 zum ersten Mal gelockert). Die erste große Assanierungsmaßnahme wurde interessanterweise aus einer Bürger_innenbewegung der frühen 1970er Jahre heraus geboren (vgl. Reinprecht 1984): Gegen die städtischen Pläne des Abrisses und Neubaus des Spittelberg-Viertels im siebten Wiener Bezirk formierte sich eine Gruppe von Architekt_innen, Künstler_innen und anderen Anrainer_innen, die die Sanierung der Biedermeierhäuser (erfolgreich) forderten (im Zuge dieser Bewegung kam es auch zu einer der ersten Hausbesetzungen Wiens und in der Folge zur Gründung des Kulturzentrums Amerlinghaus).

Als stadtpolitische Leitidee wurde 1974 der Plan für den Wiener Weg der „Sanften Stadterneuerung“ geboren, der 1985 in den Stadtentwicklungsplan inkludiert wurde. Die Hauptidee der Sanften Stadterneuerung ist es, Sanierung und Erhöhung der Lebensqualität in der gründerzeitlichen Bebauung auf einem sozial verträglichen Weg zu ermöglichen. Als Anreiz für Renovierungen werden Kredite mit niedrigen Zinsen an Eigentümer_innen vergeben – unter der Bedingung, dass die Mieten nach der Renovierung eingefroren werden. Das Programm der Sanften Stadterneuerung hat im großen Stil zur Verbesserung des Wiener Wohnungsbestandes beigetragen: So ging zwischen 1991 und 2001 der Anteil an Substandardwohnungen deutlich von 28 Prozent auf zehn Prozent zurück (vgl. Fassmann/Hatz 2006: 229). Während das Programm generell aufgrund seiner sozialen Nachhaltigkeit viel Lob erfahren hat (und zum Beispiel auch mit dem UN-Habitat „Best Practice Award“ international ausgezeichnet wurde), darf ein bedeutender Aspekt nicht übersehen werden: Die Mietbegrenzung gilt nur für einen Zeitraum von zehn Jahren und nach dem Ablauf dieser Frist können die Mieten bei Neuvermietung auf Marktniveau angehoben werden. Ein zusätzlicher Anreiz zur Sanierung wurde im Mietrechtsgesetz von 1982 geschaffen, in dem gestaffelte Mietobergrenzen korrespondierend mit den Ausstattungskategorien der Wohnung geschaffen wurden, wobei für die höchste Ausstattungsqualität (Kategorie A) viermal so hohe Mieten verlangt werden durften wie für Wohnungen der

niedrigsten Kategorie D (vgl. Blaas 1991: 151f.).⁶ Obwohl der Großteil der Renovierungen im Rahmen der Sanften Stadterneuerung bereits in den 1990er Jahren durchgeführt wurde, fehlen detaillierte Untersuchungen über die Konsequenzen des Auslaufens der Zehnjahresfrist. Laut Heinz Fassmann und Gerhard Hatz hat sich der Druck auf die Bewohner_innen allerdings tatsächlich erhöht – während das Programm der Sanften Stadterneuerung zwar erfolgreich Gentrifizierung und Verdrängung kurzfristig verhindern könne, sei klar, dass langfristige Veränderungen der sozialen und demographischen Struktur unvermeidbar sind (vgl. Fassmann/Hatz 2006: 14) (→ **Gentrifizierung**). In jedem Fall hat das Sanfte Stadterneuerungsmodell dazu geführt, dass – wenngleich unter staatlicher Kontrolle – private Investitionen in den Altbaubestand des Wiener Wohnungsmarktes profitabel wurden. Zusätzlich wurden die Investitionsmöglichkeiten in den Altbaubestand des Wiener Wohnungsmarkts durch eine erneute Reform des Mietrechtsgesetzes 1994 begünstigt: Das System des Kategoriemietzinses wurde abgeschafft und durch Richtwertmieten ersetzt. Das neue System vergleicht Wohnungen mit einer fiktiven Standardwohnung und schreibt so Mietreduktionen bei qualitativen Abweichungen nach unten und Mieterhöhungen bei Abweichungen nach oben vor. Positive und negative Faktoren können sowohl Eigenschaften der Ausstattung der Wohnungen sein als auch Lagefaktoren – jedoch müssen diese Kriterien nicht näher durch die Eigentümer_innen offengelegt werden. Die neue Gesetzeslage sieht auch Anreize zur Aufwertung und Zusammenlegung von Wohnungen vor: Wohnungen höchster Wohnqualität mit einer Größe von mehr als 130 Quadratmeter sind von der Mietregulierung ausgenommen. Generell wird das neue Richtwertmietsystem so eingeschätzt, dass es mehr Raum für die Anpassung der Mieten an das Marktniveau lässt (vgl. Rosifka/Postler 2010). Die Mietrechtsreform 1994 brachte auch die Möglichkeit der zeitlich auf drei Jahre befristeten Mietverträge, die schnell die alte Norm der unbefristeten Mietverträge bei Neuvermietungen

⁶ Nämlich maximal 22 Schilling pro Quadratmeter für Kategorie A und 5,5 Schilling pro Quadratmeter für Kategorie D (vgl. Blaas 1991: 151f.).

Gentrifizierung // Gentrifizierung beschreibt einen Prozess, in dem es durch Investition von Kapital und den Zuzug von Haushalten mit höheren Einkommen in einen Stadtteil zu einer baulichen Aufwertung des Gebietes und zur Verdrängung der Haushalte mit niedrigem Einkommen kommt. Im Zentrum des Prozesses stehen ökonomische Interessen: Ist die Ertragslücke in einem Stadtteil groß genug (also die Differenz zwischen dem potentiell höchsten Ertrag und dem momentanen Ertrag eines Grundstückes), wird es für Investor_innen interessant in ein Viertel zu investieren. Zur Entstehung dieser Ertragslücke und zur steigenden Attraktivität eines Stadtteils für Investor_innen können unterschiedliche Faktoren beitragen: Der Ausbau von Infrastruktur, die Verschönerung des öffentlichen Raums oder die Belebung des Stadtteils durch Studierende und Künstler_innen sind häufig genannte Anstöße für Ertragslücken. Das zentrale Element der Gentrifizierung liegt in ihrer sozialen Dimension: im Austausch der Bevölkerung eines Stadtteils durch die Verdrängung von Menschen mit niedrigem Einkommen. Verdrängung kann in unterschiedlichen Formen auftreten: Mieter_innen können direkt verdrängt

ersetzt: 2011 waren bereits zwei Drittel aller neu abgeschlossenen privaten Mietverträge zeitlich befristet (vgl. WIFO 2012).

Weiters gibt es seit 2008 deutliche Veränderungen in der Gesetzeslage rund um Wohnbauförderungen: Diese vom Bund an die Länder überwiesene Fördersumme hat ihre Zweckwidmung an den Wohnbau verloren und kann nun auch für das Stopfen anderer Budgetlöcher verwendet werden.⁷ Auffällig ist auch ein steigender Trend zur bereits 1968 eingeführten Subjektförderung in den letzten Jahren – mit einem Anstieg um 25 Prozent zwischen 2001 und 2011 fällt dieser besonders für Wien deutlich aus (vgl. Amann 2011: 2; ebd. 2012: 5). Wie schon erwähnt ist der Anteil der Gemeindebauten am Neubau von sozialem Wohnbau insgesamt seit den 1950er Jahren konstant zurückgegangen, 2004 jedoch kommt er vollständig zum Erliegen und es folgt der Stopp des Neubaus von Gemeindebauten in Wien. Sozialer Wohnbau wird seither ausschließlich von gemeinnützigen Wohnbauträgern errichtet.

Die Geschichte der Wiener Wohnbaupolitik seit 1945 ist also geprägt durch eine schrittweise Liberalisierung des Mieter_innenschutzes am privaten Wohnungsmarkt und eine zunehmende Öffnung des geförderten Wohnbaus für den Einfluss des Kapitalmarkts. Momente des Aufflackerns alternativer Wohnformen wurden zudem schnell unter hoheitliche Kontrolle gebracht.

3. Die Wiedergeburt der Wohnungsfrage – der private Wiener Wohnungsmarkt heute

Anhand der im vorhergehenden Kapitel beschriebenen historischen Entwicklung des Wiener Wohnungsmarkts wird die Prozesshaftigkeit der Rekommodifizierung deutlich. Eine Momentaufnahme auf die heutige Situation zeigt eine im europäischen Vergleich immer noch sehr hohe Präsenz des sozialen Wohnbaus: Von rund 980.000 Wiener Wohnungen im Jahr 2011 sind

⁷ Mögliche Folgen der Aufhebung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung lassen sich an dem 2013 publik gewordenen Fall der Stadt Salzburg erkennen, wo mit Mitteln der Wohnbauförderung spekulative Wertpapiere erworben wurden (vgl. kurier.at 2013).

werden, indem durch Eigentümer_innen Mietverträge gekündigt, Mieten erhöht oder Mieter_innen aus Häusern gemobbt werden. Auch das Auslaufen von befristeten Mietverträgen kann von Eigentümer_innen dazu genutzt werden, die Mieten anzuheben – ein Vorgang, der auch auf stark regulierten Wohnungsmärkten, wie etwa in Wien, häufig vorkommt. Doch auch durch Veränderungen der Geschäftsstruktur und infrastruktureller Einrichtungen in einer Nachbar_innenschaft können sich Mieter_innen zum Verlassen ihrer Wohnungen gedrängt sehen. Derartige Verdrängungsprozesse haben in vielen Städten des globalen Nordens auch eine rassistische und sexistische Benachteiligungsdimension und breiten sich mit dem Fortschreiten neoliberaler Stadtpolitiken zusehends global aus.

Zum Weiterlesen:

Lees, Loretta/ Slater, Tom/ Wyly, Elvin (Hg.) (2010): *The Gentrification Reader*. New York: Routledge.
Holm, Andrej (2010): *Wir bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*. Münster: Unrast.

ca. 52 Prozent im Besitz von Privatpersonen und rund vierzig Prozent als sozial geförderter Wohnbau einzustufen, wobei sich diese Summe aus ca. 24 Prozent Gemeindebauten und 15 Prozent Bauten gemeinnütziger Bauträger zusammensetzt (vgl. Statistik Austria GWZ 2011). Weiters lässt sich Wien eindeutig als von Mietverhältnissen geprägter Wohnungsmarkt beschreiben, da es sich bei zwei Drittel aller Hauptwohnsitzwohnungen um Mietwohnungen handelt. In dem hier besonders interessierenden privaten Marktsegment sind 2011 von insgesamt ca. 440.000 Wohnungen 64 Prozent Mietwohnungen und 36 Prozent von den Eigentümer_innen bewohnt. Der Anteil der Eigentumswohnungen insgesamt ist – nicht konform mit dem europäischen Trend – in Wien über die letzten 30 Jahre nur sehr schwach gestiegen (vgl. Statistik Austria GWZ 2011).

Gleichzeitig mit der langfristigen Einengung des dekommodifizierten Wohnungssegments erhöhen sich auch private Investitionen in den Wiener Wohnungsmarkt – ein Trend, der sich in den letzten Jahren zu einem Zinshausboom entwickelt hat. So sind die Althauspreise in Wien zwischen 1995 und 2004 um 75 Prozent gestiegen (vgl. IFIP 2012: 3) und die Entwicklung beschleunigt sich sogar noch weiter: Zwischen 2000 und 2012 sind die Verkaufspreise pro Quadratmeter im Altbaubestand um 153 Prozent gestiegen (das heißt, dass während im Jahr 2000 ein Quadratmeter durchschnittlich 1.025 Euro kostete, war der Preis 2010 auf 2.598 Euro gestiegen) (vgl. IFIP 2012: 62).

Die Ursache für diese Preissteigerungen ist vor allem in einer Veränderung der Eigentümer_innenstruktur zu sehen, da der Anteil an professionellen Immobilienunternehmen am Marktgeschehen deutlich im Steigen begriffen ist und sich seit den 1990er Jahren um mehr als die Hälfte auf zwei Drittel aller Transaktionen gesteigert hat. Charakteristisch für die professionellen Eigentümer_innen ist eine sehr kurze Behaltdauer (also der rasche Wiederverkauf) der Immobilien von durchschnittlich weniger als zwei Jahren und in manchen Lagen auch nur von wenigen Monaten (vgl. IFIP 2012). Der Wiener Markt wird von Immobilienunternehmungen als stabil⁸ und rechtssicher eingestuft und die zwei Hauptmotive für die Renditeerwartungen liegen in der Annahme höherer Mieten bei Neuvermietung, der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und deren einzelner Abverkauf (ein Prozess, der auch Parifizierung genannt wird).

Eine weitere Auffälligkeit zeigt ein Blick auf die Investitionen in Renovierungen: Die Förderungen durch das Programm der Sanften Stadterneuerung haben aufgrund der steigenden Profitabilität des Wohnungsmarktes in den letzten Jahren deutlich an Popularität abgenommen (vgl. Franz 2011). Es scheint nun profitabel genug zu sein, Wohnungen mit privatem Kapital zu renovieren und dafür auf die verpflichtende Deckelung des Mietpreises für zehn Jahre zu verzichten (vgl. derstandard.at 2013a).

⁸ Zur Gefahr einer Immobilienblase in Wien bzw. Österreich siehe Schneider 2014.

Begleitet werden diese Investitions- und Preissteigerungen am privaten Wohnungsmarkt durch steigenden Druck auf die Mieter_innen, der sich in drastischen Mietpreissteigerungen und zunehmenden Leistbarkeitsproblemen ausdrückt. In ganz Österreich sind die Mietpreise zwischen 2000 und 2010 stärker gestiegen als das Einkommensniveau oder die Inflationsrate. Besonders betroffen ist Wien, wo die Mieten in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um 37 Prozent gestiegen sind. Die stärksten Anstiege sind am privaten Wohnungsmarkt zu verzeichnen. Spitzenreiter ist hier das Altbausegment mit Mietsteigerungen um 67 Prozent (vgl. Tockner 2012). Weiters gibt es starke Anzeichen dafür, dass das neue Richtwertmietzinssystem nicht effektiv ist. Daten aus dem Jahr 2011 zeigen, dass die Mieten in regulierten Wohnungen im Durchschnitt genau so hoch sind wie in unregulierten Wohnungen (vgl. WIFO 2012: 81). Eine Studie aus dem Jahr 2012 basierend auf einer Stichprobe von 350 Fällen zeigt, dass in 99 Prozent der untersuchten Wohnungen die Mieten höher sind als sie laut Richtwertmietzins sein dürften (vgl. Rosifka/Postler 2012: 35). Gründe für das Versagen des Richtwertmietzinssystems können in der unklaren Formulierung des Gesetzes liegen, die Vermieter_innen nicht dazu zwingt mieterhöhende Faktoren offen darzulegen. Steigende Leistbarkeitsprobleme in Wien weisen in dieselbe Richtung. Eine Studie aus dem Jahr 2010 mit einer kleinen Stichprobe von 192 Haushalten zeigt, dass die Befragten im Durchschnitt 43 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Mieten ausgeben – bei einem Drittel ist der Anteil sogar noch höher (vgl. IFES 2010).

Weiters gibt es starke Anzeichen dafür, dass exkludierende Verdrängung in Wien auftritt. Laut Peter Marcuse liegt Verdrängung am Wohnungsmarkt auch dann vor, wenn es nach dem Auszug eines Haushalts aus einer Wohnung für einen sozioökonomisch vergleichbaren Haushalt nicht mehr möglich ist, in die Wohnung einzuziehen (vgl. Marcuse 1985). Diese exkludierende Verdrängung einkommensschwacher Haushalte aus den inneren Bezirken wurde in Wien durch die Einführung befristeter Mietverträge ermöglicht. Bereits in den 1990er Jahren zeigte sich eine große Differenz in der Miethöhe zwischen laufenden und neu abgeschlossenen Mietverträgen. Zwischen 1998 und 2001 waren die neuen Verträge im Durchschnitt um 15 Prozent teurer als die bereits bestehenden – wiederum waren es vor allem Wohnungen am privaten Markt, bei denen der Unterschied mit 20 Prozent am deutlichsten wurde (vgl. Amann/Schuster 2004: 35). Eva Bauer spricht von einem „Wiedervermietungseffekt“ (Bauer 2005), indem Vermieter_innen die Mieten bei Mieter_innenwechsel anheben können.

Durch einen immer noch guten Kündigungsschutz für bestehende Mietverträge sollten die Mieter_innen eigentlich gegen direkte Verdrängung geschützt sein, de facto sind jedoch einige Fälle von illegalen Praktiken der Vertreibung durch Vermieter_innen in den Medien aufgetaucht (vgl. derstandard.at 2012; indymedia.org 2012; wientv.org 2012).

Bestandsfreimachung ist in diesem Kontext ein Wort, das erst kürzlich von den Medien aufgegriffen wurde und das sich auf die Praxis einiger Vermieter_innen bezieht, Wohnungen erst wieder neu zu vermieten oder zu verkaufen, wenn das gesamte Haus leer steht und renoviert wurde (und Mietpreise erhöht werden konnten). Im Zuge solcher Bestandsfreimachungen wurde über illegale Praktiken wie Falschinformationen zu Mietverträgen, Verschmutzungen und Angstmacherei berichtet.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf Zwangsräumungen in Wien, die jedoch kein eindeutiges Bild zeigen: Während in den letzten zehn Jahren jährlich ca. 20.500 Menschen eine Räumungsklage erhielten, geht die Zahl der tatsächlichen Delogierungen in Wien seit 2006 zurück (vgl. BAWO 2011)⁹. Dieser Umstand kann entweder der Arbeit der neu geschaffenen öffentlichen Einrichtung FAWOS geschuldet sein, oder aber auch bedeuten, dass Haushalte ihr Zuhause bereits vor der tatsächlichen Delogierung aufgeben, da der generelle Druck auf einkommensschwache Haushalte stetig steigt. In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf Wohnungslose in Wien von Interesse: Im Jahr 2012 wurden in Wien 9.000 Personen als wohnungslos gezählt – dies bedeutet eine Verdoppelung der Zahl seit 2006 (vgl. derstandard.at 2012).

Zusammengefasst lassen sich also für den privaten Wohnungsmarkt eine Aufweichung der Mietgesetzgebung, eine Öffnung für privates Kapital, eine steigende Präsenz professioneller Immobilienunternehmer, boomende Preise, steigende Mieten, zunehmende Leistbarkeitsprobleme und Anzeichen für exkludierende und direkte Verdrängung feststellen. Dies ist der Kontext, innerhalb dessen im nächsten Kapitel die Profitabilität von spekulativem Leerstand untersucht wird.

5. Zur möglichen Profitabilität von spekulativem Leerstand

Angesichts der Eingrenzungen des dekommodifizierten und geförderten Wohnbaus in Wien und steigender Leistbarkeitsprobleme am privaten Marktsegment erscheint die Frage nach der Rolle von Leerstand am Wohnungsmarkt sozialpolitisch brisant.

Das Wohnungs- und Immobilien-Lexikon unterscheidet zwischen unterschiedlichen Formen von Leerstand: So entsteht struktureller Leerstand, wenn zum Beispiel aufgrund wirtschaftlicher Gesamtrezession und Wegzug der Bevölkerung die Nachfrage nach Raum in einem Gebiet generell zurückgeht (vgl. Mändle/Mändle 2011). Davon abgrenzbar ist der spekulative Leerstand, der im Gegensatz gerade bei hoher Nachfrage auftritt und

⁹ Interessanterweise ist zwar die Gesamtzahl der Delogierungen in Wien gesunken, jedoch hat sie in den Gemeindebauten in den letzten Jahren zugenommen. Wurden im Jahr 2007 676 Mieter_innen delogiert, waren es 2011 bereits 994 (vgl. BAWO 2011).

dessen Ursache die von den Eigentümer_innen getroffene Annahme über eine Wertsteigerung der Immobilie durch (temporären) Leerstand ist. Da der Wiener Wohnungsmarkt – wie oben gezeigt wurde – im Moment sehr angespannt erscheint und die Nachfrage nach Immobilien hoch ist, kann hier nicht von strukturellem Leerstand – wie etwa in Teilen des ehemaligen Ostdeutschlands – ausgegangen werden, sondern von spekulativen Formen des Leerstands. Das Ausmaß des Leerstands von (Wohn-)Raum ist jedoch für sich bereits ein spekulatives Thema in Wien, da konkrete Zahlen oder Kartierungen von offizieller Seite fehlen. Die Stadtverwaltung veröffentlicht keine detaillierten Angaben zum Leerstand. Zu hören ist jedoch von einer „geringen“ Quote von um die drei Prozent des Wohnungsbestandes, also ca. 30.000 Wohnungen, die als „gesunder Leerstand“ einzustufen seien (Wohnbaustadtrat Ludwig, zit. in: diepresse.com 2013). Schätzungen aus oppositionellen und alternativen Kreisen sprechen jedoch von Zahlen zwischen 60.000 und 80.000 Wohnungen (vgl. derstandard.at 2010). Generell erscheint bei der quantitativen Erfassung von Leerstand die Definition des zu zählenden Gegenstandes schwierig.¹⁰

Während also die Situation in Bezug auf den Wohnungsbestand widersprüchlich beschrieben wird und von Seiten der Politik hauptsächlich Schweigen vorherrscht, werden zu Teilsegmenten des Immobilienmarktes, wie etwa dem Büromarkt, Angaben von Maklerhäusern veröffentlicht: Die für 2012 veröffentlichte Leerstandsquote von sieben Prozent ist jedoch anzweifelbar, da – laut derstandard.at – von Rechnungsungenauigkeiten und Absprachen zwischen den Maklerfirmen auszugehen ist (derstandard.at 2013b). Ähnlich schwer zu fassen ist der am stärksten diskutierte Bereich des Gewerbeleerstands – Zahlen fehlen auch hier, aber die hohe Sichtbarkeit und eine Fülle an Initiativen der Stadt Wien verweisen auf eine bestehende Problematik. Eine steigende Zahl an Hausbesetzungen und anderer Initiativen, wie etwa die Plattform „Leerstandsmelder“, zeigen zusätzlich die Dringlichkeit des Themas Leerstand in Wien auf, auch wenn dieses nicht quantitativ benennbar ist.

Bei hohen Bedürfnissen nach leistbarem Wohnraum erscheint die Existenz von Leerstand zunächst erstaunlich. Warum passen die Eigentümer_innen ihre Mieterwartungen nicht an die Zahlungs(un)fähigkeit der Raumsuchenden an bzw. warum werden manche leerstehende, Immobilien erst gar nicht

10 So zieht beispielsweise die Magistratsabteilung für Stadtplanung für ihre Leerstandsschätzung die Stromzählerdaten heran, wobei hier mit Ungenauigkeiten zu rechnen ist, folgt man Reiner Braun: „Streng genommen misst die Stromzählermethode keinen Wohnungsleerstand. [...] Es gibt mehr Stromzähler als Wohnungen. Man denke nur an Gemeinschaftseinrichtungen wie die Treppenhausbeleuchtung. Bewohnte Wohnungen ohne Stromvertrag sind genauso denkbar wie unbewohnte Wohnungen mit Vertrag.“ (Braun 2007: 2) Weitere offene Fragen können beispielsweise sein: Wie lang muss ein Raum leerstehen, um als Leerstand zu gelten? Wie soll man Zweitwohnungen und Ferienwohnungen behandeln? Wie Lagernutzungen?

zur Vermietung angeboten? Der Leerstand von Raum auf einem ansonsten angespannten Markt kann mehrere denkbare Ursachen haben: Einerseits ist denkbar, dass Räume temporär leer gehalten werden, weil Eigentümer_innen auf steigende Rendite (durch höhere Mieten oder durch höhere Verkaufspreise) spekulieren – diese Spekulation kann in der Erwartung einer Aufwertung des Stadtteils oder in einer geplanten Aufwertung der Immobilie begründet sein. Andererseits oder auch ergänzend zur ersten Ursache gibt es steuerrechtliche Gründe, die den Leerstand einer Immobilie ermöglichen bzw. lukrativ werden lassen.

Spekulation auf erwartete zukünftige höhere Einnahmen und Bestandsfreimachungen

Das temporäre Nicht-Vermieten eines Raums kann dann immobilienwirtschaftlich sinnvoll erscheinen, wenn die Eigentümer_innen damit rechnen, dass in (absehbarer) Zukunft eine höhere Rendite erzielt werden kann, also ein höherer Miet- oder Verkaufspreis verlangt werden kann.

Dies kann sich einerseits auf die Annahme stützen, dass ein Stadtviertel einen Aufwertungsprozess erfahren wird, an Popularität gewinnen wird und so eine einkommensstärkere Schicht anziehen könnte. Denkbar erscheint so ein Prozess in Wien etwa für das Stuwerviertel im 2. Bezirk. Dort wurde Leerstand vor allem in dem Moment sichtbar, als sich der neue Campus der Wirtschaftsuniversität gerade im genau daran angrenzenden Teil des Praters im Bau befand (vgl. Hertzsch/Verlič 2012). Auch ein Blick in den sogenannten „Grätzelbericht“ der Immobilienfirma JPI ist in diesem Zusammenhang aufschlussgebend. In dieser Broschüre werden vier Gebiete in Wien als „im Aufschwung“ befindlich beschrieben und daher lohnend für Investor_innen: das Areal des Arsenal im Schatten des im Bau befindlichen Hauptbahnhofs im 3. Bezirk, das Gebiet rund um die innere Favoritenstraße im 4. Bezirk, die Gegend rund um den neugestalteten Westbahnhof im 15. Bezirk und das Brunnenviertel im 16. Bezirk werden als Grätzel ausgewiesen, in denen Wertsteigerungen zu erwarten sind, und könnten daher Orte für spekulativen Leerstand sein (vgl. JPI Immobilie 2013).

Andererseits ist die auch weiter oben bereits erwähnte Bestandsfreimachung von Gebäuden für Sanierungen und/oder Verkauf ein wichtiges Thema im Zusammenhang mit Leerstand. Während auf den Auszug der „Altmietler_innen“ gewartet wird, stehen oft viele Wohnungen leer – je nach Eigentümer_innen kann der Prozess der Bestandsfreimachung mehrere Jahre andauern. Beispielhaft kann man in diesem Kontext an die Geschehnisse in der Mühlfeldgasse in Wien in den letzten Jahren denken, wo mittels illegaler und terrorisierender Methoden versucht wurde, die Mieter_innen aus dem Haus zu vertreiben.

Steuerrechtliche Anreize für Leerstand

Zusätzlich zu den Spekulationen auf zukünftig höhere Profite, gibt es auch steuerrechtliche Gründe, die das Leerstehen einer Immobilie begünstigen. Dazu können – laut Interview mit einem Wiener Immobiliensteuerberater¹¹ – mehrere Aspekte¹² beitragen:

Prinzipiell lassen sich Verluste aus Immobilien (Mietausfall, Betriebskosten) von der Steuer absetzen, allerdings nur wenn von Seiten der Eigentümer_innen nachgewiesen werden kann, dass aktiv eine Vermietung angestrebt wird (zum Beispiel indem eine Immobilie bei einer Maklerfirma gemeldet wird, durch Annoncieren, kleine Reparaturen usw.). Hier sei jedenfalls eine Erleichterung für die Eigentümer_innen gegeben, eine tatsächliche Profitabilität von Leerstand – laut Steuerberater – allerdings noch nicht.

Interessanter erscheint die Möglichkeit einer Steuerabsetzung für den Wertverlust eines Gebäudes durch Alterung namens Absetzung für Abnutzung (AfA): Jährlich dürfen hierfür zwei Prozent des Werts einer Immobilie von der Einkommenssteuer abgesetzt werden, wobei sich dieser Wert auf eine Schätzung des Ertragswerts einer Immobilie bezieht. Dieser wird auf der Basis einer Schätzung der zukünftigen Einnahmen aus einer Immobilie berechnet, genauer als ein Mehrfaches des erwarteten jährlichen Mietertrags. (In Wien werde inzwischen das Dreißigfache des erwarteten Mietertrags hergenommen, um eine Schätzung des Werts zu erzielen, während vor fünf Jahren noch vom Zwanzigfachen ausgegangen wurde. Auch in diesen Angaben des interviewten Steuerberaters zeigt sich die Wertsteigerung der Wiener Immobilien.) Um die AfA einer leerstehenden Immobilie zu erreichen, bei der reale Mieteinnahmen fehlen, werden von den Eigentümer_innen geschätzte Mieteinnahmen als Berechnungsbasis herangezogen: Je höher nun diese geschätzten Mieteinnahmen sind, desto höher ist auch der absetzbare Betrag. Dies würde somit erklären, warum manche Eigentümer_innen den Leerstand ihrer Immobilie einem geringen Mietpreis vorziehen. Laut Steuerberater dürfe man den steuerbegünstigenden Faktor der AfA jedoch nicht überschätzen, da sich dieser zum Beispiel nur in gewissen Fällen bei professionellen Firmen auszahlen dürfte, insofern hohe Gewinne erzielt werden müssen, um die Steuerabschreibung tatsächlich profitabel zu machen. In diesem Zusammenhang ist weiters zu bedenken, dass Immobilien auch in die Bilanzrechnung von Unternehmen eingehen. Wenn ein Unternehmen hohen Gewinn hat und diesen nicht vollständig steuerlich geltend machen will, können entfallende Mieteinnahmen als Verlust in die Bilanz genommen werden und den Gesamtgewinn senken. Auch hier basieren die Mieteinnahmen bei Leerständen wiederum auf einer

¹¹ Das Interview wurde am 16.01.2014 geführt.

¹² Eine ähnliche Auflistung von immobilienwirtschaftlichen Gründen für die Profitabilität von Leerstand für Deutschland findet sich bei Andrej Holm (vgl. Holm 2010).

Schätzung der Eigentümer_innen. Auch die Belehnung eines Objekts mit einem Kredit wird auf Basis dieser fiktiven Mieteinnahmen berechnet. Je höher also die erwarteten Mieteinnahmen geschätzt werden, desto höher ist der mögliche Kredit. Dies ist nach der Einschätzung des Wiener Steuerberaters der wahrscheinlichste Grund für eine höhere Profitabilität von Leerstand im Gegensatz zu geringen Mieteinnahmen.

In bestimmten Situationen kann es also vor allem für größere Unternehmen ökonomisch profitabler sein eine Immobilie leerstehen zu lassen, als diese zu (sehr) günstigen Mietkonditionen zu vermieten.

6. Kommodifizierung als eine Geschichte der Enteignung und mögliche Auswege

Obwohl das Erbe des Roten Wiens immer noch in Diskussionen zur Stadtentwicklung Wiens vorherrscht und stets Bezug auf die traditionelle soziale Stärke der Wohnversorgung in der Stadt genommen wird, zeigt sich die Geschichte der Wohnungspolitik in Wien seit 1945 bei genauerer Analyse als eine Geschichte schrittweiser Rekommodifizierung bzw. Privatisierung des Wohnungsbestands, der nur in der kurzen Phase der Zwischenkriegszeit eine gezielte Politik der „roten“ Dekommodifizierung erlebt hatte.

Diese Öffnung des Wohnungsbestands für marktwirtschaftlichen Einfluss zeigt sich einerseits in der Schaffung von Rahmenbedingungen für das Wachsen des privaten Sektors (Stopp des Neubaus von Gemeindebauten, sinkende Förderung für gemeinnützige Wohnbauträger usw.) und andererseits in der Liberalisierung sowohl des privaten als auch des gemeinnützigen Sektors durch Mietderegulierungen, Beteiligung der Finanzwirtschaft an der Wohnbauförderung und Eigenkapitalanteile bei Bezug von sozialem Wohnbau. Wie gezeigt werden konnte, gehen diese Schritte der Rekommodifizierung von (Wohn-)Raum der heute vor allem am privaten Segment des Wiener Wohnungsmarkts angespannten Situation voran. Diese ist gekennzeichnet durch steigendes Interesse von professionellen Immobilienfirmen vor allem am Althausbestand, steigende Profitabilität von Investitionen, explodierende Miet- und Kaufpreise, zunehmende Leistungsprobleme und die Gefahr von exkludierender und direkter Verdrängung einkommensschwacher Haushalte. Im Folgenden wurde argumentiert, dass genau diese Rahmenbedingungen spekulativen Leerstand profitabel erscheinen lassen und er zusätzlich von Steuerregelungen begünstigt werden kann. Leerstand macht daher einerseits einen Widerspruch innerhalb des kapitalistischen Systems sichtbar, da er die Differenz zwischen den unbefriedigten Raumbedürfnissen benachteiligter Menschen und dem Überschuss an Raumressourcen privilegierter Menschen verdeutlicht. Andererseits ist der Leerstand selbst aber auch ein Produkt des kapitalistischen Wohnungsmarkts, da

erst die Ungleichverteilung des zur Ware gewordenen Raums seine spekulative Form überhaupt ermöglicht.

Was wir in Wien bei genauerer Betrachtung beobachten können und was für jeden kapitalistischen Wohnungsmarkt in der einen oder anderen Form gilt, sind Prozesse, die David Harvey als *accumulation by dispossession* bezeichnet (vgl. Harvey 2003). Harvey beschreibt die Notwendigkeit des kapitalistischen Systems ständiges Wachstum zu produzieren und konstant neue Investitionswege zu schaffen – unter anderem kann dies durch die Enteignung von ehemaligen Gemeingütern geschehen, etwa in Form von Privatisierungen, oder auch durch die Kommodifizierung von Dingen, die zuvor keine Waren gewesen sind.

In dieser Perspektive lassen sich in der Geschichte des Wohnens in Wien Enteignungen von Gemeingütern auf unterschiedlichen Ebenen erkennen. Eine grundlegende Enteignung findet in dem Prozess statt, in dem aus Raum überhaupt erst eine Ware wird, wobei der Tauschwert über den Gebrauchswert von Raum langsam hinauswächst und es nicht mehr möglich ist, über Raum außerhalb von Eigentumsverhältnissen nachzudenken. Bestrebungen der Zwischenkriegsjahre, Wohnen aus den Händen privater ökonomischer Interessen zu lösen und entweder staatlich-hoheitlich zu organisieren (die Gemeindebauten des Roten Wiens) oder selbständig zu verwirklichen (Siedlerbewegung), wurde ab der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit schrittweisen rekommodifizierenden und privatisierenden Regelungen begegnet. Die Stadt Wien spielt in diesen Prozessen eine ambivalente Rolle: Einerseits wird durch die steigende Kommodifizierung die sozial wichtige Institution des sozialen Wohnbaus stetig untergraben. Andererseits werden soziale Bewegungen durch genau jene öffentliche Hand in ihren Bestrebungen behindert, andere gemeinschaftliche Wohnformen zu erproben, die für den Erhalt des sozialen Wohnbaus da ist, bzw. in deren hoheitliche Stadtentwicklung eingegliedert. Man denke hier zum Beispiel an die Siedlerbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, an die Ursprünge der Sanften Stadterneuerung in der Spittelbergbewegung in den 1970er Jahren und an die Assimilierung oder sofortige Räumung von besetzten Häusern als konstantes Vorgehen seit vierzig Jahren.

In seinem Text über *Housing Commons*¹³ zeigt Stuart Hodgkinson einen handlungsstrategischen Ausweg aus dem Dilemma, dass staatliche Interventionen zwar unabdingbar für den Erhalt (oder die Herstellung) leistbaren Wohnraums sind, aber auch immer mit paternalistischen und normierenden

13 „Commons“ (dt.: Gemeingüter, oder auch historisch „Allmende“) sind Ressourcen, die weder im Eigentum von Privatpersonen stehen noch Staatseigentum sind, sondern von den Nutzer_innen selbst gemeinschaftlich verwaltet werden. Siehe zur allgemeinen Commons-Debatte auch den Text „Leerstand zu Commons machen!“ in diesem Buch. In seinem speziellen Text ist Hodgkinson darum bemüht, den Commons-Begriff als mögliche Antwort auf die Wohnungsfrage zu diskutieren (vgl. Hodgkinson 2012).

Ansprüchen einherzugehen scheinen und Selbstorganisation verhindern (vgl. Hodkinson 2012). Erstens müsse man einen Fokus auf das Schaffen von basisdemokratischen, nicht-hierarchischen Enklaven des Zusammenwohnens legen, auf das „living-in-common“ (ebd.: 439). Diese Strategie kann beispielsweise von kleineren Gruppen verfolgt werden, die sich zusammenschließen, um alternative gemeinschaftliche Wohnformen zu erproben. Bezogen auf Wien könnte in diesem Zusammenhang vor allem auf die im neu entstehenden Stadtteil Aspern populären Baugruppen geschaut werden oder auf manche Besetzungen zu Wohnzwecken. Ein zweiter wichtiger Fokus müsse laut Hodkinson auf allen Kämpfen gegen Kommodifizierung und Privatisierungen von Wohnraum liegen – hier spricht er von „strategic housing commons“ (ebd.). In Wien könnte in diesem Zusammenhang an den Stopp des Neubaus von Gemeindebauten seit 2004 gedacht werden oder an die unterschiedlichen Wege, auf denen der Einfluss von privatem Kapital am Wohnungsmarkt erhöht wurde.

Eine antikapitalistische wohnungspolitische Praxis müsse also den Wunsch nach selbstorganisiertem gemeinschaftlichen Wohnen als auch den strategischen Kampf gegen Kommodifizierung und Enteignungen aller Art verbinden:

Producing housing commons, therefore, takes place at the apex of resistance and creation. In the very moment of struggle to defend the existing housing commons, we must seek to transform it along the principles of living-in-common wherever possible but without weakening the protective shield that strategic housing commons provide. Similarly, in the very moment of creating cooperative forms of housing, we should ensure that these new spaces of commons actively support existing housing commons and undermine enclosure and accumulation. (ebd.)

Leerstand von (Wohn-)Raum spielt in diesem Zusammenhang in Wien wie anderswo eine besondere Rolle, da der leere Raum das Nachdenken über grundsätzliche Fragen der Verteilung und des Zusammenwohnens geradezu herausfordert: Wo keine (anerkannte) Funktion da ist, ist es leichter etwas *Anderes* zu Imaginieren – ein Möglichkeitsraum tut sich auf. Das Verhindern des Entstehens dieses *Möglichen* durch spekulativen Leerstand, der den Raum von den Menschen trennt, ist eine Enteignung einer möglichen Alternative.

Referenzen

Amann, Wolfgang (2011): „Subjektförderung in Wien – eine Evaluierung“.
http://www.wohnbauforschung.at/Downloads/Praesentation_Amann_Subjektfoerderung_neu.pdf [abgerufen am: 14.06.2013]

Amann, Wolfgang (2012): „Überblick über die bundesweite Fördersituation“.
<http://www.arching.at/baik/upload/as%20nachhaltigkeit/sanierungstag2012/vortraege/Amann%20121030%20Ueberblick%20Foerderung.pdf> [abgerufen am: 14.06.2013]

Bauer, Eva (2009): „Housing finance and housing providers in Austria: Performance in the light of the financial and economic crisis“. In: CECODHAS (Hg.): Financing Social Housing after the economic crises.
http://www.housingeurope.eu/www.housingeurope.eu/uploads/file_/Financing%20Social%20Housing%20after%20the%20Economic%20Crisis.pdf [abgerufen am: 14.06.2013]

Bauer, Otto (2011) [1911]: Die Teuerungsrevolte in Wien. In: Die Neue Zeit. Wien.

BAWO (2011): Gesamtübersicht Österreich 2011: Kündigungen, Räumungen, Räumungs- und Forderungsexekutionen (basierend auf Rohdaten des Bundesrechenzentrums).
<http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/delogierung.html> [abgerufen am: 21.02.2014]

Blaas, Wolfgang (1991): Mehr Markt oder mehr Staat im Wohnungswesen? Reformperspektiven für die österreichische Wohnungspolitik. Wien: Böhlau.

Braun, Reiner (2007): Leerstand ist nicht gleich Leerstand. Vergleich verschiedener Leerstandsmaße für Berlin.
<http://www.empirica-institut.de/kufa/empi152rb.pdf> [abgerufen am: 08.09.2014]

derstandard.at (2010): „80.000 Wohnungen stehen leer, das ist unfassbar“. 23. August 2010.
<http://derstandard.at/1282273222452/80000-Wohnungen-stehen-leer-das-ist-unfassbar> [abgerufen am: 08.09.2014]

derstandard.at (2012): „Wildwest Praktiken in der Leopoldstadt“. 3. August 2012.
<http://derstandard.at/1343743826463/Wildwest-Praktiken-in-der-Leopoldstadt> [abgerufen am: 08.05.2013]

derstandard.at (2013a): „Wir könnten sanieren auf Teufel komm raus“. 20. Mai 2013.
<http://derstandard.at/1363711361415/Bautraeger-Sprecher-Ulreich-Wir-koennten-sanieren-auf-Teufel-komm-raus> [abgerufen am: 14.06.2013]

derstandard.at (2013b): „Ungenauere Leerstandsrate, genauer betrachtet“. 7. September 2013.
<http://derstandard.at/1378248337948/Ungenauere-Leerstandsrate-genauer-betrachtet> [abgerufen am: 08.09.2014]

diepresse.com (2013): „Wien: (Nur) 30.000 Wohnungen stehen leer“. 13. November 2013.
http://diepresse.com/home/panorama/wien/1312321/Wien_Nur-30000-Wohnungen-stehen-leer [abgerufen am: 08.09.2014]

Eigner, Peter/ Matis, Herbert/ Resch, Andreas (1999): „Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme“. In: Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien. 55, S. 49-100.

Leerstand ...wird gemacht

Fassmann, Heinz/ Hatz, Gerhard (2006): „Urban Renewal in Vienna“. In: Enyedi, György/ Kovács, Zoltán (Hg.): Social Changes and Social Sustainability in Historical Urban Centres. The Case of Central Europe. Hungarian Academy of Science. Pécs: Centre for Regional Studies, S. 218-236.

Foltin, Robert (2004): Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien: Grundrisse.

Franz, Yvonne (2011): „Gentrification in Vienna“. In: Szirmai, Viktoria (Hg.): Urban Sprawl in Europe. Budapest, S. 189-208.

Friedmann, Bernhard (1857): Die Wohnungsnoth in Wien. Wien: Wallishausser.

Harvey, David (2003): The New Imperialism. Oxford: University Press.

Hertzsch, Wencke/ Verlič, Mara (2012): „Perspektive Leerstand. Zweiter Teil einer dreiteiligen Studie zum Themengebiet Leerstandsnutzung, Zwischennutzungen und Freiräume in Wien“. http://www.igkulturwien.net/fileadmin/userfiles/Studien/perspektive_leerstand/studie-perspektiveleerstand-part2.pdf [abgerufen am: 15.05.2013]

Hodkinson, Stuart (2012): The Return of the Housing Question. In: ephemera. 12(4), S. 423-444.

Holm, Andrej (2010): Geschäft mit dem Leerstand. <http://gentrificationblog.wordpress.com/2010/10/19/geschäft-mit-dem-leerstand/> [abgerufen am: 20.02.2014]

Holzschuh, Ingrid (2011): Wiener Stadtplanung im Nationalsozialismus von 1938 bis 1942. Das Neugestaltungsprojekt von Architekt Hanns Dustmann. Wien: Böhlau.

IFES (2010): Studie Mietenbelastung. <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d118/Mietenbelastung1.pdf> [abgerufen am: 14.06.2013]

IFIP (2012): Analyse der Angebots- und Preisentwicklung von Wohnbauland und Zinshäusern in Wien. Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien: IFIP.

IIBW (2012): Wohnbauförderung in Österreich 2011. http://iibw.at/DE/index.php?option=com_sobipro&task=download.file&fid=42.149&sid=54&Itemid=12 [abgerufen am: 07.01.2014]

indymedia.org (2012), „Spekulation mit Wohnraum in Wien“. 10. Juli 2012. <https://linksunten.indymedia.org/de/node/63616> [abgerufen am: 21.05.2013]

Jabloner, Clemens et al. (2004): Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommision. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 14. Wien: Oldenbourg.

JPI Immobilie (Hg.) (2013): Der Grätzel Bericht. http://www.jpi.at/sites/default/files/siteeditor/ausgabe_2_-_herbst_2013.pdf [abgerufen am: 31.07.2014]

kurier.at (2013): „Salzburg: Vermisste 445 Mio. Euro gefunden.“ 2. Jänner 2013. <http://kurier.at/politik/inland/salzbürger-spekulationsskandal-mitarbeiterin-verspekulierte-445-millionen-wohnbaugeld/2.249.594> [abgerufen am: 08.09.2014]

Mändle, Eduard/ Mändle, Markus (Hg.) (2011): Wohnungs- und Immobilien-Lexikon. Freiburg: Haufe.

Marcuse, Peter (1985): „Gentrification. Abandonment and Displacement“. In: Journal of Urban and Contemporary Law (28), S. 195-240.

Matznetter, Walter (1990): „What Kind of Privatization? The Case of Social Housing in Vienna, Austria“. In: The Netherlands Journal of Housing and Environmental Research. Vol. 5/2, S. 181-197.

MEW 23. Marx, Karl/ Engels, Friedrich (1968): „Das Kapital“. In: Werke. Band 23. Bd. I. Berlin: Dietz.

Philippovich, Eugen (1894): Wiener Wohnungsverhältnisse. Berlin: Heymann.

Reinprecht, Christof (1984): „Das Amerlinghaus. Vom Scheitern und Überleben eines Experiments“. In: Ehalt, Hubert et al. (Hg.): Geschichtswerkstatt, Stadtteilarbeit, Aktionsforschung. Perspektiven emanzipatorischer Bildungs- und Kulturarbeit. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 183-194.

Rosifka, Walter/ Postler, Rene (2010): Die Praxis des Richtwert-Mietzinssystems. Ergebnisse einer Untersuchung über Mietvertragsabschlüsse in Wien. Wien: AK Wien.

Schneider, Martin (2014): Ein Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien für Wien und Gesamtösterreich. Herausgegeben von der ÖNB Hauptabteilung Volkswirtschaft. www.oenb.at/dms/oenb/Geldpolitik/Downloads/Konjunktur/Einzelbeitrag_Schneider_gesamt_mon.pdf [abgerufen am: 21.02.2014]

Stampfer, Michael (1995): Die Anfänge des Mieterschutzes in Österreich. Wien: Manz'sche.

Statistik Austria GWZ (Hg.) (2011): Gebäude- und Wohnungszählung 2011. www.statistik.at [abgerufen am: 31.07.2014]

Tockner, Lukas (2012): Mietensteigerung in Österreich und Wien. Auswertungen aus dem Mikrozensus. http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d164/mietensteigerungen_studie.pdf [abgerufen am: 14.06.2013]

wientv.org (2012): „Spekulant vertreibt Mieter in der Leopodstadt“. 2. August 2012. <http://www.youtube.com/watch?v=9FhDM-q5kDk&feature=endscreen&NR=1> [abgerufen am: 20.05.2013]

WIFO (2012): Instrumente und Wirkungen der österreichischen Wohnungspolitik. Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien: WIFO.



DIE NEUE WIENER WOHNUNGSFRAGE: DELOGIERUNGEN

Justin Kadi

Die historische Sonderstellung Wiens im Bereich Wohnungspolitik ist wohlbekannt. Stärker als in vielen anderen Städten spielte in der Politikformulierung der Bedarf nach adäquater Behausung eine gewichtige Rolle gegenüber der Sicherung privater Profitinteressen. Das umfangreiche Gemeindebauprogramm oder das vergleichsweise rigide Mietrecht sind sichtbare Ergebnisse dieser Politik. Das Recht auf Wohnen war dabei bei weitem nicht universell, wie sich etwa daran zeigt, dass Migrant_innen traditionell von öffentlich bereitgestelltem Wohnraum exkludiert wurden. Nichtsdestotrotz, die Einschränkung von Privateigentum in der Wohnungsbereitstellung verlieh der Wohnungsfrage in Wien über weite Strecken des 20. Jahrhunderts eine abgeschwächte Relevanz, verglichen mit vielen anderen westlichen Städten.

Ein Blick auf die Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre zeigt allerdings grundlegende Veränderungen in der Ausrichtung der Wiener Wohnungspolitik (siehe den Beitrag „Die Enteignung des Möglichen“ in diesem Buch für eine ausführliche Diskussion). In vielerlei Hinsicht erscheint Wiens Sonderstellung zunehmend als eine *historische* (vgl. Kadi & Verlič 2012). Das Ende der Bereitstellung von Gemeindebauten und die Deregulierung des privaten Mietwohnungsmarkts sind nur zwei Beispiele, wie auch in Wien zunehmend Profitinteressen gegenüber dem Recht auf Wohnen an Wichtigkeit gewinnen. In diesem Kontext hat sich in den letzten Jahren auch die Wohnungsfrage wieder zugespitzt.

Der Diskurs über die angebliche Andersartigkeit Wiens hält sich allerdings hartnäckig.¹ Vor allem im internationalen Vergleich wird gerne auf Wien als positives wohnungspolitisches Referenzbeispiel verwiesen. Ein politisches Thematisieren der wieder aufkeimenden Wohnungsfrage wird damit behindert und im Keim erstickt. Als expliziter Versuch positiven und verschleiern den Diskursen entgegenzuwirken, beschäftigt sich der vorliegende Beitrag mit einer ausgewählten Dimension der (neuen) Wiener Wohnungsfrage – dem Thema Delogierungen. Delogierungen sind nicht zuletzt deshalb interessant, da sie einen Moment darstellen, in dem ein unerfüllter Bedarf an Wohnen offen zu Tage kommt. Die Ausführungen basieren, sofern nicht anders angeführt, auf Daten einer Sonderauswertung des Bundesrechnungszentrums durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 2014).

¹ Siehe etwa die jüngst erschienenen Artikel von Yvonne Staat oder Andrej Holm (vgl. Holm 2014; Staat 2014).

Unterschiedliche Legitimationen

Delogierungen können aus rechtlicher Perspektive unterschiedliche Legitimationen haben: Eine Vernachlässigung des Mietobjekts oder unleidliches Verhalten gegenüber der Hausgemeinschaft sind rechtlich mögliche Gründe. Sie geben aber eher selten den Anlass zu einer Räumungsklage. Im Großteil der Fälle, laut Volkshilfe Wien in etwa bei 95 Prozent, sind Mietzinsrückstände der Grund für die Einleitung eines Verfahrens (vgl. Volkshilfe Wien 2011). Ab zwei Monaten Mietzinsrückstand können Vermieter_innen laut geltendem Mietrecht eine Räumungsklage beim Bezirksgericht einbringen.

Unterschiedliche Stufen

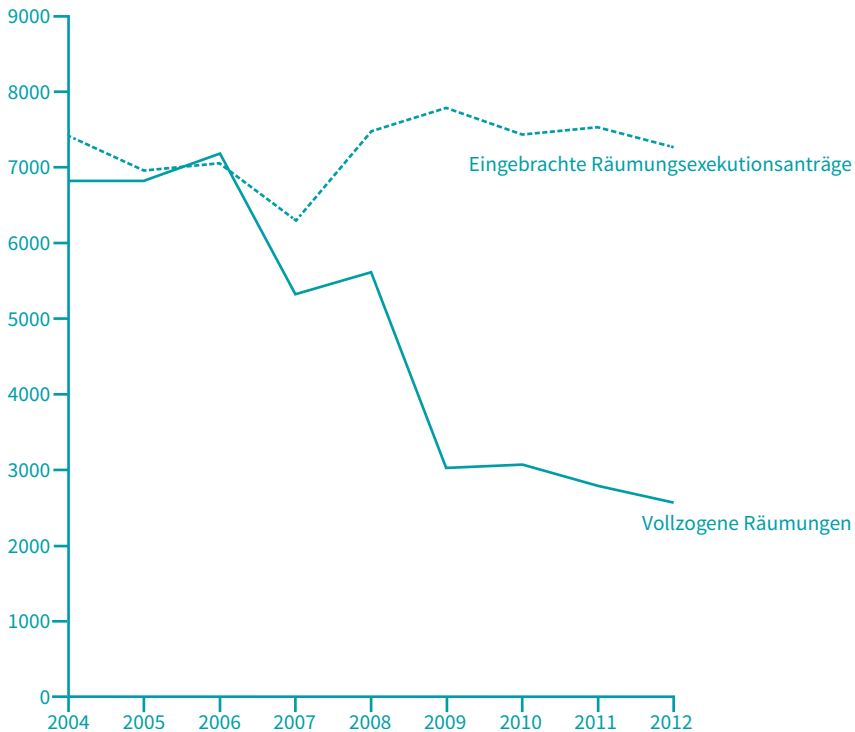
Im Jahr 2012 waren in Wien laut Angaben des Justizministeriums 20.525 Personen von Räumungsklagen betroffen. Diese Zahl fluktuiert leicht über die Zeit, bleibt aber mit der Ausnahme einer sprunghaften, kurzzeitigen Zunahme auf über 22.000 delogierte Personen im Jahr 2008 seit 2001 im Wesentlichen konstant. In etwa die Hälfte der Fälle betrifft private Mietwohnungen, die andere Hälfte Gemeindebauwohnungen.

Bei Betrachtung von Räumungsklagen nach Bezirken zeigt sich, dass der Anteil von Haushalten, die von Räumungsklagen betroffen sind, tendenziell in sozioökonomisch schlechter gestellten – ärmeren – Bezirken höher ist als in sozioökonomisch besser gestellten – reicheren – Bezirken. Prozentuell waren im Jahr 2012 1,2 Prozent der Wiener Bevölkerung von einer Räumungsklage betroffen. Reiche Bezirke wie Hietzing, Josefstadt oder Währing rangieren mit weniger als 1 Prozent betroffener Bevölkerung am unteren Ende. Simmering, Meidling und Margareten liegen mit mehr als 1,5 Prozent am oberen Ende. Am höchsten ist die Betroffenheit überraschenderweise in der Inneren Stadt. Hier haben im Jahr 2012 1,6 Prozent der Bevölkerung – oder 275 Personen – eine Räumungsklage erhalten. Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, dass der Druck auf Immobilienpreise – und damit auf arme Haushalte – in der Inneren Stadt besonders hoch ist.

Eine Räumungsklage ist allerdings nicht unmittelbar mit dem Verlust der Wohnung gleichzusetzen. Sie bedeutet zunächst, dass es zu einer Anhörung bei Gericht kommt und entschieden wird, ob die Klage gerechtfertigt ist. Kommt es in dieser Zeit zu einer Einigung der Parteien, beispielsweise durch eine Mietzinsrückzahlung, wird das Verfahren in der Regel eingestellt. Im Falle einer Nichteinigung können die Eigentümer_innen, wenn sich die Mietpartei weigert auszuziehen, einen Räumungsexekutionsantrag stellen. Räumungsexekutionsanträge liegen in Wien konstant bei etwa 7.000 Haushalten pro Jahr, aber sind seit 2001 leicht im Steigen. Konkret wurden im Jahr 2012 7.270 solcher Anträge eingebracht.

Leerstand ...wird gemacht

Oftmals kommt es allerdings auch im Falle von gestellten Räumungsexekutionsanträgen noch zu Einigungen oder zu einem Auszug der Mieter_innen vor Vollzug der Räumung. Erst wenn dies nicht passiert, kommt es zur tatsächlichen Räumungsexekution. Im Jahr 2012 wurden in Wien 2.565 Haushalte tatsächlich aus ihrer Wohnung delogiert. Etwa tausend Fälle davon betrafen Gemeindebauwohnungen.



Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 2014, eigene Darstellung

Auffallend ist, dass die Gesamtzahl der exekutierte Räumungen seit 2006 rapide im Sinken ist. Während die Zahl im Jahr 2006 noch über 7.000 lag – und damit in etwa auf dem Niveau der eingebrachten Räumungsexekutionsanträge – ist sie seither mehr oder weniger konstant gesunken. Die Ursache hierfür ist, vor allem vor dem Hintergrund der gleichbleibend hohen Anzahl eingebrachter Räumungsexekutionsanträge, unklar. Eine Möglichkeit ist, dass es in einer größeren Zahl von Fällen vor der Durchführung der Exekution zu einer Einigung zwischen Mieter_innen und Vermieter_innen kommt, beispielsweise durch eine effektivere Einmischung der städtischen Wohnungssicherungsstelle FAWOS, die zwischen Mieter_innen und Vermieter_innen vermittelt. Eine andere Möglichkeit ist, dass der Druck auf Mie-

ter_innen von Seiten der Vermieter_innen in den letzten Jahren gestiegen ist und dazu führt, dass Mieter_innen schon vor Durchführung der Räumung ihre Wohnung verlassen. Hier zeigt sich auch eine Schwäche der Statistik: Eine nicht durchgeführte Räumung heißt nicht automatisch, dass die Mieter_innen in ihren Wohnungen verbleiben können. Bei Auszug wird die Räumung obsolet – und fließt in die Statistik als nicht durchgeführte ein.

Während die Gesamtzahl der Delogierungen rückläufig ist, hat sie in den Gemeindebauten in den letzten Jahren rapide zugenommen. Wurden im Jahr 2007 noch 676 Mieter_innen delogiert, waren es 2008 schon 992 (vgl. Wetz 2009). Im Jahr 2011 waren es 994 (vgl. Sorge 2012).

Zusammenfassend kann Folgendes gesagt werden: Auch wenn die Zahl der tatsächlich Delogierten von 2.565 Betroffenen im Jahr 2012 weit unter der Zahl von 20.525 mit einer Räumungsklage konfrontierten Personen liegt, muss die Tatsache, dass mehr als 2.500 Haushalte in Wien jedes Jahr aus ihren Wohnungen delogiert werden, als eindeutiges Zeichen eines evidenten Problems gesehen werden. Besonderes Augenmerk sollte dem Gemeindebau – als Sektor mit steigenden Delogierungszahlen – gewidmet werden.

Unterschiedliche Akteur_innen

Eine Delogierung ist ein komplexer Prozess, an dem eine Vielzahl von Akteur_innen beteiligt sind: Mieter_innen, Vermieter_innen, Hausverwaltungen, Gerichte und Hilfestellen – um nur einige zu nennen.

Eine besonders skurril anmutende Blüte der steigenden Zahl an Räumungsklagen in Wien ist die Herausbildung eines eigenen Dienstleistungssegments, das sich dem Thema Delogierungen in Form von spezialisierten Umzugsunternehmen widmet. Eine Internetrecherche führt zunächst zu einem „Delogierungsanbieter“ mit dem paradoxen Namen „Luxusumzug“² und darauf zur Firma ATH Trans, die auf ihrer Homepage verspricht: „Zwangsräumung / Delogierung? Alles kein Problem, wir helfen Ihnen dabei!“ (ATH Trans 2014). Auch das unschöne Wort „Bestandsfreimachung“ scheint inzwischen von Deutschland nach Wien gekommen zu sein, wenn die Immobilienfirma und Bauträgerin U.M.BAU auf ihrer Homepage mit der Abwicklung von Ausmietungen und eben jener Bestandsfreimachungen für Hauseigentümer_innen wirbt (vgl. U.M.BAU 2014).

Die Stadt Wien bietet im Fall von Räumungsklagen und drohenden Delogierungen durch mehrere Stellen Unterstützung an: Betroffene in Genossenschafts- und Privatwohnungen können sich an FAWOS³, eine Stelle der Volkshilfe, wenden. Für Menschen in Gemeindebauten gibt es Regionalstellen

² Siehe www.luxusumzug.at

³ Siehe <http://wohnen.fsw.at/wohnungsverlust/fawos.html>

des Amtes für Jugend und Familie⁴ und Sozialzentren⁵ als Ansprechpartner_innen für mögliche Hilfestellungen. An FAWOS wenden sich im Jahr durchschnittlich 2.500 Personen, die Erfolgsquote liegt bei etwa 70 Prozent (vgl. Persönliche Korrespondenz mit Renate Kitzmann). Und die restlichen 30 Prozent?

Unterschiedliche Effekte

Für die übrigen 30 Prozent bedeutet die Delogierung den Verlust der eigenen Wohnung und somit einer der wichtigsten Existenzgrundlagen. Manche kommen bei Verwandten oder Bekannten unter, etwa 40 Prozent in den Wohnungen und Heimen des Fonds Soziales Wien – der Rest landet auf der Straße (vgl. ebd.). Mitzudenken ist dabei, dass die 2.565 Haushalte weit mehr Personen umfassen können, darunter natürlich auch eine große Zahl von Kindern. Daten dazu liegen nur für die Gemeindewohnungen vor, aus denen laut Stadt Wien jährlich etwa 300 Kinder delogiert werden (vgl. Stadt Wien 2014). Dass die Hilfenetze der Stadt Wien zwar vorhanden, aber nicht ausreichend sind, zeigen die 2.565 Wohnungsräumungen im Jahr 2012 erneut – genau 2.565 Delogierungen zu viel!

Eine frühere Version dieses Artikel ist auf www.urbanizm.net erschienen, mit Mara Verlič als Ko-Autorin. Ein Dankeschön geht an Mara für die Erlaubnis, den Artikel hier in adaptierter Form noch einmal abzudrucken.

4 Siehe <http://www.wien.gv.at/menschen/magelf/service/standort.html>

5 Siehe <http://www.wien.gv.at/gesundheitsleistungen/wiener-sozialzentren.html>

Referenzen

ATH Trans (2014): www.ath-trans.at/delogierung-wien.html [abgerufen am: 22.07.2014]

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2014): „Gesamtübersicht Österreich 2011: Kündigungen, Räumungen, Räumungs- und Forderungsexekutionen basierend auf Rohdaten des Bundesrechenzentrums“.

<http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/delogierung.html> [abgerufen am: 22.07.2014]

Holm, Andrej (2014): „Berlin – Kommunaler Wohnbau gefordert“.

<http://gentrificationblog.wordpress.com/2014/04/08/berlin-kommunaler-wohnungsbau-gefordert/> [abgerufen am: 22.07.2014]

Kadi, Justin/ Verlič, Mara. (2013): „Die neue Wiener Wohnungsfrage: Zur fortschreitenden Neoliberalisierung des Wohnungsmarktes“. In: Malmö. Nr. 64.

Staat, Yvonne (2014): „Miete“. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. 27. Juli 2014.

Sorge, Barbara (2014): „Delogierungen geschehen“. In: Wiener Zeitung.

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtleben/491091_Delogierungen-geschehen.html [abgerufen am: 22.07.2014]

Stadt Wien (2014): „Grüne Wien fordern Delogierungsstopp von Kindern im Gemeindebau“.

<https://www.wien.gv.at/rk/msg/2010/07/12011.html> [abgerufen am: 22. 07.2014]

U.M.BAU (2014): <http://um-bau.at/index.php/bautraeger.html> [abgerufen am: 22.07.2014]

Volkshilfe Wien (2011): Die lange Nacht der Wohnungslosen. Wien: Eigenverlag.

Wetz, Andreas (2009): „Zahl der Delogierungen steigt um fast 50 Prozent“. In: diepresse.com.

<http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/445213/Zahl-der-Delogierungen-steigt-um-fast-50-Prozent?from=suche.intern.portal> [abgerufen am: 22.07.2014]

Persönliche Korrespondenz mit Renate Kitzmann, Fachstelle für Wohnungshilfe (FAWOS), am 15. März 2013.



LEERSTAND ...ALS RESSOURCE



RESILIENZ UND RESSOURCEN IN DER STADT

Michael Ziehl

Nachhaltigkeit als Leitbild der Stadtentwicklung hat ausgedient. Stattdessen gewinnt das Konzept der resilienten Stadt immer mehr an Bedeutung. Demnach geht es nicht mehr ausschließlich darum, Krisen zu bekämpfen, sondern unsere Städte auch den Folgen der Krisen anzupassen. Dem stehen allerdings viele Hemmnisse entgegen, die überwunden werden müssen. Hierfür sind Stadtverwaltungen auf die Stadtbewohner_innen angewiesen. Gemeinsam müssen sie dezentrale Versorgungsstrukturen schaffen, urbane Gemeinschaften stärken und vorhandene Ressourcen nutzen. Neben Stadtverkehr und Energieversorgung ist der Gebäudebestand ein wichtiges Handlungsfeld dafür – allem voran leerstehende Gebäude. Stadtbewohner_innen können sich Leerstand aneignen und dort Möglichkeitsräume erschaffen. So nutzen sie Ressourcen und machen Städte resilient.

Nach der Nachhaltigkeit

Die Erdatmosphäre erhitzt sich und Ressourcen werden knapp. Daher ist es notwendig, dass die Weltbevölkerung weniger Treibhausgase ausstößt und weniger Ressourcen verbraucht. Städte gelten dabei als wichtige Handlungsfelder. Denn ihre Bewohner_innen verbrauchen im Vergleich zum ländlichen Raum pro Kopf weniger Ressourcen. Sie benötigen weniger Infrastrukturen und setzen weniger Treibhausgase frei. Das gilt es auszubauen. Wir müssen Städte so gestalten, dass Stadtbewohner_innen weniger Ressourcen verbrauchen und weniger Treibhausgase emittieren. Das haben auch europäische Landesregierungen und Stadtverwaltungen erkannt. Sie orientieren sich dazu am Leitbild der „nachhaltigen Stadt“ (vgl. BMVBS 2007).

Politiker_innen propagieren eine nachhaltige Entwicklung in Kooperation mit der Wirtschaft. Sie setzen auf Wirtschaftswachstum und herrschende Macht- und Eigentumsverhältnisse. Kritiker_innen sehen diese Versuche als zum Scheitern verurteilt, weil sich Ressourcen- und Klimaschutz nicht mit kapitalistischem Wachstumszwang und Eigentumsverhältnissen vereinbaren lassen würde (vgl. BUKO 2008). Die aktuelle Finanzkrise gibt ihnen recht. Viele Landesregierungen haben ihre Ambitionen in Sachen Klimaschutz zurückgefahren. Stattdessen fördern sie bestehende Wirtschaftsbetriebe und subventionieren energieintensive Technologien in der Hoffnung, dass dadurch ihre Wirtschaften wieder wachsen. Bisherige Bemühungen den Klimawandel zu stoppen scheinen gescheitert zu sein. Auch die Finanzkrise scheint noch nicht überwunden zu sein. Daher plädieren kritische Expert_innen nunmehr dafür, Städte für die Folgen der Klima- und Finanzkrisen zu

wappnen und neue Perspektiven für ihre Zukunft zu eröffnen. Dafür setzen sie auf das Konzept der resilienten Stadt oder auch der urbanen Resilienz.

Urbane Resilienz

Resilienz bezeichnet im ursprünglichen Sinne des Begriffs die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit eines Systems gegenüber äußeren Störungen. Das Konzept der urbanen Resilienz bezieht sich nicht ausschließlich auf ökologische Aspekte, „sondern auch andere regionale und globale Krisen wie die Finanzkrise, die Folgen des demographischen Wandels, der gesellschaftliche Strukturwandel, die soziale Spaltung der Gesellschaft etc.“ (Bock et al. 2013: 75) werden einbezogen. Zu ihren Merkmalen zählen ein sparsamer Ressourceneinsatz (Suffizienz) und Unabhängigkeit durch Selbstversorgung (Subsistenz) (vgl. Paech 2011: 54f.). Des Weiteren verfügt eine resiliente Stadt über autarke Teilsysteme, die dezentral und mehrfach vorkommen. Gibt es in einer Stadt beispielsweise nur ein Kraftwerk, ist die Energieversorgung anfällig. Wenn der notwendige Energieträger ausfällt, stürzt die gesamte Versorgung ein. Resilienter wären kleinere lokale Kraftwerke. Im Idealfall sind diese Strukturen flexibel und nicht auf einen bestimmten Energieträger ausgelegt. Generell gilt es, Ressourcen sparsam einzusetzen und wenn möglich wiederzuverwenden (vgl. Beckmann 2013: 9f.). Manche Materialien sind mittlerweile so knapp, dass sich in naher Zukunft sogar „Urban Mining“ lohnen wird. Dabei werden städtische Mülldeponien abgetragen, um an die darin enthaltenen Metalle zu kommen. Besser wäre, man hätte sie gar nicht erst weggeworfen.

Konsumgesellschaften sind aber notwendigerweise auch Wegwerfgesellschaften. Für viele Stadtbewohner_innen sind Reparaturtätigkeiten und Renovierungsfähigkeiten aufgrund geringer Preise für Neuwaren nicht zwingend. Das Gegenteil der Wegwerfmentalität sind subsistente Lebensstile. Durch Eigenproduktion, Nutzungsdauerverlängerung und Gemeinschaftsnutzung¹ werden die eigenen Bedürfnisse jenseits der kommerziellen Märkte befriedigt. An die Stelle der Neuproduktion treten eigene marktfreie Ressourcen. Verbraucher_innen werden zum_r Instandhalter_in, Renovierer_in,

¹ In den letzten Jahren haben viele Initiativen das Prinzip der Gemeinschaftsnutzung bzw. des Teilens (*sharing*) aufgegriffen und Tauschgemeinschaften über das Internet aufgebaut. Wohnungen, Autos und Werkzeuge können ohne großen Aufwand gemeinschaftlich genutzt werden. Insbesondere in Städten sind der Austausch und das gemeinschaftliche Nutzen von Gegenständen effektiv und einfach umzusetzen (vgl. Agyeman et al. 2013). Doch das Sharing-Prinzip droht kommerzialisiert zu werden und sein emanzipatorisches Potential einzubüßen. Zum einen haben sich Firmen der *sharing economy* zu weltweit agierenden und gewinnorientierten Unternehmen entwickelt. Zum anderen haben etablierte Unternehmen den Trend zum Sharing aufgegriffen und versuchen ihn kommerziell zu nutzen.

Designer_in, Dienstleister_in und Vermittler_in. Indem Produkte repariert, transformiert und selbst produziert werden, spart Subsistenz nicht nur Geld, sondern fördert die Resilienz und verhilft zu mehr Autonomie (vgl. Paech/Rehm 2012: 222).

Autonomie statt Auto

Das Gegenteil von Autonomie ist Abhängigkeit. Die Stadtplanung der vergangenen Jahrzehnte hat eine Abhängigkeit ganz besonders gefördert: die vom Auto. Nach dem Zweiten Weltkrieg orientierten sich Stadtverwaltungen an der Sphärentrennung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit. Sie nahmen an, dass sich dadurch die Lebensqualität in den Städten steigern ließe. Die funktionsgetrennte Stadt galt als allgemeines Leitbild. In Folge wurde der Bau von Straßen forciert. Auf ihnen konnten Bewohner_innen schnell zwischen den Stadtbereichen bewegt und Güter transportiert werden. Damit wurde ein Erbe angelegt, das viele Städte bis heute geißelt. Für viele Bewohner_innen bedeutet die Abhängigkeit vom Auto nicht nur Stress, Lärm, Abgase, Stau und Zeitverlust. Der Bau von Straßen und Autos hat auch die Ausdehnung der Städte in ihr Umland gefördert. Seit Jahrzehnten fressen Einfamilienhäuser und Gewerbegebiete ganze Landstriche auf. Aus globaler Perspektive ist dieser Flächenfraß noch größer, denn neben den Umweltzerstörungen durch Straßenbau und Schadstoffemissionen der Autos müssen auch die damit einhergehende Erdölförderung und ihre Folgen für die Umwelt mit eingerechnet werden.

Damit Stadtbewohner_innen unabhängiger vom Auto werden, müssen ressourcenschonende Verkehrsmittel gefördert werden. Stadtverwaltungen müssen Infrastrukturen für Fahrräder und den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Die vorhandenen Straßen können dazu genutzt werden. In Curitiba zum Beispiel wurde das vorhandene Straßennetz zur Infrastruktur für ein hocheffizientes Bussystem umgebaut. In New York werden Straßenspuren in Fahrradwege umgewandelt. Des Weiteren müssen Städte nach innen verdichtet werden – allerdings nicht auf Kosten ihrer Durchmischung. Es ist nicht resilient, wenn durch Wohnungsbau Kleingewerbe vertrieben und Naherholungsorte zugebaut werden. Denn wenn alltägliche Wegstrecken zu weit sind, ist es nicht attraktiv auf umweltschonende Verkehrsmittel wie das Fahrrad oder den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Daher müssen Arbeitsplätze, Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote und Naherholungsorte nah beieinander liegen. Das lässt sich am besten durch gemischte Stadtquartiere gewährleisten. „Die dichte städtische Gelegenheitsstruktur und ein ausgebautes öffentliches Verkehrssystem, flankiert von ausgebauten Fahrradwegen, erlaubt hier einen Verzicht auf ein eigenes

Auto ohne Einbußen an Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe.“ (Manderscheid 2013: 19)²

Ressource Gebäudebestand

Durch Neuinterpretationen und Umnutzungen bestehender Quartiere und Gebäude können sich Städte ressourcenschonend erneuern. Dabei gilt es, das Vorhandene so weit als möglich durch neue Nutzungen funktional umzuprogrammieren (vgl. Eisinger/Seifert 2012: 7). Der Bestand ist dabei nicht nur als eine materielle und wirtschaftliche Ressource zu werten, sondern auch als eine wichtige Ressource für neue Entwicklungen und Lebensstile (vgl. Baum 2012). Es ist allerdings nicht einfach Gebäude umzunutzen. Sie sind immer einem bestimmten Zweck gewidmet und darauf zugeschnitten. Büros dürfen nicht einfach zum Wohnen genutzt werden. Ebensowenig dürfen Gewerbeimmobilien nicht ohne Weiteres für kulturelle Zwecke genutzt werden. Solche Umnutzungen bedürfen aufwendiger Genehmigungen und teurer Umbaumaßnahmen. In vielen Fällen ist Abriss und Neubau lukrativer. Das ist ganz im Interesse von Bauunternehmen und Architekt_innen. Sie verdienen deutlich mehr an Neubauten als an Umnutzungen. Auch Investor_innen verdienen in der Regel mehr mit der Vermarktung eines Neubaus als an einer umgebauten Immobilie. Neu errichtete Wohnungen und Büros können zu höheren Preisen vermietet werden. In vielen Fällen werden dadurch nicht nur Gebäude zerstört, sondern auch soziale Zusammenhänge, indem Nutzer_innen verdrängt werden. Das strapaziert nicht nur unser Ökosystem, sondern auch soziale Systeme.

Des Weiteren werden durch den Abriss von Gebäuden Ressourcen vernichtet. Schon der Abriss kostet Energie. Vor allem aber steckt in jedem Gebäude „graue Energie“. Das bezeichnet die gesamte Energie, die notwendig ist, um ein Gebäude zu errichten – vom Gewinnen und Herstellen der Materialien über ihren Transport bis zum Bau. Diese Menge ist nicht zu unterschätzen: Weltweit verursachen Zementanlagen den drittgrößten Anteil am Ausstoß von CO₂, gleich nach Kraftwerken und Fahrzeugen. Daher liegt ein Schlüssel zur Reduktion des CO₂-Abdrucks unserer Städte in längeren Lebenszyklen der Gebäude – beispielsweise durch die Nutzung vorhandener Rohbauten oder Gebäudeteile anstatt von Abriss und Neubau (vgl. Petzet/Heilmeyer 2012: 173).

² Die gesellschaftliche Teilhabe wird in vielen Städten durch den Wohnungsmarkt auf Besserverdienende begrenzt. Mieten in durchmischten Stadtquartieren sind vielerorts überdurchschnittlich hoch oder von Preissteigerungen betroffen. Dadurch werden finanzschwache Bewohner_innen verdrängt und die Quartiere homogenisiert (vgl. Holm 2010a: 9f.). Ein regulierter und sozial gestalteter Wohnungsmarkt scheint daher eine Voraussetzung für urbane Resilienz zu sein.

Vermeintlich spektakuläre Image-Architektur ist in vielen Fällen besonders energieintensiv – trotz neuer Energiestandards. Ihr Bau verbraucht aufgrund aufwendiger Konstruktionen und ausgefallener Materialwahl viele Ressourcen, was durch entsprechend lange Betriebszeiten wieder eingespart werden müsste. Allerdings sinkt die Lebensdauer neu errichteter Gebäude zusehends, weil sich Moden und Ansprüche immer schneller verändern. Gerade erleben wir in Deutschland nach nur vierzig bis fünfzig Jahren Betriebszeit eine Abrisswelle von Bürogebäuden aus den 1960er und 1970er Jahren, obwohl sich viele davon zu Wohnungen umnutzen ließen (vgl. Kritzmann et al. 2009). Bestehende Gebäude und durchmischte Stadtquartiere stellen materielle und gesellschaftliche Ressourcen dar. Im Sinne urbaner Resilienz müssen diese Ressourcen schonend (um-)genutzt werden.

Leerstand nutzen

Im Falle von Leerstand ist die Verschwendung von Ressourcen besonders offensichtlich. Zum einen verfallen leerstehende Gebäude schneller als genutzte Immobilien. Zum anderen bieten sie Raum zur Verdichtung von Nutzungen in der Stadt. Jedoch werden viele potentielle Nutzer_innen durch zu hohe Mieten ausgeschlossen. Dabei stehen in unseren Städten zahlreiche Gebäude leer, neben Büros auch Industriegebäude, Ladengeschäfte, Versorgungs- und Bildungseinrichtungen und sogar Wohnungen. Das hat verschiedene Ursachen. In schrumpfenden Städten führt der Wegfall von Arbeitsplätzen zur Abwanderung der Bevölkerung. Leere Industrieareale, Wohnungen und Ladengeschäfte sind die Folge. Auch Kitas (Kindertagesstätten), Schulen und andere öffentliche Einrichtungen sind betroffen. Andersorts bluten Innenstädte aus, weil am Stadtrand Einfamilienhäuser und Gewerbegebiete gebaut werden. Auch das Einkaufen über das Internet verstärkt den Leerstand, zumindest bei Einzelhandelsflächen. In wachsenden Städten verursachen vor allem Spekulationen mit Immobilien Leerstände. In der Hoffnung auf eine lukrative Anlage stecken Investor_innen ihr Geld vor allem in Bürogebäude. Dadurch wird oft am Bedarf vorbei gebaut und der Überhang an Büroflächen vergrößert (vgl. Ziehl 2013).

Dennoch verringern die wenigsten Eigentümer_innen ihre Mieterwartungen, selbst wenn ihre Immobilien seit Jahren leerstehen. Das hat mehrere Gründe. Eigentümer_innen können Verluste durch Leerstand von der Steuer absetzen. Hinzu kommt, dass der Immobilienwert nach dem langfristig erwarteten Mietertrag berechnet wird. Sinken die Mietkosten, verringert sich der Wert einer Immobilie – zumindest buchhalterisch (vgl. Holm 2010b). Weitere Hemmnisse sind aufwendige Nutzungsgenehmigungen und Umbaumaßnahmen. Diese Hemmnisse gilt es abzubauen. Insbesondere Leerstand bietet Raum für Aneignungen durch Stadtbewohner_innen.

Hier können selbstbestimmte Gemeinschafts- und Lebensmodelle ausprobiert und etabliert werden. Durch die Nutzung von Leerständen kann die Durchmischung und Lebensqualität in Stadtquartieren erhöht werden. Nicht zuletzt können auch die Nutzer_innen selber von Leerstandsnutzungen profitieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Von Bedeutung sind für die Nutzer_innen dabei vor allem günstige Mieten, eine gute Lage in der Stadt und Gestaltungsfreiheiten im Umgang mit der Bausubstanz. Indem die Nutzer_innen die materiellen und immateriellen Werte dieser Orte recyceln, erschaffen sie authentische Orte in der Stadt (vgl. Ziehl et al. 2012). Im Gegensatz zur Authentizität dieser Orte stehen Imageprojekte, die konzipiert werden, um Investor_innen und Arbeitskräfte anzulocken. Authentizität entsteht aber nicht durch städtische Planungen, sondern durch das kreative Nutzen des Vorhandenen. So werden Orte erschaffen, die die Identifikation von Stadtbewohner_innen mit einer lokalen Kultur fördern und soziale Strukturen stabilisieren (vgl. Zukin 2010: 45f.). In Zeiten allgemeiner Entfremdung durch globale Standardisierungen fördert das die Vielfalt in der Stadt und dient somit der urbanen Resilienz.

Neue Arbeits- und Gemeinschaftsformen

Viele Menschen suchen nach Räumen, die auf lange Zeit günstig nutzbar sind. Sie wollen dort ihrem Hobby nachgehen, sich selbst verwirklichen oder neue Geschäftsmodelle etablieren. Die Grenzen zwischen Freizeitgestaltung, Ehrenamt, nicht-kommerziellen Dienstleistungen und gewinnorientiertem Wirtschaften verschwimmen dabei in vielen Fällen. Freiberufler_innen, Vereine, NGOs und Sozialunternehmen agieren zunehmend in sozialen Bereichen wie der Nachbar_innenschaftshilfe, Altenbetreuung und der Kulturproduktion. Das hat zwei Gründe: Zum einen zieht sich der Staat zunehmend von Versorgungsleistungen zurück. Zum anderen finden viele Menschen keine Anstellung mehr oder sie wollen gar keinen festen Arbeitsplatz. Lieber arbeiten sie als Freie oder sie sind in Teilzeit beschäftigt und nebenbei ehrenamtlich tätig (vgl. Wegner 2011). Protagonist_innen solcher Arbeitsformen leben oft prekär und müssen in der Regel mit einem geringen Einkommen auskommen. Sie sind daher auf günstige Räume angewiesen.

Diese Gruppen und Einzelakteur_innen stärken die Stadtgesellschaft, wenn sie tätig werden können. Sie tragen zur Belebung von Stadtquartieren bei, stärken den sozialen Zusammenhalt, integrieren Hinzugezogene und fördern die Lebensqualität in den Städten (vgl. Scherhorn/Dahm 2005). Dabei kompensieren engagierte Stadtbewohner_innen nicht bloß staatliche Sozialleistungen, sie etablieren neue Arbeitsmodelle und machen unsere Städte resilienter. Bisher sind es insbesondere Wissens- und Kreativarbeiter_innen, die sich leerstehende Gebäude aneignen und für ihre Zwecke umwandeln.

Sie können ihre Ideen gut verkaufen, Konzepte entwickeln und wenn nötig auch Businesspläne einhalten. In vielen Fällen tun sie sich zusammen, weil sie als Gruppe mehr Artikulationsstärke haben. Hinzu kommt, dass viele leerstehende Industriehallen, Bürogebäude oder auch Ladenlokale für eine Person trotz günstigerer Mieten zu teuer wären und nicht ausreichend genutzt würden. So entstehen in vielen alten Gebäuden Gemeinschaftswerkstätten, Atelieregemeinschaften und *co-working spaces* (vgl. Lange 2012). Im Sinne resilienter Städte müssen weitere Gesellschaftsgruppen und vor allem soziale und kulturelle Initiativen Leerstand nutzen können.

Komm in die Gänge

Am Gängeviertel in Hamburg zeigt sich, wie eine Stadt resilienter werden kann, wenn Menschen Leerstände nutzen und deren Entwicklung selbst in die Hand nehmen. Das Gängeviertel besteht aus zwölf Gebäuden und steht unter Denkmalschutz. Es gehört der Stadt Hamburg und liegt in der Innenstadt. Die dortigen Mietpreise für Büros zählen zu den teuersten in Deutschland. Um das Viertel teuer verkaufen zu können, ließ es die Stadt Hamburg fast zehn Jahre lang leerstehen und verfallen.³ Schließlich verkaufte sie es an einen Investor im „Höchstgebotsverfahren“ und genehmigte den Abriss. Der Investor wollte an Stelle des Gängeviertels Büros, Gewerberäume und Wohnungen im gehobenen Segment errichten. Doch durch die Finanzkrise geriet er mit der Finanzierung in Schwierigkeiten und das Projekt drohte zu scheitern. Diese Situation nutzten rund 200 Aktivist_innen und Künstler_innen und besetzten das Gängeviertel im September 2009. Unter dem Namen „Komm in die Gänge“ protestierten sie damit gegen den Abriss des Viertels und die gewinnorientierte Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. Außerdem forderten sie günstige Wohn- und Arbeitsräume in der Stadt. Gleichzeitig begannen die Besetzer_innen ihre Vision vom Gängeviertel umzusetzen: Sie richteten Ateliers, Werkstätten, Arbeits- und Veranstaltungsräume ein und setzten die alten Gebäude instand, so gut es ihnen möglich war. So gelang die seit zwanzig Jahren erste erfolgreiche Hausbesetzung in Hamburg (vgl. Gängeviertel e.V. 2012).

Heute finden im Gängeviertel täglich Ausstellungen, Konzerte, Filmvorführungen, Lesungen, Diskussionen oder Workshops statt. Jede Woche kommen Hunderte von Besucher_innen und nutzen die kostenlosen Ange-

³ Aufgrund dieser Erfahrung starteten Aktivist_innen aus dem Gängeviertel 2010 die Internetseite leerstandsmelder.de. Auf der Seite können sich User registrieren und Informationen in Text und Bild zu leerstehenden Gebäuden eintragen. Die Informationen sind frei zugänglich und kostenlos. Tausende Menschen haben sich bisher bei leerstandsmelder.de registriert, um Leerstände eintragen zu können. Noch mehr nutzen die Seite, um sich zu informieren. Nach dem Start für Hamburg meldeten sich Interessierte, um leerstandsmelder.de für weitere Städte zu nutzen. Inzwischen wird die Seite in mehr als zwanzig Städten von lokalen Initiativen betrieben.

bote. Zwei Jahre nach der Besetzung hat sich die Initiative mit der Stadt auf ein Kooperationsmodell geeinigt. Die Häuser werden mit öffentlichem Geld Schritt für Schritt saniert. Es entstehen Sozialwohnungen und Wohnateliers für rund 170 Menschen, ein soziokulturelles Zentrum und Gewerbeeinheiten. Die Menschen im Gängeviertel sind über eine Kommission in den Sanierungsprozess eingebunden. Sie können über Baumaßnahmen mitentscheiden und den Prozess mitgestalten. Nach der Sanierung soll die eigens gegründete „Gängeviertel Genossenschaft 2010“ die Verwaltung des Viertels übernehmen. Das notwendige Eigenkapital wirbt die Projektgenossenschaft durch ein Modell an, das auf Solidarität basiert: So genannte „Kulturgenoss_innen“ zeichnen Anteile, auch wenn sie keine Flächen im Viertel nutzen möchten. Durch Solidarität, sozial gerechte Mieten und die Selbstverwaltung der Bewohner_innen in Form der Genossenschaft sollen Verdrängungsprozesse im Viertel ausgeschlossen werden. Die Aktivist_innen wollen mit dieser Strategie ein gesellschaftliches Alternativmodell realisieren und sich selbst eine verlässlichere Lebensgrundlage aufbauen (vgl. Ziehl 2012).

Resilienz selber machen

Die Raum- und Sozialstruktur im Gängeviertel bildet die Grundlage für ein subsistentes und suffizientes Leben. Hier werden Wohnen, Arbeiten und Freizeit an zentraler Stelle verwoben. Dadurch können Bewohner_innen des Gängeviertels Wegstrecken einsparen – genauso wie Anwohner_innen aus der Umgebung. Als Beispiel seien die vielen Veranstaltungen genannt: Statt Multiplexkino oder Großraumdisko im Gewerbegebiet bietet das Gängeviertel ein vielseitiges Kulturprogramm in der Hamburger Innenstadt. So werden der Verzicht aufs Auto und der Umstieg aufs Fahrrad attraktiv. Des Weiteren existiert im Gängeviertel ein engmaschiges Netzwerk der Nachbar_innenschaftshilfe. Offene Ateliers und Werkstätten sowie eine Vielzahl von Gemeinschaftsräumen werden intensiv genutzt: Es gibt eine Fahrrad-Selbsthilfwerkstatt, eine Bibliothek und einen Umsonstladen, wo Sachen ohne Gegenleistung weitergegeben werden. In einer Food-Coop organisieren sich Menschen, um Bio-Produkte in größeren Mengen günstiger als im Laden kaufen zu können. Auch im Bereich der Energieversorgung setzt das Gängeviertel auf Autonomie: Die Bewohner_innen wollen über ein eigenes Nahwärmenetz verfügen und unabhängig von Fernwärme sein. Gleichzeitig möchten sie vor Ort ihren eigenen Strom produzieren. So wären sie nicht auf die Versorgung durch Atomstrom oder Offshore-Strom angewiesen. Stattdessen könnten sie ihren Energieträger selbst wählen. Derartige Möglichkeiten beruhen auf der Selbstorganisation im Gängeviertel.

Selbstorganisation gilt als Grundlage für eine resiliente Entwicklung. Sie ist die Basis für Diversität, Flexibilität und Redundanz im Sinne multipler

(Selbst-)Versorgung (vgl. John/Kagan 2014: 78). Selbstorganisierte Gemeinschaften entstehen in vielen Fällen durch Raumeignungen. Das muss sich nicht auf Leerstände beschränken. Auch öffentliche, virtuelle und diskursive Räume können und werden von Menschen angeeignet. Vor allem aber der Baubestand ist eine der wichtigsten Ressourcen, um Städte resilienter zu entwickeln. Im Sinne der Resilienz war die Besetzung des Gängeviertels daher ein Gewinn für die Stadt Hamburg (vgl. Kagan 2014). Ein Projekt reicht allerdings nicht aus, um eine Stadt als Ganzes resilienter zu machen. Dafür müssen weitere Initiativen gefördert und neue angestoßen werden.

Möglichkeitsräume schaffen

In den letzten Jahren haben sich weltweit viele neue Gruppen gebildet, die im Sinne einer resilienten Stadtentwicklung wirken. Dazu zählen selbstverwaltete Hausprojekte und Gemeinschaftseinrichtungen, Handarbeitskreise, Selbsthilfewerkstätten, Food-Coops, urbane Gärtnereien und Sharing-Initiativen. Hinzu kommen Gemeinschaften von Freiberufler_innen und die in sozialen Bereichen aktiven Vereine, NGOs und Unternehmen. Soll der resiliente Umbau unserer Städte gelingen, müssen Stadtverwaltungen diese Gruppen aktiv unterstützen und fördern. Vor allem wenn ihre Bestrebungen in Konflikt zu Eigentumsverhältnissen und Wirtschaftsinteressen treten, sind Stadtbewohner_innen auf Unterstützung angewiesen. Hier gilt es anzusetzen. Stadtverwaltungen müssen Abgaben auf Leerstände verlangen und so Anreize für Mietpreissenkungen schaffen. Sie müssen bei Grundstücksvergaben Initiativen gegenüber Investor_innen bevorzugen, wenn die Nutzung dem Allgemeinwohl dient. Sie müssen Genehmigungen unbürokratischer vergeben. Sie müssen dezentrale Energieversorgungen forcieren. Vor allem müssen sie die Selbstbestimmung von Stadtbewohner_innen im Sinne einer emanzipatorischen und innovativen Gesellschaft fördern. Denn Modelle für die resiliente Stadt müssen von den Bewohner_innen selbst entwickelt und umgesetzt werden.

Selbstbestimmung ist die Grundlage für Möglichkeitsräume, in denen Modelle für die resiliente Stadt getestet werden können. Hier können die Zusammenhänge von technischen Entwicklungen, Gebäudebestand, Infrastrukturen, Lebensweisen und die Bedürfnisse von Stadtbewohner_innen erprobt und untersucht werden. „Resilienz umfasst [...] die Fähigkeit zur Weiterentwicklung und zum Aufbau neuer Qualitäten. Hervorzuheben ist, dass es sich dabei keinesfalls nur um technologische, sondern vor allem um kulturelle, soziale und institutionelle Erneuerungen zum Umgang mit Krisen – und dabei immer auch um Lernprozesse – handelt.“ (Bock/Beckmann 2013: 75) Wenn derartige Lernprozesse gefördert werden und das Gelernte angewendet wird, können resiliente Städte Wirklichkeit werden.

Referenzen

Agyeman, Julian/ McLaren, Duncan/ Schaefer-Borrego, Adrienne (2013): Sharing Cities.
http://www.foe.co.uk/sites/default/files/downloads/agyeman_sharing_cities.pdf [abgerufen am: 09.09.2014]

Baum, Martina (2012): „Zukunftsfähigkeit braucht Wandlungsfähigkeit und Stabilität – Dynamisch-stabile Strukturen im Kontext nachhaltiger Stadtentwicklung“. In: Ziehl, Michael/ Oßwald, Sarah/ Hasemann, Oliver/ Schnier, Daniel (Hg.): second hand spaces – über das Recyceln von Orten im städtischen Wandel. Berlin, S. 28–36.

Beckmann, Klaus J. (2013): „Resilienz – Eine neue Anforderung im Zusammenhang mit nachhaltiger Stadtentwicklung?“. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.): Jetzt auch noch resilient? Anforderungen an die Krisenfestigkeit der Städte. Berlin, S. 7–13.

Bock, Stephanie/ Beckmann, Klaus J. (2013): „Kommunale Beteiligungsstrukturen: Unverzichtbare Bausteine einer anpassungsfähigen Stadt“. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.): Jetzt auch noch resilient? Anforderungen an die Krisenfestigkeit der Städte. Berlin, S. 75–80.

BUKO (2008): Nachhaltigkeit, Macht und Globalisierung.
<http://www.buko.info/wer-wir-sind/buko-positionen/nachhaltigkeitskritik/> [abgerufen am: 09.09.2014]

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen Europäischen Stadt.
http://www.bmvi.de//SharedDocs/DE/Anlage/StadtUndLand/LaendlicherRaum/deutsche-eu-ratspraesidentschaft-ergebnisse-fuer-die-europaeische-raum-und-stadtentwicklung.pdf?__blob=publicationFile [abgerufen am: 09.09.2014]

Eisinger, Angelus/ Seifert, Jörg (2012): urbanRESET – Freilegen immanenter Potenziale städtischer Räume. Basel.

Gängeviertel e.V. (2012): Mehr als ein Viertel – Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel. Hamburg/Berlin: Assoziation A.

Holm, Andrej (2010a): Wir bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster.

Holm, Andrej (2010b): Geschäft mit dem Leerstand.
<http://gentrificationblog.wordpress.com/2010/10/19/geschafft-mit-dem-leerstand/> [abgerufen am: 09.09.2014]

John, Beatrice/ Kagan, Sacha (2014): „Extreme Climate Events as Opportunities for Radical Open Citizenship“. In: Open Citizenship. Vol. 5, Issue 1/2014. S. 60–75.

Kagan, Sacha (2014): Let artists shape a resilient city.
<http://sachakagan.wordpress.com/2014/04/12/let-artists-shape-a-resilient-city> [abgerufen am: 09.09.2014]

Kritzmann, Bernd/ Kähler, Gert/ Venus, Carsten (2009): Redevelopment. Möglichkeiten und Chancen, unrentabel und unfunktionell gewordenen, innerstädtischen Bürohausbau der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre zu Wohnraum umzunutzen. Abschlussbericht. Bonn.

Leerstand ...als Ressource

Lange, Bastian (2012): „Neues Arbeiten in Netzwerken“. In: Ziehl, Michael/ Oßwald, Sarah/ Hasemann, Oliver/ Schnier, Daniel (Hg.): second hand spaces – über das Recyceln von Orten im städtischen Wandel. Berlin, S. 116–126.

Manderscheid, Katharina (2013): „Nachhaltig, beschleunigt oder abgehängt? Urbane Mobilitäts- und Lebensstile der Zukunft“. In: *dérive* – Zeitung für Stadtforschung. Nr. 53, Okt.–Dez. 2013. Wien, S. 16–21.

Paech, Niko (2011): „Wachstumsdämmerung“. In: *Oya – Anders denken. Anders leben*. Ausgabe März/April 2011, S. 52–55.

Paech, Niko/ Rehm, Annika (2012): „Second hand spaces – Möglichkeitsräume für urbane Subsistenz“. In: Ziehl, Michael/ Oßwald, Sarah/ Hasemann, Oliver/ Schnier, Daniel (Hg.): second hand spaces – über das Recyceln von Orten im städtischen Wandel. Berlin, S. 221–229.

Petzet, Muck/ Heilmeyer Florian (Hg.) (2012): *Reduce / Reuse / Recycle – Ressource Architektur*. Ostfildern, Berlin.

Scherhorn, Gerhard/ Dahm, Daniel (2005): *Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte*. Schlussbericht 2004 des Teilprojekts Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt. Köln, Berlin, Stuttgart, Wuppertal.

Wegner, Gerhard (2011): „Sozialraumunternehmerinnen und -unternehmer – Neues Denken in der Gemeinwesenarbeit“. In: Hackenberg, Helga/ Empter, Stefan (Hg.): *Social Entrepreneurship – Social Business: Für die Gesellschaft unternehmen*. Wiesbaden, S. 189–202.

Ziehl, Michael (2012): „Von der Produktion eines alternativen Stadtraums“. In: Ziehl, Michael/ Oßwald, Sarah/ Hasemann, Oliver/ Schnier, Daniel (Hg.): second hand spaces – über das Recyceln von Orten im städtischen Wandel. Berlin, S. 164–175.

Ziehl, Michael (2013): „Leerstandsmelder.de – Open (Re-)Source for open Cities“. In: *Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung*. Nr. 95, S. 58–64.
<http://www.leerstandsmelder.de/system/files/37/original/08%20Z95%20Ziehl%20pdf%2029-07-2013.pdf> [abgerufen am: 09.09.2014]

Ziehl, Michael/ Oßwald, Sarah/ Hasemann, Oliver/ Schnier, Daniel (Hg.) (2012): *second hand spaces – über das Recyceln von Orten im städtischen Wandel*. Berlin.

Zukin, Sharon (2010): „Stadtkultur auf der Suche nach Authentizität“. In: Hannemann, Christine/ Glasauer, Herbert/ Pohlen, Jörg/ Pott, Andreas/ Kirchberg, Volker (Hg.): *Jahrbuch StadtRegion 2009/10*. Stadtkultur und Kreativität. Opladen, Farmington Hills, S. 45–63.





LEERSTÄNDE UND NICHT-ORTE. EIN GESPRÄCH MIT SOHO IN OTTAKRING

Ula Schneider und Hansl Sato von SOHO in Ottakring im Gespräch mit Elke Rauth, *dérive*, über Leerstände im Wiener Gemeindebau, Nachbarschaftsaktivierung und Nutzungspotentiale für die urbane Gesellschaft. Das Gespräch wurde im April 2014 in Wien geführt.

Was ist Sandleiten? Welche Motivation hat euch hierher gebracht?

Ula Schneider: Wir waren 14 Jahre lang im Ottakringer Brunnenviertel mit SOHO tätig und wollten den Ort wechseln – das Brunnenviertel braucht kein Festival mehr. Gleichzeitig wollten wir im 16. Bezirk bleiben und haben begonnen zu überlegen, welche Gegenden wir spannend finden. Dabei sind wir sehr bald auf Sandleiten gestoßen: Der Sandleitenhof ist der größte Gemeindebau des Roten Wien aus den 1920er Jahren. Er wurde als Ensemble mit dem Kongresspark und dem angeschlossenen Kongressbad konzipiert. Die Anlage ist im historischen Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Projekt des Roten Wien und natürlich auch der Sozialdemokratie ein interessanter Ausgangspunkt und ein spannendes Feld für ein Festival wie SOHO.

Andererseits wussten wir, dass hier in Sandleiten im öffentlichen Raum so gut wie gar nichts stattfindet, obwohl hier immerhin rund 4.500 Menschen leben. Die Gegend ist sehr ruhig, fast schon öde – das ist übrigens O-Ton der Bewohner und Bewohnerinnen von Sandleiten. Zusätzlich gibt es sehr viel Leerstand. Die Teilnahme am EU-Projekt „culburb“, dessen Fokus auf Stadtrandgebieten lag, hat uns ab 2012 ermöglicht, hier in der Gegend vorsichtig und langsam mit Aktivitäten zu starten. Es war uns klar, dass hier eine ganz andere Situation herrscht als im Brunnenviertel, dass wir uns behutsam annähern müssen, schauen, wo und mit wem sich Kontakte knüpfen lassen. Wir arbeiten also schon zwei Jahre am Aufbau von Beziehungen zu den Menschen hier im Stadtteil und an Recherchen zu Sandleiten.

Du hast erwähnt, dass sehr viel Leerstand herrscht in der Gegend von Sandleiten. Welche Arten von Leerstand habt ihr vorgefunden?

Ula Schneider: Es gibt zahlreiche leere Ladenlokale und Gewerberäume. Das Konzept des Roten Wien hat Wohnen und Arbeiten integriert betrachtet, es gab hier in Sandleiten zahlreiche Werkstätten, die heute nicht mehr oder nur als Lager genutzt werden. Dasselbe gilt für die zahlreichen Gemeinschaftseinrichtungen, die in den Gemeindebauten konzeptionell mitgeplant waren: Wäscherei, Tröpferlbad, Kino, Kleingewerbe. Das ehe-

malige Tröpferlbad und die Wäscherei nehmen beispielsweise ein ganzes Gebäude ein, das leersteht. Das ehemalige Kino, oder vielmehr der Rest des ehemaligen Kinos, steht auch schon sehr lange leer: Seit der Konsum-Supermarkt pleitegegangen ist, hat es für diesen Raum keine Nutzung mehr gegeben.

Zusätzlich bemerkt man, wenn man sich näher mit der Gegend befasst, ein tendenzielles Geschäftssterben. Es gibt einen großen Interspar neben dem Sandleitenhof, der die ganze Infrastruktur aufsaugt. Das für das Festival temporär eröffnete SOHO-Lokal befindet sich in den Räumen eines Raumausstatters, der erst vor zwei Monaten ausgezogen ist. Daneben gibt es eine Bäckerei, die ebenfalls vor zwei Monaten zugesperrt hat. Dann hat es noch eine Drogerie gegeben, die auch leersteht. Es gibt eine Fülle an Leerstand.

Sandleiten wird von seinen Bewohnern und Bewohnerinnen als „öde“ Gegend beschrieben. Warum platziert ihr ein Kulturfestival wie SOHO genau hier? Gibt es den Wunsch der Sandleitner und Sandleitnerinnen nach Belebung? Oder ist es euer eigenes Anliegen, dass hier etwas passieren soll? Wer ist eure Zielgruppe?

Hansl Sato: Man könnte antworten: „Warum nicht?“ Es gibt in Wien zahlreiche Festivals, die alle im Zentrum stattfinden. Die kulturelle Nahversorgung an der Peripherie ist dagegen mehr als dürftig. Es ist daher einerseits für die Künstlerinnen und Künstler eine großartige Gelegenheit, sich mit einem Ort wie Sandleitner auseinander setzen zu können, der nicht zu den großen, klassischen Zentren gehört. Andererseits knüpfen wir immer mehr Kontakte zu den Nachbarn und Nachbarinnen, von denen wir sehr viel Hilfe und Unterstützung bekommen. Es gibt somit auch seitens der Bewohner und Bewohnerinnen großes Interesse. Unsere Arbeit hier ist ein Prozess, der sich langsam entwickelt, und wir starten gerade mit dem gegenseitigen Kennenlernen. Ziel unserer Aktivitäten sind definitiv die Menschen, die hier wohnen. Einerseits ist es tatsächlich ein wenig öd hier in der Gegend, andererseits gibt es aber auch sehr viele Spannungen. Es sind in den letzten Jahren viele Migrantinnen und Migranten in diese vormals sozial sehr homogene Gegend gezogen und das hat Spannungen zwischen den Menschen generiert. Es ist unser Ziel, die Menschen von Sandleitner zusammen zu bringen. In unseren Workshops gemeinsam handwerklich etwas zu machen, kann dafür möglicherweise ein guter Anfang sein. Wir werden sehen, wie die Leute zusammenkommen. Wir halten es mit Richard Sennett, wenn er sagt, dass man sich – zumindestens am Anfang – nicht mögen muss, um etwas gemeinsam handwerklich zu machen. Es gibt einmal ein gemeinsames Projekt und dann gibt es sicherlich auch den gemeinsamen Wunsch, in Frieden zu leben und zu wohnen.

Viele dieser Ziele sind klassische Aufgaben der betreuenden Sozialarbeit von Wiener Wohnen oder der Gebietsbetreuung. Warum seht ihr es als eure Aufgabe, im Rahmen und mit Mitteln der Kunst solche Aufgabenstellungen zu behandeln?

Ula Schneider: Der Gemeindebau in Wien ist einerseits sehr umfassend betreut, andererseits lassen die Strukturen aber auch sehr wenig Freiraum oder Experiment zu. Wir haben die Strukturen der städtischen Verwaltung im Prozess dieser Arbeit sehr gut kennen gelernt und man bemerkt sehr schnell, dass eine ziemliche Erstarrung herrscht. Es wird zwar alles sehr gut und sehr intensiv verwaltet, aber gleichzeitig gibt es wenig Freiraum, um ein improvisierteres Setting zu entwickeln. Die „Wohnpartner“, als riesige Verwaltungs- und Betreuungseinheit für die Gemeindebauten, sind stark zentralistisch organisiert, was einfach auch ziemlich starre Hierarchien bedeutet. Wenn alles immer von oben abgesegnet werden muss, wird es sehr schwierig Dynamik zu erzeugen.

Dann gibt es ein Grundproblem: Die Aktivitäten von Wiener Wohnen werden aus den Mietengespeist. Die Bewegungsmöglichkeiten sind extrem eingeschränkt, weil eine einfache Finanzierung für Extras besteht. Ein gutes Beispiel ist das ehemalige Museum hier am Sandleitenhof, das unter Denkmalschutz steht. Es gibt im Gebäude einen großen Wasserschaden, den Wiener Wohnen aufgrund der fehlenden finanziellen Ausstattung nicht beheben kann. Somit steht dieses Gebäude schon seit vielen Jahren leer. Offiziell steht es zur Vermietung für 6.000 Euro im Monat – aber wer mietet schon so eine Fläche um dieses Geld? Pattsituationen wie diese gibt es hier sehr viele. Als Kunstprojekt haben wir Möglichkeiten, spontaner und dynamischer zu agieren. Es ist uns ein Anliegen unter Bezugnahme auf die Geschichte des Sandleitenhofes ein paar Menschen zum Nachdenken über den Ort zu bewegen; Nachdenken darüber anzuregen, was das eigentlich für ein unbeschreibliches Gut ist, das Wien mit den kommunalen Wohnbauten hat. Insgesamt leben ja rund 500.000 Menschen in Wien im Gemeindebau – das ist eine beträchtliche Anzahl. Unser Ziel ist es auch generationsübergreifend zu arbeiten und die ursprünglichen Ideen und Ideale der Sozialdemokratie wieder ins Gespräch zu bringen – natürlich mit dem Ehrgeiz, diese Werte für die Gegenwart zu deuten.

Stichwort „generationenübergreifend“: Mit großer Wahrscheinlichkeit werden in den nächsten paar Jahren die letzten Zeitzeugen verschwunden sein, die noch aus erster Hand über die Aufbruchstimmung des Roten Wien in den Gemeindebauten erzählen können. Inwiefern knüpft ihr mit eurem Projekt an diese Thematik an? Wie wichtig ist euch der historische Bezug?

Ula Schneider: Wir haben einen Zeitzeugen, der im Sandleitenhof aufgewachsen ist und bei der Eröffnung anwesend sein und erzählen wird.

Ein anderer neunzigjähriger Bewohner des Sandleitenhofes hat sich bei uns gemeldet mit dem Anliegen, seine Geschichte zu erzählen – die sogar in Buchform vorliegt. Per Zusendung haben wir ein Heft erhalten mit vielen Informationen und historischen Fakten zur Bücherei im Sandleitenhof. Wir haben schon das starke Gefühl, dass die Möglichkeit persönliche Geschichten deponieren zu können für ältere Menschen ein wichtiges Thema ist. Wir haben bei SOHO daher das Ausstellungsprojekt „Geschichte willkommen“ im Programm, mit dem wir die Nachbar_innenschaft aufrufen, Gegenstände, Fotos und Geschichten bei uns zu deponieren, die in eine historische Timeline gebracht werden und in einer wachsenden Ausstellung etwas über den Sandleitenhof erzählen sollen. Insgesamt springen wir mit SOHO Sandleiten aber sicher ins kalte Wasser – vielleicht gehen unsere Ideen auf, vielleicht bekommen wir nur Gegenwind. Wir riskieren das.

Hansl Sato: Ich möchte auch betonen, dass wir uns selbst auf keinen Fall als „Missionar_innen“ betrachten, die den unaufgeklärten Menschen Kunst bringen wollen. Wir sind keine „Aufklärer_innen“. Die meisten Künstler_innen arbeiten hier, weil sie die Gegend spannend finden, neugierig sind und Spaß an der Auseinandersetzung damit haben. Der Raum bietet sich für experimentelle Projekte an. Wir wollen mit den Menschen vor Ort zusammenarbeiten und von ihnen lernen – in diesem Geist sind die Projekte und Workshops auch angelegt.

Trotzdem ist es ein Kunstfestival, das viele Leute anziehen wird, die von außen kommen und vielleicht noch nie in Sandleiten waren. Gerade in den letzten Jahren hat auch eine ziemliche Stigmatisierung des Gemeindebaus stattgefunden, wenn man den öffentlichen und medialen Diskurs betrachtet. Wie hoch schätzt ihr die Gefahr der Exotisierung des Gemeindebaus im Rahmen von einem Festival wie SOHO ein?

Ula Schneider: Es werden sicher viele Leute von außen kommen, die Sandleiten noch nicht kennen, um diese Anlage einmal zu sehen. Gleichzeitig hat jüngst ein Bewohner gemeint: „Gemeindebau, das ist halt wohnen – wie überall sonst auch“. Wir haben sehr unterschiedliche Formate entwickelt und durch unsere Programmierung ganz bewusst versucht, gegen jegliche Exotisierung oder diese „Gemeindebau-Etikette“ zu arbeiten. Es gibt viele Veranstaltungen und Workshops, die sich konkret an Bewohner und Bewohnerinnen richten oder auch gemeinsam mit ihnen entstanden sind. Wir machen auch bewusst keine Ausstellung für ein klassisches Kunstpublikum, obwohl das im ehemaligen Museum leicht möglich gewesen wäre – dort gibt es Unmengen an Fläche. Es wird insgesamt gar nicht viel zu sehen geben, weil sich die Dinge ständig

verändern oder durch die vielen Workshops erst entstehen. Das klassische SOHO-Kunstpublikum werden wir sicherlich enttäuschen. Wir haben uns aber bewusst für diese Programmierung entschieden, gerade eben um der Exotisierung zu entgehen. Vorwürfe werden wir wahrscheinlich trotzdem von allen Seiten bekommen. Aber das gehört wohl dazu.

Die Bauten des Roten Wien waren ja von einem gesellschaftspolitischen Projekt getragen, das ein großes Raumprogramm für eine andere Gesellschaft mitgedacht hatte: Gemeinschaftsräume, Bildungsräume, Theater, Kinos, Großwäschereien und vieles mehr. Mittlerweile darben diese seit langem obsolet gewordenen Räume komplett ungenutzt oder als Lagerräume vor sich hin. Gleichzeitig gibt es in Wien einen hohen Raumbedarf von künstlerischen und sozialen Gruppen, der über den freien Markt aufgrund der zu hohen Kosten nicht gedeckt werden kann. Mit eurem jetzigen Wissensstand, euren Erfahrungen und eurer intensiven Auseinandersetzung mit Sandleiten: Seht ihr diese ehemaligen Gemeinschaftsräume der Gemeindebauten als potentielle Ressource für Projekte der gesellschaftlichen Erneuerung, um es ganz grob zu umreißen?

Ula Schneider: Sandleiten ist sicherlich ein typisches Beispiel für viele andere Gemeindebauten in Wien. Durch die geänderten Strukturen werden zahlreiche Räume wie die Tröpfelbäder oder die Wäschereien nicht mehr gebraucht, aber auch viele kulturelle Bauten wie Kinos oder Theater sind nicht mehr in Betrieb. Hier im Sandleitenhof, wo so viele Menschen leben, gibt es beispielsweise nicht einen einzigen Gemeinschaftsraum – außer bei der Sektion der SPÖ, aber da wollen nicht alle hin. Da hat die Stadt Wien irgendwann aufgehört, den Gemeindebau gesellschaftlich weiter zu denken. Speziell bei den alten Anlagen gibt es keine Angebote, die Lösungen für die Bedürfnisse in der Gegenwart darstellen.

Was wäre für euch ein Weg, diese Räume im Einklang mit den Bedürfnissen von Bewohnern und Bewohnerinnen hier, aber auch anderen Menschen, die Raumbedarf haben, zu beleben? Ist eine Nachnutzung dieser Leerstände aus eurer Sicht denkbar?

Ula Schneider: Zunächst bräuchte es einmal ein Bewusstsein für diese Raumressourcen. Hier in Sandleiten, beispielsweise im Museum, ist es sehr gut vorstellbar, dass es durchaus Bedarf für verschiedene Aktivitäten und Nutzungen geben würde. Das Problem ist natürlich immer das Geld und bisher gibt es seitens der Stadt keine Mittel dafür, soweit wir wissen. Man müsste das Thema sicher viel stärker an die Öffentlichkeit bringen, damit es in den Köpfen wichtig wird. Bisher ist es noch nicht einmal ein Thema.

Ihr macht beim Festival viele Workshops, die Handwerk und das gemeinsame Tun in den Mittelpunkt stellen. Seit einigen Jahren entstehen in vielen Städten Co-Working-Spaces, offene Werkstätten oder FabLabs, die Nutzer_innen offen stehen und sich zu Räumen der Kooperation und des Wissensaustausches entwickeln. Seht ihr anknüpfend an die Geschichte des Roten Wiens eine solche Nutzung für die Leerstände in den Gemeindebauten?

Ula Schneider: Diese vielen, ungenutzten Orte liegen ja völlig im Verborgenen und sind im Alltag nicht zugänglich. Normalerweise sind diese Räume geschlossen – sie sind wie Nicht-Orte. Sie existieren im Bewusstsein der Menschen gar nicht. Wir sind schon sehr gespannt, ob und was das Öffnen dieser Räume im Rahmen von SOHO bewirken wird. Wir kommen natürlich mit dem Festival von außen, aber schaffen trotzdem Möglichkeiten für die Nachbar_innenschaft, diese unbekannteren Räume einmal in Augenschein zu nehmen, zu begehen und die Potentiale der Örtlichkeiten wahrnehmen zu können. Vielleicht ergeben sich daraus Wünsche und Ideen für Nutzungen. Ich vermute, dass vielen gar nicht bekannt ist, wie diese Leerstände von innen ausschauen. Wir versuchen einen offenen Zugang zu behalten und es ist auch für uns ein Experiment zu sehen, ob durch die Leute hier vor Ort eine Dynamik entstehen kann und sich Dinge bewegen. Wir öffnen die Räume jetzt einmal im Rahmen des Festivals und harren der Entwicklungen.

Verknüpft ihr gesellschaftliche Vorstellungen mit eurer Arbeit? Du hast das Rote Wien und seine reiche Geschichte erwähnt. Wie politisch im Sinne von gesellschaftspolitisch ist eure Arbeit in Sandleiten?

Ula Schneider: Wir wollen nicht parteipolitisch agieren und ich denke in der heutigen Zeit sollte man sich keine großen Illusionen machen über die SPÖ und den Gemeindebau. Ein großer Prozentsatz wählt mittlerweile die FPÖ. Es gibt einen latenten Rassismus und auch einen großen Kommunikationsmangel. Ich finde es schon wichtig vor allem in puncto Kommunikation einmal etwas zu inszenieren und mehr Möglichkeiten zu schaffen, um dieser rechten Welle etwas entgegen zu setzen; auch mit dem Blick auf die Geschichte in Frage zu stellen, was in der Gegenwart gerade passiert. Wir wollen das auch ein bisschen herausfordern, wie Menschen hier im Gemeindebau das Leben wahrnehmen, und wie und ob sich in der Wahrnehmung auch etwas verschieben kann, wenn man Schnittstellen schafft. In diesem Sinn steckt in unserer Arbeit schon ein politischer Wille im Hinblick auf die Demokratisierung dieser Landschaft hier.

Hansl Sato: Wir wollen sicher keine politischen Parolen ausbreiten, aber das Projekt an sich ist politisch. Allein die Tatsache, dass Unsichtbares sichtbar sein wird, ist hoch politisch. Dann gibt es auch ganz konkrete

Projekte, wie beispielsweise die Beschäftigung mit der Geschichte der Schlurfs, einer Jugendbewegung, die durch den Druck der Nationalsozialist_innen politisiert wurde.

Wer die Wiener Magistrate kennt, darf annehmen, dass es nicht die leichteste Übung war, euer Festival hier im Sandleitenhof platzieren zu können und an diese leerstehenden Räume heran zu kommen. Was habt ihr für Erfahrungen gemacht und was müsste eurer Meinung nach auf praktischer Ebene passieren, um Räume wie diese stärker öffnen zu können?

Ula Schneider: Es war schon ein ziemlich langer Prozess. Wir haben quasi ganz oben angefangen mit einem Termin bei Stadtrat Ludwig, der das Projekt unterstützt hat, und danach haben wir den Pressesprecher von Wiener Wohnen als unsere Ansprechperson und Koordinationsstelle auf Seiten der Stadt bekommen. Unsere Erfahrung ist, dass wirklich alles von oben nach unten kommuniziert werden muss, damit es funktioniert. Einmal haben wir Kontakt mit einem direkt Zuständigen aufgenommen, das war gleich Chaos. Man darf nicht vergessen, dass man es mit der größten Hausverwaltung Wiens zu tun hat und man braucht einen langen Atem. Oft müssen ja Schlösser ausgetauscht oder andere Adaptionsarbeiten erledigt werden, bevor man einen Raum nutzen kann. Es dauert einfach ziemlich lange, bis das auf dem Weg durch alle Verwaltungsebenen umgesetzt wird.

Für mich ist es immer ein großes Fragezeichen, warum eine Stadt wie Wien mit einem so hohen kommunalen Immobilienbestand zwar einerseits soziale Innovation, Kunst und Kreativwirtschaft mit speziellen Programmen fördern will, sich aber andererseits bei der Frage nach leistbaren Räumen als zentralen Momenten von Innovation immer auf den privaten Immobilienmarkt beruft, „der halt nicht will“. Was hemmt denn die Öffnung kommunaler Raumressourcen wie den Gemeindebau aus eurer Sicht?

Ula Schneider: Ich denke es liegt zu einem großen Teil daran, dass die verschiedenen Instanzen der Stadt nicht miteinander kommunizieren und es letztlich auch an der Finanzierung scheitert, weil die eine Abteilung aus ihrem Budget dieses nicht finanzieren will und die andere jenes nicht. Es sollte vielmehr Querverbindungen geben zwischen den Magistraten, viel mehr Austausch. Daran fehlt es aus unserer Erfahrung wirklich massiv. Grundsätzlich vermute ich zweierlei Hemmschuhe: Einerseits wird der Leerstand und seine Kosten einfach zu wenig thematisiert. Das leerstehende Museum hier in Sandleiten verursacht beispielsweise monatlich Betriebskosten von 2.000 Euro. Vermietet soll es aber um 6.000 Euro werden, was aufgrund des Gebäudezustandes niemand macht. Da be-

steht Verhandlungsbedarf, denn eigentlich müsste man meinen, dass es besser ist, die Betriebskosten eingenummen zu haben, als den gesamten Bau leerstehen zu lassen. Andererseits herrscht eine immens große Angst, dass Konflikte ausbrechen könnten. Das ist eine Erfahrung, die wir in der Zusammenarbeit mit Personen von Wiener Wohnen auf alle Fälle gemacht haben: Nur keine Konflikte entstehen lassen, denn man könnte damit ein Pulverfass öffnen. Man hat den Eindruck, der Verwaltungsaufwand ist so gigantisch, dass alles, was noch dazu kommen könnte, einfach zu viel wäre und daher unbedingt vermieden werden muss. Das erzeugt insgesamt natürlich eine Situation, die Veränderung nicht gerade befördert.

“DAS SYSTEM KÖNNEN WIR NICHT VERÄNDERN, ABER WIR KÖNNEN GRAUZONEN ÖFFNEN.”

EIN GESPRÄCH ÜBER DIE VINZIRAST MITTENDRIN

Alexander Hagner, Architekturbüro gaupenraub+/-, im Gespräch mit Mara Verlič.
Das Gespräch fand im Februar 2014 in der Vinzirast mittendrin statt.

Was ist die Idee hinter der Vinzirast mittendrin?

Alexander Hagner: Die Idee ist, etwas weiter zu führen, das Studierende während der Audimax-Besetzung 2009 als super empfunden haben. Als es kalt wurde, haben auch Obdachlose von der Besetzung gehört und Zugang zum Audimax bekommen. Das hat sich sehr schnell herumgesprochen und es sind ständig mehr Obdachlose geworden, die auch im Audimax übernachtet haben. Es kam zu Konflikten, immer mehr. Irgendwann haben ein paar Studierende einfach begonnen, die Obdachlosen in das Geschehen zu involvieren: Sie haben sie aufgefordert bei der Essensvorbereitung mitzuhelfen oder Flyer für die nächste Demo zu kopieren. So ging es los mit dem gemeinsamen Tun. Die Obdachlosen haben sich ernst genommen gefühlt und gebraucht, haben weniger Alkohol konsumiert und die Konflikte wurden weniger – ganz einfach.

Als dann die Protestbewegung zu Ende war, fanden es einige Studierende sehr schade, wenn dieses fruchtbare Miteinander – von dem gar nicht zu erwarten war, dass es funktionieren könnte – nun auch zu Ende gehen würde. Diese Studierenden waren dann mit der Idee in Wien unterwegs einen Ort zu finden, an dem Obdachlose und Studierende weiter gemeinsam tun können, eine Art Tageszentrum. Es war nicht geplant als dieses „Menschenexperiment“, das es de facto heute zum Teil ist, einfach dadurch, weil es etwas ganz Neues ist. Wir haben viel recherchiert zu dem Thema und haben weltweit nicht *ein* Projekt gefunden, in dem Studierende und Obdachlose zusammen irgendwas machen, geschweige denn wohnen, geschweige denn in einer WG zusammen wohnen. Das war aber damals noch nicht die Idee, sondern die Vorstellung betraf ein Tageszentrum und die Studierenden wussten eben auch von dem Leerstand hier. Ich wiederum wusste von einigen Kolleg_innen, dass sie bereits mit Investor_innen hier waren und diese letztendlich immer abgesprungen sind, weil es, kurz gesagt, für niemanden attraktiv genug war. Nach einigen Jahren des Leerstands war das Haus schließlich günstig zu haben. Die Studierenden wussten davon und haben dann zuerst überlegt, ob sie es in alter Audimax-Manier besetzen sollten, aber hatten dann die bessere Idee, den Herrn Haselsteiner anzusprechen, der viel für das Flüchtlingsprojekt Ute Bock macht und auch im Verein Vinzenzgemeinschaft St. Stephan aktiv ist. Er hat dann die Kooperation zwischen

den Studierenden und dem Vinzirast-Verein vorgeschlagen und hat angeboten, das Haus zu kaufen und dem Verein zu schenken. Ich bin auch Mitglied im Verein und kam so als Architekt dazu.

Ich mochte das Haus sofort, weil es stadträumlich so präsent ist und nicht im Hinterhof oder so ist, sondern mitten in der Stadt, ein Eckhaus und herausgerückt in den Straßenraum. Im Gegensatz dazu gab es zum Beispiel in Prag zur gleichen Zeit den Plan, Obdachlose an den Stadtrand in eine Art Ghetto neben einer Müllverbrennungsanlage zu verbannen, damit die Innenstadt touristisch-schön ist. Die Vinzirast mittendrin ist ein gebautes Statement gegen solche Entwicklungen. Obdachlosigkeit entsteht in der Gesellschaft und dort ist auch mit ihr umzugehen.

Wie ist die Vinzirast mittendrin aufgebaut?

Alexander Hagner: Im Wesentlichen gibt es im Haus das Erdgeschoss mit dem Lokal, den Werkstätten und einer Waschküche, zwei Biedermeiergeschosse und ein neues Geschoss, das wir gebaut haben – also insgesamt drei Wohngeschosse für zehn WGs. Im letzten Stock gibt es den Dachgarten und ein Dachatelier, das als einziger Raum ohne vordefinierte Nutzung geplant wurde. Dieser Raum wird für Feste, Pressekonferenzen, Yoga und dergleichen vermietet – also extern vergeben, aber auch intern genutzt.

Pro Geschoss sind das also drei Wohnungen zu je drei Zimmern mit Klo, Bad und Teeküche. Über die kleinen Teeküchen wurde auch lange diskutiert, aber wir haben beschlossen: Gemeinschaft ist erwünscht, aber nicht Pflicht. Es gibt also die Teeküchen und pro Stockwerk eine große Gemeinschaftsküche mit Gemeinschaftswohnzimmer und in den Lauben auch einen gemeinschaftlichen Außenplatz.

Wie werden die Plätze im Haus vergeben?

Alexander Hagner: Es gab mehr Interesse als Plätze – von Anfang an. Es gibt nur ca. dreißig Wohnplätze, je nachdem, ob Zimmer doppelt belegt werden, etwa von Paaren. Die Studierenden wurden über Motivations schreiben ausgesucht. Bei den Obdachlosen wusste man halt über die anderen Einrichtungen des Vereins, wer so weit wäre hier zu wohnen. Also da geht es sicher nicht um die prototypischen Stadtparkbewohner_innen, also nicht um das Lindern allergrößter Not, sondern es geht eher darum über das Projekt Menschen, die eigentlich wieder in die Gemeinschaft wollen, ein bisschen Zutrauen zu geben. Damit sie merken, dass es eigentlich doch klappt und sie jetzt doch gern wieder eine eigene Wohnung hätten.

Die Bewohner_innen wurden also ausgewählt. Dann gab es eine Hausrunde, in der sich alle kennengelernt haben und man auch schon gemerkt hat, wer gerne zusammenwohnen würde. So haben sich die ersten Paarungen ergeben. Die Idee ist außerdem, dass alle mindestens ein Jahr hier bleiben oder auch länger.

Wo liegen die Konfliktpotentiale im Haus?

Alexander Hagner: Ursprünglich war eine Wohnung für eine_n Heimleiter_in geplant. Aber es wurde – auch auf Bestreben der Bewohner_innen – beschlossen, dass es zunächst mal ohne Heimleiter_in versucht werden sollte, also durch Selbstorganisation. Es ist jetzt so, dass es im ersten Stock ein Büro gibt, das untertags mit Leuten vom Verein besetzt ist. Eigentlich ist immer wer hier, also auch unten im Lokal, in dem Leute aus dem Verein, Freiwillige oder auch Bewohner_innen aus dem Haus arbeiten. Es ist immer jemand als Ansprechpartner_in da. Es gibt auch in jedem Stock eine Art Stockwerksprecher_in, der _die mehr mit dem Verein kommuniziert, und es gibt Haus- und Stockwerkmeetings. Aber es ist alles sehr unbürokratisch.

Die größten Probleme gab es eigentlich zwischen fundamentalistischen, Basisdemokratie fordernden Studierenden und der Hausleitung bzw. dem Verein. Der Verein hat einen horrenden Kredit aufgenommen und trägt eine große Verantwortung in vielen Unternehmungen (ein Notquartier, eine Wohngemeinschaft für ehemalige Alkoholranke, das Corti-Haus und dieses Projekt). Natürlich müssen die Menschen vom Verein mitreden. Ich finde, dass sie sehr offen sind und das laufen lassen, aber manche Studierende waren der Meinung, dass es mehr Selbstorganisation und Basisdemokratie geben muss. Daher gab es von Anfang an Hausrunden, wo sehr viel über Formsachen diskutiert wurde – also darüber, wer reden darf und wer wie lange reden darf. Da haben dann viele der ehemals Obdachlosen gesagt: „Das geht mir schon so am Hammer, eure ewige Diskutiererei und nichts passiert.“ Einige haben es nicht in Ordnung gefunden, wie diese Gruppe von Studis mit der Hausverwaltung umgeht und sich über die fehlende Dankbarkeit gewundert. Man darf nicht vergessen: Für alle hier ist das Pionierarbeit, für alle ist das was Neues.

Und gibt es Konflikte zwischen den Bewohner_innen?

Alexander Hagner: In den Wohnungen leben entweder zwei Studierende und ein_e ehemalige_r Wohnungslose_r oder umgekehrt. Wir versuchen das Verhältnis balanciert zu halten. Wir haben in dem Projekt versucht räumlich Konfliktpotential zwischen den Bewohner_innen zu mindern: Wir dachten, dass die Küchen besondere Konfliktzentren sein könnten

und deshalb haben wir pro Küche drei Ein- bzw. Ausgänge geplant, so dass man sich nie in die Enge getrieben fühlen muss.

Konflikte drehen sich um folgende Fragen: Welche Gäst_innen dürfen übernachten? Wie lange kann ich Familien mit Kindern einladen? Wer kriegt Schlüssel zu welchen Räumen? Es waren, wie meistens, persönliche Empfindlichkeiten. Von Anfang an war uns klar, dass wir das Haus fertig bauen, aber dann der gemeinsame Prozess weiter geht. Natürlich gab es Personen, die da nicht mitgearbeitet haben.

Welche Bedeutung hat das Lokal im Erdgeschoss für das Projekt?

Alexander Hagner: Im Mai wurde eröffnet und das war schon eine große Herausforderung, weil das Haus wie ein eigenes Unternehmen funktioniert: Es gibt zwei Veranstaltungsräume für mehr als sechzig Personen, dann gibt es das Lokal im Erdgeschoss mit Leuten aus dem Haus, die dort kochen und bedienen. Das Lokal ist absichtlich nicht verpachtet, denn es sollte klar sein, dass wir entscheiden, wer hier ohne Konsumzwang sitzen darf. Das Lokal ist das Bindeglied zwischen der Gesellschaft und dem Sozialprojekt, die Trennung sollte so überwunden werden.

Ich denke, dass das Lokal nicht schlecht funktioniert: Die Studis fühlen sich wohl, weil es ringsum ja viele Universitäten gibt; Die Nachbar_innen kommen, da gibt's viele Stammgäst_innen; Die Vereinsmitglieder kommen und es kommen auch Obdachlose; Es kommen viele Menschen mit Behinderung, weil wir darauf geachtet haben, dass alles so barrierefrei wie möglich ist. Man kann hier teilnehmen, ohne engagiert sein zu müssen, das war ganz wesentlich für uns.

Weiters haben wir auch Werkstätten errichtet, deren Nutzung von den Bewohner_innen bestimmt werden kann. Wir sind relativ fix von einer Holzwerkstatt und einer Fahrradwerkstatt ausgegangen, aber bei der dritten war es ganz unklar – im Moment sieht es nach einer Textilwerkstatt aus. Die Werkstätten sind auch extern gedacht: Da können Leute mit ihrem Fahrrad kommen und es reparieren oder auch in Auftrag geben. Das Projekt ist allgemein symbiotisch mit der Nachbar_innenschaft gedacht. Deshalb war auch der erste Akt ein Flohmarkt für die Umgebung, bei dem die Menschen ihre Ängste und Vorurteile abbauen können sollten.

Wie lief die Finanzierung des Projekts?

Alexander Hagner: Herr Haselsteiner hat das Haus gekauft und dann hat der Verein für den Bau Kredite aufgenommen. Bei der Eröffnung hat Herr Haselsteiner dann noch mal öffentlich gegenüber der Vereinsobfrau Cecily Corti betont, dass er sie damit nicht hängen lassen wird. Auch der GU-Auftrag wurde normal für eine Baufirma ausgeschrieben und

an die Stadtbaumeister Böhm GmbH vergeben, die zu hundert Prozent eine Tochtergesellschaft der Strabag ist – zu normalen Baupreisen. Das einzige Sonderabkommen war, dass wir Dinge ohne Extrakosten wieder aus dem Auftrag streichen durften, falls wir sie während des Baus anders organisieren konnten. Tatsächlich haben wir auch vieles aus dem Vertrag rausgelöst und mit Firmen gemacht, die uns etwas geschenkt, günstiger oder schöner gemacht haben. Wir haben viel Material und Einrichtungsgegenstände geschenkt bekommen. Aber das ist für sich schon eine große Aufgabe, weil man sich um Sponsor_innen auch kümmern muss und zum Beispiel nicht auf Zeitdruck drängen kann.

Wenn wir thematisch ein bisschen rauszoomen: Was ist deiner Meinung nach die Hauptproblematik, wenn es um Obdachlosigkeit geht?

Alexander Hagner: Die Hauptproblematik ist, dass dieses Projekt hier nur ein Nebenprodukt ist, insofern wir seit Beginn unserer Vereinsaktivitäten, also seit 2002, eigentlich ein Vinzidorf nach Grazer Vorbild bauen wollen. Die Zahlen, die kursieren, ändern sich ständig, aber in etwa zwischen dreihundert und achthundert Menschen in Wien sind auch im Winter permanent auf der Straße. Und das liegt nicht daran, dass die Stadt Wien nicht viel anbieten würde, sondern daran, dass die Angebote eine bestimmte Richtung verfolgen. Das kann man zunächst mal auch niemandem vorwerfen, sondern es ist den Richtlinien des Fonds Soziales Wien geschuldet. Es bedeutet jedoch, dass der Diversität der Obdachlosigkeit nicht Rechnung getragen werden kann, sondern dass Obdachlose ein bestimmtes Modell akzeptieren müssen – oder sie haben Pech gehabt. Es fehlt ein Angebot für die Menschen, die selbst innerhalb der Obdachlosenkreise nicht mehr aufgehoben sind und alleine vor sich hin leben. Solchen Personen kann ich nicht eine dicht gedrängte Notschlafstelle oder ein Wohnheim anbieten. Da braucht es ein ganz niederschwelliges Angebot für jene, die in keiner Gemeinschaft mehr sind; jene, die sich irgendwo verkriechen und unter Umständen dort auch sterben. Und das ist der Punkt, an dem es für mich untragbar wird: Das darf sich eine Stadt wie Wien nicht leisten, dass irgendwo – unbemerkt von der Gesellschaft – Menschen umkommen, alleine und ohne irgendjemanden. Wir dürfen in unserer Gesellschaft nicht den Kontakt nach unten verlieren und die Leute dort nicht den Kontakt zu uns. Aber sie können nichts machen, nur wir.

Wir würden gerne in Wien – und da können wir vom Grazer Vinzidorf viel lernen – eine Art Dorfstruktur bauen, also in modularer Bauweise, wo einzelne Menschen sich verkriechen können und nur dann rauskommen, wenn sie es wollen. Wir wollen jemanden sein lassen, wie er ist, weil das immer einen Grund hat. Wir erforschen und dokumentieren

Quartiere, die sich Obdachlose selbst schaffen, seit Jahren und versuchen daraus zu lernen.

Das große Problem ist, dass so ein Dorf laut Bauordnung nicht möglich ist. Die Bauordnung ist gut für Standardwohnungen, aber nicht für Menschen, die sich in öffentliche Klos oder Gebüsch zurückziehen. Hinter der Bauordnung steht natürlich auch die Frage der Definition von Menschenwürde – ein Container etwa wird meist als menschenunwürdige Form des Wohnens gesehen. Ich sage: Ein Container, auch ohne Heizung, ist allemal menschenwürdig, wenn er dem, der darin wohnt, die Sicherheit gibt, dass ihn von hier niemand verjagen kann. Es ist immer eine Frage der Relation.

Wie siehst du die Rolle von Leerstand im Kontext deiner Arbeit zu Obdachlosigkeit?

Alexander Hagner: Ich bin der Meinung, dass Leerstand in einem gewissen Sinne heilsam ist. Er gibt Perspektiven. Ich empfinde zum Beispiel Berlin sehr heilsam, dort kann sich die Stadt nicht um jeden Randstein kümmern. Es macht frei, dass es dort Oberflächen und Bereiche gibt, die nicht hundertfach archiviert und dokumentiert sind und wo überall drei Sachbearbeiter_innen dran sitzen. Bei uns gibt es eine viel klarere Linie zwischen legal und illegal, das hat aber auch einen Verantwortungsverlust der Menschen selbst zur Folge. Leerstände und Zonen, die verlassen sind, machen frei und fordern zum Querdenken auf und zum Ausbrechen aus dem *nine to five* Ticker.

Also gerade Menschen, die obdachlos sind oder über kein Einkommen verfügen, sind auf Grauzonen angewiesen, weil sie selber in einer Grauzone sind. Eine Stadt mit Grauzonen kommt solchen Menschen entgegen. Man muss jedenfalls, wenn man auf strategische Überlegungen zum Leerstand Einfluss hat, auch an jene Menschen denken, die ihn als Rückzugsort brauchen.

Was ist aber zum Beispiel mit Leerstand im Wohnungsbereich, der nicht sichtbar wird oder aber versperrt ist und so nicht zur Grauzone werden kann?

Alexander Hagner: Da gehen jetzt einige Städte wie zum Beispiel München den Weg, dass Leerstand zwangsvermietet werden soll, wenn er einen gewissen Zeitraum über besteht. Denn Wohnungsleerstand ist natürlich eine wahnsinnige Verschwendung an Infrastruktur und so weiter.

Ich bin allerdings auch kein Freund des Kommunismus. Wenn also jemand eine Wohnung besitzt, dann hat der auch das Recht, sie leerstehen zu lassen. Problematisch ist nur, dass es keinen verantwortungsvollen

Umgang gibt. Es gibt auch Modelle in anderen Städten, die vorgeben, dass ein Raum für eine gewisse Zeit leerstehen darf und man dann verpflichtet ist, die Räume auf den Markt zu bringen.

Was müsste passieren, damit der Leerstand in Wien hilfreich sein könnte für Obdachlosigkeit?

Alexander Hagner: Das ist eine schwierige Frage: Was soll man tun, wenn man eine_n Obdachlose_n in einem verfallenen Haus sieht? Vielleicht nur darauf achten, dass er_sie nicht erfriert und ansonsten wegschauen? Wenn man zu viel Aufmerksamkeit erzeugt und der_die Eigentümer_in davon erfährt, dann muss diese_r die Verantwortung für etwaige Unfälle übernehmen und wird den_die Obdachlose_n vertreiben. Aber was soll man sonst machen? Absichtlich Löcher erzeugen, Lücken öffnen?

Ansonsten kann man sich nur dafür einsetzen, dass es Grauzonen gibt, weil ein Rechtssystem grundsätzlich umzuwälzen ist schwierig – etwa so, dass es den_die Grundeigentümer_in aus der Haftung entlassen würde. Es braucht hier einfach Grauzonen. Wir haben auf der Baustelle der Vinzirast auch in so einer Grauzone gearbeitet. Hier haben neun Bewohner_innen der Notschlafstelle mitgearbeitet, die wir nicht anstellen und nicht versichern konnten. Es hat zum Glück keinen Unfall gegeben, weil eigentlich weiß ich nicht, was dann passiert wäre. Aber während wir hier gearbeitet haben sind zwei Obdachlose aus meinem Team verstorben – zum Glück nicht auf und auch nicht wegen der Baustelle, aber weit unter der durchschnittlichen Lebenserwartung. Einer war unser „Polier“ und einer für den Strom zuständig. Sie haben hier in den letzten Monaten ihres Lebens erfahren, was es heißt wichtig zu sein und eine Aufgabe zu haben. Das System können wir nicht groß verändern, aber wir können Grauzonen öffnen.

LEERSTAND ...ALS WIENER GESCHICHTE

“ZUCKERBROT UND PEITSCHÉ.”

EIN GESPRÄCH MIT DIETER SCHRAGE

Das Interview führten Alice Hamdi und Willi Hejda, Mitglieder der IG Kultur Wien, im Mai 2011 im Rahmen des ersten Teils der Studie „Perspektive Leerstand“.

Dieter Schrage (1935-2011) war Aktivist, Kulturpolitiker und Kunstvermittler. Er studierte Theaterwissenschaften in Köln und lebte seit 1960 in Wien. Schrage war Kulturreferent der Zentralsparkasse Wien, Kurator am Museum Moderner Kunst in Salzburg und unterrichtete an der Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien zu ästhetischer Theorie, Populärkultur und Kulturpolitik. Unter dem Eindruck der außerparlamentarischen Opposition der späten 1960er Jahre bezog Schrage klare politische Positionen. So war er 1971 Mitbegründer des Freien Kinos und engagierte sich in der Arena-Bewegung. Seit 1987 war er (Vorstands-)Mitglied in der Grünen Alternative und gründete 1997 die Initiative Grüne Senior_innen. Schrage hat sich intensiv mit Anarchismus als politischer wie auch kultureller Bewegung auseinandergesetzt. 1989 erkrankte er schwer an Diabetes, 1992 wurden beide Unterschenkel amputiert. Im gleichen Jahr gründete er die Pierre-Ramus-Gesellschaft, die zu Themen wie Gewaltlosigkeit, anarchistische Organisationsformen und Umverteilung von Grundbesitz arbeitet. Schrage lebte bis zu seinem plötzlichen Tod gemeinsam mit Margit Schrage im kollektiv organisierten Wohnprojekt Sargfabrik.

Im Gespräch tauschen sich Hamdi, Hejda und Schrage zu den Themen Leerstand, Besetzung und Zugang zu Wohnraum und dem, was Wiener Kulturpolitik damit zu tun hat, aus.

Schrage berichtet von verschiedenen Hausprojekten, die er seit den 1970er Jahren in Wien und anderen Städten miterlebt und teilweise mitinitiiert hat. Die IG Kultur Wien sammelt seit 2008 Informationen zum Thema Leerstand und beleuchtet die Thematik von Raumvergabe und Raumpolitik im Kontext der Stadt Wien. Relativ rasch tauchte die Zahl von 80.000 leerstehenden Räumen (Wohnungen, Ladenlokale und Büros) auf, die unter anderem auf einer Pressekonferenz zum Auftakt von *platz.da!?* (einem Vorläuferprojekt von *Recht auf Stadt Wien*) als Referenzzahl genannt wurde. Diese ungefähre Zahl betrifft unterschiedliche Arten von Leerständen. Um auf verschiedenen Ebenen wie Stadtregierung, Bezirksrat und bei privaten Hausbesitzenden ein Bewusstsein für verantwortungsvolle Raumnutzung herstellen zu können, ist es wichtig, diese unterschiedlichen Arten von Leerstand und Möglichkeiten der Nutzung zu unterscheiden.

Dieter Schrage: Man kann zwischen Leerständen und leerstehenden Wohnungen, von denen es etwa 20.000 gibt, unterscheiden. Es sind weniger einzelne Menschen, die Wohnungen leerstehen lassen. Es sind Wohnungen, die aus Spekulationsgründen leerstehen. Auch muss man davon die leerstehenden Gassenlokale trennen. Hier in der Gegend haben wir als Grüne ein leeres Gassenlokal gesucht und dabei festgestellt, dass es hier zig Lokale gibt, die leerstehen. Auch in Gemeindegebäuden stehen Gassenlokale leer. Wir haben damals das Lokal von der Gemeinde bekommen.

Die Zahl 80.000 ist also überzogen, sogar im Sinn der Polemik. Wir sind damals in den 1980er Jahren von 60.000 leeren Wohnungen ausgegangen.

Seit wann wird Leerstandsnutzung in Wien als Thema aufgegriffen?

Dieter Schrage: Seit Beginn der 1980er Jahre ist Wohnungsarmut ein Thema. Es gab eine Vielzahl an Wohnungsbesetzungen von Menschen, die sich etwas anderes gar nicht leisten konnten. Es gibt ja heute so Gemeinschaftswohnprojekte. Ich wohne hier in einem Wohnprojekt, das in ganz Europa bekannt ist: die Sargfabrik.

Weil das Projekt aus einer Eigeninitiative entstanden ist und es keinen Bauträger gibt außer uns selbst, verwalten wir es auch selbst. Das sind mittelständische Wohnprojekte, weil es Eigenkapital brauchte, insgesamt mussten wir 200.000 Euro einbringen. Die Menschen, die heute besetzen, werden in der Regel von Armut getrieben, abgesehen von einem bestimmten Teil, der aus besseren Familien stammt. Etwa die Triesterstraße und Eichenstraße sind Projekte von in der Regel jungen Menschen, die erwerbslos sind und von Geldknappheit getrieben werden und heute ja Wohnen, Arbeit und Kultur in einem Projekt verbinden möchten.

Es ist ja auch bei Kulturprojekten so, dass die meisten Menschen es sich nicht leisten können, Ateliers oder andere Räume anzumieten. Für die Studie gibt es die Idee, dies durch Leerstandsnutzung zu ermöglichen. Seit wann, würden Sie sagen, gibt es diese Nachfrage für Wien?

Dieter Schrage: Das erste Mal wurde in Simmering ein Haus von jugendlichen Arbeiter_innen besetzt, um dort Räume der Zusammenkunft ohne Konsumzwang zu schaffen. Das war das Anliegen des ersten Simmering-Projekts. Diskos gab es damals noch nicht. Es wurden Räume zum Zusammensitzen und Tanzen ohne Konsumieren in einem Arbeiter_innenbezirk und von Arbeiter_innen geschaffen, weil das kommunale Jugendzentrum geschlossen wurde.

Das Bedürfnis nach kollektiven Wohnformen ist also auch sehr stark mit dem Wunsch nach selbstverwalteten Kulturräumen verbunden?

Dieter Schrage: Das war damals in Simmering noch nicht der Fall. So etwas wie die Eichenstraße – eine Einheit von Leben, Wohnen, Arbeiten und Kultur zu machen – ist erst später gekommen. In der Aegidigasse war das keine Besetzung, sondern die Menschen haben das Gebäude von der Stadt Wien bekommen. Das war was für Punks, Freaks, Feministinnen, Althippies. Bei zwei Häusern im sechsten Bezirk ging es ebenfalls darum, eine Einheit aus Leben und Wohnen, Arbeiten, Kunst und Kultur zu machen. Die Sargfabrik verfolgt das auch, aber auf dem Level der bildungsbürgerlichen Mittelständigen.

Was ist deiner Meinung nach von der Stadt erwünscht und gewollt, gibt es da unterschiedliche Behandlungen? Wird die Sargfabrik zum Beispiel gefördert?

Dieter Schrage: Ja, der Kulturbetrieb wird gefördert – hoch gefördert. Im vorvorletzten Gemeindevwahlkampf hat die FPÖ die Sargfabrik angegriffen und gesagt, dass sich diese Reihe von Mittelständischen mit den besten Beziehungen zur SPÖ die maximale Wohnbauförderung rausholt. Und ich habe gesagt, dass das wirklich gemein ist, dass es absolut stimmt. Die Leute in der Eichenstraße bekommen keine Wohnbauförderung. Wir haben zu unseren 1,2 Millionen Schilling sicherlich noch mal 300.000 Schilling Förderung bekommen, das ist der Unterschied. Die Gemeinde Wien betreibt eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Mal ist sie großzügig gewesen, hat was abgegeben und angeboten. Zum Beispiel war die Gassergasse ein Angebot der Gemeinde Wien unter Bürgermeister Zilk. Ich war dabei, ich bin hingegangen und habe ihm gesagt, dass das wegen der Räume völlig ungeeignet ist; dass da die Gasse ist und es von Anfang an Probleme wegen der Lärmbelästigung und wegen der andersartigen Leute geben wird, und so war es auch. Aber bei der Eröffnung hat die Polizeimusikkapelle gespielt. Drei Jahre später hat die Polizei das Haus mit Schlagstöcken geräumt.

Du hast ja einen langen Blick auf die kulturelle Nutzung von Leerstand. Für uns stellt sich die Frage, wie sich das entwickelt hat. Vielleicht gab es weniger Bedürfnis, weil nicht genug Raum zur Verfügung stand, vermutlich auch, weil sich die autonome Kulturszene, die nicht parteiabhängig war, erst entwickelt hat. Wie hat sich das seit dem Ende der 1980er Jahre geändert?

Dieter Schrage: Ich habe damals als Künstler ein Atelier sehr günstig bekommen, weil ich kein Geld hatte. So etwas gibt es heute nicht mehr. Kulturinitiativen bekommen schon zum Teil Räume für Projekte, wie zum

Beispiel Hausprojekte. Aber sie werden nicht adäquat von der Gemeinde Wien bedient. Es gibt eine feindliche Haltung, was etwa die Wagenplätze betrifft, das ist ja eine feindliche Politik. Heutzutage ist die Gemeinde Wien nicht auf der großzügigen Seite.

War die Gemeinde in den 1980ern anders eingestellt?

Dieter Schrage: Ja, das war auch durch die Person der damaligen Stadträtin bedingt, die hatte einfach mehr Sinn für solche Dinge. Heute ist man nicht gerade entgegenkommend.

Liegt das an der Person Häupl?

Dieter Schrage: Nicht unbedingt. Die Kulturpolitik geht allgemein viel mehr in der Mainstreampolitik auf. Es gibt nicht mehr diese Basisförderung.

Und was ist deiner Ansicht nach der Mehrwert einer Basisförderung?

Dieter Schrage: Das kommt auf die Grundhaltung an. Ich rede jetzt mal von einem hypothetischen Fall: Ich war aktiv bei den Grünen, ich war lange Jahre Kandidat für den Kulturstadtrat. Wäre ich Kulturstadtrat, würde ich viel mehr auf eine Basiskultur zählen. Ich habe da einen pluralistischen Kulturbegriff. Museen, Galerien, Impulstanz müssen eine avantgardistische Kultur sein. Ich finde auch, dass ein paar Großevents sein müssen. Aber ich würde größten Wert auf eine Alternativkultur, eine Basiskultur legen. Das geschieht heute nicht, das muss erkämpft werden.

Was kann sich aus der Basiskultur heraus entwickeln?

Dieter Schrage: Schau mal, ich war lange im Museum und mir war klar, dass ich mit all den Ausstellungen mein leichtes habe – ich war ja auch für Kunstvermittlung zuständig. Es wird eine Elite von Bildungsbürger_innen bedient. Es gibt aber Menschen, die andere Kulturbedürfnisse haben. Der große zentrale Begriff ist dabei der der Selbstverwaltung. Das ist ein wichtiger Wert, und an der Stelle würde ich auch ein Basisbedürfnis entdecken – so wie ich es in der Senior_innenpolitik sehe, da war früher der Leitbegriff „Altern in Würde“. Von diesem Leitbegriff sind wir aber abgekommen. Eigentlich ist Selbstbestimmung, sowohl fürs Alter als auch fürs junge Leben und die Kulturszene, ein elementares Bedürfnis, das wenig gefördert wird. Das zu fördern wäre mir ein zentrales Anliegen. Deshalb war ich in den letzten zwei Jahren nicht mehr aktiv. Vor zwei Jahren war ich noch bei einigen Hausbesetzungen – mit den Freiraumleuten war ich noch besetzen.

Und ich werde mich auch wieder bei *platz.da!*? mehr einbringen, weil meine politische Position mich dazu bringt. In meinem pluralistischen Kulturbegriff ist das ein elementares Bedürfnis, das nicht erfüllt wird.

Du kennst ja einige Projekte, die über die Jahre gescheitert sind, wie zum Beispiel die Eiskeller. Was kennst du da noch so? Woran siehst du solche Projekte scheitern?

Dieter Schrage: Wir haben ein Archiv der gescheiterten Projekte angelegt. Da muss ich noch mal schauen. Wir haben ein Projekt gehabt, das eine gewisse Nachfolge gefunden hat: Wir haben in Transdanubien, wo weit und breit nichts war, ein Kulturzentrum eröffnet. Das ist ja polemisch: Zuerst wird gebaut, dann wohnen da ein paar tausend Leute, dann kommt eine Straßenbahnverbindung hin und zehn Jahre später erst ein Jugendzentrum. Und da haben wir ein Archiv der gescheiterten Projekte gehabt.

Das Movimento (ein selbstverwaltetes alternatives Kulturzentrum) wurde Anfang 2007 geräumt. Danach wurde, mit umfangreichem Konzept, mit der Stadt Wien über die Mauthner Markhof Keller verhandelt. Was fällt dir dazu ein?

Dieter Schrage: Da gab es eine ganze Reihe neben denen, die weggeräumt wurden, da fallen mir einige ein, die nie verwirklicht wurden. Oft haben die Leute nicht genug Power gehabt, um sich durchzusetzen.

Aus einer freien und autonomen Kulturszene kommend braucht es sehr viel Energie und Durchsetzungskraft?

Dieter Schrage: Eine alte und strategische Redensart von mir: Ohne Konflikte geht nichts weiter. Außer der Hausprojektgruppe gibt es eine Reihe von Projekten, die verhandelt haben, wie zum Beispiel das WUK. Die Leute sind mit einem Schlüssel, den ihnen der Zilk gegeben hat, hineingegangen, aber weil Besetzungen schick waren, hat man das so genannt.

Beim Budget für Kulturmittel werden für freie und autonome Kulturarbeit nur zwei Prozent des Kulturbudgets verwendet – da ist es ja absurd zu überlegen, in diesem Bereich sogar noch zu sparen...

Dieter Schrage: Ein Faktor, den auch die Etablierten heute spüren, ist die Knappheit der Geldmittel, auch für die Dinge, die einen hohen Symbolwert haben. Wir müssen sehen, dass es eine Verknappung der Mittel gibt. Das hat dann weniger Symbolwert. Die Kammeroper zum Beispiel, die auch wichtig ist, wird gewaltig zurückgefahren. Also deuten die Rahmenbedingungen auf eine Verknappung hin.

Inwiefern siehst du Möglichkeiten und Vorteile durch Zwischennutzung von Leerstand für die freie und autonome Kulturszene?

Dieter Schrage: Für Projekte, in denen es um selbstbestimmtes Leben geht und um die Einheit von Wohnen, Leben und Kultur, sehe ich keine Vorteile.

Vorteile ergeben sich eher in Einzelfällen, es gibt zum Beispiel in Ottakring ein Galerieprojekt, die Galerie Fein, das liegt zwischen Kulturraum und Galerie. Die haben ein Atelier – Werkstätten, in denen gemalt wird – zwischengenutzt. Aber für die autonomen Projekte ist das eher schwer.

Wir haben das hier in der Sargfabrik auch eher als Problem. Meine Frau und ich sind überdurchschnittlich alt, die meisten sind zwischen vierzig und 55 Jahre alt und wir vermieten Wohnungen für zwei bis drei Jahre an junge Leute, wenn ihre Eltern in der Nähe wohnen oder wenn jemand ein Pflegefall wird. Die Sargfabrik ist sehr begehrt. Wir haben jetzt einen Fall, der muss nach einer Zwischennutzung ausziehen und das ist blöd für ihn.

Siehst du die Möglichkeit, dass aus Zwischennutzungen widerständiges Potential entsteht?

Dieter Schrage: So gut geht das nicht, die klopfen das schon ab. Ich will Maria Vassilakou darauf aufmerksam machen, dass sie die Zwischennutzung flexibler und offener machen soll. Die Frau Kleedorfer ist ja auch ganz vernünftig.

Ein Jahr nach der Gassergasse ist ja ein weiteres Projekt entstanden. Aus der GAGA ist das Kinderhaus entstanden. Kann man sagen, dass da versucht wurde, nach dem Prinzip Teilen und Herrschen vorzugehen? Wie kann man den Umgang der Stadt mit solchen Projekten sehen?

Dieter Schrage: Ich würde zuerst mal auf die Bedürfnisse der Träger_innen schauen. Das waren andere Leute, die mitbekommen haben, dass das WUK leersteht. Das war sehr stark von Leuten aus der KPÖ getragen. Die Leinfellner Christine (WUK) ist einen anderen Weg gegangen, die haben verhandelt und sind auch im Mai am Parteitag mit Flugzetteln und Transparenten in Erscheinung getreten. Ja, die Gemeinde der damaligen Zeit war einfach viel aufgeschlossener und legte eben mehr Wert auf solch eine Szene. Das war ja auch zu sehen, als es so um 1980 Krawalle in Zürich gab. Da ist eine Delegation von Wiener Leuten hingefahren und hat beschlossen: Nein, bei uns darf es so etwas nicht geben; entgegenkommen und weich abfangen. Da wurde eine andere Politik verfolgt.

Auf der anderen Seite wird ja Kulturpolitik immer wichtiger und die Stadt Wien versucht schon, Creative Industries als Teil des dritten Sektors aufzuwerten, etwa so wie bei SOHO in Ottakring. Gesteuerte Zwischennutzungsprojekte werden von der Stadt immer stärker gewünscht. Warum werden die einen gewünscht und die anderen nicht?

Dieter Schrage: Das liegt an den Organisator_innen. Ich bin ja zum Beispiel von der Haltung ein sehr freundlicher, entgegenkommender Mensch. Ich war lange Opernballgegner. Aber „der Schrage“ galt immer als freundlicher, besonnener Mensch. Das heißt, dass es an den Initiator_innen und auch an den Bedürfnissen liegt.

Ich hätte die These, dass die Stadt Wien in Creative Industries etwas sieht, aus dem ein ökonomischer Mehrwert entstehen könnte – wobei bei den Hausprojekten ja dezidiert antikapitalistische Werte vertreten werden und in dem Fall kein Mehrwert generiert wird.

Wenn Wien den Anspruch hat, eine Kunstmetropole zu sein, in der Events wie der Opernball und Kunst und Kultur durchaus etwas Avantgardistisches haben, so wie die Wiener Festwochen, dann ist mit Hausprojekten kein Staat zu machen. Ich habe an einer Attraktivitätsstudie mitgearbeitet. Eine Vergleichsstudie zwischen Wien, Prag, Mailand und Zürich zu internationalen Betrieben, Manager_innen, etc., die sich hier ansiedeln. Für die spielt das eine Rolle, ob es da eine lebendige moderne Kulturszene für deren Ehegattin oder andere Erwachsene gibt. Dafür spielt halt die Alternativszene, zum Beispiel *platz.da!?*, keine Rolle oder ist überhaupt nur störend. Das ist bei Creative Industries ganz anders.

Bei Alternativprojekten oder Leerstand wird schnell mal von Berlin oder Zürich gesprochen. Wie stark hat sich das ausgewirkt, dass es in Wien keine so starke Hausbesetzer_innenszene oder keine militante Szene gab? Ist das abgedefert worden von der Stadt oder fehlt da auch die Geschichte?

Dieter Schrage: So etwas wie die Chaostage oder den Schwarzen Block hat es in Wien nie gegeben. Ich kannte vor zwanzig Jahren ganz wenige, die sich ein bisschen so stilisiert haben wie der Schwarze Block. Das liegt den jungen Wiener_innen vielleicht nicht. Es hat ja auch nie so etwas wie die RAF gegeben, nicht mal einen Ableger. Hier gegenüber ist der so genannte Gewerbehof, da sollten durchaus Creative Industries angezogen werden, aber das sind halt Werbeagenturen, Galerien, Medien, Okto und so. Aber die autonome Szene, so wie wir sie meinen, ist ja systemkritisch und letztlich wird tatsächliche Selbstbestimmung nicht gewünscht.

Das Rote Wien hat viel gemacht und „Kultur für alle“ war so eine sozialdemokratische Versorgung beziehungsweise Beglückung. Bei der Arena zum Beispiel haben sie gesagt: Wir tun doch so viel für euch, wir

machen Feste, wir gehen in die Kirche, wir machen Jugendzentren.
Warum seid ihr eigentlich so undankbar?
Das ist behütend und lässt den Leuten keinen Raum, dieses Verwal-
de, dieses Beglückende. Da ist auch selbstbestimmt leben zu wollen eine
Störung.

PERSPEKTIVE LEERSTAND WIEN. RAUM HER (ZUM ARBEITEN UND LEBEN)

Willi Hejda

Bei Podiumsdiskussionen, Gesprächswerkstätten und im medialen Diskurs über leerstehende Räume und Liegenschaften fallen immer wieder dieselben Begriffe: Standortmarketing, kreative Nutzung, Beteiligung/Partizipation, sozioökonomischer Mehrwert, Gentrifizierung, steigende Mieten, Aufwertung, Spekulation und Investitionen. Was genau Personengruppen unter diesen Begriffen verstehen und wie sie gedeutet werden, unterscheidet sich maßgeblich.

Besonders bei Begriffen wie (Bürger_innen-)Beteiligung und Partizipation scheiden sich die Geister. In der konkreten Wissenschaftsarbeit, aktivistischen Perspektiven und realpolitischen Positionen zum Themengebiet zeichnen sich oft konträre, durch die unterschiedlichen Interessen der Akteur_innen geprägte, Standpunkte ab. Im folgenden Text wird dabei vor allem auf das Spannungsfeld zwischen Kulturarbeit und deren Interessenvertretung und der Stadt Wien als politische und verwaltende Institution eingegangen (→ „Die Stadt“ – Vergewisserung des Handlungsterrains).

Aus Leerstand kann vieles werden. Leerstand bietet somit eine Projektionsfläche für unerfüllte Bedürfnisse, Möglichkeiten und Ideen. Aber an erster Stelle steht eines der wichtigsten Grundbedürfnisse: einen örtlichen Fixpunkt zum Leben zu haben, der in unserer Gesellschaft ebenso mit Nahrungsaufnahme, Schlaf, selbstbestimmter Sexualität und Möglichkeiten individueller Entfaltung verbunden ist.

Neben der Option, einen grundsätzlichen Raumbedarf zu decken¹, bietet das Öffnen von Räumen vielfältige Begegnungsflächen, die in weiterer Folge ebenso wichtig für gesellschaftliches Miteinander und sozialen Austausch

¹ Siehe <http://www.sueddeutsche.de/panorama/wohnungsmarkt-elf-millionen-wohnungen-fuer-vier-millionen-obdachlose-1.1896791>

„Die Stadt“ – Vergewisserung des Handlungsterrains // In stadtpolitischen Diskussionen ist meist von „der Stadt“ die Rede. An ihrer Politik wird Kritik geübt und Forderungen werden an sie adressiert. Sie scheint als ein monolithischer Block, als ein Subjekt, das eine kohärente und absichtsvolle Politik betreibt. Dies vereinfacht die Weise, über Stadt zu sprechen, und bietet klare Bilder, mit denen mobilisiert werden kann: etwa gegen „die unternehmerische Stadt“. Die Realität sieht jedoch meist komplexer aus: Einzelne Teile von dem, was wir unter Stadt verstehen – hier vor allem die politische Ebene und die Verwaltungsebene – widersprechen sich und führen differente Absichten und Politiken aus. Mit einem Verständnis der Stadt als lokalem Staat lassen sich Einsichten der materialistischen Staatstheorie weiterentwickeln und fruchtbar machen, und lässt sich so diese Gleichzeitigkeit von institutioneller Einheit und widersprüchlichen Teilen des „institutionellen Ensembles Stadt“ adäquater fassen und verstehen:

sind. Oft sind es gerade diese nicht-kommerziellen Nutzungskonzepte, denen in vielen Städten, unter anderem in Wien, kein Platz gegeben wird. Doch diese Räume tragen als Kommunikationsschneisen und erweiterte Handlungsräume in einer (neoliberalen) Stadt dazu bei, das Miteinander lebenswerter zu machen. Ein (kritischer) Austausch über die jeweiligen Lebensbedingungen wird durch diese Orte teilweise überhaupt erst ermöglicht. Räume und Flächen werden andererseits auch als Ware aufgefasst, die – als Wertanlage konzipiert – möglichst viel Rendite abwerfen soll. Dies stellt vor allem für diejenigen ein Problem dar, die nicht über entsprechende finanzielle Mittel verfügen, um Raum zu kaufen oder zu mieten. Der Umgang mit Raum als Ware ist das Kernproblem und somit zentrales Spannungsfeld, wenn wir, als Herausgeber_innen, uns mit Leerstand und Raumnutzung auseinandersetzen (→ [Kommodifikation](#), S. 185). Durch die Warenförmigkeit von Raum (privatisiertem, wie auch – scheinbar – „öffentlichem“ Raum) werden all jene, die nicht über das Privileg verfügen Kapital zu besitzen, von Mitsprache, Gestaltung und Nutzung ausgeschlossen.

Weitere Ausschlüsse aufgrund fehlender Privilegien lassen sich aufzählen: Wer kein geregeltes Einkommen hat, mit Akzent spricht, nicht einen der Norm entsprechenden Namen oder ihr entsprechendes Beziehungsverhältnis hat; wer ohne Vormeldeadresse und mit nicht-weißer Hautfarbe oder als alleinerziehende Frau* mit Kind „daherkommt“ – hat es schwer, am Immobilienmarkt Raum zu erhalten oder wird exkludiert.

Das „Abtasten“, ob Wohnungsinteressenten als Mieter_innen oder Käufer_innen in Frage kommen, passiert bei scheinbar lockeren Gesprächen. Dabei wird nach den Plänen und Absichten in Bezug auf die Nutzung gefragt. Entsprechen die Aussagen nicht einem normierten Verständnis von Wohnen (was eine Trennung verschiedener Lebensbereiche mit einschließt und auf eine beständig gleich bleibende Nutzung durch eine möglichst gleiche Anzahl von Menschen mit möglichst gleichbleibenden Beziehungen zueinander abzielt), sinken die Chancen, für die Nutzung des jeweiligen Raumes ausgewählt zu werden.

In der Stadt lagern sich vergangene Strategien, Ideologien und Kämpfe in spezifischer, also auch in den verschiedenen Teilen des Apparates unterschiedlicher und damit häufig rivalisierender Weise ab. Der lokale Staat ist somit als eine Verdichtung bzw. ein Kristallisationspunkt von Kräfteverhältnissen zu entschlüsseln, der in „relativer Autonomie“ zur regionalen, nationalen und supranationalen Ebene steht. Aufgrund dieses Charakters entsteht die städtische Politik aus dem Aufeinandertreffen von verschiedenen Strategien und Mikro-Politiken (auf verschiedenen Ebenen), und nicht aufgrund der Entscheidung oder Wahl eines Subjekts. Diese angelegte Widersprüchlichkeit der Politik wird durch die Funktion des lokalen Staates verstärkt, sowohl Kapital anzuziehen, als auch die Bedürfnisse der Bewohner_innen befriedigen zu müssen, um Legitimität zu erzielen. Dennoch bildet sich durch eine geteilte ideologische Basis und Interpretation der „Sachzwänge“ – oder anders ausgedrückt: durch ein erfolgreiches hegemoniales Projekt – auch eine gewisse Einheit und Grundrichtung der Politik. Diese verbindet

Keine Privilegien zu haben und aufgrund dessen von bereits etablierten Formen des Wohnens und Arbeitens tendenziell ausgeschlossen zu sein, kann auch bedeuten, andere Modelle des (Zusammen-)Lebens zu suchen. Mit diesem Versuch stößt mensch erst recht wieder an Grenzen, die von denjenigen in Theorie und Praxis aufgezogen werden, die mit den normierten Vorstellungen von Raumnutzung gut auskommen.

Es ist daher essentiell, über verschiedene Bedürfnisse Bescheid zu wissen, um diejenigen Positionen bei Entscheidungsfindungen miteinbeziehen zu können, welche nicht bereits sowieso Entscheidungsträger_innen sind.

Für die Anerkennung, dass alternative Formen des Lebens und Arbeitens nötig und relevant sind, und um das Erproben solcher Formen unterstützen zu können, braucht es Wissen und Bereitschaft zur Auseinandersetzung.

Wiener Perspektive:

Die IG Kultur Wien (IGKW) setzt sich seit Beginn ihrer Tätigkeit 1990 mit den grundsätzlichen Bedingungen freier und autonomer Kulturarbeit auseinander. Viele Personen, die in Wien unabhängig von Partei und Stadt im Bereich der Kulturarbeit wirken, zählen nicht zu denen, die über großes (finanzielles) Kapital und/oder Privilegien verfügen. Neben der oftmals fehlenden oder unsicheren breiteren Finanzierung der Tätigkeit, sowie der fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung, stellt das Bedürfnis nach der Verfügbarkeit von Räumen ein großes Thema für aktive Kulturarbeiter_innen dar.

Darüber hinaus ist das Eröffnen und Gewinnen neuer Räume, die für die Durchführung vieler Konzepte und Ideen nötig sind, meist mit mühsamen Auseinandersetzungen verbunden. Beginnend mit den Jugendlichen, die Anfang der 1970er Jahre in Simmering die erste Hausbesetzung nach dem Zweiten Weltkrieg durchführten, schreibt sich eine vielfältige Chronologie von Besetzungen, Zwischennutzungen und Aneignungen in Wien². Zu dieser

² Lesetipp: Banik-Schweitzer, Renate (1983): Wien Wirklich - Ein Stadtführer durch den Alltag und seine Geschichte. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 2. Aufl.; mit je nach Auflage unterschiedlichen Texten.

die einzelnen Teile des Apparates und deren Interessen. Das hegemoniale Projekt stellt grundsätzliche Weichen, die die Offenheit oder Geschlossenheit des städtischen Apparates für Positionen und Strategien bestimmen und damit den strukturellen Handlungsrahmen für urbane Bewegungen bilden. Für städtische Kämpfe müssen damit sowohl die grundlegenden Strategien und strukturellen Bedingungen der städtischen Politik wahrgenommen werden, als auch die konkrete Verfasstheit der einzelnen Teile des städtischen Apparates, um Klarheit in die Komplexität zu bringen und mögliche Einstiegspunkte für Interventionen zu bestimmen. Eine Vergewisserung des Handlungsterrains ist damit unabdingbar, um Strategien zu wählen, die perspektivisch emanzipative Alternativen stärken und schaffen können.

gehören unter anderem das Amerlinghaus, die Arena, das WUK, die Rosa Lila Villa, das Kinderhaus Hofmühlgasse und das Fluc. Viele der Räume, die heute zum fixen „Inventar“ der Stadt Wien gehören, wurden zu Beginn als „temporär“ verstanden. Gerade bei den älteren Initiativen dauerte es oft Jahrzehnte, bis für die temporären Verträge dauerhafte Verträge vergeben wurden.

Neben den „großen“ Locations kommt es – selten aber doch – zu temporären Bespielungen von Orten. Ein kurzes Beispiel dafür liefert das Projekt MIK22, das den leerstehenden Genochmarkt im 22. Wiener Gemeindebezirk vor der Verwertung mittels Neubau (durch eine der Stadt Wien nahe Holding) als Nachbar_innenschaftstreffpunkt wiederbeleben konnte. Das dann aber frühzeitig abgebrochene Projekt wurde seitens der Stadt Wien als „Best Practice“ präsentiert.

Ebenso fix in Wien verankert sind das Ernst-Kirchweger-Haus (EKH), Besetzungsbewegungen wie Freiraum, die Pankahyttt und Pizzeria Anarchia (zu geschichtlichen Aspekten siehe auch das Interview mit Dieter Schrage im vorliegenden Buch). In den letzten Jahren hat das Thema Raum und Raumnahmen in Wien neuen Schwung erhalten und wird auch vermehrt öffentlich diskutiert. Seit dem Jahr 2000 gab es doppelt so viele Besetzungen wie im gesamten davor liegenden Zeitraum von 1970 bis 2000 (siehe Besetzungsarchiv.org). Bestehende Projekte, die in diesem Zeitraum entstanden waren, haben an Offenheit und Durchlässigkeit verloren, wurden kommerzialisiert oder sind einfach in ihrer räumlichen Kapazität ausgelastet. Auch die Wiener Stadtpolitik hat sich seither geändert. Von einer einst als liberal und relativ offen beschriebenen Kulturpolitik – als Hochphase wird wiederholt die Amtszeit von Peter Marboe (ÖVP) von 1996 bis 2001 genannt – ist seit Beginn der 2000er Jahre wenig geblieben.

Anfang der 1980er wurde, sicherlich unter dem Eindruck der brennenden Straßen in Berlin und Zürich, noch relativ großzügig (städtischer) Raum vergeben, wohingegen heute einzig mit Polizeieinsätzen auf aktive Raumnahmen reagiert wird. Zusätzlich erlebt Kulturpolitik weltweit eine immer stärkere Ausrichtung auf so genannte Leuchtturm-Projekte, das heißt auf Prestigeprojekte, gezieltes Standort- und Stadtmarketing und kreative Verwertbarkeit. In Wien gleich geblieben ist die Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“ – das beliebte Spiel der Stadtregierung, in dem zuerst

Zum Weiterlesen:

Für eine Untersuchung Wiens mit dieser theoretischen Fundierung siehe zum Beispiel: Hamedinger, Alexander (1999): „Stadtentwicklungspolitik. Das Unternehmen Wien?“. In: Kurswechsel. 2 (1999), S. 92-102.

Für grundlegende Perspektiven materialistischer Staatstheorie siehe:

Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie, Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA Verlag.

Jessop, Bob (2008): *State Power, A Strategic-Relational Approach*. Cambridge.

Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie, Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA Verlag.

angefüttert, dann abgewiesen wird. Viele Gruppen, die versucht haben Raum zu erwirken, sind am langen Atem der Stadt gescheitert und sind somit trotz ausgestrecktem Arm der Stadt langsam verhungert. Ein gutes Fallbeispiel hierfür liefern die „Eiskella“.³

So konnten zwar oft und relativ schnell Gespräche initiiert werden, welche aber ebenso schnell wieder versiegten. Für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit der Stadt und den damit verbundenen Institutionen benötigt es genügend öffentlichen Druck, häufiges Kontaktieren der Verantwortlichen bzw. kontinuierliches Auf-die-Nerven-Gehen, sowie ein stabiles Umfeld an Unterstützer_innen. Sonst gibt es in der Auseinandersetzung mit der Stadt Wien, zumindest ohne richtiges Partei-buch, seit 2000 keine bekannten Erfolge. Einzig der Pankahytn gelang es in den letzten zehn Jahren ein Haus über strategische Besetzungen zu erwirken. Diese wurden vor allem als mediales Druckmittel verwendet, um auf die Wohnungslosigkeit eines Teils der Gruppe hinzuweisen und durch die Aktionen Interesse zu generieren. Die besetzten Gebäude wurden bei drohender Räumung wieder freigegeben, gewaltsame Räumungen durch die Polizei vermieden.

Wiener Gossip: erfolgversprechend genutzt // Ateliers, Ausstellungsräume und Wohnungen der Stiftung Lenikus, Bauernmarkt, 1010 Wien: Verwertung von kreativer und kultureller Arbeit, Generierung begehrten Images von und durch Künstler_innen, zugleich Spekulation auf die Effekte ihrer Tätigkeiten und die Präsenz der Menschen, die diese Arbeit leisten. Bilder, Objekte, Handlungen herstellen – sie sind laut, sie haben Besuch, sie trinken Bier. Sie werden die Altmiete_innen vertreiben. Ums Eck ist eine Polizeistation, da ist die Polizei auch schnell zur Stelle.

Der andere Weg zu Räumlichkeiten führt oft über Eigenfinanzierung, Prekarisierung und unbezahlte (Kultur-)Arbeit – von der Programmierstellung über das Verlegen von Elektroleitungen bis hin zur Betreuung von Kindern aktiver Personen. Hier gibt es eine Reihe von Problemen, die zu einem Scheitern führen können. Schwierigkeiten mit Behörden und Exekutive – oftmals hervorgerufen durch „Lärm“ und meist von einer_m einzelnen Anrainer_in als Störung beanstandet – führen zu einer Einforderung von nicht leistbaren Adaptierungen (zum Beispiel Lärmschutz) oder zu fortlaufenden Überprüfungen der Buchhaltung und der Lärmauflagen der Initiativen. Oft wird Vereinen dabei die Umgehung des Gewerberechtes vorgeworfen, beispielsweise ein unerlaubter Ausschank unterstellt. Fortlaufende „Besuche“ der Polizei, so etwa bei annähernd jeder Veranstaltung, stören den Betrieb. Es wurde der IG Kultur Wien von Fällen berichtet, in denen „der_die gestörte Anrainer_in“ nicht mehr anlassbezogen die Polizei verständigte, sondern nach Programm der Initiative vorging – was auffiel, als kurzfristig Veranstaltungen abgesagt wurden.

³ Siehe <http://www.igkulturwien.net/innovationspreis/archiv/innovationspreis-10/einreichungen/projekte-in-der-stadt-wien/18-herberge-der-lebenskunst/>

Eine negative Einstellung der Hausverwaltung gegenüber Inhalten und Tätigkeiten der Initiativen, ebenfalls im Zusammenhang mit Meldungen von einzelnen Anrainer_innen, kann zur Infragestellung der Mietverhältnisse führen. Im Falle von befristeten Verträgen werden diese nicht verlängert. Bei unbefristeten Verträgen kann es zu Klagen mit anschließendem Vertragsverlust, sowie allemal mühsamen und kostenintensiven Amtsgängen und Gerichtsverhandlungen kommen. Dabei werden Initiativen immer wieder sämtliche Probleme in einer Hausanlage, sowie auch in der näheren Umgebung, angelastet. Von leeren Flaschen am Gehweg, über Müll im Hof, bis hin zum Urinieren im Stiegenhaus reichen die Beispiele für unberechtigte

Es wird ein Witz daraus gemacht, ein Spiel: Bei welcher Vernissage war die Polizei am frühesten da? Die Böden im Haus werden nicht erneuert: Auf dem klebrigen Belag fallen Flecken von Farbe und Terpentin nicht mehr auf, dann braucht in den Ateliers nicht so viel Rücksicht genommen werden. In den Wohnungen biegen sich die Plastikbeläge auf, beim Gehen ohne Schuhe kann man sich daran aufscheuern. Ein Imagefilm wird gedreht: hereinfahren durch den schmalen Gang auf dem Fahrrad, Händeschütteln mit den Künstler_innen beim Aufbau, alle sind dankbar für ihre Gelegenheiten.

Vorwürfe aus dem Erfahrungsschatz von Initiativen, die sich aufgrund derartiger Unterstellungen an die IG Kultur Wien gewendet.

Oftmalig sind freie Kulturinitiativen zudem von meist jährlich vergebenen Fördergeldern abhängig. Diese Förderungen werden in der Regel nicht für die Grundkosten an sich, sondern für das Jahresprogramm oder einzelne Projekte vergeben. Der Erfolg dieser Ansuchen entscheidet aber über die finanzielle Tragbarkeit des zu erhaltenden Raumes, da anteilige Kosten über die Projektdauer mit abgerechnet werden. Das fehlende Interesse der jeweiligen Bearbeiter_innen und Entscheidungsträger_innen oder der Aspekt, dass nicht genug „Neues“ in den Einreichungen herbeigeschrieben werden konnte, entscheidet somit oftmals über den Bestand von dauerhaft gedachten Räumen. Von Jahr zu Jahr handeln zu müssen, erzeugt bei den Initiativen viel Aufwand und unsichere Planungsmöglichkeiten. Dies macht einmal mehr das Fehlen von mehrjährigen Förderverträgen sichtbar, die eine grundsätzliche Tätigkeit sichern könnten.

Die Nicht-Leistbarkeit von Räumen kann zu massivem finanziellem Nachteil der Verantwortlichen oder zur Verschuldung der gemeinsamen Struktur führen. Eine Erhebung im Rahmen der Ländervertretung⁴ der unterschiedlichen Interessengemeinschaften für Kultur in den Bundesländern hat ergeben, dass dies einen nicht unwesentlichen Anteil von Vereinen betrifft. In manchen Regionen Österreichs sind 35,62 Prozent der unabhängigen Kulturvereine verschuldet (in Wien sind es rund 25 Prozent)⁵.

Die Nicht-Leistbarkeit von Räumen kann zu massivem finanziellem Nachteil der Verantwortlichen oder zur Verschuldung der gemeinsamen Struktur führen. Eine Erhebung im Rahmen der Ländervertretung⁴ der unterschiedlichen Interessengemeinschaften für Kultur in den Bundesländern hat ergeben, dass dies einen nicht unwesentlichen Anteil von Vereinen betrifft. In manchen Regionen Österreichs sind 35,62 Prozent der unabhängigen Kulturvereine verschuldet (in Wien sind es rund 25 Prozent)⁵.

4 Siehe <http://igkultur.at/organisation/laendervertretung>

5 Siehe <http://igkultur.at/medien/publikationen/pilotprojekt-basisdatenerhebung-2012>

Im Falle des Scheiterns einer Initiative – zum Beispiel durch Stress mit Magistraten, Verlust der Räume oder ausbleibende Förderungen – bleibt den Aktiven oft nur der Schritt in den Privatkonkurs.

Häufiger wurden Initiativen Spekulationsobjekte (zur temporären Nutzungen) angeboten. Dahinter kann das Interesse stecken, Altmietter_innen zu vertreiben. So ist es in den Gebäuden der Lenikus-Stiftung am Bauernmarkt geschehen, die von „Friday Exit“ zwischengenutzt wurden – einem Kurator_innenkollektiv, das aufgrund der Organisation von studentischem Ausstellungsraum von der Akademie der Bildenden Künste unterstützt wird. Ein weiteres Beispiel ist die Immobilienfirma Castella GmbH als Eigentümer_in eines Hauses in der Mühlfeldgasse, aus dem die Pizzeria Anarchia⁶ inzwischen mit einem unglaublichen Großaufgebot der Polizei geräumt wurde. Andere Initiativen finden sich plötzlich in der Lage wieder, dass neue Eigentümer_innen das Gebäude, in dem sie eingemietet sind, gekauft haben, um die Immobilie zu verwerten. Beispiel hierfür ist die Vestwerk Real Estate GmbH mit dem vom Kunstprojekt Mo.ë genutzten Gebäude in der Thelemangasse 4. Die weitere Vorgehensweise ist meist, die Bestandsmieter_innen mit verschiedenen Methoden (finanzielle Ablöse, Drohungen, gezieltes Verursachen von Schäden, etc.) loszuwerden, um dann „freie Bahn“ für Um- oder Neubau zu haben.

In Immobilien, die sowieso verwertet oder nach-genutzt werden sollen, finden immer wieder künstlerische Zwischennutzungsprojekte statt – beispielsweise kann eine ehemalige Fabrik vor dem Abriss noch einmal kreativ bespielt werden. Diese Nutzungen können durch gute Kontakte zu den Immobilienträger_innen zustande kommen und bedeuten auf Seiten der Entscheidungsträger_innen nicht zwangsläufig ein spezielles Interesse an Aufwertung durch die zwischenzeitliche Bespielung.

Vermehrt ist aber zu sehen, dass auch bei diesen Nutzungen auf einen „Mehrwert“ für die Vergebenden geachtet wird. Immer mehr geht es um eine bewusste Generierung von kulturellem wie auch finanziellem Mehrwert für den Standort. Der so generierte Eindruck eines „hippen“ Ortes, an dem „etwas los ist“, wird mit entsprechender Bildproduktion beispielsweise in sozialen Medien inszeniert: mit temporären Werkstätten, „tanzenden“ Baukränen und dazu passenden Events. Das passiert parallel zur Vertreibung von Initiativen, wie zuletzt am Stadtteilbauprojekt „Seestadt Aspern“ (Anmerkung: der See ist nicht zum Baden gedacht) deutlich sichtbar wurde: Während zig Hektar Land noch brachliegen, wurde der dort siedelnde Wagenplatz geräumt. Es erscheint zynisch, dass zugleich im Marketingpaper der Immobilienträger mit dem Bild eines (anderen) Wagenplatzes für zukünf-

⁶ Siehe <http://pizza.noblogs.org/pressespiegel/>

tige „Lebendigkeit“ geworben wird. Die im Entstehen begriffene Siedlung wird als „multifunktional und bunt, intelligent und offen, dynamisch und gleichzeitig entspannt“⁷ beschrieben, womit Eigenschaften eines Raumes heraufbeschworen werden, der nur in einem bestimmten Rahmen gewünscht und gefördert wird. Denn tatsächlich dynamischen, spontanen und/oder temporären Raumnutzungen wird recht schnell die Unterstützung entzogen, wenn sie nicht nach einer kapitalistischen Verwertungslogik funktionieren.

Mit Beginn der rot-grünen Wiener Stadtregierung im Jahr 2010 findet der über Jahre hinweg formulierte Bedarf nach neuen Räumen und der fehlende Zugang zu diesen bei gleichzeitig sichtbarem Leerstand Platz im Koalitionspapier. Unter dem Punkt „Kultur“ wird vermerkt, dass die Errichtung einer „Agentur für Zwischennutzung“ angestrebt werden soll:

*Agentur für Zwischennutzung
Kulturelle Freiräume und Zwischennutzungen von leerstehenden Gebäuden, Brachflächen und Baulücken werden in allen Stadtteilen ermöglicht. Eine zentrale Koordinationsstelle, die „Agentur für Zwischennutzung“, sammelt aktiv Meldungen über Leerstände von städtischen, bundeseigenen oder privaten Räumen und bietet diese auf Anfrage an. (Gemeinsame Wege für Wien – Das rot-grüne Regierungsübereinkommen 2010, S. 52)*

Diese Entwicklung wurde anfangs von den meisten Kunst- und Kulturschaffenden als positiv beurteilt, so auch von der IG Kultur Wien. Um einen produktiven Beitrag zu leisten, wurde deshalb von Seiten der IG Kultur Wien der Vorschlag einer mehrteiligen Studie mit dem Titel „Perspektive Leerstand“ eingebracht. Unter der wissenschaftlichen Leitung der Technischen Universität Wien (TU), Department für Raumplanung, sollte ein Entwurf für ein nachhaltig funktionierendes Leerstandsmanagement ausgearbeitet werden. Dem wurde sowohl vom Stadtratbüro für Kultur (Abteilung Kultur und Wissenschaft) als auch von der Magistratsabteilung 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) wenig abgewonnen, da sie gerne ohne externe Einflussnahme werken wollten. Schlussendlich wurde mit knappem Budget und Unterstützung aus der Magistratsabteilung 7 (Kulturabteilung der Stadt Wien) begonnen, den Fokus auf eine Analyse von Nutzungsverhältnissen und deren Geschichte in Wien, sowie Beispielen von Leerstandsmanagement in anderen Städten zu richten. Später konnte eine weiterführende Finanzierung durch die MA 18 über die Vizebürgermeisterin und Planungsstadträtin Maria Vassilakou erwirkt werden. Im Rahmen von drei wissenschaftlichen Studien⁸ wurde über zwei Jahre hinweg mit einem Gesamtbudget von nur 23.000 Euro gearbeitet.

⁷ Siehe <http://www.aspern-seestadt.at/heute-morgen/>

⁸ Siehe <http://www.igkulturwien.net/projekte/freiraum-leerstand/studie-perspektive-leerstand/>

In mehreren Zwischenschritten (Workshops, Diskussionsveranstaltungen, Positionierungen) wurde die Arbeit der IG Kultur Wien an interessierte Personen vermittelt. Zwischenzeitlich konnte so ein intensiver Austausch mit interessierten und zukünftigen Nutzer_innen hergestellt und dadurch ein laufendes Feedback ermöglicht werden. Diese Rückmeldungen trugen in weiterer Folge maßgeblich zur Positionierung (siehe „Positionspapier Leerstand“ im vorliegenden Band) und Ausrichtung der weiteren themenspezifischen Arbeit seitens der IG Kultur Wien bei.

Ohne eine starke intrinsische Motivation (eigenmotiviertes Interesse ohne oder mit geringer monetärer Vergütung) des Studienteams, das von der TU zusammengestellt wurde, wäre diese Form der Wissensproduktion nicht möglich gewesen. Das vorliegende Buch, in dem wiederum neue Fragestellungen behandelt werden, bildet als vierter Teil den Abschluss dieser Untersuchung zum Thema Leerstand.

Zeitgleich mit Beginn der Arbeit an der Studie „Perspektive Leerstand“ wurde von der MA 18 ein anderes Forschungsprojekt mit den Titel „Perspektive Erdgeschoss“ beauftragt. Dieses erhielt von der MA 18 rund 50.000 Euro und wurde als Werkstattbericht veröffentlicht. Dieser dient der Stadt Wien unter anderem als Argumentationshilfe für die Aufwertung von Einkaufsstraßen – ein Ergebnis, das vermutlich bereits vorab gewünscht war und deswegen auch großzügige Finanzierungsmittel erhielt. Wissenschaftlicher Leiter dafür war Rudolf Scheuven, Professor an der TU Wien und Dekan der Fakultät für Örtliche Raumplanung, der in zahlreichen Beiräten – wie dem Grundstücksbeirat der Stadt Wien – vertreten ist.

Im Rahmen der Studie „Perspektive Leerstand“⁹ wurde wiederholt der Eindruck gewonnen, dass seitens verschiedener Personen aus dem städtischen Kontext wenig bis kein Interesse an den geschaffenen Beiträgen besteht. So erschien der 3. Teil der Studie als Werkstättenbericht¹⁰ und wurde von der internen magistratsübergreifenden Arbeitsgruppe mit einbezogen, wurde aber von der Stadt Wien sonst nicht weiter berücksichtigt. Obwohl das Einbinden zukünftiger Nutzer_innen als elementar angesehen werden muss, gab es vom Stadtratbüro für Kultur über die Dauer von zwei Jahren keinerlei Gespräche mit der IG Kultur Wien. Erst ein Wechsel der Referent_innen führte dazu, dass erneut über das Thema Leerstandsnutzung mit der IG Kultur Wien gesprochen wurde. Verschiedene Beamt_innen der MA 18 vermittelten der IG Kultur Wien mehrfach, sie wüssten ohnehin am besten, was zu tun sei. Die IG Kultur Wien fordert trotzdem weiterhin einen Run-

⁹ Siehe <http://www.igkulturwien.net/projekte/freiraum-leerstand/studie-perspektive-leerstand/>

¹⁰ Siehe <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008349.pdf>

den Tisch zum Thema Leerstand und die Einbindung nicht-städtischer und nicht-parteilicher Akteur_innen.

Aus dieser Auseinandersetzung der IG Kultur Wien mit dem uneinheitlichen Konstrukt „Stadt Wien“ entsteht der Eindruck, einem geschlossenen System von Entscheidungsprozessen gegenüber zu stehen. Es scheint fast so, als ob sich verschiedenste Gremien der Stadt Wien innerhalb einer sich selbst be-weihräuchernden, abwärts drehenden Spiralbewegung befinden würden. In diesem Kreislauf werden nur Inhalte zugelassen, die Ideen stützen, welche ohnehin umgesetzt werden sollen. Weniger privilegierte und/oder bereits in Entscheidungsprozesse eingebundene Gruppen, deren Anliegen sich als „unpassend“ (oder im Sinne des jeweiligen spezifischen Machterhaltes ungünstig) herausstellen, werden gerne herausgehalten. Für Politik und Verwaltung unangenehme Studien verschwinden in Schubladen und Wissen wird nicht verbreitet. Und falls es doch zu Diskussionen kommt, ziehen diese keine signifikanten Änderungen nach sich. Ein Beispiel hierfür ist die von „L&R Sozialforschung“ im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur erstellte Studie zur sozialen Lage von Künstler_innen 2008.¹¹ Konkreter auf die Wiener Situation geht die Studie „Kunst, Kultur und Theater für Alle! – Impulse für eine transkulturelle Theateroffensive“¹² von IODO ein, die unter anderem einen guten Blick auf die grundsätzlich erschwerten Bedingungen migrantischer Kunst- und Kulturarbeiter_innen gibt.¹³

Entscheidungen werden auch trotz hoch angepriesener „Bürger_innenbeteiligung“ lieber hinter verschlossener Tür getroffen. Eine von „Beteiligung“ implizierte Ergebnisoffenheit ist nicht gewünscht. Partizipation heißt im Kontext der Stadt Wien höchstens dekoratives Beteiligen von Bürger_innen, statt diese – wie das Wort „Beteiligung“ eigentlich suggeriert – strukturell einzubinden (→ [Partizipation, S. 186](#)). Begriffe wie „Aufwertung“, „Gentrifizierung“ und „Prekarisierung“ sind in Gesprächen mit Personen, die für die Stadt Wien sprechen, nicht gern gehört und werden, falls andiskutiert, oft abgewertet (→ [Gentrifizierung, S. 184](#)). Beispielsweise wird dann entgegnet, dass Gentrifizierung in Wien nicht passiere, da es ja keine sprunghaften Preissteigerungen gebe. Dem ist zu entgegnen, dass Gentrifizierung nicht in einer einzigen „objektiven“ Form auftritt, sondern sich Aufwertungsprozesse an unterschiedlichen Orten jeweils anders zeigen. So dauerte es etwa zwanzig Jahre, um am Spittelberg in Wien einen Prozess durchzusetzen, der

11 Siehe http://www.kunstkultur.bka.gv.at/Docs/kuku/medienpool/17401/studie_soz_lage_kuenstler_en.pdf

12 Siehe <http://www.iodo.at/studie.htm>

13 Siehe http://www.igkulturwien.net/fileadmin/userfiles/presseaussendungen/PA_23.6.2010_iodo.pdf



Leerstand ...als Wiener Geschichte

in Berlin in Teilen des Prenzlauer Bergs binnen drei Jahren ablief. Die verdrängten Personengruppen überschneiden sich dennoch signifikant.

Ein von einigen Seiten – Politiker_innen und Beamt_innen der Stadt Wien und der Stadt Wien nahen Institutionen, Immobilienverwaltenden und anderen – angestrebter Umgang mit Leerstand scheint zu sein, Zwischen-nutzung als Instrument zu verwenden, um Raumbedarf kurzfristig zu befrieden. Durch diese temporären Lösungen wird keine Kontrolle abgegeben und strukturelle Veränderungen werden umgangen. Ein Beispiel dafür ist die Leerstandsnutzung durch kreative Initiativen in einer absterbenden Einkaufsstraße. In der temporären Nutzung geht es darum, die Attraktivität der Straße zu steigern und die Laufkundschaft für noch vorhandene Gewerbe zu erhöhen. Bei gesteigertem Interesse am Standort können die vormaligen temporären Gewerbe mit niedrigen Preisen dann wiederum durch Geschäfte mit „normalen Preisen“ und höherer Mietzahlungskraft verdrängt werden. Dadurch entstehen neuerliche Prekarisierungen. Stattdessen wäre es angebracht sich an gesamtheitlichen und auf Nutzer_innen bezogenen Lösungskonzepten zu versuchen, weil sie die Bedürfnisse von Raumsuchenden in den Vordergrund stellen würden (siehe Positionspapier Leerstand der IG Kultur Wien im Buch).

Mit der auf die so genannten „Creative Industries“ und ihrem möglichen Mehrwert für den „Standort Wien“ gelegten Hoffnung verwundert die Ausrichtung der städtischen Arbeitsgruppe zu Leerstand nicht. An der rund zwei Jahre nach Beginn der rot-grünen Koalition entstandenen und von der MA 7 (Kultur) geleiteten Arbeitsgruppe, die unter dem Titel „kreative Räume“ tagte, wurden neben verschiedenen Magistratsabteilungen einzig „departure“ als Kreativagentur sowie die Wirtschaftsagentur der Stadt Wien mit eingebunden (→ [Entrepreneurial city and Governance](#)). Somit wird zwar über den ganz engen Rand der Stadtverwaltung hinaus geschaut und gearbeitet, ein direktes Beteiligen von Bürger_innen findet aber mitnichten statt. Die an der Arbeitsgruppe beteiligten Positionen legen nahe, dass deren Ausrichtung vor allem auf Folgendes abzielt: Standortmarketing (siehe den Text „Disjunktive Raumproduktion“ im vorliegenden Buch), Förderung der wirtschaftlich

Entrepreneurial city (unternehmerische Stadt) und Governance // Der Begriff der „unternehmerischen Stadt“ hat sich mit dem postfordistischen Wandel der Stadtpolitik etabliert und beschreibt die aktive Gestaltung neoliberaler Stadtentwicklung durch die politischen Verantwortlichen. Es bleibt kontrovers diskutiert, inwiefern „die Stadt“ als ein Akteur beschrieben werden kann, setzt sich der städtische Apparat doch aus vielfach aufgesplitterten und ineinander verschränkten Entscheidungsverantwortungen, Verwaltungsaufgaben, Budgets und Vermittlungsstellen zusammen. Trotzdem lässt sich nachvollziehen, dass sich Fördergelder für Wirtschaftsaktivitäten erhöht haben, Organisationsstrukturen an privatwirtschaftliche Unternehmensstrukturen angelehnt worden sind und ganze ehemalige städtische Abteilungen als Tochterunternehmen ausgelagert wurden. Deutlich wird daraus, dass es einen klaren Fokus auf die standortpolitische Optimierung der Wettbewerbsfähigkeit gibt, und sich die Stadtpolitik an diesem Ziel orientiert.



vielversprechenden Kreativbranche, sowie Raum für kulturelle Nutzungen mit einem primären Fokus auf Zwischennutzungen.

Diese Entscheidungsprozesse, bei denen es um die längerfristige Schaffung einer Stelle geht, die sich mit Leerstand und Raumbedarf auseinandersetzt und also alle Nutzer_innen einer Stadt betrifft, finden hinter verschlossenen Türen statt. Gerade solche Gestaltungsprozesse würden aber einer breiten Partizipation bedürfen. Das zu ignorieren kann zur Folge haben, dass Einigungen in Bezug auf Form und Wirkungsweise der neuen Schnittstelle innerhalb dieses Kreises stärker Richtung „Standortmarketing“ ausfallen werden. Eine Präsentation von neuen Projekten der Stadt Wien findet im Normalfall sowieso erst nach einer innerstädtischen Absprache (zwischen beteiligten Stadträt_innen und ihrer Büros, Politik, Verwaltung, etc.) statt. Für die zukünftigen Nutzer_innen bedeutet das, dass eine mögliche Beteiligung an der Mit- und Ausgestaltung der neuen Agentur winzig ausfallen oder gar nicht vorhanden sein wird.

Was das langfristig für Kunst-, Kultur- und Sozialarbeiter_innen dieser Stadt bedeutet, ist vermutlich am besten mit den Worten aus dem rot-grünen Koalitionspapier zu beschreiben: „Kulturpolitik ist Arbeit am Stadtprofil“¹⁴ – gemeint ist damit wohl „kapitalorientiertes Standortmarketing“.

Sollte dies nicht im Interesse der Bewohner_innen liegen, wird dem nur breiter und vernetzter Widerstand mit anderen Perspektiven etwas entgegenzusetzen können.

Eine vorhergehende Version dieses Textes wurde erstmals in der Sammlung „Nichts tun ist auch keine Lösung“ von FOKUS 2013 (<http://www.fokus.or.at>) veröffentlicht. Der Text wurde für die Publikation im vorliegenden Buch erweitert und umgeschrieben.

¹⁴ Siehe <https://www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/regierungsubereinkommen-2010/pdf/regierungsubereinkommen-2010.pdf>, S. 8 und 48

Governance wird als netzwerkartiges Steuern in Zusammenarbeit mit privaten Akteur_innen verstanden, im Gegensatz zu direktem „Regieren“ durch explizit erkennbare und direkt weisungsabhängige ausführende Organe. Die unternehmerische Stadt etabliert ihre veränderte Zielsetzung nicht über rigide Top-down-Anweisungen, sondern über die erweiterte Einbindung lokaler privater Akteur_innen in wirtschaftliche Aktivitäten, eine institutionelle Kultur der Vermittlung und Gemeinschaftsbildung, und eine erhöhte mediale Präsenz und Simulation des neuen städtischen Lebens.

Zum Weiterlesen:

Brenner, Neil/ Heeg, Susanne (1999): „Lokale Politik und Stadtentwicklung nach dem Fordismus: Möglichkeiten und Beschränkungen“. In: Kurswechsel. 2 (99), S.103-119.

Harvey, David (1989): „From Managerialism to Entrepreneurialism. The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism“. In: Geografiska Annaler. 71 (1), S. 3-17.

Petition Leerstand der IG Kultur Wien

Die Petition Leerstand wurde von der IG Kultur Wien initiiert und wurde bis Ende August 2014 von 1095 Personen und Gruppen unterzeichnet. Sie bildet die Ausgangslage für weitere Forderungen und Gesprächsversuche mit Politik und Verwaltung. leerstand.igkulturwien.net

Die IG Kultur Wien fordert Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin und Stadträtin Maria Vassilakou, Vizebürgermeisterin und Stadträtin Renate Brauner, Stadtrat Michael Ludwig und Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny dazu auf, sich mit mehr Mut den sozialen Anforderungen von Stadtplanung und Stadtentwicklung zu widmen. Es gibt viele Beispiele aus anderen europäischen Städten, die für die Entwicklung eines nachhaltigen Leerstandsmangements Pate stehen könnten.

Wir fordern:

Gesamtstädtische Perspektive!

Es sollen nicht einzelne Straßen und Grätzeln als „kreative hotspots“ herausgepickt werden, die dann „revitalisiert“ bzw. aufgewertet werden, mit der Konsequenz von schnell steigenden Grundstückskosten und überhöhten Mietertarifen.

Eine „Agentur für Zwischennutzung“ sollte keine Institution sein, die Verdrängungsprozesse von wirtschaftlich schwächeren Stadtbewohnerinnen fördert. Es muss eine gesamtstädtische Perspektive zum Thema entwickelt werden, die den sozialen und kulturellen vor den monetären Mehrwert setzt. Nach dem Motto 'jedem Grätzeln sein Grätzeln-Treff' braucht es eine breite Infrastrukturförderung von einfach adaptierbaren semi-öffentlichen und öffentlichen Räumen in allen Bezirken.

Nachhaltiges Leerstandsmanagement!

Ein sinnvolles Planungsprojekt darf nicht ausschließlich auf Zwischennutzungen fokussieren, sondern muss ein nachhaltiges Leerstandsmanagement entwickeln, das auch mittel- und langfristige Raumbedarfe einbezieht. Ziel sollte es sein, grundsätzlich alternative Um- und Weiternutzungen zu ermöglichen und zu vereinfachen.

Um einen Interessensaustausch langfristig strukturell zu verankern, sollte es einen stadt-externen Beirat für die Agentur geben. Der Beirat sollte nicht parteipolitisch besetzt sein und die IG Kultur Wien und weitere unabhängige Institutionen als Interessenvertretungen der freien und autonomen Kulturszene, gleichberechtigt und ständig einbeziehen.

Gesetzliche Rahmenbedingungen verändern!

Im Zusammenhang mit einem verträglichen gesamtstädtischen Leerstandsmanagement muss eine Auseinandersetzung mit Strategien stattfinden, die den gesetzlichen Rahmen betreffen. Lange Leerstände sollten gesetzlich verhindert und niedrigschwellige Zugänge ermöglicht werden.

Amsterdam kann auf eine lange Tradition von selbstangelegenen Leerstandsnutzungen zurückblicken, die ein vielfältiges kulturelles Leben in der Stadt ermöglichten. Die Grundlage dafür wurde durch aktive Gruppen und ein spezielles Hausbesetzungsgesetz geschaffen, das bis 2010 Besetzungen von länger leerstehenden Gebäuden legalisierte.

Bottom-up statt top-down!

Die Planung sollte weniger von oben her ihre Vorstellungen durchsetzen, als vielmehr auf schon bestehende Initiativen und Projekte reagieren und diese fördern. Es sollte eine größere Offenheit gegenüber aktiven Aneignungsprozessen und Raumnahmen geben. Viele zentrale Kulturrorte in Wien, die nicht mehr wegzudenken sind, sind aus Besetzungen und ihrer Duldung oder Legalisierung entstanden.

Wie gut das auch aktuell noch funktionieren kann wird am „Gängeviertel“ in Hamburg deutlich. Vor drei Jahren wurden zentrumsnah zwölf teils verfallene Häuser angeeignet und bespielt. Die Stadt hat den schon gemachten Deal mit einem holländischen Investor rückabgewickelt und hat seitdem in der fast ausgestorbenen Innenstadt einen neuen vielfältigen, kulturellen und höchst belebten Ort. www.das-gaengeviertel.info

Faire Vermittlung!

Fairness heißt strukturellen Benachteiligungen entgegenzuwirken. Leerstehende Räume sind selten in einem guten Zustand und müssen mit wenigen finanziellen Mitteln nutzbar gemacht werden. Den Raum dann nur kurzfristig nutzen zu können, verstärkt die prekäre Situation für die NutzerInnen. Darum: Wenn schon Zwischennutzung, dann sollte eine Nutzung auf Betriebskostenbasis der Standard werden. Kündigungsfristen sollten der Nutzung entsprechen und können kurz sein, aber weniger als vier Wochen sind definitiv inakzeptabel. Verträge müssen auch für Unwissende durchschaubar sein. Für eine faire Vermittlung braucht es eine unabhängige rechtliche Beratung und eine kontinuierliche Begleitung des Kommunikationsprozesses.

Transparenz und Kommunikation!

Wieviel Leerstand gibt es überhaupt? Gute Frage! Hier braucht es eindeutig mehr zugängliche Informationen. Die Stadt sollte zumindest ihre eigenen leerstehenden Raumsourcen offenlegen, und EigentümerInnen müssten generell zur Anzeige von Leerstand verpflichtet werden. Ein offener Zugang zu den Grundbucheinträgen wäre dabei ein wichtiges Mittel, um nicht gemeldete Leerstände und verletzte Anzeigepflichten zu ordnen zu können. Transparenz in Bezug auf Leerstand zu schaffen ist keine Unmöglichkeit! Das statistische Amt des Kantons Basel Stadt etwa sammelt jährlich sehr genaue Daten zu Wohnungs-, Geschäfts- und Industrieleerstand und macht sie öffentlich verfügbar.

In Zürich ist die Erhebung von Leerstand sogar im Bundesgesetz festgeschrieben.

Der Leerstandmelder Wien, ein noch junges Projekt der IG Kultur Wien, greift auch dieses Problem der Intransparenz auf und wirft per kollektiver Kartierung im Netz einen Blick auf das Thema Leerstand in Wien. www.leerstands-melder.net

Runter mit den Mietpreisen!

Wien wächst, aber einen ausgleichenden, sozialen Wohnbau gibt es seit 2004 praktisch nicht mehr. Im privaten Bereich ist das Mietniveau in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um 45% gestiegen. In den vor 1945 gebauten

Häusern, die privat vermietet werden, werden mehr als die Hälfte der Wohnungen befristet neuvergeben. Laut Gesetz ist ein Abschlag von 25% bei Befristungen vorgesehen, der aber nirgendwo eingehalten wird. Er ist auch nicht einklagbar, weil Ab- und Zuschläge derweil nicht ausgewiesen werden müssen. Die MieterInnen solcher Wohnungen stehen zeitnah wieder vor dem Problem eine bezahlbare Wohnung zu finden, was bei steigenden Mietpreisen schwieriger wird. Wer dann noch im selben Grätzel bleiben möchte, hat ganz schlechte Aussichten.

Am Wohnungsmarkt gibt es faktisch schon eine Form der „Zwischennutzung“, deren positiver Effekt für MieterInnen und NutzerInnen schwer zu erkennen ist. Im Gegenteil, es kommen wirtschaftliche Interessen sogar am Gesetz vorbei vor allen anderen Bedürfnissen zum Zuge und verschlechtern die Situation von MieterInnen und NutzerInnen durch eine erzwungene Flexibilität.

Ein sinnvolles Leerstandsmanagement ist im Kontext der steigenden Miet-, Immobilien- und Bodenpreise zu diskutieren.

Der Ansatz „Zwischennutzungen zu vereinfachen“, reicht nicht aus. Es müssen Möglichkeiten zur Leerstandsnutzung geschaffen werden, die diesen Prozessen entgegenwirken.

Eine mutige Leerstandspolitik als Einstiegspunkt für eine andere Stadtpolitik

Leerstand bietet Möglichkeiten und Chancen, diese müssen genutzt werden. Ein mutiger Umgang mit Leerstand sieht nicht nur Verwertungsmöglichkeiten und Förderungen von kreativen Hot Spots, sondern sieht (im Gegenteil) die Nutzung von Leerstand als einen Einstiegspunkt für eine Stadtpolitik, die den Zugang zu städtischen Ressourcen für alle gewährleisten will.

Sie sieht Leerstand als ein städtisches Allgemeingut an, das von denen verwaltet und organisiert werden soll, die es wirklich nutzen. Sie erkennt die Möglichkeiten von Leerstand an, einen Raum zu schaffen, der zum selbstorganisierten Aufeinandertreffen von Nachbar_innen einlädt, der Experimentierlabor ist, um andere Formen von sozialen Beziehungen zu entwickeln, andere Formen zu erlernen mit Besitz/Eigentum und Ressourcen umzugehen.

Diese Perspektive der Stadtentwicklung nimmt damit Begriffe wie soziale Gerechtigkeit und Partizipation ernst und füllt sie mit Inhalt. Der Umgang mit Leerstand kann und muss der Einstiegspunkt sein für einen gänzlich anderen Weg. Die Stadt gehört uns allen!



LEERSTAND ...ZUM ALTERNATIVEN ORT MACHEN

LEERSTAND ZU COMMONS MACHEN!

DIE COMMONS-PERSPEKTIVE ALS KRITIKFOLIE UND HEBEL FÜR EINE EMANZIPATIVE STADTGESTALTUNG

Raphael Kiczka

Das Konzept der Kreativität hat in den letzten Jahren in den Stadtentwicklungsdiskursen eine zentrale Bedeutung eingenommen: Es ist die neue Wertschöpfungsgrundlage und Trumpf im Standortwettbewerb.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für Kunst- und Kulturschaffende. Sie werden instrumentalisiert, um der Stadt ein kreatives Image zu schaffen und Gebiete gezielt aufzuwerten.

Häufig geschieht dies über die Ermöglichung einer Zwischennutzung: Leerstand wird für eine Zeit bespielt und der Straßenzug kreativ belebt.

An dieser Rolle der (Zwischen-)Nutzer_innen hat sich in den letzten Jahren verstärkt Kritik entzündet. Nicht selten werden sie so als „Gentrifizierungspionier_innen“ angefeindet, die Verdrängungsprozesse einleiten.

Eine personalisierte Kritik an Kunst- und Kulturschaffenden und anderen, die als „Gentrifizierungspionier_innen“ enttarnt werden, hilft jedoch kaum weiter. Schon gar nicht bietet sie eine sinnvolle Perspektive, wie in diesem Spannungsfeld gehandelt werden kann, ohne die Widersprüche einseitig aufzulösen. Denn auch die Nichtnutzung von Leerstand und die Absage an Kunst, Kultur und andere Bedürfnisse, die die Nutzung von Leerstand befriedigen kann, ist keine Lösung.

Wie können also Leerstandsnutzungen Räume öffnen, die nicht dem „kreativen Unternehmen Stadt“ in die Hände spielen, sondern ganz im Gegenteil eine alternative Stadtpolitik befördern?

Grundlegend muss sein, dass die Forderung nach einer Nutzung von Leerstand bewusst als Bruchmoment mit herrschenden (Stadt-)Politiken begriffen wird und nicht als die kreative und pseudo-alternative Fortführung derselben Politiken.

Um diesen Bruch zu ermöglichen, ist es nötig, die Forderung nach Leerstandsnutzung in einen größeren Kontext einzubetten und mit Visionen und Perspektiven einer emanzipatorischen Stadtgestaltung zu verbinden.

Eine gesellschaftliche Perspektive, die nutzbar gemacht werden und in diesem Sinne einen Orientierungsrahmen bieten kann, findet sich im Diskurs um Commons und in der Praxis des Commoning.

Commons bezeichnen Ressourcen, die nicht in Form von Privateigentum oder von staatlicher Seite verwaltet werden. Stattdessen organisieren die Beteiligten, die *Commoners*, gemeinschaftlich die Nutzung der Ressource und gestalten dementsprechend die Verwaltungsregelungen nach ihren

Bedürfnissen. Im Deutschen ist dafür auch das Wort Gemeingüter gebräuchlich.

Häufig werden Gemeingüter im ländlichen Raum verortet, da sie in gemeinschaftlich genutzten Wald- und Weidegründen (Allmenden) historisch ihren Ursprung haben.

Commons werden aber auch zunehmend (wieder) im städtischen Raum erschaffen. Sie werden deshalb als *Urban Commons* bezeichnet.¹ Hierbei handelt es sich um vielfältige Ressourcen und Räume wie Nahrungsmittel, Werkstätten, Gemeinschaftsgärten oder KostNixLäden.

Von Bedeutung sind weiterhin *neue Commons*, die sich vor allem in Projekten freier Soft- und Hardware oder auch Wikipedia ausdrücken.²

Commons existieren jedoch nicht einfach so, vielmehr werden sie (bewusst) geschaffen. Dieser Prozess wird als *Commoning* beschrieben (vgl. Linebaugh 2009). Das Commoning bzw. die Commonisierung entspringt einer widerständigen (Alltags-)Praxis, die, wenn sie eine emanzipatorische Fluchtlinie hat, (idealtypisch) mit den grundlegenden Pfeilern kapitalistischer Gesellschaft bricht: künstlicher Verknappung, Lohnarbeit, Wettbewerb, Markt, hierarchischer (staatlicher) Steuerung von oben (vgl. Exner/Kratzwald 2011: 23).

Commons sind damit „jene vielfältigen Formen gemeinsamen Sorgetragens, die für die am Homo oeconomicus orientierten MakroökonomInnen weiterhin unverständlich bleiben.“ (Helfrich/Bollier 2012: 21) Zentraler Ausgangs- und Zielpunkt des Commoning ist die Schaffung anderer sozialer Beziehungen.

Die Verknüpfung des Themas Leerstand und Stadtentwicklung mit der Commons-Debatte und der Praxis des Commoning hat nicht zum Ziel konkrete Handlungsanweisungen auszusprechen und eine Praxis als einzige sinnvolle Handlungsmöglichkeit herauszustreichen.

Es sollte klar sein, dass sich keine Praxis aus dem strukturellen Handlungsrahmen herauslösen kann. Eine widerspruchsfreie und „richtige“ Praxis im falschen Ganzen kann es kaum geben.

Die Commons-Perspektive kann aber hilfreich sein, weil sie sowohl die gesellschaftliche Ebene als auch die konkrete Handlungsebene mitdenkt und dabei den Fokus auf den Transformationsweg vom Hier und Jetzt zu einer post-kapitalistischen Gesellschaft richtet.

Sie kann eine Brücke schlagen zwischen der Einsicht, dass sich erst das „große Ganze“ verändern muss, um auch im Konkreten wirkliche Veränderungen

1 Besonders herauszustreichen ist etwa die Verbreitung von Guerillagardening und Gemeinschaftsgärten (vgl. Baier/Müller/Werner 2013). Letztere fördert die Stadt Wien seit 2010 sogar unter dem Motto „gemeinsam garteln verbindet“.

2 Bezüglich der Differenzierung und den Unterschieden zwischen „neuen“ und „alten“ Commons siehe Meretz 2012a.

zu ermöglichen – eine Perspektive, die nicht selten eher hoffnungslos macht – und der Lust und der (existenziellen) Notwendigkeit im widersprüchlichen Hier und Jetzt schon mit der Transformation (im Kleinen) anzufangen. Denn klar ist: Auch die Veränderung der grundlegenden Gesellschaftsstrukturen braucht konkrete Einstiegspunkte und Hebel, die Transformationspotentiale aufweisen. Leerstand mit der Handlungsperspektive der Commisierung zu bearbeiten, kann ein solcher Hebel sein.

Die Commons-Perspektive hilft also Fluchtlinien für eine Aufhebungsbewegung³ anzudenken und damit die Kritik an der bestehenden Gesellschaft und die Visionen einer befreiten Gesellschaft nicht kategorisch zu trennen, sondern einen Fokus auf den Transformationsweg zu legen. Denn einen „Tag X“, der die warenförmige Reproduktion mit einem Schlag aufhebt, wird es so wohl kaum geben – ist doch hier vor allem zentral, wie wir uns als Menschen aufeinander beziehen. Ein nicht vom Wert strukturierter sozialer Bezug ist ein Lernprozess. Dazu reicht es nicht, die formell-juristische Kategorie des Privateigentums (an Produktionsmitteln) abzuschaffen.

Die Aufgabe besteht vielmehr darin, an der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln festzuhalten, jedoch nicht mehr aus jenem naiven, aufklärerischen Verständnis einer 'Verfügungsgewalt' soziologisch bestimmter Gruppen heraus und daher auch nicht als paradoxes Staatseigentum, sondern als Entkoppelung eines sozialen Raums emanzipatorischer Kooperation von Warentausch, Geldbeziehung und abstrakter Leistungsverrechnung.
(Kurz 1997)

Die Commons-Perspektive wirkt auch den angesprochenen verkürzten Formen der Kritik entgegen, die sich häufig personifiziert an bestimmte Gruppen richten und sich in Form einer moralischen Empörung gegenüber Immobilienbesitzer_innen und den besagten „Gentrifizierungspionier_innen“ äußern. Dies führt nicht nur zu einer problematischen und sich identitätspolitisch abgrenzenden Praxis, wenngleich offensiver Druck auf Eigentümer_innen durchaus in vielen Fällen sinnvoll sein kann, sondern missachtet auch die grundlegenden Formen struktureller und sachlicher Herrschaft im Kapitalismus.

Ziel dieses Artikels ist es, eine gesellschaftstheoretische Verständnisgrundlage zu schaffen, mit der Leerstand anders diskutiert werden kann. Deshalb wird der Einführung in die Commons-Debatte ausreichend Raum gegeben.

³ Diese Begrifflichkeit schließt an Diskussionen der wertkritischen Theoriezeitung „Krisis“ an. Die Frage war, welche Ansatzpunkte und Strategie für eine Bewegung sinnvoll sind, um radikale Transformationsprozesse anzuregen und die Grundpfeiler der kapitalistischen Totalität aufzuheben.

Denn sie dient als Basis, auf der die letzten Teile dieses Artikels – der Beitrag von Ko.Sy sowie das Interview mit FLIT-Besetzerinnen* – aufbauen und die Diskussion um Leerstand und Commonisierung konkretisieren.

In einem ersten Schritt wird so auf die verschiedenen Interpretationen von Commons eingegangen und deutlich gemacht, mit welchem Verständnis Commons einen Bruchmoment darstellen können.

In einem zweiten Schritt wird auf die reiche Tradition des Commonings verwiesen und diese Praxis zu Kämpfen gegen die kapitalistischen Zumutungen und für andere Formen von sozialen Beziehungen und einen anderen Umgang mit Ressourcen in Bezug gesetzt. Commonisierung wird so als Aneignung der Lebens- und Reproduktionsbedingungen gelesen und die Logik der Commons als Alternative beschrieben.

Diese Einsichten werden dann in direkten Bezug zum Umgang mit unseren Lebensräumen gebracht, zum Umgang mit der Stadt und also auch mit der Frage der Leerstandsnutzung.

Commons in der Diskussion

Elinor Ostrom, Politikwissenschaftlerin und führende Forscherin im Bereich der Umweltökonomie, bekam 2009 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften im Rahmen ihrer Forschung zu Commons. Das zeigt: Das Thema der Commons ist schon länger kein Nischenthema mehr, sondern hat in den letzten Jahren verstärkt Einzug in Diskussionen gehalten – in verschiedenen disziplinären Kontexten und mit verschiedenen Hintergründen. Damit erklärt sich, dass die Perspektive auf Commons und deren Definition nicht einheitlich sind. Eine Bezugnahme auf Commons bedeutet nicht *per se* eine kapitalismus- und herrschaftskritische Perspektive. Gerade der Moment der Nobelpreisverleihung – im Angesicht der Mehrfachkrise – macht deutlich, warum liberale Commons-Ansätze gewürdigt werden. In dieser Perspektive wird geforscht, wie Commons bei „Markt- und Staatsversagen“ ins Feld geführt werden können, um den krisenhaften Kapitalismus wieder zu stabilisieren. Commons werden somit nur komplementär zu diesen Organisationsformen angesehen bzw. als mögliche lokale und regionale Anpassungsformen, um den „naturwüchsigen“ Prozessen kapitalistischer Globalisierung „erfolgreich“ zu begegnen und damit den Kapitalismus durch die Krisen zu retten.

Dieser Ansatz erklärt die Entstehung von Commons, wie in der klassischen Ökonomie üblich, mit der individuellen „Kosten-Nutzen-Rechnung“. Die Vergleichbarkeit von Kosten und Nutzen ist jedoch nur schwerlich aufzustellen und fasst die Realität der Commons kaum. Noch problematischer und gleichsam paradigmatisch ist jedoch, dass bei diesem Ansatz Herrschaftsbeziehungen weitgehend unthematisiert bleiben (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 29).

Durch die Weltbank und die Vereinten Nationen werden seit den 1990er Jahren unter Vorwand des Schutzes *globaler Commons* – etwa der Artenvielfalt in den Regenwäldern und den Weltmeeren – Privatisierungsprozesse unterstützt und Landvertreibungen legitimiert. Anstatt soziale und ökologische Gerechtigkeit zu fördern, wird etwa der Zugang zu Naturschutzgebieten von finanziellen Möglichkeiten abhängig gemacht: leistbar für Ökotourist_innen, aber nicht für die Bevölkerung, die dort jahrhundertlang gelebt hat (vgl. Federici 2012: 90).

Zusammengefasst geht es bei diesen Diskursen darum, die Idee der Commons marktkompatibel und für die Verwertungslogik nutzbar zu machen. Diesem Ansatz sei eine strategische Perspektive entgegengehalten, die prinzipiell alle Lebensbereiche „commonisieren“ will. Diese will langfristig die hierarchische Steuerung von oben in Form des Staates und die spezifische Beziehung der Menschen im Kapitalismus, die sich über den Tausch und die Waren- und Wertform auf dem (anonymen) Markt herstellt, überwinden. Das Commoning, die Schaffung von Commons, ist damit nicht ein „dritter Weg“, sondern kann in dieser Perspektive vielmehr als eine grundsätzliche Alternative zur jetzigen Vergesellschaftung, als ein Hebel zur Aneignung der eigenen Lebens- und Reproduktionsbedingungen verstanden werden.

Fruchtbar ist die Commons-Perspektive deshalb, weil sie nicht auf die falsche Gegenüberstellung von Staat- und/oder Privateigentum setzt, sondern einen Gegenentwurf bietet.

Die eher männlich dominierte Debatte um die Commons weist eine problematische Geschlechtsblindheit auf (vgl. ebd.: 89). Eine feministische Perspektive hilft bei der Bestimmung einer emanzipatorischen Politik der Commons und durchzieht deshalb im Folgenden die Argumentation.

Die verschiedenen Zugänge und Bedeutungszuweisungen zeigen deutlich das Spannungs- und Konfliktfeld auf, in dem sich Commons bewegen: Sie können als reine Dämpfer im Kontext der Mehrfachkrise benutzt werden und den neoliberalen Umbau des Staates legitimieren oder emanzipative Potentiale entfalten. Diese Widersprüchlichkeit gilt es in der theoretischen Beschäftigung mit Commons als auch im praktischen Handgemenge nicht aus den Augen zu verlieren.

Praxis des Commoning im Kontext kapitalistischer Landnahme⁴

Ist die Diskussion der Commons erst seit Kurzem wieder erstarkt, so hat die gesellschaftliche Praxis des Commoning eine lange Tradition. Ein Blick auf die Geschichte verdeutlicht, dass es vielfältige Formen gegeben hat, mit Ressourcen umzugehen. Das Eigentumsregime, seine rechtliche Absicherung und die damit zusammenhängenden Formen sozialer Beziehungen, die sich im Kapitalismus realisieren, sind alles andere als eine „natürliche“ Erscheinung, sondern Ergebnis eines gewaltvollen Prozesses. Den Blick zurück zu richten hat damit keinesfalls die Funktion einer Romantisierung – ganz im Gegenteil. Sie öffnet den Blick dafür, dass soziale Verhältnisse veränderbar und Alternativen zum Hier und Jetzt möglich sind. Um Transformationswege und Alternativen auszuloten, lohnt es sich deshalb kurz auf den (geschichtlichen) Zusammenhang von Commons und Kapitalismus einzugehen.

Die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus und seiner sozialen Formen, wie etwa Lohnarbeit, hat breite Prozesse der Enteignung als Voraussetzung und ist mit der gewaltsamen Vernichtung des Gemeinguts eng verknüpft. Diese beschreibt Marx am Beispiel Englands eingehend als „ursprüngliche Akkumulation“ (vgl. MEW 23).

In England nahm dieser Enteignungsprozess im 13. Jahrhundert seinen Anfang und fand seine Höhepunkte im 15. und 16. bzw. 18. und 19. Jahrhundert. Die Privatisierung und Einhegung⁵ von gemeinschaftlich genutztem Land war nur gegen den erbitterten Widerstand der Bevölkerung möglich, bildeten doch die Allmenden, die gemeinsam (landwirtschaftlich) genutzten Flächen, die Basis der Produktionsform sowie der Lebensweise und der sozialen Beziehungen in den Dörfern. Die legalisierte Landnahme durch die herrschende Klasse und damit die Trennung von dörflichem Gemeinschaftsland und gemeinschaftlichen Verfügungsrechten förderte Armutskrisen und zerstörte soziale Strukturen bzw. ganze Dörfer (vgl. Linebaugh 2011: 147). Dieser Prozess ermöglichte es, dass das Land in den Verwertungsbereich des

⁴ Die historischen Ausführungen, die Commons zu der Entstehung/Entwicklung des Kapitalismus in Bezug setzen, beziehen sich auf den europäischen Raum, da auch die weitere Perspektive diesen Fokus besitzt. Auf die tief verwurzelte Kultur der Commons in anderen Erdteilen, welche die Kolonisor_innen im Rahmen der „primären Akkumulation“ (Rosa Luxemburg) einzuhegen versuchten, kann in der Kürze nicht eingegangen werden. In den aktuellen Entwicklungen, etwa in Lateinamerika, zeigt sich jedoch, dass Commons – wie auch hier – ein wichtiges Erfahrungswissen darstellen: Die (historischen) Commons-Praxen werden zu Inspirationsquellen für gesellschaftliche Transformationsprozesse.

⁵ Der Begriff der Einhegung bezeichnet bei diesem Beispiel ganz plastisch die Einzäunung von Commons-Land und die Auflösung der Allmenderechte. Die Walle aus der (privaten) Schafhaltung bildete die Grundressource für die aufkommende Manufakturindustrie in England. Als Einhegung werden aber auch heute Prozesse verstanden, die der gemeinsamen und relativ freien Nutzung einer Ressource durch Privatisierungen und Kommodifizierung entgegenwirken – etwa im Bereich des Wissens.

Kapitals fiel. Gleichzeitig bedeutete dies für viele, sich nun in der Lohnarbeit verdingen zu müssen, da sie ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden. Die Freisetzung der Arbeitskraft und die Vergrößerung des Absatzmarktes für Produkte durch die abnehmenden Subsistenzbereiche waren zentrale Bedingungsfaktoren für die Stabilisierung und Ausweitung des Kapitalismus. Geschaffen wurde damit nicht nur der „männliche Lohnarbeiter“, sondern auch die „weibliche Reproduktionsarbeiterin“. Analog zur Enteignung von Commons-Land wurden Frauen* Wissen und Fähigkeiten in Bezug auf Geburtenkontrolle, Säuglingspflege etc. enteignet, um Kontrolle über ihren* Körper und die Reproduktionsarbeit zu erlangen (vgl. Exner/Kratzwald 2011: 50f.). Eine feministische Perspektive auf die Commons macht die spezifische Unsichtbarmachung von Frauen* sichtbar: Frauen* spielten aufgrund ihrer historischen Verortung in der Reproduktionssphäre eine zentrale Rolle in der Verteidigung der Commons und organisierten und führten die Mehrheit dieser Kämpfe, denn sie spürten die Enteignung ihrer Lebensgrundlagen unmittelbar. Ein Kampf für die Commons und ihre Wiederaneignung bedeutet auch einen Kampf gegen die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre, öffentlicher und privater Sphäre, die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristisch ist. Diese Trennung macht die „männliche“ Arbeit sichtbar und die „weibliche“ (unbezahlte Arbeit) in der Reproduktionssphäre unsichtbar. Commons denken jedoch Produktion und Reproduktion in einem gemeinsamen Kümmern um eine spezifische Ressource zusammen. Damit bieten die Commons eine feministische Emanzipationsperspektive, die nicht auf die Integration in die Sphäre der Lohnarbeit setzen und damit andere Unterdrückungsverhältnisse akzeptieren muss (vgl. Federici 2012; 2013). Das Commoning fordert damit eine tiefgreifende Veränderung unseres Alltags und eine Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit, die für unsere Reproduktion notwendig ist.

Die vielfältigen Prozesse der Einhegung sind nicht mit der Entstehung des Kapitalismus abgeschlossen, sondern begleiten – häufig genug als Krisenlösungsstrategie – seine Entwicklung permanent. Im Gepäck sind dabei immer Methoden der (sozialen) Disziplinierung, Kriminalisierung und Repression, um diese Logiken durchzusetzen. Die Räumung von besetzten Häusern und Wagenplätzen, Bettelverbote und das Einrichten von Sonderzonen, die Sexarbeiter_innen oder Drogennutzer_innen aus dem öffentlichen Raum verbannen, sind nur einige der vielen Beispiele für eine solche Praxis. Genau so wird auch ideologische Überzeugungsarbeit geleistet, um ein Weltbild zu festigen, dass diese Form der Gesellschaftsorganisation als alternativlos und im Interesse der Allgemeinheit darstellt.

Seit Jahrhunderten sind Commons also ein umkämpftes Terrain, denn sie betreffen die zentralen Fragen, wer über Ressourcen verfügen kann, wie die

Verwaltung dieser organisiert und Entscheidungen getroffen werden. Diese Problemstellungen sind damit untrennbar mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden und verweisen auf die zentrale und immer aktuelle Frage: Wie wollen wir leben?

Werden Begriffe wie Allmende und Commons meist historisch allein auf den Agrarbereich bezogen, so lassen sich in der Entwicklung des Kapitalismus weitere Bereiche der Einhegungen und der inneren⁶ und äußeren Landnahme feststellen. Damit entstehen neue Konfliktfelder. Dieser sich intensivierende Versuch des Eindringens von Kapitallogiken in immer mehr Lebensbereiche bringt auch neue Widerstandsformen hervor und damit neue Formen des Commoning, die sich der scheinbaren Alternativlosigkeit von Kapital- und Eigentumslogiken entgegensetzen.

Ein Feld, in dem diese zwei gesellschaftlichen Ansätze aktuell deutlich aufeinandertreffen, ist etwa der Umgang mit Information und Wissen – Stichwort „geistiges Eigentum“ – und (wieder verstärkt) der Bereich von Ernährung und Landwirtschaft (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 65-91).

Die Logik der Commons als Antithese zur kapitalistischen Vergesellschaftung⁷

Um die Möglichkeiten der Praxis des Commoning auszuloten und Alternativen/ Transformationsperspektiven zu bieten, macht es Sinn, theoretisch zu ergründen, inwiefern sich die Logiken des Commoning und des Kapitalismus unterscheiden.

Hilfreich sind für eine solche Aufschlüsselung der Kernmerkmale des gesellschaftlichen Zusammenhangs im Kapitalismus Einsichten neomarxistischer Gesellschaftskritik.

Die kapitalistische Produktionsweise ist charakterisiert durch Privateigentum an Produktionsmitteln, Lohnarbeit, Privatproduktion, Warentausch und Konkurrenz. Dies führt dazu, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhang „hinter dem Rücken“ der Gesellschaftsmitglieder über den profitgeleiteten Warentausch auf dem anonymen Markt herstellt. Denn Ausgangspunkt des

6 In Anlehnung an Rosa Luxemburgs Begriff der Landnahme, mit dem sie den expansiven Charakter des Kapitalismus mit Blick auf den kolonialen Imperialismus beschreibt, bezeichnet der Begriff der inneren Landnahme Prozesse der Inwertsetzung und Produktivmachung des „ganzen Menschen“. Der eigene Körper (in Form von Zellen, DNA, etc.), die Kreativität, das Wissen, die Emotionalität und die Lebenszeit werden vollständiger und intensiver dem Arbeitsregime unterworfen (vgl. Graefe 2005).

7 Auf die Instrumentalisierung von Commons zur Bewältigung der Krisen(-lasten) wurde schon kurz eingegangen. Hinzuzufügen ist auf abstrakter Analyseebene die Erkenntnis, dass der Kapitalismus sich nicht selbst auf der Grundlage der Warenproduktion reproduzieren kann, sondern Bereiche braucht, die nicht-kapitalistisch, also durchaus auch in Form von Commons, organisiert sind. Dies verdeutlicht nochmal die Widersprüchlichkeit von Commons und begründet, warum auch Anhänger_innen der Marktwirtschaft eine marktformige Gestaltung aller Lebensbereiche durchaus kritisch sehen und die Wichtigkeit von Commons betonen.

Zusammenlebens ist eben nicht die direkte Kommunikation zwischen Menschen, die Bedürfnisse abklären und davon ausgehend Güter produzieren und gesellschaftliche Strukturen bzw. Institutionen schaffen, die das Zusammenleben vereinfachen.

Ziel der Produktion im Kapitalismus ist einzig und allein aus Geld mehr Geld zu machen, sprich Profit, und nicht die Bedürfnisbefriedigung.⁸

Je stärker die kapitalistische Produktionsweise alle Lebensbereiche durchzieht und bestimmt, desto mehr zwingt sie uns ein bestimmtes Verhalten auf: den Zwang die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, sich in Konkurrenz zu anderen Menschen zu stellen etc. Obwohl wir die gesellschaftlichen Strukturen ja geschaffen haben und sie jeden Tag reproduzieren, entziehen sie sich unserer Kontrolle. Der Selbstbestimmung der eigenen Lebensbedingungen außerhalb dieser Logik sind damit enge Grenzen gesetzt.

Gesellschaft ist im Kapitalismus „nicht direkt, kollektiv und bewusst herstellbar“ (Hirsch 1994: 163). Dies betrifft auch die politische Gemeinschaftlichkeit, die sich im Staat in einer spezifischen sozialen Form – als den Individuen äußerlicher Zwangszusammenhang – ausdrückt und materialisiert, und durch diese Form eine kapitalistische Produktionsweise reproduziert, stützt und überhaupt erst möglich macht (vgl. ebd.: 208). Charakteristisch für den Kapitalismus ist eine Sphärentrennung von Politik und Ökonomie. Während für die politische Sphäre formelle, repräsentativ-demokratische Mechanismen geschaffen wurden, tritt in der Sphäre der Ökonomie demokratische Mitbestimmung hinter die Freiheit der Unternehmer_innen zurück. Nicht jene, die die Güter produzieren und einen großen Teil ihres Lebens damit verbringen, bestimmen wie und was hergestellt wird, sondern die Person, die sie einstellt und natürlich auch wieder auf die Straße setzen kann.

Das soziale Verhältnis der Konkurrenz, in dem sich die Menschen im Kapitalismus befinden, führt zu einem wechselseitigen „Ausschluss der Menschen von den Mitteln für ein gutes Leben“ (Exner/Kratzwald 2012: 15).

Als eine zentrale Dimension unserer Gesellschaftsordnung benennt Stefan Meretz damit die „strukturelle Exklusion“: „Beide Aspekte, strukturelle Vereinzelung und Exklusion, durchziehen wie ein feines Gespinnst unser Handeln, Denken und Fühlen. Sie bestimmen die Normalität des Alltags.“ (Meretz 2012b: 61)

Die Logik der Commons beschreibt Meretz als Gegenentwurf und analog zu konstanten Prozessen der Exklusion im Kapitalismus als „strukturelle Inklus-

⁸ Aufgrund fehlender gemeinsamer Verständigung ist die Produktion notwendigerweise spekulativ, da ja nie sicher ist, ob diese Produkte wirklich Abnehmer_innen finden. Diese Logiken führen zwangsläufig zu Spekulationsblasen, etwa besonders deutlich in den letzten Jahren im Immobiliensektor (siehe auch den Artikel „Disjunktive Raumproduktion“ im vorliegenden Band).

sion“ – Kooperation ersetzt Konkurrenz. An die Stelle indirekter und über Ware und Tausch vermittelter Beziehungen treten jetzt direkte Kommunikation und Interaktion und ein gemeinsamer Aushandlungsprozess, der als zentralen Ausgangs- und Zielpunkt Bedürfnisse von Menschen fokussiert. Denn die Commons entstehen ja gerade deshalb, weil sich Menschen ihre eigenen Lebens- und Reproduktionsbedingungen wieder aneignen und kollektiv Verantwortung übernehmen wollen für eine (materielle oder immaterielle) Ressource. Bei dieser Suche nach gesellschaftlicher Selbstorganisation ist der zentrale Punkt, andere soziale Beziehungen, einen anderen gesellschaftlichen Zusammenhang zu schaffen. Damit wird eine Form der Mitbestimmung ermöglicht, die weit über jene einer parlamentarischen Demokratie hinausweist. Gesellschaftliche Selbstorganisation bedeutet damit auch die Sphärentrennung zwischen Politik und Ökonomie aufzuheben. Was und wie produziert wird, entscheiden jene, die produzieren – in Absprache mit jenen, die die Güter nutzen.

Der Bezug auf Commons weist so einen notwendig kritischen Bezug auf den Staat auf, der nicht mehr als Garant für demokratische Mitbestimmung und sozialen Ausgleich gesehen wird. Vielmehr tritt die Einsicht in den Vordergrund, die Dinge selber organisieren und in die Hand nehmen zu müssen, damit die eigenen Bedürfnisse befriedigt werden können.

Freilich ist der Grad zwischen emanzipatorischer Selbstorganisation und -bestimmung und neoliberalen Governance-Strukturen, die staatliche Verantwortungsbereiche und Lasten an die Selbstregulationsfähigkeiten des Individuums verweisen, äußerst dünn.

Genauso können Commons in seit Jahrhunderten bestehende patriarchale Strukturen eingebettet sein oder sich gegen alles „Fremde“ hermetisch abschotten.

Damit wird deutlich, dass Commons keine Inseln der Seligen sind, sondern als „Halbinseln gegen den Strom“ (Friederike Habermann) mitten in den Widersprüchen und Konflikten stehen und nicht selten in ihrer Praxis Hierarchien und Herrschaftsstrukturen reproduzieren. Ebendies sind die Widersprüche, die es stetig zu bearbeiten gilt.

Die Organisation von Commons bedeutet also das ständige Mitdenken von Herrschaftsverhältnissen und Machtpositionen und macht damit eine ständige Reflexion unumgänglich. Eine Kritik an patriarchalen Strukturen und ein Wissen um die enge Verknüpfung von Kapitalismus und Patriarchat ist in diesem Kontext unabdingbar. Ohne eine Reflexion von Unterdrückungsstrukturen, unserer eigenen Sozialisierungen und verschiedener gesellschaftlicher Positionierungen lassen sich neue soziale Beziehungen kaum realisieren. Einen Schutz davor, Herrschaftsstrukturen zu reproduzieren, bieten Commons *per se* nicht. Jedoch kann die andere Struktur und Logik von Commons hilfreich und sogar Bedingung dafür sein, sich anders aufeinander zu beziehen.

Ergebnis dieser theoretischen Diskussion für die Praxis müsste die Forderung sein, jene Commons zu fördern, die die Macht der Commoners stärken, ihnen also die Möglichkeit geben, sich mindestens zu Teilen den Zwängen des Kapitals, wie etwa der Lohnarbeit, zu entziehen und sich ihnen zu widersetzen. Mit dieser partiellen Unabhängigkeit kann Zeit und Energie freigeschaufelt werden, um das Hier und Jetzt anders zu gestalten und damit einen Ausblick zu ermöglichen auf Alternativen und Perspektiven für eine nicht-kapitalistische Produktionsweise und Vergesellschaftung. Idealerweise können Commons so ein Einstiegspunkt für soziale Veränderungen sein, gerade durch ihre Stärke, dass sie erlebbar und erfahrbar sind.

Besonders wirksam werden Commons, wenn sie Bereiche übernehmen, die grundlegende Elemente des Lebens produzieren. Können sie mit einer anderen Logik Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen, vermindern sie den (individuellen) Bedarf an finanziellen Mitteln und damit den Verwertungszwang. Indem sie an konkrete Alltagsprobleme andocken, bilden sie strategisch wichtige Alternativen.

Ein wichtiges Feld ist hier der Bereich, wo gelebt und gearbeitet/getan wird und dies nicht nur, weil es schon für viele zur Regel geworden ist, allein für Wohnraum fünfzig Prozent des monatlichen Geldes in Miete zu stecken, sondern auch, weil hier ein erfolgversprechender Anknüpfungspunkt liegt, der Einstiegspunkt für Transformationsprozesse bieten kann.

Warum kann dieser Bereich eine besondere Hebelwirkung entfalten?

Leerstand als Urban Common – Lebensräume commonisieren

Die zentrale Frage bei der Diskussion von möglichen Einstiegspunkten für Transformationsprozesse ist: „Wo und wie ist anzusetzen innerhalb der vorgefundenen und zunächst die gesamte Reproduktion beherrschenden kapitalistischen Vergesellschaftungsform, um in diese sozusagen von innen eine Bresche zu schlagen und aus ihr herauszukommen, erste Schritte zu tun, einen formulierbaren Anfang der sozialen Emanzipation zu setzen?“ (Kurz 1997) Robert Kurz sieht diese Einstiegspunkte in den Bereichen, wo die Produktion in die Konsumtion übergeht, also bei der Ebene der Grundbedürfnisse, „denn nur an diesen Endpunkten ist die Konstitution eines sozialen Raums der Kooperation möglich, deren Tätigkeiten nicht wieder auf den Markt zurückführen, sondern in ihren Resultaten von den Beteiligten selber konsumiert werden.“ (ebd.)

Diese Beschreibung trifft so auch auf leerstehende Räume zu, dessen Nutzung den Beteiligten und Interessierten zur Bedürfnisbefriedigung dient und nicht einer kommerziellen Produktion für den Markt. Dabei spielt es erstmals keine Rolle, ob der Leerstand in der Hand der Stadt bzw. städtischer Unternehmen oder von Privateigentümer_innen ist, ein ganzes Wohnhaus oder ein Erdgeschosslokal. Leerstand ist auch deshalb reizvoll zu commonisieren, weil der besagte

Raum der Kooperation auch häufig einen realen physischen Raum braucht, um Menschen zusammenzuführen und ein gemeinsames Tun zu ermöglichen. Außerdem braucht dieses Vorhaben Zeit, damit das Tun nicht allein auf Effektivität, Produktivität und Verwertungsmöglichkeiten ausgerichtet werden muss, sondern Raum für Fragen und Experimente da ist, Hierarchien, Rollenmuster und Sozialisierungen verlernt werden können. Denn unter Zeitdruck machen wir meist all dies, was wir gewohnt sind: Die Gefahr ist dann groß, dass Frauen* wieder unsichtbare Reproduktionsarbeit übernehmen und Männer* sichtbare Arbeiten verrichten. Die Möglichkeit der Commons, die gesellschaftlich notwendige Arbeit neu zu organisieren, wird damit vergeben.

(Miet-)Kosten verringern Zeit und erschweren eine völlig andere Strukturierung und Aufladung des Raumes und der Arbeit/des Tuns. Das angestrebte Freischaufeln von Zeit und Energie durch solche Projekte verkehrt sich dann häufig ins Gegenteil.

Die Nutzung von Leerstand kann eben dort einhaken und diesen Möglichkeitsraum schaffen, wenn sie als Mindestforderung hat, nur die Betriebskosten zu bezahlen.

Diese Forderung ist bei (längerem) Leerstand leichter durchzusetzen als bei durchgängig vermieteten Objekten.

Da kollektive soziale Prozesse Zeit brauchen und Commons kaum in Prekarität und Zwischenzeiten wachsen können, muss die Nutzung von Leerstand mit langfristiger Planungssicherheit verbunden sein.

Dem läuft der Fokus auf Zwischennutzungen von Seiten städtischer Politik eindeutig entgegen.

Dies muss nicht unbedingt heißen, dass Zwischennutzungen von vornherein ausgeschlossen werden müssen. Zentral sollte aber sein, dass eine Einbindung in bestehende lokale Strukturen angestrebt und diese gestärkt werden. Greift ein Projekt historische, politische und soziale Gegebenheiten vor Ort auf und kann damit an Bedürfnisse einer Nachbar_innenschaft direkt anknüpfen, kann es auch in sehr kurzer Zeit zu einem wichtigen Anlaufpunkt werden, der wichtige (Organisations-)Prozesse einleitet. In diesem Zusammenhang wäre es auch spannend zu reflektieren, inwieweit es nicht Sinn macht, die Zwischennutzung von vornherein selbstbestimmt zu verlängern und durch eine nachfolgende Besetzung den Raum weiterhin zu öffnen, um so das Problem von Zwischennutzungen und der mit ihnen einhergehenden Prekarisierung des Lebens zu problematisieren und zu politisieren. Dazu braucht es jedoch gegenseitiges Vertrauen und einen gemeinsamen politischen Willen, der sich bestimmt nicht in ein paar Monaten ergibt, sondern erst durch viel Zuhören und langsame Annäherungsprozesse.

Leerstand in der Form von Commons zu nutzen hat weitere Vorteile, denn Commons sind mehr als nur Ressourcen, die bestimmte (materielle)

Bedürfnisse abdecken können. Die soziale Komponente ist untrennbar mit ihnen verwoben: Commons sind Orte des Zusammenkommens und des Austauschs über Alltag, Probleme und Lösungsmöglichkeiten.

„Die Aufhebung des isolierten Lebens im Privathaushalt ist Vorbedingung sowohl der Befriedigung unserer grundlegendsten Bedürfnisse als auch der Ausweitung der Macht, über die wir in den Auseinandersetzungen mit Arbeitgeber_innen und dem Staat verfügen.“ (Federici 2012: 103)

Commons sind damit prädestinierte Orte, an denen gemeinsamer Widerstand gegen alltägliche Zumutungen entstehen und sich organisieren kann. Solche Orte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter verdrängt worden: In Folge des Massenkonsums wurden Reproduktionsarbeiten und das Alltagsleben in die Privatheit verschoben. Außerdem erschwert die Veränderung der Arbeitsgesellschaft die langfristige Organisation einer großen Anzahl an Menschen, wie dies etwa in Fabriken potentiell möglich war.

Der öffentliche Raum ist zunehmend sowohl von Prozessen der Privatisierung und Kommerzialisierung betroffen als auch von Prozessen der Verstaatlichung, was sich in einer zunehmenden Überwachung und repressiven, ausschließenden Regulierungen ausdrückt, einer „revanchistischen Stadtpolitik“ (Neil Smith).

Um Organisationsprozesse zu ermöglichen, braucht es also neue Orte des Zusammenkommens und des Austauschs. Hierbei spielen der konkrete Lebensort und die Nachbar_innenschaft eine besondere Bedeutung (vgl. Kiczka 2012: 44).

Viele Orte, etwa soziale/autonome Zentren, die einen solchen Raum schaffen wollen, scheitern meist daran, wenig Offenheit zuzulassen bzw. zulassen zu können. Damit wird die Möglichkeit der Verbreiterung und des Zusammenkommens von verschiedensten Menschen erschwert.

Manchmal scheinen sie mehr „Oasen zum Schutz alternativer Lebensstile“ (Mayer 2011: 68) als Sprungbretter der Transformation. Ohne Zweifel sind auch diese Orte wichtig und notwendig, als Schutzorte und Freiräume, in denen politische Sozialisierung und Radikalisierung sowie Prozesse der Ermächtigung stattfinden.

Viele dieser Räume haben aber einen starken identitätspolitischen Kern und schaffen damit meist klare Grenzen des Ein- und Ausschlusses, die sich auf kulturelle Codes und einen notwendigen Habitus beziehen.

Diese Grenze verhindert, dass sie größer werden, solange das Außen die Werte des Innen nicht akzeptiert. Nur »Bekehrung« lässt diese Commons gedeihen – angesichts der Herausforderung, inmitten der Krise eine Alternative zum Kapitalismus entwickeln zu müssen, ist das ein denkbar ungeeigneter Mechanismus. [...] Identitätspolitik wird hier zum Hindernis für die Entwicklung neuer emanzipatorischer Identitäten durch Commoning. (de Angelis 2012: 234)

Der Bezug auf gemeinsamen Wohn- und Lebensraum und nicht auf eine schon von vornherein feststehende politische Ideologie oder kulturelle Vorliebe kann jedoch Menschen zusammenbringen, die sonst kaum aufeinander treffen würden.

Es besteht hier aufgrund des gemeinsamen Lebensortes eine ähnliche Erfahrung, bei aller Differenz aufgrund verschiedener gesellschaftlicher Positionen. Verbindend kann der gemeinsame Ärger mit dem_der Vermieter_in wirken, aber auch die Forderung nach der Nutzung eines bestimmten Raumes, der leer steht.

Das konkrete Problem führt zu abstrakten Logiken, die im konkreten und gemeinsamen Tun und Diskutieren immer mehr und möglicherweise für viele auch besser und klarer durchblickt werden können als durch das Lesen von dicken Theoriewälzern.

Commons können so auch als „eine mit anderen geteilte Wahrnehmung unserer Realität“ (Mattei 2012: 78) begriffen werden.

Diese neu geschaffenen Commons-Räume werden Räume, wo sich Menschen begegnen und diskutieren. Sie schaffen einen gemeinsamen, räumlichen Bezugspunkt und können Ausgangspunkt für neue Netzwerke sein, in denen eine solidarische Alltagspraxis, ausgehend von dem Wissen um gemeinsame Bedürfnisse und Probleme, entwickelt werden kann.

Sie können Experimentierlabore sein, um andere Formen von sozialen Beziehungen zu entwickeln, andere Formen zu erlernen mit Besitz/Eigentum und Ressourcen umzugehen. Es können wichtige Erfahrungen gesammelt und gleichzeitig die notwendigen Fähigkeiten entwickelt werden, um weitergehend tätig zu werden, hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufhebung des warenproduzierenden Systems.

Die Commons-Perspektive und das Recht auf Stadt

Commons können nicht alleine und isoliert überleben. Von innen und außen sind sie mit Konflikten und Widersprüchen konfrontiert. Um mit grundlegenden Logiken der kapitalistischen Gesellschaft zu brechen und eine wirkliche Alternative und Perspektive zu erschaffen, müssen sich die Commons-Projekte als Teil von sozialen Kämpfen verorten und mit ihnen in Beziehung treten.

Recht auf Stadt // Der kämpferische Slogan „Recht auf Stadt“ geht auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre zurück, der ihn als einen Aufschrei und als eine Forderung sieht. Der Aufschrei kommt von den Stadtbewohner_innen, die direkt unterdrückt, marginalisiert, recht- und mittellos leben, während die Forderung von all jenen mitgetragen werden kann, die der kapitalistischen Stadtentwicklung entfremdet oder unzufrieden entgegenstehen. Das Recht auf Stadt ist ein Banner, unter dem sich unterschiedliche Gruppen in ihrem Kampf um die Stadt zusammenfinden können und der viele verschiedene Rechte umfasst: Das Recht auf Stadt beschränkt sich nicht nur auf bestimmte Nutzungen urbaner Räume, sondern verlangt den Zugang zu politischen Debatten über zukünftige Entwicklungen. Zum Beispiel geht es um leistbaren Wohnraum, nicht-kommerzielle Freiräume, die Vergesellschaftung von Immobilien und das Recht auf verschiedene Wohnformen.

Leerstand als Urban Commons zu sehen bedeutet, zu fordern, dass die Räume von denen verwaltet werden, die sie nutzen. Die Stadtbewohner_innen müssen die Möglichkeiten haben, die Stadt nach ihrem Bild, nach ihren Bedürfnissen und Wünschen aufzubauen.

Damit zeigt sich die inhaltliche Nähe dieser Perspektive von Leerstandsnutzung mit der Kampagne „Recht auf Stadt“. Bei dem Recht auf Stadt geht es weniger um ein Recht auf die schon existierende Stadt, sondern vielmehr um die Möglichkeit, etwas gänzlich Neues zu schaffen: Eine Stadt, die nicht nach dem Bild der Eliten geformt ist, sondern nach den vielfältigen Vorstellungen ihrer Nutzer_innen (vgl. Harvey 2013: 239f.). In diesem Kontext könnte die Forderung nach und Perspektive auf Commons sinnvoll eingebettet und mit anderen Kämpfen verknüpft werden. Urban Commons könnten so als (im)materielle Infrastruktur für ein Recht auf Stadt gesehen werden. Sie wären wichtige Ausgangspunkte für soziale Kämpfe, die das Ziel haben, die Commons-Formen und -Logiken zu verallgemeinern und eine Stadt für alle zu schaffen.

Das Verständnis von Leerstand als Urban Commons kann diesen Grundgedanken einer „Stadtgestaltung von unten“ befördern und bietet so ein transformatives Potential.

Kämpfe für Raum und Zeit brauchen einen gemeinsamen Verständigungsprozess. Die Perspektive, Leerstand als Urban Common zu deuten und sie in diesem Sinne zu beanspruchen, ist ein Vorschlag für einen gemeinsamen Orientierungsrahmen. Ob er hilft, motiviert und gemeinsame Kämpfe und Diskussionen befördert, wird sich zeigen.

Es wird viele Fragen zu beantworten gelten: Wie können die einzelnen Commons-Projekte zusammengeführt werden, sodass nicht nur Nischen entstehen, sondern Strukturen, die tragfähig und verlässlich genug sind, um eine andere gesellschaftliche Organisation jenseits von Staatlichkeit und Kapitalismus zu ermöglichen?

Hiermit wird das Maßstabsproblem angesprochen: Eine Organisation, die auf lokaler Ebene und mit einer begrenzten Anzahl von Menschen funktioniert, tut dies nicht automatisch auf einer größeren Ebene. Wie die kom-

Das Recht auf Stadt ist also kein individuelles Recht auf die Benutzung des öffentlichen Raums, sondern ein kollektives Recht auf eine andere Stadtgesellschaft – oder in Lefebvres Worten: „To the extent that the contours of the future city can be outlined, it [the right to the city] could be defined by imagining the reversal of the current situation, by pushing to its limits the converted image of the world upside down.“ (Lefebvre 1967: 172)

Auch in Wien gibt es Bemühungen, ein Recht auf Stadt Netzwerk aufzubauen: www.rechtaufstadt.at
Zum Weiterlesen:

Lefebvre, Henri (1996) [1967]: The Right to the City. In: Kofman, Eleonore/ Lebas, Elizabeth (Hg.): Writings on Cities. London: Blackwell, S. 63-184.

Marcuse, Peter (2009): „From critical urban theory to the right to the city“. In: City. 13: 2-3, S.185-197.

plexe Koordination gesellschaftlicher Prozesse stattfinden kann, ohne Hierarchien und Ungleichheiten zu reproduzieren oder noch stärker als jetzt auszubilden, bleibt eine Frage, die häufig umgangen wird, aber von zentraler Bedeutung ist.⁹ Die Frage der gesamtgesellschaftlichen Organisation müsste jenseits eines „Fetischismus der organisatorischen Form“ (Harvey 2013: 219) undogmatisch diskutiert werden, anstatt sich aufgrund des unklaren Weges auf die übersichtliche lokale Scholle zurückzuziehen.

Dabei müsste auch die Frage gestellt werden, ob und wie eine institutionelle bzw. rechtliche Verankerung der Commons-Form als Steigbügelhalter und Instrument zur Verallgemeinerung nötig ist (siehe den Artikel „Über Leerstand zu einer anderen Stadt?“ im vorliegenden Band).

Eine sehr praktische Frage ist weiterhin, wie konkrete Wege aussehen, die die Trennung zwischen politischem Aktivismus und der Reproduktion des Alltagslebens aufheben. Zur Diskussion stehen also mögliche Bausteine für eine Radikalisierung und Commonisierung des Alltagslebens.¹⁰

Diese Fragen und Diskussionen schaffen eine gemeinsame Wissensbasis und bilden damit selber ein Commons – ein Commons, das eine wichtige Hilfe im alltäglichen Handgemenge bieten kann.

⁹ Als Diskussionsgrundlagen können etwa Ostrows System der „polyzentrischen Steuerung“ dienen oder das Konzept der „Föderation libertärer Kommunen“ des Anarchisten Murray Bookchin.

¹⁰ Solche Bausteine könnten etwa gemeinsame Essensbesorgung und -Zubereitung sein (Volküchen, Containerkooperativen, Brotaufstrich-Kollektive), Gemeinsame Ökonomien, Nutzer_innengemeinschaften und Hausprojekte. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt...

Referenzen

Baier, Andrea/ Müller, Christa/ Werner, Karin (2013): Stadt der Commonisten: Neue Räume des Do-it-yourself. Bielefeld: Transcript.

de Angelis, Massimo (2012): „Krise Kapital und Vereinnahmung – braucht das Kapital die Commons?“ In: Helfrich, Silke; Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript, S. 227-235.

Exner, Andreas/ Kratzwald, Brigitte (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. Wien: Mandelbaum Verlag.

Federici, Silvia (2012): „Der Feminismus und die Politik der Commons“. In: Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: Edition Assemblage, S. 87-105.

Federici, Silvia (2013): „Caliban und die Hexe. Interview mit Ralf Ruckus“. In: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte. Nr. 46, S. 7-19.

Füllner, Jonas/ Templin, David (2011): „Stadtplanung von Unten. Die ‘Recht auf Stadt Bewegung’ in Hamburg“. In: Holm, Andrej/ Gebhardt, Dirk (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag.

Graefe, Stefanie (2005): „innere und äußere landnahme“. In: ak – analyse und kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis. Nr. 493.

Harvey, David (2013): Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Helfrich, Silke/ Bollier, David (2012): „Commons als transformative Kraft. Zur Einführung“. In: Helfrich, Silke; Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript, S. 15-23.

Hirsch, Joachim (1994): „Politische Form, politische Institutionen und Staat“. In: Esser, Josef/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg: VSA Verlag, S. 157-211.

Jessop, Bob (1998): „The narrative of enterprise and the enterprise of narrative: Place marketing and the entrepreneurial city“. In: Hall, Tim/ Hubbard, Phil (Hg.): The Entrepreneurial City. Geographie of Politics, Regime and Representation. Chichester: John Wiley&Sons, S. 77-99.

Kiczka, Raphael (2012): Die Erfahrungen und Transformationsprozesse der Asambleas in Buenos Aires 2001-2011. Grenzen und Schwierigkeiten der Verfestigung einer widerständigen Territorialisierung. Universität Wien: Masterarbeit.

Kurz, Robert (1997): „Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des „Marxismus“.“
http://www.linke-buecher.de/texte/streifzuege/r-kurz_antioekonomie-und-antipolitik_krisis19_1997.htm [abgerufen am: 30.8.2013]

Linebaugh, Peter (2009): The Magna Carta Manifesto. Liberties and Commons for all. Berkeley: University of California Press.

Linebaugh, Peter (2012): „Commons: Von Grund auf eingeeht“. In: Helfrich, Silke; Heinrich-

Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript, S. 145-157.

[MEW 23] Marx, Karl/ Engels, Friedrich (1968): „Das Kapital“. In: Werke. Band 23, Bd. I, siebter Abschnitt. Berlin/DDR: Dietz Verlag, S. 741-791.

Mattei, Ugo (2012): „Eine kurze Phänomenologie der Commons“. In: Helfrich, Silke; Heinrich-Böll -Stiftung (Hg.), Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript, S. 70-78.

Meretz, Stefan (2012a): „Die doppelten Commons“. In: Streifzüge.
<http://www.streifzuege.org/2012/13122> [abgerufen am: 30.8.2013]

Meretz, Stefan (2012b): „Ubuntu-Philosophie. Die strukturelle Gemeinschaftlichkeit der Commons“. In: Helfrich, Silke; Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript, S. 58-65.

Peck, Jamie/ Tickell, Adam (2002): „Chapter 2.“. In: Brenner, Neil/ Theodore, Nik (Hg.): Spaces of Neoliberalism: Urban Restructuring in North America and Western Europe. Malden, MA: Oxford's Blackwell Press.



NUTZEN STATT BESITZEN: KO.SY.

AUFBAU VON STRUKTUREN, DIE MIT SELBSTVERSTÄNDLICHKEITEN BRECHEN

Ko.Sy

Der Ruf nach Land wurde in den letzten Jahren auch innerhalb Europas immer lauter. Ob Landarbeiter_innen oder junge Stadtbewohner_innen: Der Wunsch und die Notwendigkeit Land nutzen zu können – und dies mit anderen Zielen und Mitteln als die Agroindustrie – wird dringlicher.

Die Gruppe SoliLa!¹ setzte 2012 und 2013 diesen Wunsch in Wien in die Tat um: Brachliegendes Land wurde über ein paar Wochen besetzt, um es kollektiv und solidarisch zu bewirtschaften. Diese Versuche wurden auf Betreiben der Eigentümer_innen teils mit Gewalt geräumt, die gepflanzte Vielfalt vernichtet. Ausgleichsflächen zu annehmbaren Konditionen wollte die Stadt nicht zur Verfügung stellen. Damit wurde deutlich, dass sowohl Eigentümer_innen als auch die politisch Verantwortlichen und Magistrate vor allem eine Perspektive vertreten: An dem Status quo der Eigentumsordnung und der Nutzungsweise von Land soll nicht gerüttelt werden.

Genau dieses Ziel verfolgt jedoch auch das Projekt „Ko.Sy – für die nicht-kommerzielle Zurverfügungstellung von Ressourcen für eine kollektive und emanzipatorische Nutzung“². Als Strategie wählt das Projekt dafür allerdings nicht Besetzungen, sondern einerseits das Annehmen von Schenkungen und andererseits den „Freikauf“ von Grund, Boden und Immobilien. Land und Leben sollen bewusst den marktwirtschaftlichen Verwertungslogiken entzogen, Eigentum und Nutzung entkoppelt werden. Ko.Sy bietet dazu die organisatorische Infrastruktur: Sie hält die Eigentumstitel, aber stellt die Ressourcen nicht-kommerziell Gruppen zur Verfügung, die sie nutzen wollen.

Dieser Weg ist ein Vorschlag, im Hier und Jetzt Transformationen anzustoßen. Der Bruch mit grundlegenden Pfeilern kapitalistischer Vergesellschaftung und Raumnahme – also mit unhinterfragten Selbstverständlichkeiten, die unser Leben bestimmen – steht dabei im Mittelpunkt.

Nicht nur in der Stadt spitzen sich die Konflikte zu. Die Entwicklungen auf dem Land zeigen sehr deutlich, dass ein Bruch mit den herrschenden Verhältnissen notwendig ist. Viele verlassen das Land, um in der Stadt Arbeit zu finden, da die Landwirtschaft im kleinen Stil nicht mit den großen Agrarindustrien am Markt konkurrieren kann. Dadurch verfallen viele Höfe und stehen leer. Anders jedoch als in den Städten, wo sich das Thema Leerstand

1 Siehe <http://solila.blogspot.eu/>

2 Siehe <http://zugangzuland.noblogs.org/>

viel um das Problem der fehlenden rechtlichen Rahmenbedingungen dreht, die etwa spekulatives „Leerstehen-Lassen“ unattraktiver gestalten könnten, läuft der Prozess der Bodenverteilung hier seit über dreißig Jahren unter dem Credo des „Wachsen oder Weichen“. Dadurch werden spezifische Probleme und eine spezielle Form von Leerstand am Land hervorgebracht: Großbäuer_innen bzw. Konzerne kaufen die bewirtschaftbaren Flächen auf. Die übrigbleibenden leerstehenden Höfe ohne Grund und Boden sind fortan für eine Bewirtschaftung gänzlich ungeeignet.

Der Verkauf der Grundstücke an die umliegenden Großbäuer_innen und der Verfall der Wohnstätten liegen auch darin begründet, dass in der Familie kein_e Nachfolger_in gefunden wird. In Österreich – anders als beispielsweise in Frankreich und mittlerweile teilweise auch Deutschland – ist die Entwicklung zu außerfamiliären Hofübergaben noch nicht sehr weit gediehen und das Vertrauen in Neueinsteiger_innen meist wohl noch nicht groß genug, um die traditionelle intrafamiliäre Erbfolge durchbrechen zu können.

Ähnlich wie etwa in Wien, wo sich die Stadtverwaltung durchaus mit Leerstand beschäftigt, es jedoch keine Verknüpfung verschiedenen Wissens darum gibt (vgl. Hirschmann/Kiczka 2012), fehlt es in Österreich an einem Netzwerk, das Hof-Suchende und Hof-Gebende zusammenführt³.

Alternative Strategien sind notwendig, um den Entwicklungen entgegenzuwirken, Leerstand sinnvoll zu beleben und neue gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln.

Diesen Weg versucht Ko.Sy zu gehen, indem es eine (Träger-)Struktur zur Entkoppelung von Nutzung und Eigentum schafft, mit der Höfe und Häuser nicht nur weiter betrieben werden können, sondern die auch kollektive Strukturen, Lebensformen und soziale Beziehungen fördert und ein Jenseits kapitalistischer Zwänge und Logiken vorstellbar und erlebbar macht.

Konzept und Ziele von Ko.Sy

Im September 2010 trafen sich an die fünfzig Menschen zum Hofkollektive-Treffen am Wieserhoisl in Deutschlandsberg/Steiermark⁴. Vier Tage lang wurde viel diskutiert und wurden neue Ideen gesponnen. Eine der Initiativen, die dort ihren Ursprung hat, ist Ko.Sy.

Während der letzten drei Jahre entwickelte sich das Ko.Sy-Konzept langsam aber stetig weiter. Der Verein ist gegründet, das Konstrukt fertig gezimmert – was aber nicht bedeutet, dass der Prozess ein für alle mal abgeschlossen ist. Im Gegenteil: Wir sind offen dafür, das Ko.Sy-Konzept stetig weiter zu entwickeln und immer wieder neu zu diskutieren und stehen vor allem vor

³ Ein erfolgreiches Beispiel ist hier die Internetplattform „Hofgründer“ der Zukunftsstiftung Landwirtschaft in Deutschland. Diese bietet vielfältigste Informationen zum Thema Hofübergabe.

⁴ Siehe <http://www.wieserhoisl.at/>

der Herausforderung, das bisher Ausgedachte in der Praxis (er)lebbar zu machen. Bei der Gründung des Trägervereins waren drei Hofkollektive involviert.

Sollte ein Hof nicht durch Schenkung, sondern Kauf an den Trägerverein gehen, so sind die Hofkollektive für die Finanzierung dieses Hofes selbst verantwortlich. Der Trägerverein dient also nicht als Finanzierungsquelle, sondern als Netzwerk und Überbau.

Im Grundbuch wird der Trägerverein eingetragen. Dieser gibt die einzelnen Höfe auf der formellen Grundlage einer Nutzungsübereinkunft wiederum an die jeweiligen Nutzungsvereine, die ihre Projektinhalte und Zielvorstellungen eigenständig definieren, aber gemeinsam reflektieren und sich im Idealfall in den Prozessen unterstützen.

Die Ziele des Trägervereins sind folgende:

- > die Trennung von Eigentum und Nutzung, damit ein Hof (oder Haus), der/das von einem Kollektiv nicht mehr genutzt wird, nicht einfach verkauft werden kann und somit wieder in den Immobilienmarkt zurückgeht, sondern anderen Nutzer_innen/Kollektiven zur Verfügung steht;
- > dauerhaftes Freispielen von Objekten, Land und Produktionsmitteln aus dem Spekulations- und Erbschaftskreislauf;
- > die langfristige Zurverfügungstellung und Schaffung von Infrastruktur wie Höfe, Häuser und Flächen für eine kollektive und emanzipatorische Nutzung;
- > die Gewährleistung eines projektübergreifenden Netzwerks, das dem Austausch und der gegenseitigen Unterstützung sowie der Beteiligung an überregionalen Entwicklungen dient, die sich unter anderem (Privat-)Eigentum kritisch gegenüberstellen (zum Beispiel durch einen Beirat von außerordentlichen Mitgliedern, der beratende und vermittelnde Tätigkeiten übernimmt);
- > gemeinsames Verlernen von Eigentumslogiken durch gemeinschaftliche Nutzung/Bewirtschaftung und theoretische Auseinandersetzungen;

Da die bisherigen gesellschaftlichen Strukturen – wie z.B. Rechtsformen – für Ideen wie diesen nicht ausgelegt sind, braucht es einiges an Kreativität und Zuversicht, um passende Rechtsformen zu finden und den ersten Schritt hin zu alternativen kollektiven Prozessen, zur Bildung von anderen Selbstverständlichkeiten, zu wagen. Ein Scheitern ist nicht ausgeschlossen oder tabuisiert, sondern wird von Anfang an mitgedacht und eingebaut, um nicht als hemmender Faktor über Allem zu schweben, sondern als Option und

Ausgangspunkt für weiteres Tun begriffen zu werden. Unter Bezugnahme auf das zapatistische Motto „fragend schreiten wir voran“ möchten wir weitgehend unerprobte Lebensformen ein Stück weit realisieren.

Auf andere Weise hat auch „Terre de Liens“⁵ diese Lücke zwischen Neueinsteiger_innen und traditionellen Bäuer_innen in vielen Fällen schließen können. Die Höfe mit Grund werden von den ehemaligen Bewirtschafter_innen an die Stiftung von Terre de Liens mittels begleitetem Prozess übergeben. Sie werden dann – mit Zustimmung aller Mitglieder, darunter auch die ehemaligen Bewirtschafter_innen – an neue Nutzer_innen verpachtet, die garantieren, diese ökologisch und im Sinne der Statuten zu bewirtschaften.

Entkopplung von Eigentum und Nutzung – der Bruch mit Selbstverständlichkeiten

Das Nutzungskollektiv, welches einen Hof nutzt, ist nicht selber Eigentümerin, sondern die Immobilien oder Flächen werden von dem Trägerverein Ko.Sy zur Verfügung gestellt. Der Verein ist so strukturiert, dass die Übertragung von Eigentumstiteln auf Privatpersonen und in der Marktlogik funktionierende Organisationsformen nicht möglich ist – sondern diesen auf Dauer entzogen bleibt. Gleichzeitig muss für die Nutzung kein entsprechendes (privates) Kapital vorhanden sein, womit der übliche Ausschluss durch geringe individuelle Kaufkraft – nur durch genügend Geld oder andere Tauschwerte kann etwas in Anspruch genommen werden – stark minimiert wird. Wenngleich beim „Freikauf“ natürlich auch kollektiv Geld beschafft werden muss.

Um sich vorstellen zu können, was das für die Lebenspraxis bedeuten könnte, folgt an dieser Stelle ein Beispiel:

Bei dem Trägerverein Ko.Sy liegt unter anderem der Eigentumstitel eines Hofes mit dreißig Hektar Ackerland, Wald und Wiesen. Dieser Hof wurde Ko.Sy geschenkt, weil die bis dahin am Hof lebenden Menschen keine Übernehmenden gefunden haben und es ihrem Wunsch entsprach, dass das Land, welches ihnen wichtig ist, weiter nachhaltig und gemeinschaftlich genutzt wird. Der Verein stellt den Hof samt Ländereien neun Menschen, die kollektiv organisiert sind, als Lebensmittelpunkt ohne Mieteinnahmen – aber mit einer Nutzungsvereinbarung – zur Verfügung. Im Nutzungskollektiv wird über die Kriterien dieser Nutzungsvereinbarung entschieden, die gemeinsam erfüllt werden sollen. [Diese könnte folgende Punkte enthalten: die Produktion von Bio-Gemüse, das nicht-kommerziell⁶ verteilt werden

⁵ <http://www.terredeliens.org/> Das Netzwerk Terre de Liens in Frankreich hat ca. zehn Höfe geschenkt bekommen und mittlerweile insgesamt über hundert Höfe in seinem Netzwerk vereint.

⁶ Nicht-kommerzielle Produktion kann bedeuten, dass das Produzierte nicht veräußert/verkauft – kurz: getauscht, sondern verschenkt/zur Verfügung gestellt wird. Oft ist der Prozess der

soll⁷, sowie die Bereitschaft auch in Konfliktfällen miteinander im Gespräch und Prozess zu bleiben. Außerdem wollen sich die Menschen im Kollektiv in kleineren Bezugsgruppen aufeinander beziehen, um nicht in kleinfamiliäre Beziehungsdynamiken zu geraten. Es sollen mindestens zwei Zimmer für Menschen zur Verfügung stehen, die illegalisiert in Österreich leben.] Die neun Menschen leben einige Jahre auf dem Hof und nutzen den Ort wie geplant für nicht-kommerzielle Produktion, die längst nicht mehr nur Gemüse umfasst. Zwei weitere Personen stoßen zu dem Kollektiv hinzu und nach der ersten gemeinsamen Erntephase wird deutlich, dass eine der beiden neuen Personen mit einer Person aus der Anfangsgruppe auf dem Hof produzieren will, um damit Geld „für die eigene Tasche“ zu machen. Daran entzündet sich ein Konflikt, in den sich Ko.Sy als Trägerstruktur beispielsweise in Form von Mediation involviert. Leider kann keine Lösung gefunden werden, die zu einem Weiterbestand des Kollektivs beiträgt.

Gemäß den sich selbst gegebenen Kriterien in der Nutzungsvereinbarung erklärt das Kollektiv das Scheitern und der Trägerverein unterstützt bei den Verabschiedungs- und Auflösungsprozessen. Alle elf Personen verlassen – wie mit dem Trägerverein für einen solchen Fall vereinbart – den Hof, der jetzt nicht zurück an den Immobilienmarkt geht, sondern anderen Menschen zur Verfügung steht. Das Spiel beginnt von Neuem: Der Hof wird einem anderen Kollektiv zur Nutzung übergeben, sodass er mit neuen Ideen belebt werden kann. Das neue Kollektiv kann an bereits erarbeitete Infrastruktur-Grundlagen anknüpfen und sich eigene Ziele für die Nutzungsvereinbarung mit Ko.Sy setzen.

Übergabeszenarien werden sicher nicht immer problemlos und konfliktfrei verlaufen. Die Übergabe des Hofes etwa an ein neues Kollektiv bedarf eines großen Vertrauens aller Beteiligten.

Entscheidende Fragen sind hierbei, wer bei Ko.Sy wie entscheidet und wie die Entscheidungsmodalitäten geändert werden können, wenn sie sich als wenig hilfreich herausstellen. Momentan treffen wir Entscheidungen mit Hilfe des fünfstufigen Konsensmodells. Wer wie zu jenem Kreis dazu stößt, der Entscheidungen trifft – also die Bildung dieses ominösen „wir“, das hier im Text auftaucht – ist noch nicht ausdiskutiert.

Auch die Frage, wie die Eigentumstitel von Höfen, Land, Häusern, Landmaschinen oder anderen Ressourcen zu Ko.Sy kommen, ist noch ungeklärt und wird sich wohl viele unterschiedliche Wege suchen.

nicht-kommerziellen Produktion auf Partizipation und Prozessorientierung ausgelegt und hat nicht (nur) das Endprodukt im Fokus. Mit dieser Art der Produktionsweise kann radikal mit der Tauschlogik gebrochen und mit anderen Formen des Umgangs experimentiert werden, da die ökonomische Verwertbarkeit nicht im Zentrum der Produktion steht.

7 Die Einnahmequellen für die notwendigen Ausgaben sind über Jobs, staatliche Sozialleistungen, Spenden etc. abgedeckt.

Aufbauen können wir auf Erfahrungen etwa von Terre de Liens in Frankreich oder der PAG – der Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit⁸ – in Deutschland. Angelehnt an diese beiden Modelle haben wir versucht, ein für uns passendes zu entwerfen.

Perspektive

Uns ist bewusst, dass – ausgehend von dem System, in dem wir gerade leben – unser Vorhaben höchst widersprüchliche Elemente in sich birgt. Wir wollen mit Ko.Sy eine niederschwellige Struktur schaffen, die es uns ermöglicht, innerhalb des bürokratischen Apparats beweglich zu sein und trotzdem Alternativen erlebbar zu machen.

Es ist vor allem ein Versuch, andere Selbstverständlichkeiten im alltäglichen Leben zu erproben und sich auf Menschen, Land und Prozesse anders zu beziehen, als wir es gelernt haben. Das bedeutet, lang erlernte Muster gemeinsam zu verlernen und neu zu gestalten, was eine große Herausforderung darstellt und nicht leicht vermittelbar ist. Dieser Herausforderung wollen wir uns gemeinsam mit anderen stellen, um gemeinsam gegen Privatisierungs- und Eigentumslogiken handeln zu können.

Wir möchten die bestehenden (Leerstands-)Lücken ein Stück weit füllen und eben Land-frei-kaufen: Land im Sinne landwirtschaftlich genutzter Flächen und Immobilien; frei von der kapitalistischen und patriarchalen Verwertungslogik; das wir nur dann kaufen, wenn wir es nicht geschenkt bekommen!

Wer mehr über den aktuellen Stand des Projekts Ko.Sy erfahren möchte, kann sich auf dem Blog informieren: <https://zugangzuland.noblogs.org/>

Referenzen

Hirschmann, Anna/ Kiczka, Raphael (2012): „Perspektive Leerstand“. In: Kulturrisse. Nr. 2/2012. <http://kulturrisse.at/ausgaben/kunst-und-kohle/kulturpolitiken/perspektive-leerstand> [abgerufen am: 25.1.2014]

⁸ Siehe <http://www.gegenseitig.de/>

“IM PROZESS SOLL ENTSTEHEN, WAS AUF DEM TÜRSCILD STEHT.“

GESPRÄCH MIT AKTIVISTINNEN* VON ZWEI FLIT-BESETZUNGEN IN WIEN

Ein feministisches Besetzerinnen*kollektiv hat im Mai und Juni 2013 für einen bzw. fünf Tage leerstehende Häuser in Wien besetzt.

Der Raum wurde ausschließlich für Frauen*, Lesben*, Inter und Transgender (FLIT) geöffnet.

Über Motivation, Ziele und Erfahrungen der aktiven Raumnahme und Leerstandsbespielung sowie über die Kritik an derzeitigen Stadt- und Raumpolitiken, sprach Raphael Kiczka mit drei Aktivistinnen*.

Was waren das Anfangsmoment und der Impulsgeber für die Besetzungen?

A: Zentral waren zwei Kritikpunkte: erstens der Zwang, an Hauseigentümer_innen Mieten zahlen zu müssen, um überhaupt wohnen zu können; und zweitens die sexistischen Verhältnisse, die in Wohnsituationen, Lebensräumen und selbsternannten „Freiräumen“ auch wiederzufinden sind. Die Anfangsidee war damit: Wir wollen besetzen, aber wir würden es gerne anders machen.

B: Es ging im Privaten los, dann ist aber eine Gruppe entstanden, die sich inhaltlich damit auseinandergesetzt hat, was unsere Unzufriedenheit bedingt und was wir gerne anders hätten. Daraus ist ein Nachdenken über Handlungsperspektiven entstanden und dadurch das Kollektiv.

C: Wir wollen einen Raum schaffen, in dem ein anderes – gemeinschaftliches und solidarisches – Zusammenleben ausprobiert werden kann.

Wie wolltet bzw. wollt ihr den Raum nutzen und bespielen?

C: In erster Linie soll Wohn- und Lebensraum entstehen, aber auch ein öffentlicher Ort geschaffen werden. Der Raum soll Platz schaffen für theoretische und politische Auseinandersetzungen. Außerdem wünschen wir uns Werkstätten, die FLIT-Personen die praktische Möglichkeit geben, voneinander und miteinander zu lernen und zu arbeiten.

B: Auch in einer linken politischen Szene oder Hausbesetzer_innenszene, in der viel Handwerkliches gemacht werden muss, werden gesellschaftliche Rollenbilder oder Hierarchien stark reproduziert. Manchmal können sie sich sogar noch viel stärker entwickeln, da sie ganz oft unhinterfragt bleiben, weil viele Räume als herrschaftsfrei gelabelt werden und

damit auch als antisexistisch und als frei von Homo-und Transphobie. Unter dieser Ebene der Selbstzuschreibung können Hierarchien sehr stark weiterwirken. Dies versuchen wir zu reflektieren, zu beleuchten, zu kritisieren. Ausgehend von diesen Reflexionsprozessen wollen wir ein Gegenkonzept entwerfen.

A: Wir waren uns einig, dass es kein Partyraum sein soll, da eine solche Raumnutzung stark auf Konsum ausgerichtet ist.

Die Besetzung ermöglichte also viele Prozesse – sie hat bewusst Raum für Nutzung geöffnet, indem sie mit der Eigentumslogik und sexistischen Normalzuständen gebrochen hat. Das wird ja häufig kaum gesehen. Gerade von Männern* werden FLIT-Besetzungen häufig nur mit ihrem Ausschluss assoziiert und nicht mit gesellschaftlichen Strukturen, die permanent ausschließen und wogegen eine FLIT-Besetzung wirken und Raum öffnen will.

B: Diese Öffnung hat zwei Ebenen: zum einen das Thema der Ressourcen – durch die Besetzung haben wir Ressourcen zur Verfügung gestellt. Der vormals ungenutzte Raum konnte nun bespielt, Ressourcen konnten außerhalb einer Leistungs- und Verwertungslogik genutzt werden. Auf der anderen Seite ist die Besetzung auch eng mit einer Kritik an Geschlechterhierarchien verbunden, die unter anderem im handwerklichen Feld sehr offensichtlich sind. Wir sind alle geschlechtsspezifisch sozialisiert und es ist keine kleine Hürde, wenn es darum geht aus den binären Geschlechterrollen von „Frau“ und „Mann“ auszubrechen. Darum wollen wir Möglichkeiten zum Ausprobieren geben, Lernprozesse ermöglichen.

Was macht diesen Raum, den ihr mit der Besetzung geschaffen habt, anders, notwendig und sinnvoll?

B: Bei vorangegangenen Besetzungen wurde der Raum ganz häufig doppelt besetzt: erstens durch die Leute, die reingehen und den Raum nehmen; aber dann auch durch eine ganz lange und sehr männer*dominierte Tradition, die den Raum gleichsam mitbesetzt hat. Es ging uns darum, durch die FLIT-Besetzung einen Freiraum im wörtlichen Sinne zu schaffen, wo Prioritäten, Identitäten und Wertesysteme auch neu in Frage gestellt und neu diskutiert werden können.

C: Mir ging es unter anderem darum, einen Raum für die Auseinandersetzung mit der eigenen weiblichen* Sozialisation zu schaffen, in dem wir uns praktisch nicht immer wieder mit Sexismus auseinandersetzen müssen – nicht immer wieder diejenigen sein müssen, die dieses Thema ansprechen, wir uns aber theoretisch damit auseinandersetzen können.



Leerstand ...zum alternativen Ort machen

A: Zur Notwendigkeit der FLIT-Besetzung: Es geht dezidiert um einen Lebensraum und nicht um ein neues Beisl oder um einen neuen Raum, wo kulturelle Aktivitäten stattfinden können, sondern um einen Lebensraum, wo auch gewohnt werden kann. Stark steigende Mieten verdeutlichen die Notwendigkeit, dass Wohnen anders organisiert werden muss.

Die Motivation FLIT-Besetzungen zu machen ist also auch aus der Erfahrung mit früheren Besetzungen und der Unzufriedenheit darüber, wie es da ablief, entstanden?

A: Viele von uns waren schon in Besetzungen involviert, aber immer wieder genervt und erschrocken darüber, wie viel Platz patriarchalem Verhalten eingeräumt wurde. Unser Schluss war nicht, dass das Konzept der Besetzung nicht funktioniert, weil sich zwangsläufig repressive, autoritäre Strukturen reproduzieren, sondern eher umgekehrt: Das Konzept funktioniert schon und gerade in diesem sehen wir Möglichkeiten, die ewig alten Unstimmigkeiten weiter aufzubrechen.

C: Besetzen als politische Praxis muss immer wieder aufs Neue gemacht werden. Besetzte Häuser werden irgendwann legalisiert und diese Praxis, dieses Statement, Besetzungen zu machen, gerät in den Hintergrund.

B: Uns geht es nicht darum „auf der Flucht zu sein“ und nur einen Schutzraum zu errichten. Wir schließen Cis-Männer¹ aus, um dadurch bei den für uns existenziellen Schwerpunkten starten zu können. Unsere Erfahrung ist es, dass sich Feministinnen*, FLIT Personen und Betroffene* von sexistischen Hierarchien immer zuvorderst an geschlechtsspezifischen Hierarchien die Zähne ausbeißen müssen. So ergibt sich eine Barriere für eine weitgreifende theoretische und praktische Systemkritik.

Eine provokante Frage zum Stichwort „Besetzung als Statement“: Die Polizei räumt schnell, auf der anderen Seite gibt es Fördertöpfe. Warum mietet ihr nicht einen Raum?

B: Beim Leerstand ist deutlich zu sehen, dass es den Raum ja eh gibt. Es geht nicht darum, dass wir auf einen Raum angewiesen sind, der verfügbar ist und gemietet werden kann, sondern dass es den ungenutzten, leerstehenden Raum gibt, den wir uns auch nehmen können. Da müssen wir nicht darum bitten.

¹ Der Ausdruck Cis-Männer bezeichnet Männer*, deren Geschlechtsidentität mit ihrem körperlichen Geschlecht übereinstimmt.



A: Zentral war auch die Kritik an Miete und Mietverhältnissen: Einen Raum zu mieten heißt, sich in eine Abhängigkeit zu begeben; die gemieteten Räume nicht so gestalten zu können, wie wir wollen; ganz abgesehen vom finanziellen Faktor, für den eigenen Lebensraum bezahlen zu müssen. Wir wollen keine Bittstellerinnen* sein und überlegen, was in einem Antrag stehen muss, damit wir möglichst eine Förderung bekommen.

B: Sich darauf einzulassen, Miete zu bezahlen und dafür konstant Förderungen zu brauchen, ist problematisch. Die Erfahrung ist, dass eine finanzielle Abhängigkeit ganz schnell zu einer politischen und auch inhaltlichen Abhängigkeit führen kann. Dadurch erhöht sich die Notwendigkeit nach kapitalistischen Regeln bzw. der Verwertungslogik zu handeln, die ursprünglich kritisiert wurde. Es ist fast unmöglich, Geld anzunehmen, aber Inhalte der Geldgeber_innen rauszuhalten.

C: Gentrifizierungsprozesse müssen gestoppt werden, aber es kann nicht darum gehen, Häuser verrotten zu lassen, damit Menschen mit geringem bis gar keinem Einkommen nicht aus ihren Wohnungen und an den Stadtrand vertrieben werden. Das Ziel muss stattdessen sein, dass allen der Raum frei und gleich zur Verfügung steht, weil es keine Mieten gibt und die Bewohner_innen einer Stadt diejenigen sind, die diese gestalten und nutzen. Deswegen sind Besetzungen auch so wichtig: Es wird sich Raum genommen, denn Wohnen darf keine Dienstleistung sein!

Die Stadt war keine Ansprechpartnerin und Adressatin von Forderungen?

A: Wir wollen nicht die Rolle der Bittstellerin* einnehmen. Wir wollen keinen schönen Antrag schreiben für irgendwen, sondern wir wollen für uns überlegen: Was wollen wir? Das wollen wir umsetzen und dort die Energie reinstecken, und nicht in das Schreiben von Förderanträgen und in die Kunst, sich gut zu präsentieren.

B: In diesem Rahmen kann unser Konzept nicht frei diskutiert werden, sondern muss dem System angepasst werden, dessen radikale Kritik ja eigentlich Ursprung der ganzen Idee war.

So eine an die Stadt gerichtete Forderung läuft ganz häufig auf eine Zwischennutzung hinaus. Zwischennutzungen sehen wir extrem kritisch. Ganz häufig hängt es mit dem Verwertungspotential zusammen, ob so eine Zwischennutzung funktioniert oder nicht. Eine herausgehobene Rolle spielen dabei Privilegien, die wir in ihrem Ursprung und ihren Strukturen kritisieren wollen.

Wo seht ihr den Zusammenhang von Privilegien und Zwischennutzung?

A: Es ist notwendig, sich für einen Zwischennutzungsvertrag gut präsentieren zu können, um zu begründen, warum mensch dieses Haus für eine gewisse Zeit haben will. Und damit geht immer einher, dann auch wieder rauszugehen. Es ist schon ein erstes Privileg sagen zu können: „Ich kann den Raum bespielen und dann wieder nach Hause gehen.“ Noch dazu braucht es Verbindungen zu einflussreichen Personen, um überhaupt mit jenen in Kontakt zu kommen, die über die Raumnutzungen entscheiden. Kritik, die mir besonders wichtig ist: Das Problem ist nicht, dass etwas leer steht, sondern warum es leer steht. Hier tut sich die Frage auf, wer mit welcher Begründung Raum nutzen kann. Dies verweist nämlich auf unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu Raum, basierend auf Privilegien und die sehr verschieden verteilten finanziellen Möglichkeiten, Miete bezahlen zu können – sprich: auf Herrschaftsstrukturen. Diese Gründe für Leerstand zeigen auf, dass – wenn Raum nach kapitalistischen Logiken organisiert wird – immer zu wenig Raum da ist, um Lebensräume in der Form zu gestalten, wie es die Personen gern hätten, die sie auch wirklich nutzen.

C: Zwischennutzungsprojekte kritisieren zentrale Probleme und Logiken nicht, Besetzungen schon. Letztere verweisen auf eine grundsätzlich andere Vorstellung von Stadt und dem Zugang zu Wohnraum. Zurzeit wird die Stadt von denen genutzt, die demokratisch legitimierte Entscheidungsgewalt haben oder jenen, die sie ökonomisch verwerten können. Aber sie ist nicht auf die Bedürfnisse von Bewohner_innen abgestimmt und ihre Bedürfnisse nach Raum zum Wohnen oder für Projekte. Leerstand zeigt dies ja sehr deutlich. Es gibt eine hohe Nachfrage, aber das Eigentumsrecht und die Interessen der Eigentümer_innen werden stärker gewichtet als die Bedürfnisse der Bewohner_innen der Stadt.

B: Um Zwischennutzungen zu realisieren, müssen Anträge und Konzepte geschrieben werden. Einem Labeling ist damit kaum auszuweichen. Es müssen Subjekte präsentiert werden, die das Projekt nutzen, die klar einordenbar sind. Das ist etwas, was wir nicht wollen. Wir wollen einen Raum öffnen, der flexibel ist, damit die Bedürfnisse von verschiedenen (Gender-) Identitäten mitgebracht werden können und eben nicht der Raum vorgegeben ist und du dann dort fix reinpassen musst. Es geht uns darum, aus einer dekonstruktivistisch-feministischen Perspektive nicht zu sagen: Wir hängen das Schild auf – es ist schon klar was drauf steht – und dann gehen wir rein, sondern, dass dieser Leerstand auf zwei Bedeutungsebenen zu sehen ist. Wir wollen erst in das Haus reingehen – es ist leer – und dann soll immer mehr, immer im Prozess entstehen, was auf dem Türschild steht.

Die Stadt Wien fokussiert aber nun auf (kreative) Zwischennutzungen, die auch Prekarisierungsprozesse vorantreiben und, wie ihr es dargestellt habt, meist Privilegien erfordern, um sie überhaupt realisieren zu können. Was hat diese Entwicklung der Stadtpolitik für einen Einfluss auf (mögliche) feministische Räume? Behindert sie, oder könnte sie nicht auch Türöffner sein?

B: Wenn Raumnahme immer schwieriger wird, könnte dies eine negative Wirkung auf eine aktive Besetzer_innenszene haben und eine Gefahr für feministische Raumnahme sein. Feministische Interventionen könnten verstärkt als Spaltung, Feminismus als untergeordneter Nebenwiderspruch gesehen werden und Kritik an Sexismus stark hinter dem allgemeinen Bewegungsbestreben zurücktreten. Diese Tendenz wird durch erschwerte Bedingungen stark geschürt.

A: Es gibt ganz verschiedene Feminismen. Gewisse feministische Perspektiven sind anschlussfähig für Konzepte von Zwischennutzungen. Die Perspektive, die wir haben – manche würden wohl queer-feministisch oder anarcha-feministisch dazu sagen – grenzt sich von diesen ab und will weiter kritisch bleiben. Es geht nicht darum, Sexismus isoliert zu betrachten und alleinig zu fokussieren. Es gibt diese antisexistische Perspektive nur dann, wenn auch andere Perspektiven einbezogen werden und die Kritik an gesellschaftlichen Machtverhältnissen breiter gefasst ist. Das Mitdenken von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen ist essentiell.

B: Feminismus ist ein Gegenkonzept zu patriarchalen Strukturen, in denen ein ganz klares Wertungs- und Leistungsprinzip gültig ist, was sehr repressiv wirkt gegen all das, was diese Prinzipien nicht erfüllt. Kern unseres feministischen Diskurses ist, dass auf individuelle Bedürfnisse eingegangen werden kann und eben nicht andersrum, dass die eigene Identität und die eigenen Bedürfnisse dem schon vorherrschenden Wertesystem so extrem angepasst werden müssen.

Häufig besteht das Ideal, sich nicht nur als Gruppe einen Raum zu schaffen, sondern auch Anrainer_innen einzubeziehen und ihr Interesse zu wecken, in Austausch zu kommen. Hat das funktioniert? Gab es Interesse?

A: Es war relativ paradox. Wir haben eigentlich ziemlich viele positive Reaktionen bekommen. Für uns war die Frage: Nehmen sie uns als Gruppe von „Mädels“ wahr, die irgendwie nett und ungefährlich sind? Wie gehen wir damit um, wenn wir als solche gesehen werden und sich die Sympathie, die uns zuteil wird und die wir uns ja durchaus wünschen, darauf begründet ist? Unser Wunsch ist es schon eher durch ein radikales

Auftreten Sympathie zu gewinnen, wodurch das immer wieder Diskussionsthema war: Finden wir es gerade gut, so anzukommen oder wollen wir nicht manchmal eher anecken?

B: Das Gedankenspiel war da: Würde die Reaktion genauso aussehen, wenn wir als der radikale, latent gewaltbereite Besetzer* gelesen würden? Aber es gab auch Reaktionen, die sich auf unsere Inhalte bezogen haben. Manchmal waren sie weniger auf den feministischen Aspekt bezogen, sondern eher auf unsere Raumnahme. Wir haben gemerkt, dass es einen Unmut, einen sehr individuellen, emotionalen Unmut über Ungerechtigkeiten und Verteilungsunlogiken gab.

A: Ein typisches Statement war: „Das Haus steht leer, und ihr habt eh Recht, dass ihr es euch nehmt!“

C: Es hat mich auch ziemlich überrascht, dass von den Anrainer_innen viele positive Reaktionen kamen, weil sie die Häuser kannten und wussten, dass das jeweilige Haus schon so lange leersteht und nichts damit passiert.

Die Anrainer_innen kennen ja die lokale Situation und dadurch, dass das Haus in ihrer Nachbar_innenschaft steht, ist diese politische Aktion der Besetzung nah an ihrer Lebensrealität. Möglicherweise kann so ein Bruchmoment erzeugt werden – in einer ganz anderen Weise als durch eine abstrakte politische Diskussion, die auf den ersten Blick nichts mit ihrem Lebensalltag zu tun hat.

A: Im ersten Haus in der Strozzigasse waren wir nur einen Tag lang und an diesem einen Tag haben wir so viel Rückmeldungen bekommen, dass sich einiges an Informationen über die Vorhaben mit dem Haus und dessen Besitzverhältnisse aufgetan hat. Das war total spannend. Es war zwar klar, dass dieses Haus nicht für uns nutzbar ist, aber die Besetzung war in dem Sinn erfolgreich, als es viel Kontakt zu den Leuten drumherum gegeben hat. Unsere Konsequenz war: Wir fassen all das zusammen, was wir herausgefunden haben und machen dann in der Umgebung Postwurf-sendungen. Die Idee war, die Informationen, die wir gesammelt haben, auch wieder weiterzugeben und die Personen rund um dieses Haus können dann ja entscheiden, was sie damit machen wollen oder nicht. Das hat die Besetzung nicht verlängert, aber das, was da passiert ist, hat die Nachbar_innenschaft doch bereichert.

C: Zu dem Bruchmoment: Ich sehe in direkten Aktionen wie Besetzungen definitiv ein großes Potential, Menschen zu erreichen, die du nicht durch theoretische Debatten ansprichst. Für letztere besteht in der Regel bereits ein Interesse, das heißt auch ein Bezug zu radikaler Kritik. Mit einer Besetzung werden die Menschen in ihrer Umgebung direkt konfrontiert, was ein Interesse wecken kann und in gewissen Hinsichten auch niederschwelliger ist.

Und zuletzt: Wie geht es weiter?

A: Es ist auf jeden Fall nicht fertig.

B: Wir hoffen auf eine gleichzeitige Aktions- und Zuspruchsteigerung. Es soll miteinander, füreinander und durcheinander mehr passieren.

ÜBER LEERSTAND ZU EINER ANDEREN STADT?

ANSÄTZE AUS DER PARTIZIPATIVEN ARCHITEKTUR

Anna Hirschmann

Leerstände sind keine Zufälle. Um einen Umgang damit zu finden, ist es notwendig den weiteren Zusammenhang der Raumproduktion miteinzubeziehen, deren Produkt Leerstand ist. Im Artikel „Disjunktive Raumproduktion“ im vorliegenden Band werden die strukturellen Zusammenhänge skizziert, die Leerstand bedingen. Deutlich daran wird, dass Leerstand ein Zeichen ist, welches Ausschlüsse markiert. Leerstand bedeutet, dass anderswo Menschen Raum fehlt. Gäbe es einfachen Zugang zu Leerstand, würde er auch genutzt werden. Doch dafür müssten sich Eigentums- und Herrschaftslogiken ändern und die sozialräumlich-konkreten Ausschlussregime abgeschafft werden.

Es braucht andere Begriffe von Architektur und Gestaltung, um sich mit einer möglichen anderen Raumproduktion beschäftigen zu können. Im folgenden Text werden Ideen nachgezeichnet, die Ansätze dazu entwickelt haben. Hauptsächlich herangezogen werden dabei kritische Texte und Konzepte aus der partizipativen Architektur. Es geht weniger darum, diese Konzepte als per se emanzipatorisch oder als Allheilmittel darzustellen, als darum Inspirationen und Vorstellungen zu liefern, die perspektivisch eine andere Stadt und einen Umgang mit Leerstand entwickeln können.

Partizipative Architektur

Ab den 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre gab es einen konzeptuell neuen Ansatz in der Architektur, der mit der aktivierenden Hinwendung zu den „Nutzer_innen“ ein neues Kapitel in der Auseinandersetzung um die Gestaltung von gesellschaftlichen Strukturen aufschlug. Teilhabe, „ungeplante“ Raumproduktion und identitätsstiftende Selbstorganisation waren die Themen, die vielfältig und kontrovers verhandelt wurden.

1964 erweiterte Bernard Rudofsky mit seiner Ausstellung *Architecture Without Architects* im MoMA (New York) den Begriff der Architektur um die gebauten Räume, die nicht von Expert_innen, sondern von „normalen“ Menschen gestaltet sind. Die Ausstellung bescherte der Auseinandersetzung eine breite Popularität, aber auch eine simplifizierende, exotisierende und leicht verdauliche Perspektive. Einige Reflexionen und Kritiken, die im Begleitheft der Ausstellung formuliert sind, lohnen aber darüber nachzudenken. So erinnert Rudofsky an die Anfänge der Architektur und verortet diese in der intuitiven Gestaltung und Umformung der Umwelt, die dem bloßen Körper

Schutz vor Sonne, Regen oder zum Schlafen bietet. Das Basiswissen der Architektur wohnt demnach jedem Menschen inne.

Suburban man falling asleep near his lawn mower, pulling a section of his Sunday paper over his head thus re-enacts the birth of architecture.
(Rudofsky 1964: 3)

Er fordert dazu auf, sich von der engen Welt der offiziellen und kommerziellen Architektur zu befreien und unterstreicht die Wichtigkeit der kommunalen Unternehmung in (den Anfängen) der Architektur – im Gegensatz zum „Werk“ einzelner Architekt_innen. Gegenüber den Eingriffen der Architektur in das eigene Leben attestiert er den westlichen Gesellschaften ein lahmes Sich-Fügen, das seiner Meinung nach der autoritätshörigen Ehrfurcht vor den Architekt_innen bzw. allen Spezialist_innen entspringt, obwohl sich diese mit den Fragen des bloßen Lebens am wenigsten auskennen.

Part of our troubles results from the tendency to ascribe to architects – or, for that matter, to all specialists – exceptional insight into problems of living when, in truth, most of them are concerned with problems of business and prestige. (ebd.: 4)

Rudofsky schafft die Legitimation des Expertentums bezüglich der Architektur zwar schon mal ab, vermeidet aber die Benennung von dessen struktureller und machterhaltender Funktion und damit eine weitergehende Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen. Er bezog sich hauptsächlich auf ländliche Regionen und außereuropäische Kontexte und umging die Tatsache, dass die Städte und die Gesellschaften des globalen Nordens die Zentren politischer Macht bilden. Die Idee „jeder-kann-Architektur“ bekam mit seiner Ausstellung eine intellektuelle Berechtigung, deren politökonomische Bedingungen und Implikationen aber wurden nicht weiter berührt. Trotzdem bleibt für eine *nicht-ausschließende* Raumproduktion der Gedanke zentral, dass erstmal jeder Mensch die *Fähigkeit* und auch den *Willen* besitzt seine Umwelt so zu gestalten wie es nützlich ist. Dass viele Menschen beherrscht werden und keine Möglichkeiten haben auf gestaltende Entscheidungen Einfluss zu nehmen, lässt sich nicht auf individuelle Unfähigkeiten zurückführen.

Yona Friedmann wurde im Vorwort ihrer 1974 veröffentlichten „Fibel“ etwas expliziter, was die Hürden einer Gestaltung von geteiltem Raum durch viele Nutzer_innen statt weniger Expert_innen und genauso einer möglichen *Stadtgestaltung von unten* betrifft.

Ziel dieses Büchleins ist es, seine Benutzer zu etwas mehr Selbstvertrauen (nicht jedoch Selbstüberschätzung) zu ermuntern. [...] Natürlich reichen Ermunterung und Papierwissen nicht aus, um die Selbstplanung zu entwickeln.

Es ist auch ein gewisses handwerkliches Wissen vonnöten, auch, dass billige Bauelemente zu haben sind [...], schließlich eine andere Auffassung über Grund und Boden und über die Bedingungen seiner Nutzung. Das alles kann man nicht mit einem Buch erreichen. Politische Mittel und der Druck der öffentlichen Meinung sind dazu nötig. (Friedmann 1974: 6)

Meine Fibel: wie die Städtebewohner ihre Häuser und ihre Städte selber planen können (1974) ist ein Lehrbuch mit ausführlichen, aber einfachen Darstellungen, mit der Stadtbewohner_innen eine Sprache für die Übersetzung ihrer Vorstellungen lernen können, die für die bauliche Planung nötig ist. Friedmanns Ansatz folgte der Idee, Gestaltungsprozesse durch eine Vereinfachung im Bereich der Kommunikation und des Wissensaustausches für mehr Menschen zu öffnen. Dadurch sollte das Machtverhältnis zwischen Expert_innen und Nicht-Expert_innen ausgeglichen werden. Andere prinzipiell ähnliche Ideen verstanden den Computer bzw. bestimmte neue Programme als Werkzeuge, die die Kluft zwischen spezialisiertem Wissen und den ahnungslosen, aber davon betroffenen Städter_innen überbrücken sollten.

Der Fokus auf die Entwicklung einer gemeinsamen *Sprache* als Methode der Auseinandersetzung um eine gemeinsame Planung ist sicher wichtig, wurde in diesen Ansätzen aber ebenfalls von den sich selbst kritisierenden Expert_innen entworfen und entwickelt. Das prinzipiell sendende und paternalistische Verständnis von Gestaltung wurde damit nicht in Frage gestellt, sondern nur auf einer anderen Ebene weitergeführt. Das Ungleichgewicht liegt aber viel tiefer, sodass die vermeintlich gemeinsame Sprache nur eine oberflächliche „Lösung“ sein kann. Die Problematik einer Kommunikation, die ein Machtverhältnis letztlich reinszeniert, zeigt sich sehr deutlich in der Art und Weise, wie heute Partizipation in Form von *Bürger_innenbeteiligung* betrieben wird (→ [Partizipation](#), S. 186). Durch die Setzung von Sachverhalten als „Problemen“ und die Vorformatierung von Fragestellungen wird die Einflussnahme der so genannten Beteiligten so strukturiert, dass sie sich zum einen mit dem vorgelegten „Problem“ identifizieren müssen und zum anderen nur in einem eingeschränkten Rahmen darauf antworten können. Eine tatsächlich partizipative Gestaltung braucht andere Qualitäten des Zuhörens und „Empfangens“.

In der DDR tauchte partizipative Architektur in den 1970er Jahren als Antwort auf ein sichtbar gewordenes Bedürfnis nach Individualität und dies als Herausforderung für das System auf. So bezeichnet Herwig Loeper die damals sowohl in Fachkreisen als auch in der Bevölkerung zunehmende Abneigung gegen die „zentralgeheizte Einheitsware“ (Loeper 2004: 113) als Grundlage für das Wohnungsbauexperiment „variables Wohnen“ in Ost-Berlin. Als Beispiel für das Bedürfnis nach Individualität galten die aufwendigen

Balkongestaltungen der Bewohner_innen, die den Architekt_innen in ihrem Wunsch nach einem einheitlichen und ordentlichen Aussehen „ihrer Projekte“ erstmal entgegenstanden. Loeper attestiert den Menschen darin auch ein gewisses Repräsentationsdenken: Es habe auch den Wunsch gegeben, die eigene Individualität zu zeigen.

Dafür fand sich unter dem Titel „variables Wohnen“ eine technologisch innovative und wirtschaftsfähige Lösung: die Idee der Skelettbauweise mit Sanitäranschlüssen und serienmäßigen Ausbau- und Ausstattungsmodulen. In diesem Konzept blieb der Baubranche die Produktion der Rohbauten erhalten, gleichzeitig hatte ein neuer Markt für die serienmäßige Modulproduktion, Handel, Montageservice- und Transportleistungen entstehen können. Das Bedürfnis nach Individualität, nach Verschiedenheit und Einzigartigkeit, wurde in diesem Konzept der partizipativen Architektur mit der industriellen Massenproduktion zusammen gedacht und durch das Steckmodule-System fragmentiert in Warenförmigkeit(en) überführt. *Individualität* ist ebenfalls ein wichtiger Teil der Auseinandersetzung um gemeinsame Gestaltung, wird aber oft missverstanden oder missbeantwortet als (individuelles) Konsumbedürfnis. Ein individuell erscheinender, nach außen gerichteter persönlicher Ausdruck von Menschen wäre stattdessen besser als Versuch zu verstehen, mit dem Außen, den Anderen, mit der Gesellschaft und letztlich auch dem „Selbst“ in Kontakt zu treten.

„Individuell“ gestaltbare Konsumgüter oder auch das „persönliche“ Posten eines Kommentars auf einer für eine Bürger_innenbefragung eingerichteten Website sehen vielleicht nach Beteiligung aus, zielen aber eigentlich genau daneben, weil dabei kein Austausch (außer vielleicht dem monetären) stattfindet. Diese Art der „Beteiligung“ trägt stattdessen zu einem Weniger an gesellschaftlichem Austausch und einer weiteren Entfremdung von gesellschaftlichen Prozessen bei.

Das Bedürfnis nach Individualität und Authentizität ist möglicherweise ein ständiger Widerspruch zur systematischen, gesellschaftlichen Einordnung des Menschen. Unter den Bedingungen der marktförmigen Vergesellschaftung wird dieses Bedürfnis außerdem immer wieder kolonisiert und zu einem neuen Markt, der zu dessen Ausverkauf und dessen oberflächlichen Befriedigung beiträgt.

Im Diskurs wurde die herrschaftsvermittelnde und -erhaltende Funktion der Ansätze partizipativer Architektur durchaus benannt. Denn sie spiegeln eine Veränderung der Herrschaftstechnologien, die ihrerseits in den 1960er und 1970er Jahren breit diskutiert worden war: mit der Analyse, dass Machtverhältnisse nicht (mehr) direkt erzwungen und durchgesetzt, sondern über die Integration oder Kolonisation der Bedürfnisse der „Massen“ und der Diskursivierung dieser Bedürfnisse befriedet und beantwortet werden.

Jesko Fezer und Mathias Heyden schreiben dazu in der Einleitung von *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung* (2004):

Partizipation wird als Ansatz erprobt, neue Bezüge zu einer lebendigen Welt und deren Alltäglichkeit zu eröffnen. Dabei sind die Techniken der Partizipation immer von gesellschaftlichen Machtverhältnissen durchzogen. So taucht das Modell der Einbeziehung der BewohnerInnen in der Architektur genau zu der Zeit auf, als die Regulation fordristischer Arbeitsteilung und Lebensweise an ihre Grenzen gerät und sich ein neues flexibles Regime der Arbeit und des Konsums abzeichnet, das die ArbeitnehmerInnen in neue dynamischere Hierarchien integriert. (Fezer/Hayden 2004: 14)

In anderen Diskussionsbeiträgen wurde das „Selbermachen“ und „Gemeinsam-Entscheiden“ allerdings sehr viel tiefgreifender und grundsätzlicher verstanden und konzeptualisiert. Der Architekt John F. C. Turner beschrieb 1976 in seinem Buch *Housing by People. Towards Autonomy in Building Environments* die Vorteile von lokalen und dezentralen Netzwerkstrukturen im Zusammenhang mit der Wohnungswirtschaft. Er untersuchte selbstorganisierte Siedlungen in Lima (Peru) und analysierte die Beziehungen der Menschen im Verhältnis zu den sie verwaltenden Politiker_innen und herrschenden Schichten. Er bezog globale Ausbeutungsverhältnisse in die Analyse mit ein und brachte sie in Verbindung mit widerständigen und alternativen Lebensformen, die sich in einer eigenen Architektur zeigen und mit ihr bestärkt werden können.

Turner argumentiert für eine Selbstverwaltung und einen dezentralen, lokal verankerten Umgang mit allen Fragen des Wohnens. Gegenüber der linearen Strategie einer paternalistischen Bedürfnisverwaltung stellt er das Prinzip von maximaler Freiheit in festgelegtem Rahmen als das nachhaltigere und stabilere dar.

Die Misere der Wohnungswirtschaft in Großbritannien sieht er im Zusammenhang mit einer strikten, schlanken Hierarchie aus weniger werdenden politischen Entscheidungsträgern im öffentlichen Sektor und spekulativen Unternehmungen im privaten Sektor. In Folge würden viele Bewohner_innen durch das zu grobmaschige Netz der „Angebote“ fallen und die Wohnungslosigkeit steigen.

Turner bezieht sich auf den Systemwissenschaftler und Pionier in der Kybernetik W. R. Ashby, nach dem Systemstabilität nur zu erreichen sei, wenn es ein Gleichgewicht zwischen der Vielfalt der notwendigen Entscheidungen und einer Vielfalt der Entscheidungsträger gibt (vgl. Ashby 1969).

The significance of these facts is stated by Ashby's Principle of Requisite Variety: If stability (of a system) is to be attained, the variety of the controlling system must be at least as great as the variety of the system to be controlled.

In housing, this implies that there must be as large a number of decision-makers, or controllers, as variations demanded for the maintenance of a stable housing system. The coincidence of extreme instability in modern housing systems, and their rigidly hierarchic nature, supports this proposition. In Britain, for example, there is a polarization of two dominant systems - the public sector and the private commercial sector. To an increasing extent both are controlled by 'ever-larger pyramidal structures', by a rapidly decreasing number of 'local' authorities in the public sector, and speculative developers in the private, commercial sector. This has already resulted in grossly coarse-grained cities which exclude those who fail to fit the officially or commercially specified categories. The inevitable consequences have been gross misfits and mismatches, and a growing proportion of homelessness. (Turner 1976)

Bezogen auf Wohnraum würde *Systemstabilität* bedeuten, dass alle Stadtbewohner_innen ein adäquates Dach über dem Kopf haben können, und zum Beispiel nicht delogiert oder geräumt werden. Leerstand würde unter diesen Bedingungen noch mal mehr eine Ressource und kein „Problem“ bedeuten, und gar nicht in dem Maße auftauchen, sondern zeit- und bedarfsnah wiederverwendet werden.¹

Turner zieht drei praktische Schlussfolgerungen aus seiner Analyse: Das *Prinzip der Selbstverwaltung*, das *Prinzip der angemessenen Technologien* und das *Prinzip der Planung durch Einschränkung* privaten Wirtschaftens im Wohnbereich. Nur wenn Wohnen durch die Haushalte, ihre lokalen Institutionen und die von ihnen selbst kontrollierten Unternehmungen bestimmt sei, könne es die erforderliche Vielfalt an Siedlungsformen geben. Nur dann würden sich Nachfrage und Angebot zufriedenstellend einander anpassen, und nur dann würden Menschen ihre ureigenen wertvollen Ressourcen dazu beisteuern. Nur wenn die zur Verfügung stehenden mechanisch-technischen und verwaltungstechnischen Instrumente von den Menschen oder kleinen Organisationen genutzt werden, könnten die konkreten lokal zugänglichen Ressourcen effektiv genutzt werden. Und nur wenn es eine zentral garantierte Begrenzung privater Unternehmung gibt, könne ein gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen langfristig erhalten und Ausbeutung vermieden werden (vgl. ebd.).

In den 1980er Jahren verebbte das euphorische Interesse an den Bedürfnissen der Nutzer_innen.

Viele Projekte partizipativer Architektur der 1960er bis 1980er Jahre scheinen rückblickend nur ein „Gefühl“ der Teilhabe vermittelt zu haben und

¹ Siehe den Artikel „Resilienz und Ressourcen in der Stadt“ im vorliegenden Band, in dem die Idee von Leerstand als Ressource im Zusammenhang mit einer stabilen Stadtgemeinschaft näher beschrieben wird.

hatten in der Folge keine weiteren ermächtigenden Auswirkungen für die „Teilgehabten“. Auch wurde das Scheitern vor allem der halbherzigen partizipativen Ansätze deutlich. Mittlerweile werden partizipative Ansätze in der Architektur eher prinzipiell abgelehnt, weil sie zum einen sehr aufwendig sind und zum anderen weil sie so, wie sie umgesetzt wurden und werden, keine wirkliche Veränderung der Raumproduktion hervorbringen. Aber es gibt auch aktuell noch ernsthafte Bemühungen, Architektur und Gestaltung anders zu verstehen und der Idee der *Partizipation* zu ihrem tatsächlichen Potential zu verhelfen.

Transformative Partizipation

2005 beschreibt Jeremy Till in seinem Artikel „Negotiations of Hope“ eher zynisch eine Veranstaltung für die Bürger_innenbeteiligung in einem ausgewiesenen Stadterneuerungsgebiet. Ausgehend davon bescheinigt er der aktuellen Praxis von Partizipation, dass sie als Teil-Partizipation schlicht die Expert_innen in ihrer Funktion bestätigt und bestärkt und dem Ziel des Austausches mit den Nutzer_innen nicht entspricht.

Stattdessen würden dieselben alten Machtverhältnisse in dem Gewand der Beteiligung wiederholt und die Stadtbewohner_innen weiter vom eigentlichen Prozess der Raumproduktion entfernt werden. Es traue sich niemand Partizipation zu kritisieren und gleichzeitig würde sie doch grundsätzlich abgelehnt. Er argumentiert damit, dass tatsächliche Partizipation eine Bedrohung für die Normen der Architektur bedeutet, und darum das Ideal voller Partizipation niemals erreicht werden würde.

Full participation is an ideal, but an impossible one to achieve in architecture. It depends on each party being in possession of the requisite knowledge and in there being transparent channels of communication. Neither of these pertains in architecture where the expert knowledge of the architect and the tacit knowledge of the participant user remain on different levels, and where the lines of communication are compromised by codes, conventions and authority. (Till 2005: 27)

Trotzdem oder gerade deswegen versucht er die Bedingungen von Partizipation genauer anzuschauen und unterscheidet zwischen graduellen Beteiligungsstufen in vorformatierten Entscheidungsrahmen – beschwichtigende, befriedende Formen, die dazu dienen, das gute Gefühl des Beteiligt-Seins herzustellen – und einer Partizipation, die er *transformative Partizipation* nennt.

Es geht ihm darum eine Alternative zur rein passiven Befriedigung zu finden, welche die Unausgewogenheit bezüglich Macht und Wissen in der Gesellschaft anerkennen kann und in die Verhandlung miteinbezieht.

Till sieht in den Auseinandersetzungen der 1970er Jahre den Wunsch der Gestalter_innen, sich nicht mit konventionellen politischen Fragen beschäftigen zu wollen und Technologien und Techniken abseits davon zu finden. Schlussendlich aber habe doch akzeptiert werden müssen, dass (partizipative) Architektur immer eine politische Frage sei, nicht im Sinne der Parteipolitik, sondern in Bezug auf die Auswirkungen auf den Alltag vieler Menschen. Das Verleugnen des politischen Feldes innerhalb der Architektur ist Tills Meinung nach ein Mechanismus, die eigene Profession als solche zu schützen. Tatsächliches Einbeziehen der vielfältigen Interessen von Nutzer_innen würde bedeuten, Unberechenbarkeit, Widersprüche, soziale Fragen und Desinteresse am hübschen Detail zu akzeptieren und ernsthaft zu verhandeln.

Till schlägt vor, statt der Fixierung auf Gebäude und Nutzer_innen, welche diese als zu bearbeitende Objekte begreift, eine andere Form von Wissen zu generieren, indem sich der Blick weg vom Objekt auf dessen Kontext richtet. Das könnte bedeuten, sich in die Position des Objektes zu versetzen und die Reaktionen darauf zu beobachten.

Architektonisches Wissen sollte nicht als abstrakte Zutat von außen dem Prozess zugeführt, sondern in einer spezifischen Situation aus ihrem Kontext heraus entwickelt werden. Mit John Shotter fordert Till damit ein Wissen, das nicht die Fragen nach dem „Wie“ oder „Was“ beantwortet, sondern auf einen spezifischen inneren Zusammenhang Bezug nimmt. *Architekt_innen* werden darin zu *Aktivist_innen*, die mit und als *Mieter_innen* arbeiten. Doch das ist nach Till nur die halbe Kunst der transformativen Partizipation. Die andere Hälfte besteht aus der Möglichkeit und der Fähigkeit, dass Nutzer_innen mit ihrem Wissen aktiv auf das Expert_innenwissen einwirken können. Ernst gemeinte Beteiligung müsse ein wechselseitiger Prozess sein, in dem sich Alltagswissen und Spezialisierung auf Augenhöhe begegnen und herausfordern. Zwangsläufig würden in so einem Prozess persönliche Glaubenssätze miteinander konfrontiert werden, die schwer zu diskutieren seien. Aber genau in der schwierigen Verhandlung des Individuellen mit dem Kollektiven entstehe der notwendige politische Raum für eine sinnvolle Gemeinschaftsbildung und eine diesbezüglich sinnvolle Raumproduktion.

Einen Gestaltungsprozess als „Problemlösung“ zu definieren, ersticke alle Möglichkeiten, wirklich etwas Neues zu probieren und zu erproben. Schon die Formulierung des Problems sei der erste Schritt der Exklusion. Die Identifikation eines Problems legitimiere und privilegiere wieder die Expert_innen gegenüber den Betroffenen, und begrenze die Möglichkeiten eines gemeinsamen Prozesses. Gestaltung an sich brauche somit einen anderen Ansatz als den der Problemlösung.

Dafür schlägt Till die Idee des *Sinn-Machens* vor.

Sense making is not simply a matter of instrumental problem-solving, it is a matter of altering, respecting, acknowledging, and shaping people's lived worlds. (Till 2005: 36)

Die Frage nach dem *Sinn-Machen* bringe notwendigerweise die konkrete umstrittene soziale Situation, in welcher der Gestaltungsprozess angestoßen wurde und in der sich Gebäude und ihre späteren Nutzer_innen wiederfinden, an die Oberfläche der Verhandlung. Dabei spiele die Form der Kommunikation eine wichtige Rolle. Hierfür bringt Till das Geschichtenerzählen als niedrigschwellige, gleichberechtigte Form eines gemeinsamen Arbeitsprozesses ein. Geschichten enthalten das Gemeinsame wie das Persönliche und beschreiben den Ort des Einzelnen in der geteilten gemeinsamen Welt.

Beginnt ein partizipativer Prozess mit der Frage *Was wäre wenn... ?* und lässt Geschichten darauf antworten, entstehen Bilder und neue räumliche Vorstellungen, die sowohl Zukunftswünsche und Hoffnungen enthalten als auch bereits gemachte Erfahrungen. Meistens sei Hoffnung aber mit utopischer Unerreichbarkeit verbunden und Partizipation auf einer idealisierten Idee von Konsens gegründet. Geschichten in ihrer Ambivalenz hätten das Potential beide Irrtümer zu vermeiden. Geschichten würden aber auch Unklarheiten hervorbringen und auf genau jene Zufälligkeit und Unplanbarkeit verweisen, die Expert_innen tunlichst auszuschließen versuchen. Wie kann aber die Unsicherheit zu einer Chance werden? Diese Herausforderung führe wieder zu dem Konzept des *Sinn-Machens* und somit zur Frage: *Welchen Sinn?*

[...] instead of seeing participation as the move towards the establishment of common sense, it may be better to posit it in terms of making best sense. (ebd.: 40)

Tills Antwort ist der *meiste/beste Sinn*, was nicht im absoluten Sinne gemeint ist, sondern im besonderen, auf die konkrete Situation bezogenen. Der *meiste Sinn* erkennt an, dass es keine universelle Lösung gibt, dass mehrere Leute in den Prozess einbezogen sind und dass jede architektonische Praxis auch aus Zufälligkeiten besteht.

Just as King Canute was swept away by the waves, social life will find its way through the cracks in the wall of architectural denial, eventually overwhelming the hopeless purity of the forms within – because those forms, conceived in a political vacuum, can put up no resistance. (ebd.: 34/35)

Partizipatorische Prozesse enthüllen diese Zufälligkeit in Form der widersprüchlichen Wünsche von Nutzer_innen. Das Ziel sollte nicht sein, diese

einzebnen und anzugleichen, sondern nach bestem Urteilsvermögen einen sinnvollen Entwurf aus ihnen zu erarbeiten. Auch wenn dieser Prozess in unerwartete Richtungen laufen kann, ist er nicht absichtslos. Er kann Unterschiedlichkeit akzeptieren, anstatt Gleichheit künstlich herzustellen. Der Raum, der aus dieser Zufälligkeit des Prozesses entsteht, ist nicht geprägt von statischer Harmonie, sondern von den Nähten und Brüchen des gemeinsamen Ortes. Daraus entsteht eine andere Idee der Gleichheit als jene der universellen Einheit. Tills Hoffnung ist, dass der partizipatorische Prozess, der darauf basiert *das, was am meisten Sinn macht*, hervorzubringen, zu einer Raumproduktion führt, die Unterschiedlichkeit akzeptiert und Veränderungsbedarf beantworten kann.

Commonale Stadtplanung

Georg Franck fordert in seinem Text „Die urbane Allmende“ (2011) die Stadtplanung als solche als *Urban Common* zu verstehen, und einen konkreten gesetzlichen Rahmen dafür zu schaffen. Er stellt eine Stadtplanung vor, in der Architekt_innen als Teamsporler_innen in einem Open-Source-Modus arbeiten und nicht dem „Star-Architekt_innentum“ hinterherjagen. Wenn Franck danach fragt, ob sich nicht eine Organisationsform finden lasse, die eine solche Arbeitsweise ermöglicht, richtet sich seine Kritik weniger auf die Persönlichkeiten der Architekt_innen, als an Gesellschaft, Politik und Stadtverwaltung.

Dazu müsse sich in der Ausbildung der Architekt_innen etwas ändern und Hausbesitzer_innen müssten in der Kategorie der Nachhaltigkeit denken wollen. Letzteres widerspreche einer Eigentümer_innenstruktur, die sich aus Investor_innen und anderen rein dem monetären Gewinn verpflichteten Firmen zusammensetzt.

Franck bezieht sich auf Elinor Ostroms Arbeit *Governing the Commons* (1990), in der sie Praktikabilität und Sinnhaftigkeit der Commons herausstellt. Ostrom legt dar, dass eine Überbeanspruchung von Gemeingütern nicht zwangsläufig passieren muss, sondern dass sich Gemeingüter in manchen Fällen seit Jahrhunderten bewähren und leisten, was weder zentrale Planung noch eine Privatisierung vermögen. Nach Ostrom sind für jüngere und ganz neue Commons-Projekte Katalysatoren notwendig. In den von ihr angeführten Beispielen sind das zum Beispiel verfassungsrechtliche Regelungen, die eine commonale Organisationsbildung vorsehen, sie in der Umsetzung praktisch unterstützen und damit prinzipiell legitimieren. Auch die engagierte Anregung der Diskussion unter den Betroffenen kann als Triebfeder wirken. Franck fordert als Katalysator für die Initiierung einer commonalen Stadtplanung eine Rechtsform, die „erstens ein Muster des Gesellschaftsvertrages anbietet, zweitens ein praktikables Regelwerk zum Betrieb einer Allmende vorformuliert, drittens das Format festlegt, das

garantiert, dass die Vereinbarung von übergeordneter Instanz anerkannt wird.“ (Franck 2011: 13)

Genauso wie es einen Prozess gab, an dessen Ende die GmbH als Vehikel zum Umgang mit privatwirtschaftlichen Interessen stand, sollte es möglich sein ein Vehikel zu finden, das die gemeinschaftliche Verwaltung und den gemeinschaftlichen Zugang zu (Raum-)Ressourcen fordert und fördert.

Um eine nicht-ausschließende Raumproduktion langfristig zu etablieren und verbindlich zu gestalten, ist es wichtig auch eine institutionelle Verankerung dafür zu finden, selbst wenn sich deren Effekte unter den aktuellen Bedingungen nur begrenzt entfalten können und die Institutionalisierung selber eine wiederholte Überarbeitung braucht. Eine Rechtsform, auf die sich Bezug nehmen lässt, stärkt aber allemal die grundsätzliche Idee eines communalen Umgangs mit Raum.

Gebaute Umwelt als Ressource

Muck Petzet bekam mit dem Konzept „Reduce/Reuse/Recycle“ den Zuschlag für den deutschen Pavillion auf der Architektur-Biennale in Venedig 2012 und regte damit viel Diskussion an. Er betrachtet den Umgang mit bestehender Architektur aus dem Blickwinkel der Abfallvermeidung. Vereinfacht sagt das Konzept, der kleinste Eingriff sei der beste. Die grundsätzlichen Fragen seien, ob ein Um- oder Neubau wirklich sinnvoll ist, wie Gebäude mit möglichst einfachen Mitteln wieder genutzt werden und schließlich welche einzelnen Teile wiederverwendet werden könnten. Petzet betont darin die Wichtigkeit, vorhandene Qualitäten von Bauten zu erkennen und zu erhalten und die Möglichkeit, mit diesem Ansatz sogar kostengünstiger als mit einer einfachen Standardsanierung Gebäude wieder fit und attraktiv zu machen. In den von ihm geleiteten Umbauprojekten wurde eine jeweils spezifische Handhabung entwickelt, auf Standard-Bausysteme verzichtet und vor allem mit Handwerker_innen aus der Region gearbeitet. Bei vielen Recycling-Architekturprojekten kommt die Einbindung der lokalen Bevölkerung auf die eine oder andere Weise zum Tragen, vor allem, wenn es um öffentlich nutzbare Orte und Räume geht. Außerdem gilt die Maxime, mit Materialien zu arbeiten, die sich in der näheren Umgebung finden lassen, zum Beispiel im Umkreis von zehn bis 25 Kilometern, um Transportkosten zu sparen und die Umwelt zu schonen. Damit werden in der Recycling-Architektur bereits einige praktische Maßnahmen angewendet, die die Umsetzung eines Gestaltungsansatzes ausmachen könnten, der zumindest teilweise mit den politökonomischen Bedingungen aktueller Raumproduktion bricht (vgl. Petzet 2012a, 2012b).

Wenn der kleinste Eingriff der beste ist, geht es auch um die Erhaltung der inhaltlichen, kulturellen und sozialen Komponenten, die mit einem Abriss

vernichtet werden. Auch Christine Dissmann spricht sich deutlich gegen das Abreißen und die rein auf der Eigentumslogik basierende Entscheidung darüber aus:

In einer Gesellschaft mit großen Ungleichheiten werden Gebäudeabriss zu einem Gegenstand von höchster gesellschaftspolitischer Brisanz: Fortwerfen mag ein Akt der Befreiung sein, Loslösung von den Dingen notwendige Voraussetzung zur Erneuerung, jedoch geht es bei der Gestaltung unseres Lebensraumes nicht um individuelles Eigentum, sondern um den physischen und psychischen Raum einer Stadtgesellschaft, um ideelles Gemeinschaftseigentum in seinem besten Sinne.

Die Frage, wem die Stadt gehört, ist keineswegs nur mit dem Verweis auf formale Eigentumsrechte zu beantworten, sondern schließt gemäß demokratischem Gesellschaftsentwurf alle Bürger mit ein. Entsprechend muss die Diskussion über Erhalt oder Abriss von Teilen der Stadt immer auch berücksichtigen, inwieweit und durch welche Instanzen die Schwachen geschützt werden können. (Dissmann 2011: 155; Hervh. i. O.)

Dissmann schlägt das Konzept des „Dornröschenschlafes“ vor, ebenfalls eine ressourcenschonende und langfristig denkende Umgangsweise für Gebäude, deren Weiternutzung aktuell aber außer jeder Sichtweite scheint. Gebäude würden demnach gänzlich verschlossen, aber mit allem Notwendigen zur Erhaltung der Bausubstanz ausgestattet werden, um zu einem bestimmten Zeitpunkt, an dem die Wiedernutzung Sinn macht, erneut geöffnet zu werden. Sinnvoll wäre nicht irgendein_e finanzstarke_r Investor_in, sondern eine im städtischen Gesamtzusammenhang sinnvolle Möglichkeit, die sich eben vielleicht erst in einer fernen Zukunft ergibt. Für die Dornröschenszeit fallen Rechte und Pflichten des_r Eigentümers_in an die Gemeinschaft, bzw. an die Stadt.

Denkbar sind beispielsweise der Erlass von Grundsteuer und die Übernahme der Unterhaltungspflege und Verkehrssicherungspflicht durch die Kommune, die im Gegenzug dafür weitergehende Mitbestimmungsrechte im Hinblick auf die zukünftige Nutzung und Gestaltung der Immobilie erhält. Der Eigentümer verzichtet für die Dauer des 'Dornröschenschlafs' mit seinen Pflichten auch auf seine Rechte, wobei der rechtliche Status der Immobilie grundsätzlich erhalten bleibt. (ebd.: 206)

Gebaute Umwelt grundsätzlich als Ressource zu betrachten und nicht nur in einigen Fällen als architektonische Spezialität anzuerkennen, bedeutet einen wichtigen Schritt weg von einer disjunktiven Raumproduktion hin zu einer Raumproduktion, die die konkrete, situationspezifische Sinnhaftigkeit für die von der Entscheidung betroffenen Menschen in den Vordergrund stellt. Es bedeutet vorhandene Möglichkeiten zu nutzen anstatt entlang von privatwirtschaftlichen Interessen Möglichkeiten auf Kosten von vielen Menschen und letztlich des allgemeinen Zusammenlebens zu modellieren.

Räume und Perspektiven öffnen

Leerstände können Möglichkeitsräume für eine andere Raumproduktion und eine andere Stadtentwicklung werden, wenn der praktische Umgang damit auf Vorstellungen nicht-ausschließender Raumpolitik gründet. Dafür braucht es zum einen ein breites Verständnis von Architektur als sozial-räumlicher und physisch-konkreter Gestaltung in einem Prozess *sozialräumlich-konkreter Gestaltung*. Zum anderen bedarf es eines erweiterten Gestaltungskonzeptes, das nicht nur sendet, sondern auch empfängt. Das bedeutet Gestaltungsprozesse ernsthaft und grundsätzlich auf einem zwischenmenschlichen Austausch aufzubauen, der solidarisch, emanzipatorisch und egalitär angelegt ist.

In diesem Projekt würden sich einige potentielle Konfliktfelder auftun, die unter dem schönen Schein der kapitalistischen Konsumwelt des globalen Nordens eher verborgen bleiben. Die oben beschriebenen Konzepte partizipativer Architektur haben indirekt einige Konfliktfelder mit aufgerissen, wie die grundsätzliche Annahme und Akzeptanz, dass jeder Mensch fähig ist seine Umwelt so zu gestalten, wie es ihm_ihr nützt, und dass er_sie das auch tut und tun muss, um zu überleben. Wenn es ein „Recht“ auf ein würdiges Menschenleben geben soll, dann folgt daraus ein Anspruch auf die Möglichkeit seine_ihre Umwelt zu gestalten. Es entsteht notwendigerweise ein Raum, in dem sich diese individuellen Ansprüche treffen und als gemeinsames, kollektives Projekt verhandelt werden müssen. Darin gibt es sowohl das Bedürfnis nach Abgrenzung (*Bedürfnis nach Individualität*) als auch nach Kontakt (*Sprache*). Das sind ganz existenzielle menschliche Bedürfnisse, die zum einen nicht ganz trennbar, sondern immer ambivalent und verwoben und zum anderen keine statischen Faktoren sind, sondern sich permanent verändern. Aus jenen dynamischen Zusammenhängen ergibt sich eine spezifische Anforderung an ein gesellschaftliches System und seine Architektur, in der gleichzeitig Verbindlichkeit und langfristige Perspektiven hergestellt werden und eine flexible Zugänglichkeit und die Veränderung von sozialräumlichen Dimensionen möglich sein sollten.

Eine tiefere Betrachtung und ernsthafte Auseinandersetzung mit den am Thema „partizipative Architektur“ skizzierten Konfliktfeldern ist wichtig, um drängenden städtischen Fragen, wie zum Beispiel dem Leerstand, anders zu begegnen. Die rigide und alle Lebensbereiche betreffende Orientierung an einer marktförmigen Ordnung des Lebens führt zu unübersehbaren Spannungen und katastrophalen Verhandlungsformen eigentlich kollektiver Fragen. Sie kann der oben benannten Anforderung nur um den Preis der Disjunktion, der strukturellen Auskopplung von Menschen aus dieser Ordnung ohne alternativem Raum, standhalten.

Es gibt viele theoretische und praktische Projekte, die den Wunsch nach Veränderung in sich tragen und sich einem alternativen Umgang mit den ex-

istenziellen Fragen menschlichen (Zusammen-)Lebens verschrieben haben. Beispiele dafür finden sich in diesem Buch unter anderem in den Artikeln „Nutzen statt Besitzen: Ko.Sy“, „Resilienz und Ressourcen in der Stadt“ oder im Interview „Im Prozess soll entstehen, was auf dem Türschild steht“. Sie können im gegebenen Rahmen des Möglichen sicher erstmals nur Ansätze sein. Es gilt diese theoretisch und praktisch zu stärken und auszubauen und weiter mit Methoden der Vergemeinschaftung zu experimentieren.

Referenzen

Ashby, W. R. (1969): „Self-regulation and Requisite Variety“. In: ders.: An Introduction to Cybernetics. Chapter 11. London: Penguin Modern Management Readings

Dissmann, Christine (2011): Die Gestaltung der Leere. Zum Umgang mit einer neuen städtischen Wirklichkeit. Bielefeld: Transcript Verlag.

Fezer, Jesko/ Heyden, Mathias (2004): „Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung“. In: Fezer, Jesko/ Heyden, Mathias (Hg.): Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung. Berlin: MetroZones/b_books, S. 13-31.

Franck, Georg (2011): „Die urbane Allmende. Zur Herausforderung der Baukultur durch die nachhaltige Stadt“. Erstveröffentlicht in: Merkur. Nr. 7/2011. Stuttgart.

Friedmann, Yona (1974): Meine Fibel: wie die Städtebewohner ihre Häuser und ihre Städte selber planen können. Düsseldorf: Vieweg

Loeper, Herwig (2004): „Industrieller Wohnungsbau für die Zukunft von gestern. Das Wohnungsbauexperiment ‘Variables Wohnen’ in Ost-Berlin 1970“. Interview in: Fezer, Jesko/ Heyden, Mathias (Hg.): Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung. Berlin: MetroZones/b_books, S. 113-121.

Petzet, Muck (2012a): „Vermeidung ist oft die bessere Option“. Interview in: Art Magazin. 15.08.2012.

http://www.art-magazin.de/architektur/53703/architektur_biennale_interview [abgerufen am: 07.02.2014]

Petzet, Muck (2012b): „Der kleinste Eingriff ist der beste“. Artikel im Münchner Feuilleton von Christina Haberlik.

<http://www.muenchner-feuilleton.de/?p=1423> [abgerufen am: 07.02.2014]

Rudofsky, Bernard (1964): Architecture Without Architects. A Short Introduction to Non-Pedigreed Architecture. New York: The Museum of Modern Art. Distributed by Doubleday & Company, Inc.

Till, Jeremy (2005): „The Negotiation of Hope“. In: Blundell Jones, Peter/ Petrescu, Doina/ Till, Jeremy (Hg.): Architecture and Participation. Chapter 2. London: Spon Press

Turner, John F. C. (1976): Housing by People. Towards Autonomy in Building Environments. Ideas in progress. London: Marion Boyars

<http://amadlandawonye.wikispaces.com/1976%2C+Turner%2C+Housing+by+People> [abgerufen am: 25.10.2013]



TOOLBOXEN.

WERKZEUGE ZUM (WIEDER)ANEIGNEN DER STADT, THEORETISCHER UND PRAKTISCHER NATUR

Willi Hejda und Denise Fragner

1. Einleitung
2. Was ist öffentlicher, halböffentlicher, privater Raum? Rechtefibel/ T.A.Z.
3. Kommunikationsguerilla/ Ambivalenzen der Sichtbarkeit
4. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen muss ich bei Aktionen in Österreich beachten? Auszug aus der Rechtefibel
5. Wo gibt es Infos zu Leerständen in Wien? Was hat es mit dem Ungleichgewicht zwischen leerstehenden, ungenutzten Räumen einerseits und dem steigenden Bedürfnis nach (Wohn-)Raum andererseits auf sich? Der Leerstandsmelder
6. ...und wenn ein Haus gefunden wird, das nicht leistungsfähig ist, nicht vermietet wird und trotzdem nicht ungenutzt bleiben soll? Hausbesetzungen
7. Welche Besetzungsprojekte gab es bisher in Wien? Besetzungsarchiv
8. Welche Forderungen an die Wiener Wohnpolitik gibt es aus der jüngsten Besetzung, der Pizzeria Anarchia? Positionspapier BODEN (Pankahytnn)
9. Wo Informationen und Tools für Gruppen finden? KIS, PProjekt, Hierarchie-Reader, Seeds for Change, AK moB Barrierefrei veranstalten, Politisch aktiv ohne kaputtzugehen, Recht auf Stadt Wiki

1. Einleitung

Leben und arbeiten an Orten, die ich selbst ausgesucht habe? Oder würde ich gerne in anderen Räumen sein? Sieh dich um und stell dir Fragen: In welchen Räumen befinden wir – als Leser_innen dieses Buches – uns? In welchen Räumen würden wir gerne leben, arbeiten, kommunizieren, Zeit verbringen? Wie gehen wir damit um, wenn Räume nicht die sind, in denen wir gerne wären, oder nicht der Raum zur Verfügung steht, den wir brauchen?

Wie können die Orte, an denen wir jetzt sind, verändert und Bedürfnissen angepasst werden? Welche Bedürfnisse und Wünsche gibt es überhaupt an real existierende Orte? Und wie ist es möglich, sich andere Räume auszudenken, und nötige und gewünschte Veränderungen herbeizuführen? Was braucht es, um gemeinsam und solidarisch Räume zu transformieren?

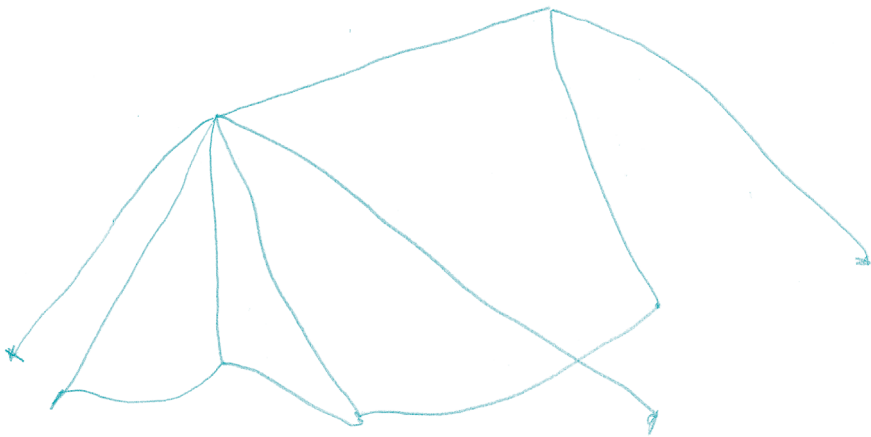
Wir gehen davon aus, dass (städtischer) Raum mehr und mehr zur Ware wird, und Mitgestaltung bzw. Mitbenutzung von Raum nur denjenigen möglich ist, die Kapital besitzen. Dadurch stellt sich die Frage, wie Raum abseits von Verwertung und Kontrolle genutzt werden kann; und damit zusammenhängend die Herausforderung, wie Widerstand gegen Kapitalisierung von Räumen und Gentrifizierung aussehen kann. Die folgenden Boxen sind theoretische Gedankenanstöße und Werkzeuge, die sich als Ergänzungen zu den anderen Texten im Buch verstehen. Anspruch ist es, weitere (praktische) Ausblicke auf den Weg zu emanzipatorischen und selbstbestimmten Verschiebungen von Machtverhältnissen, Repräsentationen und Zugänglichkeiten in und von Raum zu geben.

2. Was ist öffentlicher, halböffentlicher, privater Raum? Rechte-fibel/ T.A.Z.

Was ist öffentlicher, halböffentlicher, privater Raum?

Öffentlicher Raum bezieht sich nicht auf Eigentumsverhältnisse, sondern auf die Art der Nutzung. Nach dem Sicherheitspolizeigesetz (SPG) – jenem Gesetz, das die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durch die Polizei regelt – sind öffentliche Orte als solche definiert, „die von einem nicht von vornherein bestimmten Personenkreis betreten werden können“. Im Gegensatz dazu sind private Räume solche, wo die Eigentümer_innen die Allgemeinheit von der Nutzung ausschließen.

Dazwischen gibt es so genannte halböffentliche Orte, die im Privateigentum stehen, aber dennoch allgemein zugänglich sind, wie Gasthäuser, Bahnhöfe, geöffnete Wohnhöfe, Kulturquartiere oder Einkaufszentren. Dort haben die Eigentümer_innen ein Hausrecht, das sich von ihrem zivilrechtlichen Eigentum ableitet. Zivilrechtlich haben Eigentümer_innen das Recht, andere von ihrem Eigentum auszuschließen und es nach eigenem Willen zu nutzen bzw. den Zutritt an Bedingungen wie das Einhalten einer Hausordnung zu binden. Oft dient eine solche Hausordnung kommerziellen Zwecken. So sollen etwa in Einkaufszentren Menschen ferngehalten werden, denen keine Kaufkraft zugetraut wird, oder die potentiellen Konsument_innen beim Einkaufen stören könnten, weil sie nach Meinung der Betreiber_innen nicht ins gewünschte Gesamtbild passen. Das Hausrecht gilt allerdings nur so weit, als mit der Verfügung über das Eigentum nicht in die Grundrechte anderer eingegriffen wird. So darf beispielsweise auch eine Hausordnung nicht diskriminierend sein. Je stärker sich das kulturelle und soziale Leben an halböffentlichen Orten abspielt – was durch die fortschreitende Kommerzialisierung des urbanen Raumes zunehmend gegeben ist – desto



eher stellt ein Ausschluss einen Eingriff in grundrechtlich geschützte, soziale, kommunikative und politische Freiheiten dar.

Daher stellt die sich abzeichnende Entwicklung, dass halböffentliche Orte tendenziell mehr werden, für den öffentlichen Raum als sozialem und politischem Möglichkeitsraum eine ernste Bedrohung dar. Der frei zugängliche öffentliche Raum erfüllt als Begegnungsraum unterschiedlichster Menschen und Gruppierungen wichtige gesellschaftliche Funktionen und ist eine Voraussetzung für das Entstehen von Urbanität – jene Lebendigkeit des öffentlichen Lebens, die erst durch ein verdichtetes Miteinander und Nebeneinander entsteht. Für die Ausübung elementarster demokratischer Rechte und Artikulationsformen wie des Demonstrations- und Versammlungsrechts ist öffentlicher Raum unabdingbar: Es lohnt sich also, um ihn zu kämpfen.

Eine Möglichkeit dazu sind Spontandemos + Reclaim the Streets.

Wo: jede öffentliche Straße, Plätze, etc.

Wie/Was: viele Leute, Ankündigung im Schneeballsystem (SMS, Twitter, etc.), Lautsprecherwagen, gute Ideen ...

Weitere Infos und Ideen sowie rechtliche Rahmenbedingungen finden sich in der Rechtfibel: Die 2012 von *dérive* – Verein für Stadtforschung, KuKuMA – Netzwerk für Kunst-, Kultur- und Medien Alternativen und RIKO – Rechtsinfokollektiv produzierte Rechtfibel macht eine Zusammenschau und bringt einen guten Einstieg zu den Themen öffentlicher Raum, Recht auf Stadt, Aktionsformen und zu rechtlichen Hintergründen. Download der Broschüre ist über infoladen.kukuma.org möglich.

Als weiterführendes Konzept für Eingriffe in halböffentlichen und öffentlichen Raum kann die „Temporäre Autonome Zone“ (T.A.Z.) von Hakim Bey spannende Anregungen liefern.

Der Begriff etablierte sich für soziale und politische Aktionsformen, welche einen kurzlebigen Freiraum schaffen. Hakim Bey definiert eine T. A. Z. als eine Situation, in der herrschende Gesetze und Ordnungen zeitweise und lokal außer Kraft treten. Autoritäten verlieren hierin ihre Macht und neue, nicht vorhersehbare Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen werden möglich. Während Staaten auf feste Strukturen bauen müssen, können sich T. A. Z. schnell Räume schaffen, in denen eine andere oder zukünftige Gesellschaftsform gedacht oder (voraus)gelebt werden kann.

Mehr Infos unter <http://hermetic.com/bey/taz3.html#labelTAZ>

3. Kommunikationsguerilla/ Ambivalenzen der Sichtbarkeit

Kommunikationsguerilla

Hast du dich schon einmal mit den Wegen und Abläufen dieser Stadt beschäftigt? Hast du festgestellt, dass Architektur, Wegplanung und öffentlicher Verkehrsfluss bestimmten Mustern folgen und Raum bestimmten Machtverhältnissen unterliegt? Du fragst dich, wie es möglich ist, diese Ordnungen aufzubrechen und die Spalten im Betongrau aufblühen zu lassen?

Kommunikationsguerilla bietet Möglichkeiten, den immer gleichen Weg durch die Tunnel dieser Stadt zu analysieren, und Handlungsräume zwischen „Bleiben Sie zurück!“ (U-Bahn-Ansage bei Abfahrt des Zuges) und „Gratis, aber nicht umsonst zu finden“ (Slogan einer kleinformatigen Gratiszeitung) zu suchen. Neben „Kultureller Grammatik“ als modellhafter Erklärung und Sammelbegriff für gesellschaftliche Normierungsprozesse, bietet das Handbuch der Kommunikationsguerilla eine Reihe von Beispielen konkreter Aktionen. Das Handbuch regt an, selbst aktiv zu werden und Stadt als Raum zu verstehen, der mitgestaltet werden kann, soll und muss – gerade wenn es darum geht, gesellschaftlichen Unterdrückungen entgegenzutreten. Mit der Form der Kommunikationsguerilla kann dies gemacht werden, ohne direkt in Erscheinung zu treten. Gleichwohl motiviert sie dazu, Position zu beziehen – beispielsweise gegen rassistische Kontrollen im öffentlichen Raum, Gentrifizierung und Zwangsräumungen, Werbung sowie die alltägliche politische Kackscheiße.

Fazit: Ein wunderbares Fachbuch – theoretisch, praktisch, gut!

autonome a.f.r.i.k.a. gruppe (2001): Handbuch der Kommunikationsguerilla. Berlin/Hamburg/Göttingen: Assoziation A.

Ambivalenzen der Sichtbarkeit

Zur Frage, wie Eingriffe in herrschende Bildzirkulation, wie z.B. sexistische Werbung, aussehen können, hat sich die Theoretikerin Johanna Schaffer Gedanken gemacht. Wie kann über Bilder ein Bewusstsein für andere Formen des Zusammenlebens oder Wohnens geschaffen werden? Wie können Karten und andere Tools des Überblicks dazu dienen, Initiativen und Räume für die Menschen zu vernetzen, die sich in ihnen bewegen, ohne zum Instrument der Kontrolle oder der Ausforschung zu werden?

In *Ambivalenzen der Sichtbarkeit* (2008) schreibt Schaffer:

Denn gerade in aktivistischen Kontexten ist die Reflexion darüber, wie – im Gegensatz zu was – dargestellt wird, noch immer alles andere als selbstverständlich. Und doch gibt es [...] kritische Theorieproduktion über die Ambiva-

WERKZEUG FÜR DIE STADT



lenzen der Kategorie und des Status der Sichtbarkeit [...]. Denn wenn der Zusammenhang zwischen visueller Repräsentation und politischer Macht so kausal wäre, wie es diese Annahme nahelegt, folgte daraus, wie die feministische Performance-Theoretikerin Peggy Phelan bemerkt, dass in den Gesellschaften des hochindustrialisierten Nordens die Macht primär in den Händen junger, weißer, halbbeleideter Frauen liegen müsste. „Aber“, so Phelan, „die Allgegenwärtigkeit ihres Bildes hat ihnen wohl kaum politische oder ökonomische Macht verliehen. (Schaffer 2008: 15, Hervh. i. O.)¹

In ihrem Buch geht Johanna Schaffer vor allem den Möglichkeiten von LGBTIQ-/queeren Repräsentationen nach, öffnet jedoch auch für andere aktivistische Kontexte wertvolle Überlegungen.

Auszug zum Download unter <http://www.transcript-verlag.de/media/pdf/45b8773c750b5a415d948fe2aa5172ba.pdf>

4. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen muss ich bei Aktionen in Österreich beachten? Auszug aus der Rechtfibel.

Strafrechtlich relevant werden Aktionen, wenn es sich um einen Hausfriedensbruch handelt. Einen Zaun aufzubrechen oder ein Schloss zu beschädigen, stellt außerdem eine Sachbeschädigung dar. Auch zivilrechtlich ist das Betreten von fremdem Eigentum verboten, man kann mittels Besitzstörungsklage weg gewiesen werden. In diesem Fall sind allerdings keine Strafen oder Entschädigungen zu zahlen, sondern „nur“ Gerichtskosten, falls solche anfallen. Schadenersatz wird erst zu zahlen sein, wenn man durch das Besetzen der Fläche einen Schaden verursacht, wie beispielsweise durch das Verzögern von Bauarbeiten. (Um-)Nutzungen der Straße obliegen der StVO, wonach jede Nutzung der Straße, die nicht zum Verkehr gehört, bewilligungspflichtig ist. Behördlich zugelassen werden sie, wenn keine Behinderung des Verkehrsflusses und keine Belästigung erwartet wird. Ausgenommen von der Bewilligungspflicht sind unter anderem Versammlungen. Bei Übertretung der Bewilligungspflicht kann es zu einer Verwaltungsstrafe kommen.

Erst kürzlich hat sich die gesetzliche Lage für Besetzungen geändert. Neu ist, dass das Nicht-Verlassen des Ortes nach einer Auflösung durch die Polizei mit einer Verwaltungsstrafe bedroht ist. Oft wird Besetzer_innen auch „Störung öffentlicher Ordnung“ vorgeworfen. In bestimmten Fällen kann es auch sein, dass nach dem Versammlungsgesetz vorgegangen werden muss.

¹ Schaffer, Johanna (200), Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung. Bielefeld: Transcript Verlag

Manchmal bringt die Polizei auch strafrechtliche Vorwürfe im Zusammenhang mit Besetzungen ein, wie Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigung. Hierzu muss jedoch einer Person konkret nachgewiesen werden, dass sie die konkrete Straftat begangen hat. Sachbeschädigungen können nicht pauschal allen Besetzer_innen angelastet werden.

Zivilrechtlich sind eine Besitzstörungsklage oder Schadenersatzansprüche möglich. Eigentümer_innen von Häusern, die besetzt werden, dulden Besetzungen oft nicht, selbst wenn sie das Haus nicht nutzen, da sie theoretisch für Schäden haften, die durch ihr Haus entstehen, etwa durch herab brechende Mauerteile. Für solche Schäden müssen die Eigentümer_innen nicht zahlen, wenn sie mit allen Mitteln versuchen, die Gefahr zu verhindern – also die Besetzer_innen aus dem Haus zu entfernen.

Zusammengefasst:

Besitzstörungsklage

Mit der Besitzstörungsklage kann der_die Besitzer_in nach §339 ABGB iVm §454 ZPO nur die Wiederherstellung des vorherigen Zustandes und den Anspruch auf Unterlassung für die Zukunft erreichen. Er kann mit dieser Klage keine Entschädigung und schon gar keine Strafe erlangen. Möglicherweise müssen aber, sollte es zu einem Prozess kommen, Gerichtskosten bezahlt werden.

Hausfriedensbruch

ist nach §109 StGB strafbar. Im Fall von unbewohnten Orten fällt darunter das gewaltsame Eindringen in eine abgesperrte Fläche (auch eine Brachfläche), zu der man kein Zugangsrecht hat (zum Beispiel Zaun aufschneiden, Schloss aufbrechen), um mehreren Menschen Zutritt zu verschaffen.

Schadenersatz

Grundsätzlich muss der_die Eigentümer_in den Schaden an einer eigenen Sache selbst tragen. Wer aber den Schaden rechtswidrig und schuldhaft verursacht hat, muss für ihn bezahlen.

Kurzbezeichnungen: StVO – Straßenverkehrsordnung
VersG – Versammlungsgesetz

aus der Rechtfibel: http://infoladen.kukuma.org/files/Rechtfibel_final.pdf

JUST DO IT.



5. Wo gibt es Infos zu Leerständen in Wien? Was hat es mit dem Ungleichgewicht zwischen leerstehenden, ungenutzten Räumen einerseits und dem steigenden Bedürfnis nach (Wohn-)Raum andererseits auf sich?

Der Leerstandsmelder ist eine interaktive Karte, die der Unklarheit über Leerstand und der Intransparenz der politischen Verantwortlichen mit einer kollektiven Wissensproduktion antwortet. Die Online-Plattform macht eine gemeinsame Kartierung möglich, indem nach einer einfachen Registrierung Leerstände eingetragen werden können, die dann auf dem Stadtplan markiert sind. So entsteht nicht nur ein deutliches Bild einer spezifischen städtischen Realität, sondern auch eine Abbildung des breiten Wunsches, Leerstand nutzen zu können.

Die Kampagne versteht leerstehende Räume als städtische Ressourcen, die zu Möglichkeitsräumen werden und am besten als Gemeingut möglichst vielen Menschen zugänglich sein sollen. Das hauptsächliche Ziel des Leerstandsmelders ist die Sichtbarmachung und Problematisierung davon, dass kostengünstiger Raum zwar dringend gesucht und benötigt wird, der vorhandene Raum aber trotzdem leer bleibt und nicht genutzt werden darf. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, eine direkte Vermittlungsarbeit zwischen „Angebot“ und „Nachfrage“ zu machen und damit die Rolle eines Immobilienportals zu übernehmen. Die Ansätze von Entwicklungsprojekten für einzelne Stadtteile und Straßenzüge, die diese Vermittlungsaufgaben übernehmen, sind eher kritisch zu sehen. Denn diese Projekte haben eigentlich das Ziel, mit der Leerstandsnutzung eben jene Straßen und Stadtteile aufzuwerten, und weniger den verschiedenen Nutzer_innen (kostengünstig) Raum zur Verfügung zu stellen.

Entstanden ist das Format des Leerstandsmelders in Hamburg im Kontext einer breiten und sehr aktiven „Recht auf Stadt“-Bewegung, die sich gegen die Prekarisierung des städtischen Lebens und die alltäglichen Zumutungen wehrt, die mit einer neoliberalen Stadtentwicklung verbunden sind.

Der Leerstandsmelder will die Diskussion öffnen, wer Stadt gestaltet und wer gerne Stadt gestalten würde oder für wen es wichtig wäre, sich daran beteiligen zu können.

Zu nutzen unter: [Leerstandsmelder.net](http://www.leerstandsmelder.net)

Text von: <http://www.igkulturwien.net/projekte/freiraum-leerstand/leerstandsmelder/>

6. ... und wenn ein Haus gefunden wird, das nicht leistungsfähig ist, nicht vermietet wird und trotzdem nicht ungenutzt bleiben soll?

Eine Hausbesetzung hat oft eine aufwändige Vorlaufzeit. Eine Gruppe mit Raumbedarf findet sich, gemeinsam werden Grundsätze für die temporär oder längerfristig gedachte Nutzung ausgearbeitet. Konzepte für mögliche Nutzungen entstehen, potentielle Häuser werden besichtigt und auf Zugänglichkeit und Zustand überprüft. Dabei gilt es festzustellen, ob es Gefährdungen durch Baufälligkeit gibt, ob Strom und Wasser vorhanden oder aktivierbar sind, wer Eigentümer_in des Gebäudes ist (Grundbuchauszug) und in welcher Nachbar_innenschaft sich das Gebäude befindet. Für den Tag X werden Presse-Aussendungen, Infoflyer, Web-Infoticker vorbereitet.

Das gewählte Objekt wird bereits von Beginn an mit Programm bespielt, um Nutzungsideen erfahrbar zu machen, Aufmerksamkeit zu erzeugen und Menschen ins Gebäude zu bringen. Häufige Elemente sind dabei Ausstellungen, KostNixLäden, Feste, sowie die Einrichtung einer Volkküche, also des Kochens für große Gruppen und einer Essensausgabe zum Selbstkostenpreis und auf Spendenbasis.

Im Zuge der Aktion anfallende Aufgaben werden meist auf Arbeitsgruppen aufgeteilt: Pressearbeit, Rechtshilfe, Nachbar_innenschaft, Instandsetzung, Programm, Essensversorgung und andere Punkte sollten dabei abgedeckt werden.

Wichtig ist auch, bereits im Vorfeld konkrete Überlegungen anzustellen, was mit dem Raum passieren soll, wie vor Ort gegebenenfalls mit sexistischen, rassistischen oder homophoben Übergriffen und Mackerverhalten umgegangen wird und wie alltäglichen Unterdrückungsmechanismen bereits im Vorhinein der Nährboden genommen werden kann.

Das gewählte Objekt sollte in einer überschaubaren Größe gehalten werden, um unübersichtlichen, unangenehmen Situationen präventiv entgegen zu wirken. Ebenso gilt es, sich mit Fragen zur Raumsituation zu beschäftigen. Gut zu überlegen ist auch, wie mit einem möglichen Räumungsszenario durch die Exekutive umgegangen werden soll. Viele mögliche Szenarien bieten sich an. Wichtig ist vor allem, dass Ängste und Bedenken ernst genommen werden und möglicher Repression gemeinsam etwas entgegengesetzt wird.

SUPPORT YOUR LOCAL INFOSHOP!



Selbstverwaltete Infoläden, Bibliotheken und Buchläden sind eine wichtige Anlaufstelle für Fragen jeglicher Art. Diese Orte und Gruppen stellen wichtige unabhängige Wissens- und Informationsinfrastruktur.

In Wien: <http://radikalhatbestand.noblogs.org>
Allgemein: <http://infoladen.net>

7. Welche Besetzungsprojekte gab es bisher in Wien?

Das Besetzungsarchiv bietet eine Übersicht über vergangene Besetzungen in Wien. Zu den einzelnen Initiativen und Raumnahmen gibt es eine – mal mehr mal weniger große – Sammlung an jeweils dazugehörigen Materialien. Ergänzt wird dies mit einer Timeline, einer Karte und einer themenbezogenen Textsammlung.

<http://besetzungsarchiv.org/>

8. Welche Forderungen an die Wiener Wohnpolitik gibt es nach der jüngsten Besetzung der Pizzeria Anarchia? Positionspapier BODEN (Pankahyttt)

Das anlässlich der Räumung der Pizzeria Anarchia veröffentlichte Positionspapier seitens der Pankahyttt im Juli 2014 bringt einige zentrale Forderungen autonomer Gruppen zusammen. So wird neben einem Paragraphen zur Leerstandsnutzung – „Besetzungsparagraph“ – die Einführung unbefristeter Hauptmietverträge auf Betriebskostenbasis sowie die Wiederaufnahme des kommunalen Wohnbaus gefordert.

Auszüge aus dem Forderungspapier:

Die Mieten steigen ins Unermessliche, die Pizzeria Anarchia, ein alternatives Projekt in der Mühlfeldg. 12 im 2. Wiener Gemeindebezirk, wird geräumt ...

Gleichzeitig baut die Stadt Wien gerade eine „Agentur für Zwischennutzung“ auf. Diese soll leerstehende (in erster Linie gemeindeeigene) Räumlichkeiten an Personen, Initiativen oder Unternehmen weitervermitteln. Eine bewusst handlungsunfähig gehaltene Behörde soll versuchen, dem immer größer werdenden Bedarf an frei gestaltbaren Räumen und der immer stärker werdenden BesetzerInnenbewegung etwas entgegenzustellen. Wer es schafft, die Auflagen zu erfüllen, darf hoffen, erst nach Ablauf der Zwischennutzungsfrist kriminalisiert zu werden. Dass das als lächerlich und zum Scheitern verurteilt bezeichnet werden muss, sowie an unser aller Bedürfnisse vorbeigeht, versteht sich von selbst.

... Diese Form der Zwischennutzung dient lediglich der Stadtbildpflege, Stadtteilauferwertung und Mieterhöhung. SOHO total!

Es ist eine bodenlose Frechheit, dass Menschen aufgrund ihres Bedürfnisses zu wohnen ausgebeutet werden. Im Gegensatz zu Betriebskosten und Reparaturkostenrücklage ist Miete kein Leistungsentgelt. Sie muss auch bezahlt werden, wenn die Errichtungskosten längst abgegolten sind. Mieteinnahmen und Bodenzins sind Einkommen auf erpresserischer Grundlage.

Wohnen müssen alle und der Platz dafür ist begrenzt. Obdachlosigkeit wird nicht nur in Kauf genommen, sie ist eine Zwangsandrohung zur Durchsetzung der herrschenden Verhältnisse. Profite lassen sich nicht durch gerechte Verteilung erzielen, sondern nur durch Vorenthaltung und Entrechtung.

Die SP Wien, sprich die Gemeinde ist aktiv daran beteiligt, das Mietniveau in immer unerträglichere Höhen zu treiben. Mit dem Stopp der Errichtung von Gemeindewohnungen Mitte der 80er Jahre, der darauf folgenden Verschwendung der Wohnbausteuer als Subventionstopf für SpekulantInnen und weiteren Gefälligkeiten für die Immobilien- und SpekulantInnenlobby ist die Gemeinde für die immer weiter steigenden Mieten voll verantwortlich.

Hätte nicht die Gemeinde Wien ab dem ersten Weltkrieg den größten Teil der Verantwortung für den Wohnbau übernommen, wären die Mieten hier auf einem ähnlichen Niveau wie in London oder Paris. Wohnen wäre für die meisten Menschen nicht mehr möglich.

Eine wirkliche Lösung kann nur die Abschaffung von Privateigentum an Boden und Produktionsmitteln sein. Diese Gesellschaft ist reich genug, um allen hier lebenden Menschen ein würdiges Dasein zuzugestehen. Es ist an der Zeit, gemeinsam und stark aufzutreten, um eine grundlegende Neugestaltung der Gesellschaft durchzusetzen. Unsere Stärke liegt in der Vielfältigkeit der Kämpfe, die solidarisch miteinander verbunden sind!

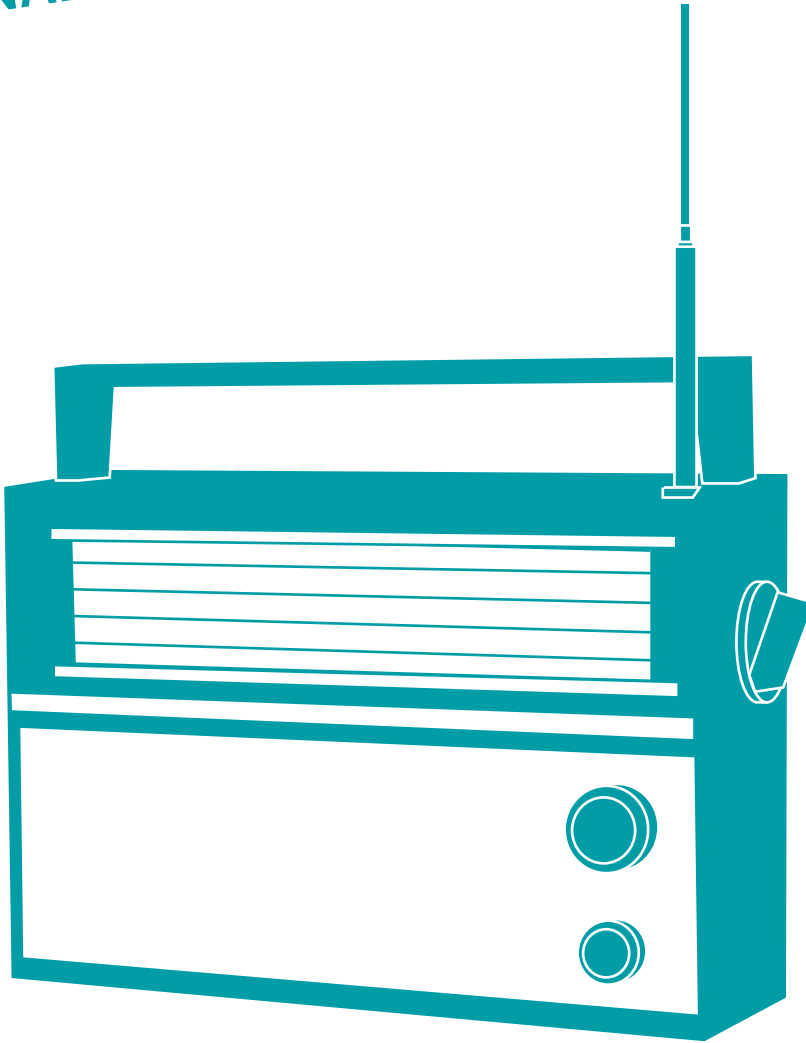
Nachzulesen unter <http://www.pankahytnn.at/?q=node/90>

9. Wo Informationen und Tools für Gruppen finden? KIS, PProjekt, HierarchNie-Reader, Seeds for Change, AK moB Barrierefrei veranstalten, Politisch aktiv ohne kaputtzugehen, Recht auf Stadt Wiki

Wo Informationen und Tools für Gruppen finden?

Und welche Fragen stellen sich an Kollektive, die zusammen aktiv sein wollen? Räume zu finden, zu gestalten und zu halten ist mit den konzentrierten Ressourcen mehrerer Menschen leichter möglich. Eine Gruppe und deren diverse Bedürfnisse, Anliegen, Kämpfe und gebündelte Kräfte als Ausgangspunkt für eine Hausbesetzung, ein Wohnprojekt oder Aktionen im

UNABHÄNGIGES RADIO



Archive: <http://cba.fro.at/>
<https://www.freie-radios.net>

öffentlichen Raum stärkt und unterstützt abseits von etablierten, regulierenden Institutionen.

Menschen werden, mal mehr mal weniger, in hierarchischen, diskriminatorischen und wettbewerbsorientierten Zusammenhängen sozialisiert und legen diese Sozialisation nicht in dem Moment ab, in dem sie (in Kollektiven) zusammen wirken oder diese Muster an und in sich erkennen. Kollektivität bedeutet nicht zwangsläufig Einverständnis oder Harmonie; Konfliktbereitschaft kann so auch als wertvolle Haltung auf dem Weg zu solidarischem Kämpfen gegen herrschende Verhältnisse gedacht und gelebt werden.

...

Als Gruppe/Kollektiv müssen nicht alle Dinge neu erfunden werden. Verschiedenste Zusammenhänge haben ihre Erfahrungen/Methoden und Werkzeuge gesammelt und stellen diese zur Verfügung.

KIS

Das Kultur-Info-Service bietet kostenfreie Beratung für Kulturschaffende in Wien. Broschüren informieren über Fördermöglichkeiten, Vereinsgründung sowie Veranstaltungsrecht (in Wien).

Kontakt: <http://www.igkulturwien.net/kis/>

PProjekt

Der Partizipative Projektarbeit-Reader bearbeitet verschiedene Möglichkeiten, Ideen in Gruppen zu verwirklichen und enthält Ansätze, wie kollektives Handeln und Arbeiten aussehen kann. Unter anderem bietet der Reader einige Basics zu anti-diskriminatorischer und hierarchiefreier Praxis in Projektarbeit mit Schwerpunkt auf das Organisieren von Veranstaltungen und Festen. Darüber hinaus finden sich einige praktische Tools und Vorlagen auf der Webseite.

Infos unter: <http://pprojekt.blogspot.eu/>

HierarchNie-Reader

In der inzwischen siebten Auflage bietet der HierarchNie-Reader Infos zu konkreten Methoden von (politischer) Bildungsarbeit in Gruppen. Der Reader stellt Fragen nach offenen und versteckten Hierarchien und danach, wie diese abgebaut werden können, um Kreativität und Selbstentfaltung zu fördern. Dabei geht es nicht nur um konkrete Tipps, sondern auch um ein tiefergehendes Verständnis von Herrschaft und Hierarchie.

Download und Infos unter: <http://www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE>

Seeds for Change

... sind ein in Großbritannien ansässiges Netzwerk, das sich aus mehreren Arbeitskollektiven zusammensetzt. Auf der Webseite findet sich eine

sehr umfangreiche unter *creative common* lizenzierte Sammlung von englischsprachigem sowie übersetztem (beispielsweise Serbisch, Tschechisch) Material zu Moderation, Konsensfindung und anderen Themen. Das Netzwerk bietet Trainings und Unterstützung für Gruppen, die sich für politischen Aktivismus und positive soziale und gesellschaftliche Veränderung engagieren.

<http://seedsforchange.org.uk>

Broschüre des AK moB – Arbeitskreis mit ohne Behinderung

Im AK moB (aktiv in Berlin) arbeiten behinderte und nichtbehinderte Leute zusammen. Der AK moB beschäftigt sich mit der fragwürdigen Einteilung in „behindert/nichtbehindert“ und mit den gesellschaftlichen Ausschlüssen, die diese Einteilung produziert.

Dabei werden Themen wie Bioethik, Inklusion, Ableism, Gender und Behinderung, Krüppelbewegung, etc. diskutiert. Der AK MoB beteiligt sich an Bündnissen und Demos, schreibt Texte, macht Workshops und Aktionen, Aufkleber und Plakate.

Eine lesenswerte von ihnen erstellte Broschüre zum Thema „Barrierefrei veranstalten“ findet sich unter: <http://www.ak-mob.org/category/broschuere-barrierefrei-veranstalten/>

Politisch aktiv, ohne kaputtzugehen

Der Doku-Reader handelt von einer 2011 stattgefundenen Veranstaltungsreihe der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB) zur Fragestellung, wie es funktionieren kann, politisch aktiv zu sein ohne kaputtzugehen.

Generationsübergreifende Wissensweitergabe ist dabei ebenso Thema wie die Frage nach politischer Aktivität mit Kind bzw. Arbeit. Der Reader regt an, sich mit Polit-Burnout und Motivationsverlust in Gruppen auseinander zu setzen und gemeinsam mit kollektiver Selbstorganisation Antworten auf diese und andere Fragestellungen zu finden.

Zu finden unter: <http://afb.blogspot.de/material/>

Recht auf Stadt Wiki

Ein offenes Wiki für alle, die begonnen haben, für das „Recht auf Stadt“ zu kämpfen – für eine Stadt, die allen gehört, in der die Bewohner_innen die Stadt selbst machen.

Das Recht auf Stadt Wiki sammelt Fakten, Konzepte und Wissen für die „Revolution der Städte“ (Henri Lefebvre).

<http://wiki.rechtaufstadt.net/>



FACTBOXEN

→ Built environment (gebaute Umwelt) und spatial fix (räumliche Rekonfiguration) (S. 17)

Die Begriffe der *räumlichen Rekonfiguration* von der *gebauten Umwelt* wurden vor allem von David Harvey geprägt. Mit ihnen fasst Harvey die räumlichen Dimensionen von Überakkumulationskrisen. Im Kapitalismus gibt es einen Drang zur Produktivitätssteigerung und es müssen ständig neue Märkte erschlossen oder hergestellt werden, weil Kapital ständig neu investiert werden muss. Ist das nicht möglich, droht eine Überakkumulationskrise: eine Überanhäufung von Kapital, das im Moment nicht rentabel investiert werden kann. Wenn eine Reinvestition in die Produktion keine weiter steigenden Profite verspricht, wird sie als Kapital „unrentabel“. Einen Ausweg stellt die Investition in die gebaute Umwelt dar. Das überschüssige Geld geht in die Produktion von Infrastruktur. Nach Harvey fällt darunter eine ganze Palette immobiler Elemente wie Fabriken, Büros, Lagerhäuser, Verkehrswege, Hafeninfrastruktur, Kinos, Shopping-Malls, Wasserleitungssysteme, Telekommunikationssysteme und etliches mehr. In gebauter Umwelt ist Kapital langfristig gebunden und seine Rückverwandlung in Profit dauert normalerweise länger als bei Investitionen in den primären Kapitalkreislauf der mobilen Produkte. Durch Investitionen in gebaute Umwelt stabilisiert sich auf der einen Seite das System der permanenten Verwertung, auf der anderen Seite beschleunigt sich die Dynamik des technologischen Wandels, zum Beispiel durch den Ausbau von Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur. Durch die Tendenz des Kapitalismus, Überakkumulationskrisen und gleichzeitig eine zeitlich und räumlich begrenzte Lösung dieser Krisen zu produzieren, kommt es zu einer permanenten Verschiebung der Konzentrationspunkte wirtschaftlicher Aktivität und hierdurch zu einer permanenten räumlichen Rekonfiguration.

Zum Weiterlesen:

Harvey, David (1981): „The Spatial Fix. Hegel, von Thunen, and Marx“. In: *Antipode*, 13 (3), S. 1-12.

Wissen, Markus/ Naumann, Matthias (2008): „Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung. Zum uneven-development-Konzept in der radical geography“. In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*. 7 (3), S. 377-406.

→ „Die Stadt“ – Vergewisserung des Handlungsterrains (S. 7/S. 98)

In stadtpolitischen Diskussionen ist meist von „der Stadt“ die Rede. An ihrer Politik wird Kritik geübt und Forderungen werden an sie adressiert. Sie scheint als ein monolithischer Block, als ein Subjekt, das eine kohärente und absichtsvolle Politik betreibt.

Dies vereinfacht die Weise, über Stadt zu sprechen, und bietet klare Bilder, mit denen mobilisiert werden kann: etwa gegen „die unternehmerische Stadt“. Die Realität sieht jedoch meist komplexer aus: Einzelne Teile von dem, was wir unter Stadt verstehen – hier vor allem die politische Ebene und die Verwaltungsebene – widersprechen sich und führen differente Absichten und Politiken aus.

Mit einem Verständnis der Stadt als lokalem Staat lassen sich Einsichten der materialistischen Staatstheorie weiterentwickeln und fruchtbar machen, und lässt sich so diese Gleichzeitigkeit von institutioneller Einheit und widersprüchlichen Teilen des „institutionellen Ensembles Stadt“ adäquater fassen und verstehen:

In der Stadt lagern sich vergangene Strategien, Ideologien und Kämpfe in spezifischer, also auch in den verschiedenen Teilen des Apparates unterschiedlicher und damit häufig rivalisierender Weise ab. Der lokale Staat ist somit als eine Verdichtung bzw. ein Kristallisationspunkt von Kräfteverhältnissen zu entschlüsseln, der in „relativer Autonomie“ zur regionalen, nationalen und supranationalen Ebene steht. Aufgrund dieses Charakters entsteht die städtische Politik aus dem Aufeinandertreffen von verschiedenen Strategien und Mikro-Politiken (auf verschiedenen Ebenen), und nicht aufgrund der Entscheidung oder Wahl eines Subjekts. Diese angelegte Widersprüchlichkeit der Politik wird durch die Funktion des lokalen Staates verstärkt, sowohl Kapital anzuziehen, als auch die Bedürfnisse der Bewohner_innen befriedigen zu müssen, um Legitimität zu erzielen. Dennoch bildet sich durch eine geteilte ideologische Basis und Interpretation der „Sachzwänge“ – oder anders ausgedrückt: durch ein erfolgreiches hegemoniales Projekt – auch eine gewisse Einheit und Grundrichtung der Politik. Diese verbindet die einzelnen Teile des Apparates und deren Interessen. Das hegemoniale Projekt stellt grundsätzliche Weichen, die die Offenheit oder Geschlossenheit des städtischen Apparates für Positionen und Strategien bestimmen und damit den strukturellen Handlungsrahmen für urbane Bewegungen bilden.

Für städtische Kämpfe müssen damit sowohl die grundlegenden Strategien und strukturellen Bedingungen der städtischen Politik wahrgenommen werden, als auch die konkrete Verfasstheit der einzelnen Teile des städtischen Apparates, um Klarheit in die Komplexität zu bringen und mögliche Einstiegspunkte für Interventionen zu bestimmen. Eine Vergewisserung des Handlungsterrains ist damit unabdingbar, um Strategien zu wählen, die perspektivisch emanzipative Alternativen stärken und schaffen können.

Zum Weiterlesen:

Für eine Untersuchung Wiens mit dieser theoretischen Fundierung siehe zum Beispiel:

Hamedinger, Alexander (1999): „Stadtentwicklungspolitik. Das Unternehmen Wien?“. In: Kurswechsel. 2 (1999), S. 92-102.

Für grundlegende Perspektiven materialistischer Staatstheorie siehe:

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie, Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA Verlag.

Jessop, Bob (2008): *State Power, A Strategic-Relational Approach*. Cambridge.
Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie, Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA Verlag.

→ **Entrepreneurial city (unternehmerische Stadt) und Governance (S. 15/S. 108)**

Der Begriff der „unternehmerischen Stadt“ hat sich mit dem postfordistischen Wandel der Stadtpolitik etabliert und beschreibt die aktive Gestaltung neoliberaler Stadtentwicklung durch die politischen Verantwortlichen. Es bleibt kontrovers diskutiert, inwiefern „die Stadt“ als ein Akteur beschrieben werden kann, setzt sich der städtische Apparat doch aus vielfach aufgesplitterten und ineinander verschränkten Entscheidungsverantwortungen, Verwaltungsaufgaben, Budgets und Vermittlungsstellen zusammen. Trotzdem lässt sich nachvollziehen, dass sich Fördergelder für Wirtschaftsaktivitäten erhöht haben, Organisationsstrukturen an privatwirtschaftliche Unternehmensstrukturen angelehnt worden sind und ganze ehemalige städtische Abteilungen als Tochterunternehmen ausgelagert wurden. Deutlich wird daraus, dass es einen klaren Fokus auf die standortpolitische Optimierung der Wettbewerbsfähigkeit gibt, und sich die Stadtpolitik an diesem Ziel orientiert.

Governance wird als netzwerkartiges Steuern in Zusammenarbeit mit privaten Akteur_innen verstanden, im Gegensatz zu direktem „Regieren“ durch explizit erkennbare und direkt weisungsabhängige ausführende Organe. Die unternehmerische Stadt etabliert ihre veränderte Zielsetzung nicht über rigide Top-down-Anweisungen, sondern über die erweiterte Einbindung lokaler privater Akteur_innen in wirtschaftliche Aktivitäten, eine institutionelle Kultur der Vermittlung und Gemeinschaftsbildung, und eine erhöhte mediale Präsenz und Simulation des neuen städtischen Lebens.

Zum Weiterlesen:

Brenner, Neil/ Heeg, Susanne (1999): „Lokale Politik und Stadtentwicklung nach dem Fordismus: Möglichkeiten und Beschränkungen“. In: *Kurswechsel*. 2 (99), S.103-119.

Harvey, David (1989): „From Managerialism to Entrepreneurialism. The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism“. In: *Geografiska Annaler*. 71 (1), S. 3-17.

→ **Gentrifizierung (S. 25/S. 40/S. 107)**

Gentrifizierung beschreibt einen Prozess, in dem es durch Investition von Kapital und den Zuzug von Haushalten mit höheren Einkommen in einen Stadtteil zu einer baulichen Aufwertung des Gebietes und zur Verdrängung der Haushalte mit niedrigem Einkommen kommt.

Im Zentrum des Prozesses stehen ökonomische Interessen: Ist die Ertragslücke in einem Stadtteil groß genug (also die Differenz zwischen dem potentiell höchsten Ertrag und dem momentanen Ertrag eines Grundstückes) wird es für Investor_in-

nen interessant in ein Viertel zu investieren. Zur Entstehung dieser Ertragslücke und zur steigenden Attraktivität eines Stadtteils für Investor_innen können unterschiedliche Faktoren beitragen: Der Ausbau von Infrastruktur, die Verschönerung des öffentlichen Raums oder die Belebung des Stadtteils durch Studierende und Künstler_innen sind häufig genannte Anstöße für Ertragslücken.

Das zentrale Element der Gentrifizierung liegt in ihrer sozialen Dimension: im Austausch der Bevölkerung eines Stadtteils durch die Verdrängung von Menschen mit niedrigem Einkommen. Verdrängung kann in unterschiedlichen Formen auftreten: Mieter_innen können direkt verdrängt werden, indem durch Eigentümer_innen Mietverträge gekündigt, Mieten erhöht oder Mieter_innen aus Häusern gemobbt werden. Auch das Auslaufen von befristeten Mietverträgen kann von Eigentümer_innen dazu genutzt werden, die Mieten anzuhäufen – ein Vorgang, der auch auf stark regulierten Wohnungsmärkten, wie etwa in Wien, häufig vorkommt. Doch auch durch Veränderungen der Geschäftsstruktur und infrastruktureller Einrichtungen in einer Nachbar_innenschaft können sich Mieter_innen zum Verlassen ihrer Wohnungen gedrängt sehen.

Derartige Verdrängungsprozesse haben in vielen Städten des globalen Nordens auch eine rassistische und sexistische Benachteiligungsdimension und breiten sich mit dem Fortschreiten neoliberaler Stadtpolitiken zusehends global aus.

Zum Weiterlesen:

Lees, Loretta/ Slater, Tom/ Wyly, Elvin (Hg.) (2010): The Gentrification Reader. New York: Routledge.

Holm, Andrej (2010): Wir bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster: Unrast.

→ **Kommodifikation (S. 34/S. 99)**

Der Begriff Kommodifikation stammt vom englischen Wort „commodity“ (dt.: Ware) ab und beschreibt einen Prozess, in dem materielle wie immaterielle Dinge zu Waren werden. Häufig wird der Begriff „Kommerzialisierung“ synonym gebraucht.

Die Analyse der spezifischen Eigenschaften, die materielle wie immaterielle Dinge zu Waren machen, ist Ausgangspunkt der Marxschen Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: Aufgrund der Fetischisierung von Waren im Kapitalismus sei es uns nicht mehr möglich zu erkennen, dass Dinge zwar einen gewissen Gebrauchswert für uns besitzen können, dass dieser jedoch gänzlich unabhängig vom Wert ist, den Waren am kapitalistischen Markt haben.

Raum wird dann zur Ware, wenn mit ihm auf einem kapitalistischen Markt gehandelt und Profit gemacht werden kann. Diese Kommodifizierung von Raum kann sowohl Wohnraum als auch öffentlichen Raum betreffen. In Städten ist in diesem Zusammenhang oft von der Privatisierung von kommunalem Wohnbau oder von öffentlichen Plätzen und Straßen die Rede. Die Kommodifizierung von Raum steht also mit der Frage des Eigentums an Raum und der Möglichkeit von Privatbesitz

in Verbindung. So betrachtet fällt der Beginn der Kommodifizierung von Raum mit der Entstehung des kapitalistischen Systems im Spätmittelalter und mit der Herstellung des Privatbesitzes an Grund und Boden zusammen. Jedoch ist die Geschichte des städtischen Raums seither nicht eine des stringenten Anwachsens der Kommodifizierung von Raum. Vielmehr gibt es unterschiedliche Phasen, die man auch als De- und Rekommodifizierung bezeichnet. So kann etwa die Zeit des Roten Wiens in den Zwischenkriegsjahren, als über 60.000 Gemeindebauwohnungen errichtet wurden, als eine Phase der Dekommodifizierung von Wohnraum in Wien gesehen werden, während der Stopp des Neubaus von Gemeindebauten und die Deregulierung des privaten Mietmarkts der letzten Jahre als Anzeichen für eine Rekommodifizierung gewertet werden können.

Zum Weiterlesen:

Marx, Karl (2009) [1872]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1. Köln: Anaconda.

→ Partizipation (S. 107/S. 150)

In der Soziologie wird unter Partizipation die Einbindung und Teilhabe verschiedener Stakeholder an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen verstanden. Im städtischen Diskurs wird Partizipation über Instrumente der Bürger_innenbeteiligung verhandelt. Lange Zeit war die Forderung nach mehr Bürger_innenbeteiligung eine wichtige Forderung zur Demokratisierung der Gesellschaft. In letzter Zeit zeigen sich verstärkt die Ambivalenzen und Widersprüche dieses Ansatzes, denn nicht nur städtische Initiativen fordern mehr Bürger_innenbeteiligung, sondern auch städtische Institutionen und Unternehmen. Durch Partizipationsansätze und Konsultationsverfahren schon in der Entstehungsphase von städtischen (Groß-)Projekten wird versucht, kritische Stimmen einzubinden oder erst gar nicht aufkommen zu lassen. Diese Verfahren stellen einen Versuch dar, der schwindenden Regulierungsfähigkeit durch Institutionen der Politik, Kirche oder Sozialpartnerschaft zu begegnen. Dieser Dialog findet aber weder auf gleicher Augenhöhe statt, noch sind die Beteiligten mit gleichen Machtressourcen ausgestattet. Auch das Terrain, auf dem diese Prozesse stattfinden, ist nicht neutral. Grundsätzliche Entscheidungen oder Richtungen werden kaum verhandelt, vielmehr steht nur noch die Frage nach dem „wie“ im Vordergrund. Initiativen und Bewegungen, die sich auf diese Kanäle einlassen, wollen den Handlungsspielraum durch die Partizipation nutzen, ihr widerständiges Potential wird aber häufig schnell zerrieben und grundsätzliche Ziele geraten ins Hintertreffen. Im schlimmsten Fall legitimieren sie durch ihre Partizipation problematische Projekte und geben ihnen einen demokratischen Anstrich. Der in den letzten Jahren verstärkte Versuch, auf diese spezifische Weise „von oben“ Akteur_innen in die Stadtentwicklung einzubeziehen, stellt Initiativen und Bewegungen vor neue Herausforderungen. Welche Partizipation schafft emanzipative Perspektiven und erhöht die Handlungsfähigkeit der Akteur_innen und welche entpuppen sich als „Mitmachfalle“?

Zum Weiterlesen:

Wagner, Thomas (2013): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Köln: PapyRossa.

→ Postfordismus (S. 12)

Als Begriff vor allem in den Sozialwissenschaften verwendet, beschreibt „Postfordismus“ die ökonomischen, politischen und sozialen Umstrukturierungsprozesse, die die Städte und Nationalstaaten Europas und Nordamerikas seit den 1970er Jahren durchlaufen haben. Damit wird die Ablösung des Wirtschaftsmodells der Nachkriegszeit und seiner spezifischen Regulationen beschrieben, die zum einen von der fordistischen Arbeitsteilung und der industriellen Massenproduktion und zum anderen vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat, der ein Wirtschaftswachstum über die Förderung von Konsum und Binnennachfrage zu erhalten versuchte, geprägt waren. Mit der Krise des keynesianischen Fordismus, die wiederum vom kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, dem Rückgang der (nicht durch Exportorientierung ersetzbaren) Kapitalrentabilität, Protesten gegen das patriarchale fordistische Geschlechterverhältnis, ansteigender Umweltverschmutzung, der Entfremdung durch die Arbeitsteilung und letztlich vom Staatsbankrott gekennzeichnet war, gewannen neoklassische Wirtschaftstheorien und neoliberale Politiker_innen wieder an Einfluss. Deregulierung, ein freier Wettbewerb und der Homo oeconomicus wurden zu neuen Idealen. Das feste Wechselkursystem wurde aufgelöst (Bretton Woods '94) und der Kapitalverkehr liberalisiert, wodurch es zu einem globalisierten Akkumulationsregime kommt, das sich gegen eine Politik des sozialen Ausgleichs und der ausgleichenden Steuerung von räumlicher Entwicklung im nationalen Rahmen durchsetzt.

Zum Weiterlesen:

Brand, Ulrich/ Raza, Werner (Hg.) (2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Hirsch, Joachim (2001): „Postfordismus: Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation“. In: Hirsch, Joachim/ Jessop, Bob/ Poulantzas, Nicos: Die Zukunft des Staates. Hamburg: VSA Verlag.

Lipietz, Alain (1997): Die Welt des Postfordismus. Über die strukturellen Veränderungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Hamburg: VSA Verlag.

→ Raumproduktion (S. 13)

Der Begriff der Raumproduktion verdeutlicht die Einsicht, dass Raum nicht ein natürliches Phänomen ist, in dem wie in einem neutralen Container soziale Interaktionen stattfinden, sondern selber sozial konstruiert bzw. produziert wird. Gleichsam wird die Gesellschaft als räumlich organisiert verstanden, wonach soziale Prozesse ohne eine Analyse der räumlichen Dimension kaum zu verstehen

sind. Raum ist durchzogen von Machtverhältnissen, die regulieren, wer Raum nutzen darf, wer repräsentiert wird und nach welchen Vorstellungen und Interessen Raum gestaltet wird.

Die Entschlüsselung des sozialen Ursprungs dieser räumlichen Prozesse zeigt die Möglichkeit auf, Raum anders zu strukturieren, Prozessen der Verdrängung und Marginalisierung entgegenzutreten und für eine andere Raumproduktion zu streiten.

Dieser Ansatz, wie er etwa von Seiten der *critical/radical geography* stark gemacht wird, beruht vor allem auf Perspektiven von Karl Marx, Henri Lefebvre, Michel Foucault und David Harvey. Lefebvre hat den Begriff der Raumproduktion mit seinem Buch *La production de l'espace* (1974) maßgeblich in die Diskussion eingebracht.

Zum Weiterlesen:

Belina, Bernd/ Michel, Boris (Hg.) (2011): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

→ **Recht auf Stadt (S. 129)**

Der kämpferische Slogan „Recht auf Stadt“ geht auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre zurück, der ihn als einen Aufschrei und als eine Forderung sieht. Der Aufschrei kommt von den Stadtbewohner_innen, die direkt unterdrückt, marginalisiert, recht- und mittellos leben, während die Forderung von all jenen mitgetragen werden kann, die der kapitalistischen Stadtentwicklung entfremdet oder unzufrieden entgegenstehen. Das Recht auf Stadt ist ein Banner, unter dem sich unterschiedliche Gruppen in ihrem Kampf um die Stadt zusammenfinden können und der viele verschiedene Rechte umfasst: Das Recht auf Stadt beschränkt sich nicht nur auf bestimmte Nutzungen urbaner Räume, sondern verlangt den Zugang zu politischen Debatten über zukünftige Entwicklungen. Zum Beispiel geht es um leistbaren Wohnraum, nicht-kommerzielle Freiräume, die Vergesellschaftung von Immobilien und das Recht auf verschiedene Wohnformen. Das Recht auf Stadt ist also kein individuelles Recht auf die Benutzung des öffentlichen Raums, sondern ein kollektives Recht auf eine andere Stadtgesellschaft – oder in Lefebvres Worten: „To the extent that the contours of the future city can be outlined, it [the right to the city] could be defined by imagining the reversal of the current situation, by pushing to its limits the converted image of the world upside down.“ (Lefebvre 1967: 172)

Auch in Wien gibt es Bemühungen, ein Recht auf Stadt Netzwerk aufzubauen: www.rechtaufstadt.at

Zum Weiterlesen:

Lefebvre, Henri (1996) [1967]: *The Right to the City*. In: Kofman, Eleonore/ Lebas, Elizabeth (Hg.): *Writings on Cities*. London: Blackwell, S. 63-184.

Marcuse, Peter (2009): „From critical urban theory to the right to the city“. In: *City*. 13: 2-3, S.185-197.

→ **Ungleiche Entwicklung (uneven development) (S. 16)**

Der relativ neue Begriff *uneven development* stammt aus der angloamerikanischen kritischen Geographie und bezeichnet ein konstituierendes Moment kapitalistischer Vergesellschaftung, nämlich das Spannungsverhältnis zwischen räumlicher Angleichung und Differenzierung von Produktions- und Konsummustern. Vor dem Hintergrund der technischen Entwicklungen des Kommunikations- und Transportwesens schaffen der Konkurrenzdruck und die Möglichkeit, dass Unternehmen ihre Aktivitäten räumlich streuen, auf der einen Seite eine Angleichung von Produkten und Produktionsverfahren. Auf der anderen Seite erzeugt gerade diese Angleichung den Bedarf nach Differenzierung, um sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, entweder durch die Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren oder durch das Ausnutzen räumlicher Besonderheiten. Kapitalistische Entwicklung homogenisiert und schafft gleichzeitig Ungleichheiten, um neue Verwertungsmöglichkeiten zu haben. Ungleiche Entwicklung ist damit sowohl Produkt als auch Voraussetzung kapitalistischer Vergesellschaftung.

Zum Weiterlesen:

Wissen, Markus/ Naumann, Matthias (2008): „Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung: Zum uneven-development-Konzept in der radical geography“. In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies. 7 (3), S. 377-406.

MITARBEITER_INNEN

Denise Fragner studierte Kultur- und Sozialanthropologie und ist seit 2010 an der Akademie der Bildenden Künste Wien, wo sie die Freien Klassen an der Akademie mitbegründet hat. Sie ist Teil des Vorsitzteams der Österreichischen Hochschüler_innenschaft an der Akademie und Mitglied bei re:active – Kollektiv für partizipativen Kultur- und Wissenstransfer. In künstlerischen und kuratorischen Projekten setzt sie sich mit Ästhetiken von Räumen und deren möglichen Verschiebungen auseinander.

Alexander Hagner ist Mitgründer des Architekturbüros gaupenraub+/. Sein Arbeitsfeld reicht von kleinen Umbauten bis hin zu städtebaulichen Aufgaben. Weiters engagiert sich Hagner seit über zehn Jahren in Projekten für benachteiligte Menschen.

Alice Hamdi lebt und arbeitet in Berlin. Als Sozialwissenschaftlerin beschäftigt sie sich mit Wohnraumfragen, urbanen sozialen Bewegungen und städtischen Aneignungsprozessen. Derzeit arbeitet sie bei European Youth for Action als Projektkoordinatorin und ist in mietenpolitischen Bewegungen aktiv.

Willi Hejda ist (Gegen)Kulturarbeiter in freien und autonomen Zusammenhängen. Er gibt gemeinsam mit anderen Aktivist_innen Workshops zu Themen wie Permakultur, Kommunikationsguerilla und DIY Zine Production. Ebenso versteht er sich als Aktivist für ein Recht auf Stadt und ein gutes Leben für Alle!

Anna Hirschmann ist Filmemacherin, Hobbyphilosophin und stadtpolitisch aktiv. Sie lebt und arbeitet aktuell in Wien.

Justin Kadi ist Stadtforscher an der Universität Amsterdam und der Technischen Universität Wien. Er forscht zu den Themen Gentrifizierung, neoliberale Stadtentwicklung und Wohnungspolitik im internationalen Vergleich.

Ruth Kager hat in Wien und Paris Politikwissenschaft und Romanistik studiert. Sie ist als Übersetzerin und aktuell als externe Lektorin an der Universität Wien tätig, und beschäftigt sich theoretisch wie praktisch mit der Frage, wie kritische Öffentlichkeit gestaltet werden kann.

Raphael Kiczka ist Sozial- und Politikwissenschaftler und lebt und arbeitet als prekärer Wissensarbeiter in Wien. Angeregt durch Aufenthalte in Zen-

tral- und Südamerika beschäftigt er sich vor allem mit Möglichkeiten, kollektiv und solidarisch die Gestaltung des Lebens(-raumes) wieder in die eigenen Hände zu bekommen.

Elke Rauth lebt und arbeitet in Wien. Sie hat Kommunikationswissenschaft, Film- und Medienwissenschaften, Politikwissenschaft und postgradual Kulturmanagement studiert. Sie ist stellvertretende Obfrau von *dérive* – Verein für Stadtforschung, Redaktionsmitglied von *dérive* – Zeitschrift für Stadtforschung und bei Radio *dérive* tätig. Sie ist Leiterin und Co-Kuratorin von *urbanize!* Internationales Festival für urbane Erkundungen.

Magdalena Sophia Sachs ist Sozialökologin, Kulturwissenschaftlerin und Ethnologin. Sie beschäftigt sich aktuell mit Ideen zur nachhaltigen Stadt und Do-it-yourself-Kultur.

Hansel Sato wurde in Trujillo, Peru, geboren und lebt und arbeitet in Wien. Seinen Abschluss in Malerei und Grafik hat er an der Universidad Católica in Lima und an der Akademie der Bildenden Künste Wien absolviert. In seiner theoretischen Arbeit beschäftigt er sich mit Transkulturalität und Gesellschaft, Postkolonialismus und der Konstruktion des post-migrantischen Subjektes in Europa. Künstlerisch widmet er sich der gegenständlichen Malerei, dem politischen Comic und der politischen Zeichnung.

Ula Schneider ist in Washington D.C. aufgewachsen und hat in Wien Kunstgeschichte studiert. Sie ist Gründerin und Leiterin des Festivals SOHO in Ottakring. Das Festival entstand 1999 aus einer Künstler_inneninitiative als Kunst- und Stadtteilprojekt, und dehnt sich seither vom Brunnenviertel über Ottakring aus. Seit 2012 wird das Festival als Biennale durchgeführt, 2014 fand SOHO in Ottakring erstmals in Sandleiten statt.

Florian Sorgo ist u.a. als Grafiker und Gestalter tätig, beschäftigt sich dahingehend mit der Unterstützung emanzipativer und aktivistischer Initiativen unterschiedlicher Bereiche und hegt ein besonderes Interesse an Informationsvisualisierung und der Darstellung komplexer Zusammenhänge.

Mara Verlič ist Stadtsoziologin in Wien. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich mit Fragen zu den Themen Wohnen, städtischer Leerstand und Urban Commons.

Michael Ziehl ist Dipl.-Ing. Architektur sowie M.Sc. Stadtplanung. Er lebt in Hamburg und arbeitet als Urbanist und Publizist (www.urban-upcycling.de). Er hat Leerstandsmelder.de mitgegründet und ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG.

